



*Herausgegeben
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Johannes Rau
Helnz O. Vetter
Hans-Jochen Vogel
Herbert Wehner*

Die Neue Gesellschaft 12

1982
29. Jahrgang

Redaktion:
Peter Glotz (Chefredakteur)
Rainer Diehl
Hans Schumacher (verantwortlich)
Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon 37 80 21-25
Telex: 8 85 479 a fest d

Verlag Neue Gesellschaft
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Postfach 20 01 89
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Druck: Vorwärts Verlag, 5300 Bonn 2

Redaktionsbeirat:
Helmut Schmidt (Vorsitzender)
Bruno Friedrich (stellvertretender Vorsitzender)
Iring Fetscher
Martin Greiffenhagen
Reimut Jochimsen
Richard Löwenthal
Susanne Miller
Peter von Oertzen

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.
Einzelheft 6,- DM, Jahresabonnement 48,- DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 6,5% Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreislste Nr. 12

Zum Inhalt

Viel empfindlicher noch als alle übrigen Bereiche staatlichen und gesellschaftlichen Lebens hat die Weltwirtschaftskrise in den zurückliegenden Jahren die Städte und Gemeinden getroffen. Denn gerade sie haben einen beträchtlichen Anteil der finanziellen Lasten unseres Systems der sozialen Sicherung zu tragen, auf das immer mehr Menschen angewiesen sind. Die Kommunen vor Ort, in denen sich das Wirtschaftsleben ja ganz konkret vollzieht, haben zugleich den geringsten Einfluß und die geringsten Einwirkungsmöglichkeiten auf dessen allgemeine Rahmenbedingungen. Im Gegenteil: letztlich sind sie völlig abhängig von den Finanzzuweisungen aus Bund und Ländern. Ihre Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten sind eng begrenzt und schwinden täglich: Mit jedem Arbeitslosen und mit jeder Mark Steuerzufall wird auch die kommunale Selbstverwaltung ausgehöhlt. Ganze Städte sehen sich bereits vor dem Bankrott, weil sie nicht einmal mehr die Leistungen, zu denen sie gesetzlich verpflichtet sind, erfüllen zu können glauben; allerorten versuchen sich die Kämmerer mit Haushaltssperren, Gebühren- und Tarifierhöhungen ins nächste Haushaltsjahr durchzuwursteln; Kommunalpolitiker werden zu Sparkommissaren degradiert, die vielleicht noch Prioritätenlisten als Wunschzettel aufstellen dürfen, wohl wissend, daß die unvermeidlichen Folgekosten unterlassener Investitionen ihre Städte – wenn auch mit einigem zeitlichen Verzug – nur um so härter treffen werden.

Die Kommunalpolitik ist nicht bloß in die Defensive geraten, sie kämpft um ihre Existenz. Auch der letzte sozialdemokratische Kommunalpolitiker hat vorläufig Abschied genommen von Programmen und Planungen, wie sie aus der Aufbruchstimmung der ersten Hälfte der siebziger Jahre heraus entwickelt worden sind. Die Einsicht, daß man Kommunen nicht einfach in „sozialistische Inseln“ verwandeln kann, selbst wenn man über politische Mehrheiten verfügt, erschien vor zehn Jahren noch vielen als ebenso kühne wie defätistische These. Heute indes ist sie zum Gemeinplatz geworden.

Die „Wende“ zum Realismus, zum Kürzertreten, zur Besinnung auf die eigenen bescheidenen Möglichkeiten, wie sie sich unter sozialdemokratischen

Kommunalpolitikern allerorten vollzieht, ist sicherlich zeit- weil krisenbedingt. Und diesen Geist atmet wohl auch etwas der neue Programmentwurf der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) „Die 80er Jahre – Herausforderung für Sozialdemokraten in Städten und Gemeinden“, der auf einer SGK-Bundeskonferenz im Februar beraten werden soll und dort gewiß auf einigen Widerspruch stoßen wird. Doch dieses Programm ist weder auf Jahrzehnte konzipiert noch kann es das Kommunalpolitische Grundsatzprogramm der SPD von Mannheim 1975 ersetzen bzw. außer Kraft setzen. Es stellt allerdings den überaus beachtenswerten Versuch dar, Möglichkeiten und Perspektiven sozialdemokratischer Kommunalpolitik unter schwierigen Bedingungen neu zu beschreiben. Dies kann und darf freilich nicht bedeuten, daß sich Sozialdemokraten mit diesen schwieriger gewordenen Verhältnissen abfinden oder gar resignieren und von den Zielen ihres Grundsatzprogramms abrücken sollen.

Aber wenn sich die konservative Herrschaft bundespolitisch befestigen sollte, sieht die Zukunft der Städte und Gemeinden noch um einiges düsterer aus, als es ihre Gegenwart schon ist. Die drastische Verringerung des Gewerbesteueraufkommens durch die neue Bundesregierung trifft den (nach der Abschaffung der Lohnsummensteuer) wichtigsten Grundpfeiler kommunaler Finanzautonomie. Überhaupt ist die Gewerbesteuer, ohnehin nur noch eine Art Großunternehmenssteuer, den maßgeblichen Herren von CDU/CSU offenbar ein Dorn im Auge. Was da den Interessen einiger weniger Besitzender geopfert wird, trifft letztlich alle Bürger, setzt in Wirklichkeit sehr viel mehr aufs Spiel, als es im Augenblick noch den Anschein haben mag, nämlich die Substanz der kommunalen Selbstverwaltung, die eines der lebenswichtigsten Fundamente unserer Demokratie ist.

Ein kleiner Nachtrag zum letzten Heft: Bei der Produktion von NG 11/82 ist uns ein bedauerlicher Fehler unterlaufen: es wurde auf den Seiten 1088–1096 in dem Interview mit dem griechischen Ministerpräsidenten Andreas Papandreu nicht deutlich gemacht, daß er dieses Interview mit Frau Margarita Mathiopoulos in Athen geführt hat.



INHALTS VERZEICHNIS

Seite	Autor	Titel
1134	Hans Eichel	Kassel – Signal für die Möglichkeit rot-grüner Zusammenarbeit in der Kommunalpolitik
1138	Peter Neuber	Kommunale Wirtschaftspolitik in der Wachstumsabschwächung
1142	Bodo Richter	Umweltschutz – zentrales Bewährungsfeld sozialdemokratischer Kommunalpolitik
1146	Holger Häuselmann	Die Förderung freier Gruppen – Zur Planbarkeit von alternativer Kulturarbeit
1151	Wolfgang Kirchner	Kommunale Kulturpolitik und Alternativkultur
1154	Peter Klein	Das Versagen der Wirtschaft führt zu Finanzierungsschwierigkeiten der kommunalen Sozialpolitik
1157	Uli Maurer	Welcher Zukunft gehen unsere Großstädte entgegen?
1161	SGK-Dokumentation	Die SPD und ihre Wähler in den Kommunen
1167	Gary Bonham	Politische Opposition in Amerika
1173	Heinrich A. Henkel	Wohlfahrt in den USA – Gegen ein Recht auf soziale Sicherheit?
1177	Martin Oppenheimer	Wirtschaftskrise und Gewerkschaften in den USA
1181	Jakob Schissler	Die angebotsorientierte Wirtschaftsphilosophie als konservative Strategie in den USA
1188	Reiner Diehl	Notwendiger Schlußstrich – Zur Gründung der „Liberalen Demokraten“
1192	Alfred Emmerlich	Die Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden
1196	Martin Winter	Die SPD, das Dilemma der Grünen
1200	Ernst Maate	Lamennais – radikaler christlicher Demokrat
		Berichte aus europäischen Ländern
1206	Europäische Gemeinschaft	Dem Agrarsektor Schranken gesetzt
1207	Belgien	Provokation zum richtigen Zeitpunkt
1208	Dänemark	Kurswechsel in der Opposition?
1210	Frankreich	Schwere Sorgen
1211	Griechenland	Vor einem politischen Neubeginn
1212	Großbritannien	Neue Angriffslinien
1214	Irland	Machtwechsel
1214	Italien	Historische Chance vertan
1215	Luxemburg	Trübe Aussichten
1216	Niederlande	Widerspruchsvolle Erneuerung
1216		Kritik



KOMMUNAL POLITIK

Hans Eichel: Kassel – Signal für die Möglich- keit rot-grüner Zusammenarbeit in der Kommunalpolitik

Hans Eichel, mit den Stimmen der „Grünen“ wiedergewählter Oberbürgermeister von Kassel, ist stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik e. V. (SGK) und Mitglied der Bodenrechtskommission beim SPD-Partei Vorstand. 1969 bis 1972 gehörte er, zuletzt als stellvertretender Vorsitzender, dem Bundesvorstand der Jungsozialisten an. Beiträge in NG 4/70, 5/79 und 9/81.

Kassel war – im Sommer 1981 – die erste Stadt in der Bundesrepublik, in der es zu einer verabredeten Zusammenarbeit von SPD und Grünen in der Stadtverordnetenversammlung kam. In Kassel reicht diese Zusammenarbeit weiter als in irgendeinem anderen Kommunalparlament in der Bundesrepublik. Trotzdem, auch hier ist die Perspektive noch nicht endgültig klar: wird diese Zusammenarbeit weiter vertieft oder zerbricht sie an den Finanzproblemen, die vor uns stehen? Als „Modell“, das auf andere Kommunen, gar auf Bundesländer oder das Verhältnis von SPD und Grünen schlechthin übertragbar wäre, ist diese Zusammenarbeit von den Beteiligten bisher nicht verstanden worden; dafür sind die Verhältnisse bei den Grünen bundesweit noch zu unterschiedlich, ebenso die allgemeinen örtlichen Probleme. Ein Signal dafür, daß unter bestimmten Bedingungen Sozialdemokraten und Grüne gemeinsam Politik gestalten könnten, ist Kassel aber schon. Hier sollen Vorgeschichte und Verlauf der bisherigen Zusammenarbeit an Beispielen möglichst genau beschrieben werden, damit die Bedingungen – und die Gefährdungen – für diese politische Konstellation deutlich werden.

Ausgangslage Kassel

Kassel vereinigt, auf bemerkenswert friedliche Weise, enorme Gegensätze in sich. Aus alter Residenzstadttradition Beamtenstadt, konservativ bis aufklärerisch. Frühzeitig und mit großem Schwung

industrialisiert, – das formte eine starke und selbstbewußte Industriearbeiterschaft. Heute eine Großstadt in der Provinz, fernab der Ballungszentren, umgeben von einem großen, noch weitgehend agrarisch bestimmten Umland. Die Umwandlung von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft vollzieht sich hier schneller als im Ruhrgebiet, aber langsamer als in Südhessen. Es gibt große wirtschaftliche Schwierigkeiten, die Bevölkerung neigt zum Pessimismus – aber zugleich ist die Stadt weltoffen, hier findet alle fünf Jahre die „documenta“, die Weitausstellung der Gegenwartskunst, statt.

Eine Stadt mit der einzigen Hochschulgründung in Hessen – ein sozialdemokratisches Reformmodell, das sich in seiner besonderen Verbindung von Theorie und Praxis und seinem überdurchschnittlichen Anteil an Arbeiterkindern unter den Studenten ausweist, zugleich in seinem naturwissenschaftlich-technischen Schwerpunkt – anders als die klassischen Universitäten – stark ökologisch orientiert. Das einzige große kommunale Problem: chronische Finanznot. Sie hat ihre Ursachen in den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Stadt, die vor allem die Teilung Deutschlands und Kassels dadurch bedingte Randlage hervorgerufen haben, und in den enormen Anstrengungen, die für den Wiederaufbau – Kassel gehörte zu den am stärksten zerstörten deutschen Städten – notwendig waren. Ansonsten: eine Stadt mit hohem Wohn- und Freizeitwert, guter Wohnungsverorgung, weniger Umweltproblemen als in den Ballungsgebieten und noch weitgehend intakter Landschaft rundum.

Ausgangslage SPD

Die Kasseler SPD umfaßt in der Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft und in ihren politischen Auffassungen, ziemlich gleichgewichtig, ein viel größeres Spektrum als die ländlichen Unterbezirke Nordhessens, als die überwiegend arbeiterorientierten Unterbezirke des Ruhrgebietes und als die stark auf die Dienstleistungsberufe ausgerichteten Unterbezirke, z. B. des Rhein-Mosel-Gebietes. Hier gibt es klassenbewußte, traditionell orientierte Ortsvereine in Arbeiterstadteilen mit 70 % SPD-Stimmen, Mittelschichtenortsvereine, teils eher konservativ, teils „angegrünt“ in Stadtteilen mit 45 bis 55 % SPD-Stimmen, hochschulgeprägte, in ihrer politischen Willensbildung oft sehr sprunghafte Ortsvereine in Stadtteilen mit ausgesprochenem Wechselwählerverhalten, und wenige Ortsvereine, zumeist „links“, in bürgerlichen Stadtteilen mit etwa 30 % SPD-Wählern. In der sozialdemokratischen Aktivmitgliedschaft sind die

Angehörigen des öffentlichen Dienstes überrepräsentiert, zugleich ist die Mehrzahl der Ortsvereine nach wie vor gut integriert in die in den meisten Stadtteilen intakte, sehr lebendige Vereinsstruktur.

Die großen Kontroversen in unserer Partei spiegeln sich auch in oft leidenschaftlichen Debatten im Kasseler Unterbezirk, in denen die jeweilige Minderheit zumeist recht stark war. Daraus entstanden jedoch schließlich keine persönlichen oder Gruppenverfeindungen, vielmehr blieb die Parteisolidarität, das Bewußtsein, gemeinsame Grundwerte zu vertreten, erhalten. Um diesen Zusammenhalt bemühten sich auch alle Repräsentanten der Partei. Parteilausechlußverfahren wurden zu keiner Zeit als Mittel in der innerparteilichen Willensbildung angesehen.

Im Vorfeld der Kommunalwahl 1981 leistete die Kasseler SPD, langjähriger Übung entsprechend, intensive programmatische Arbeit unter Beteiligung aller Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften. Das Kommunalwahlprogramm wurde schließlich einstimmig verabschiedet. Seine Schwerpunkte: Arbeitsplatzsicherung – wobei sich allerdings niemand Illusionen über die tatsächlichen Möglichkeiten der Kommune machte –, soziale Gerechtigkeit durch Sicherung und Ausbau der öffentlichen Einrichtungen der Daseinsvorsorge und -fürsorge, weitestgehende Bürgerbeteiligung durch Dezentralisierung der Verwaltung, Betonung der Eigenentwicklung aller 23 Stadtteile, Ortsbeiräte in allen Stadtteilen und direkt gewählten Ausländerbeirat, Abbau der Umweltbelastungen durch Bevorzugung des öffentlichen Nahverkehrs, Bau von Radwegen, Ausbau der Abwasserklärung, Ausbau der Fernwärme. Dahinter stand auch die eindeutige Ablehnung des weiteren Ausbaus der Kernenergie, der Wiederaufarbeitung und des schnellen Brütens, statt dessen die Betonung des Energieeinsparens, dezentraler Energieerzeugung und des Einsatzes umweltschonender Primärenergiearten. Diese Linie entsprach einem in nahezu zehnjähriger Arbeit in der Kasseler SPD entwickelten Denken. So war die Partei für die Debatte mit den Grünen wohl gerüstet.

Ausgangslage der Grünen

Vorläufer der Grünen waren schon bei der Kommunalwahl 1977 angetreten, jedoch unter 2 Prozent der Stimmen geblieben. Bei der Landtagswahl 1978 bewarben sich zwei grüne Listen, eine linke und Herbert Gruhls rechte „Grüne Aktion Zukunft“ (GAZ). Sie hatten noch immer keinen nennenswerten Erfolg, die GAZ bewirkte aber durch ihren Einbruch ins CDU-Lager in den (bürgerlichen) westli-

chen Stadtteilen, daß dort Kultusminister Hans Krollmann der CDU das Landtagsmandat abnehmen konnte. Danach vereinigten sich die beiden grünen Listen, aber die Gruhl-Anhänger, eindeutig in der Minderheit, verließen nach und nach die Grüne Partei, während die Anthroposophen rund um die Kasseler Waldorf-Schule dort Mitglieder blieben. Bei der Bundestagswahl 1980 erhielten die Grünen 3500 Stimmen, zwar noch deutlich unter 5 Prozent, aber erstmals ein nennenswertes Ergebnis. Auf die Kommunalwahl 1981 bereiteten sie sich daraufhin intensiv vor. Ihr Kommunalwahlprogramm hatte zwei Schwerpunkte: Schutz der natürlichen Umwelt und Ablehnung alles dessen, was sie als „große Apparate“ ansahen, getreu dem Motto „small is beautiful“. Bei näherem Zusehen freilich war dieses Programm noch wenig sachkundig und konkret, eindeutig emotional geprägt. Ihren Wahlkampf richteten die Grünen, wie CDU und FDP auch, vor allem gegen die SPD, die hier noch – als einzige Stadt in Hessen – die absolute Mehrheit der Mandate – aber mit 48,6 Prozent nicht mehr die Stimmenmehrheit hatte. Andererseits betonten sie, daß sie zur punktweisen Zusammenarbeit mit einem SPD-Minderheitsmagistrat bereit seien, nicht aber mit der CDU, das sozialdemokratische Wahlprogramm sei überwiegend gut, sie bezweifelten aber, daß wir es wirklich umsetzen würden.

Die Kommunalwahl am 22. März 1981

Das Kasseler Kommunalwahlergebnis vom 22. März 1981: 32 Sitze für die SPD, 30 Sitze für die CDU, 5 Grüne, 4 FDP. Auch in Kassel hatte die SPD keine Mandatsmehrheit mehr. Dieses Ergebnis entsprach einerseits dem hessenweiten Trend: SPD und FDP verloren, Grüne gewannen, die sozialdemokratische Wählerentwicklung lag im Durchschnitt der hessischen kreisfreien Städte. Andererseits gab es gegenüber früheren Wahlen bemerkenswerte Sonderentwicklungen: Verglichen mit den nordhessischen Landkreisen, die eine stabile sozialdemokratisch geprägte Region sind, war der Kasseler SPD-Verlust eindeutig geringer, auch die CDU gehörte in Kassel zu den Verlierern, der Erfolg der Grünen war überdurchschnittlich groß und ging zu Lasten aller traditionellen Parteien. Hier hatten die Grünen sämtliche anderen linken Gruppierungen schon seit der Landtagswahl 1978 vollkommen aufgezogen, die DKP praktisch auf ihre Mitglieder samt deren Angehörigen reduziert, von der Bundestagswahl im Herbst 1980 bis zur Kommunalwahl ein halbes Jahr später verdoppelten sie ihre Stimmenzahl auf 7000. Darun-

ter waren, wie wir aus vielen Gesprächen wissen, viele bisherige SPD-Wähler, die noch 1978 angesichts der Alternative Börner – Dregger und 1980 wegen der Kandidatur von Strauß sozialdemokratisch gestimmt hatten, bei der Kommunalwahl aber erstmals die „ungefährliche“ Möglichkeit sahen, uns einen Denkkzettel zu verpassen, um die SPD zu einer teilweise – vor allem in Umweltfragen – anderen Politik zu veranlassen. Daß die Kasseler Sozialdemokraten gerade die Umweltprobleme in Ihrem Sinne angingen, wußten sie zu einem erheblichen Teil, doch sie gingen bewußt gegen Ihr Gesamtbild von der Sozialdemokratie an. Dieser Stimmengewinn brachte die Grünen zum ersten Mal sichtbar in das Dilemma, vor dem sie jetzt in vielen Bundesländern stehen: den Erwartungen ihrer Aktivmitgliedschaft entsprechend, mußten sie „Fundamentalopposition“ betreiben, kompromißlos in „Überlebensfragen“ bleiben; den Erwartungen eines ständig wachsenden Teils ihrer Wählerschaft aber entspricht die Zusammenarbeit mit der SPD, die von beiden Seiten Kompromisse verlangt, also auch von den Grünen.

Unser politisches Konzept

Aus dem Wahlergebnis zog die Kasseler SPD folgende Schlüsse: Im Zentrum unserer politischen Anstrengungen mußten – unter dem Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit – die Arbeitnehmerschaft, die mit sozialen Problemen besonders belasteten Stadtteile stehen. Zugleich wollten wir die Jugend, die wir – und auch die FDP – zu einem erheblichen Teil verloren hatten, zurückgewinnen. Deshalb und aus grundsätzlichen Erwägungen schlossen wir eine große Koalition – wie übrigens auch die CDU – aus. Wir strebten ein Bündnis mit der FDP an, das eine Politik betreiben sollte, dem vor allem in Umweltfragen möglichst oft auch die Grünen zustimmen konnten, wenn sie überhaupt bereit und fähig waren, sachlich mitzuarbeiten. Dazu boten wir der FDP und den Grünen Gespräche an.

Die Verhandlungen

Gemeinsame Gespräche zwischen SPD, FDP und Grünen wurden von den beiden kleinen Parteien abgelehnt; jede wollte alleine mit uns verhandeln und – wie sich dann auch zeigte – alleine oder gar nicht mit der SPD zusammenarbeiten. Um Mißtrauen und Mißverständnisse zu vermeiden, berichteten wir in den Gesprächen mit FDP und Grünen jeweils über den Stand der Gespräche mit der anderen Partei.

Die Verhandlungen mit der FDP scheiterten

inhaltlich ausgerechnet an der Bildungspolitik, die eine entscheidende Grundlage des sozial-liberalen Bündnisses im Bund und auch in Hessen gewesen war. Die Kasseler Liberalen distanzieren sich offen von der Schulpolitik der sozialliberalen Landesregierung und verlangten das auch von der SPD. Dahinter stand ein anderes politisches Konzept: die FDP wollte nicht ihre verlorenen Jungwähler zurückgewinnen, sondern in die Wählerschaft der CDU einbrechen – darum der Rechtsschwenk. Die zugrunde liegende Annahme: in der reformorientierten Wählerschaft ist neben der SPD nicht gleichzeitig Platz für FDP und Grüne. Dieser Rechtsschwenk und die folgende Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen führte zur ersten Austrittswelle Linksliberaler aus der Kasseler FDP, die meisten aus dieser Gruppe gingen unmittelbar über zu den Grünen.

Die Gespräche mit den Grünen führten wir von Anfang an offen und gleichberechtigt. Auch in der Stadtverordnetenversammlung vermieden wir alles, was als Trick zur Behinderung dieser neuen Gruppierung hätte verstanden werden können. Nach etwa drei Gesprächsrunden war das anfängliche beiderseitige, aber bei den Grünen besonders ausgeprägte Mißtrauen verschwunden. Die von den Grünen geforderte und von der SPD akzeptierte „Öffentlichkeit“ der Gespräche bestand darin, daß von Mal zu Mal wechselnde Mitglieder der grünen Parteibasis mit am Tisch saßen. Das war offensichtlich notwendig, um bei den Grünen einen Konflikt zwischen Verhandlungskommission und Mitgliedschaft zu vermeiden – ein Stadium in der Selbstfindung und Parteibildung der Grünen. Bei diesen Verhandlungen – und weil ein Teil der Mitgliedschaft stets zugegen war – konnten wir allmählich erkennen, daß die Kasseler Grünen wesentlich stabiler und verlässlicher waren, als wir ursprünglich angenommen und als entscheidendes Hindernis für eine Zusammenarbeit betrachtet hatten. So konnte die sozialdemokratische Verhandlungsdelegation, die die ganze Breite unseres politischen Spektrums widerspiegelt, den Parteigremien schließlich einstimmig eine punktuelle Zusammenarbeit mit den Grünen empfehlen. Hans Krollmann, hessischer Kultusminister und Kasseler Landtagsabgeordneter, der im entscheidenden Stadium an den Verhandlungen mit der FDP teilgenommen hatte, billigte dieses Ergebnis, und auch Holger Börner, ständig unterrichtet, erhob keine Einwände. So billigten die Gremien der SPD und die Mitgliederversammlung der Grünen, beide nicht ohne Schwierigkeiten, eine punktuelle Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene.

Punktueller Zusammenarbeit zwischen SPD und Grünen

Zu einer festen Vereinbarung über die ganze Länge der Wahlperiode der Stadtverordnetenversammlung oder gar einer förmlichen Koalition waren die Grünen weder bereit noch in der Lage (wir wären zumindest zum damaligen Zeitpunkt dazu wohl auch nicht bereit gewesen). Das hatte zwei Gründe: Zum einen waren die Grünen – bei aller grundsätzlichen Ablehnung der CDU und Bereitschaft zur Zusammenarbeit in Sachfragen mit der SPD – mit dem Anspruch und Selbstverständnis angetreten, etwas prinzipiell anderes zu sein und zu wollen als alle anderen Parteien. Zum anderen fehlte ihnen in vielen Sachbereichen noch die sachliche und personelle Kompetenz – und das gaben sie sogar offen zu. Deshalb wurde zwischen beiden Fraktionen eine „punktueller Zusammenarbeit“ – Zusammenarbeit in wichtigen Fragen wie Haushalt, Beigeordnetenwahlen, einige wesentliche Sachbereiche der Kommunalpolitik – mit der Perspektive von zunächst einem Jahr verabredet.

Die erste Vereinbarung, die im Sommer 1981 diese Zusammenarbeit einleitete, betraf die Verkehrspolitik (Ausbau der Radwege und des ÖPNV), die Energiepolitik (Ausbau der Fernwärme und Prüfung dezentraler Energieversorgung in den außenliegenden Stadtteilen, Absage an die Wiederaufbereitungsanlage und ein Kernkraftwerk im nordhessischen Borken, Grünpolitik (ökologisch vertretbare und kostengünstige Pflege für die städtischen Grünanlagen), die Wohnungspolitik (Schwerpunkt: Erhaltung preiswerten Wohnraums) und die Wiederwahl des Oberbürgermeisters. Außerdem gelang die friedliche Räumung des einzigen besetzten Hauses – es befand sich im Eigentum der Stadtwerke –: die Besetzer gründeten einen Verein, dem die Stadt die Nutzung und Instandhaltung eines alten städtischen Fachwerkhauses, das bis dahin zum Abbruch bestimmt gewesen war, übertrug.

Dieser ersten Vereinbarung folgte im Spätherbst 1981 die Einigung über den Haushalt 1982. Es war, angesichts der sehr schlechten Finanzlage der Stadt, ein konsequenter Sparhaushalt. Ausgenommen von drastischen Einschränkungen blieben nur Alten- und Jugendpflege und die sozialen Dienste. Dabei lag der Interessenschwerpunkt der Grünen – es war auch ein sozialdemokratischer – im Jugendbereich. Bei den Investitionen wurde nicht im gleichen Maße gekürzt; so wurde z. B. auf Initiative der SPD ein Wohnungsbauprogramm beschlossen.

Die dritte Vereinbarung, abgeschlossen im Som-

mer 1982, betraf die Schulpolitik. Die – bemerkenswerte – gemeinsame ideelle Begründung war die Berufung auf die Tradition der Aufklärung und das Ziel der Chancengleichheit. Als nächster praktischer Schritt wurde die Einführung der Förderstufe zum Schuljahresbeginn 1983/84 vereinbart; das entsprach der Zielsetzung und dem einstimmigen Kabinettsbeschluss der damals noch amtierenden sozialliberalen Landesregierung. Am Widerstand der Kasseler FDP dagegen waren die „Koalitionsverhandlungen“ von SPD und FDP in Kassel gescheitert.

Ansonsten zeigten sich die Grünen stark von der Waldorfschul-Pädagogik beeinflusst und waren – wie die FDP – auf die Erhaltung und Schaffung unterschiedlichster Schultypen bedacht, hier waren Kompromisse auch für die SPD nötig.

Punktueller Konfrontation SPD – Grüne

Außerhalb der verabredeten Inhalte sind beide Partner frei, sich für ihre Vorstellungen in der Stadtverordnetenversammlung Mehrheiten zu suchen oder sich den Vorstellungen anderer Fraktionen anzuschließen. Der punktueller Zusammenarbeit steht, zumeist in weniger bedeutenden Fragen, so auch punktueller die Konfrontation zwischen Sozialdemokraten und Grünen gegenüber. Beispiele: Bundesbahnneubaustrecke, die von SPD, CDU und FDP gebilligt, von den Grünen als „Großprojekt“ abgelehnt wird; Bebauung eines großen, sehr exponierten, stadtgeschichtlich bedeutenden Grundstücks, das unmittelbar an die Innenstadt angrenzt, mit Wohnungen und einem Hotel, die von SPD und CDU aus Verkehrs- und Arbeitsmarktgründen gewollt, von FDP und Grünen aus Gründen des Denkmalschutzes und des Kleinklimas dagegen sehr skeptisch beurteilt wird, Bebauungspläne in eher großbürgerlichen Einfamilienhausgebieten, wo die SPD aus ökologischen Gründen für kleinere Grundstücke, CDU und FDP aus Lobby-Gründen, die Grünen aus – zumindest behaupteten – ökologischen Gründen für größere Grundstücke sind.

Bilanz und Konsequenzen aus der bisherigen Zusammenarbeit

Gegenwärtig sind – nach eineinhalbjähriger punktueller Zusammenarbeit – SPD und Grüne dabei, getrennt und gemeinsam Bilanz zu ziehen. Danach wird sich entscheiden, ob und wie die Zusammenarbeit fortgesetzt wird.

Aus sozialdemokratischer Sicht lassen sich vorläufig folgende Feststellungen treffen:

1. Zu den Grünen: Sie haben sich, soweit Absprachen

getroffen wurden, als durchweg verlässlich erwiesen. Sie arbeiten intensiv in allen Gremien mit, lernen in kurzer Zeit viel dazu und sind dabei, ihre kommunalpolitische Programmatik inhaltlich in alle Bereiche hinein zu verbreltern und zu konkretisieren. Differenzen zur SPD ergeben sich z. Z. aus sehr ideologisch fixierter Anwendung des „small is beautiful“; sehr starke Betonung ökologischer Prinzipien führt manchmal im konkreten Fall zu unsozialen und im Augenblick arbeitsplatzfeindlichen Folgen. In der praktischen Politik unterschätzen sie vielfach die gesetzlichen und bürokratischen Hindernisse bei der Umsetzung richtiger Maßnahmen, daraus ergeben sich manchmal erhebliche Konflikte zwischen ihnen und dem sozialdemokratischen hauptamtlichen Magistrat. Ihr „außerparlamentarisches Standbein“, viele kleinere Bürgerinitiativen, ist nicht sehr stark, außerdem keineswegs nur auf diese Partei orientiert.

Anlaß, das Verhältnis der Grünen zur parlamentarischen Demokratie und ihre Ablehnung der Gewalt als Mittel der Politik in Zweifel zu ziehen, ergeben sich aus ihrer praktischen Politik hier nicht. Freilich müssen wir bereit sein, uns auch unbequemen, teils berechtigten, teils unberechtigten Fragen nach dem Sinn von Regeln für die Bürger, die die Parlamente ja vertreten sollen, zu stellen.

2. *Zur SPD:* Aus der Zusammenarbeit mit den Grünen haben sich vor allem in der ersten Zeit für uns innerparteiliche Belastungen ergeben, skeptisch bis ablehnend reagierten insbesondere diejenigen, die stark im industriellen Bereich und den entsprechenden Gewerkschaften verankert sind. Nicht nur deswegen, sondern aus prinzipiell sozialdemokratischem Selbstverständnis heraus können wir also keine Kompromisse machen, wo es um unsere Auffassung von

Arbeitsplatzsicherung und sozialer Gerechtigkeit geht. Andererseits werden wir gerade auch hier gefordert, weil die Grünen – ähnlich in Teilen der Linkliberalen – sich besonders der Randgruppenprobleme annehmen, über das allgemeine Verständnis unserer Stammwählerschaft hinaus. Gesprächspartner für viele junge Leute, kirchlich gebundene und kritische Menschen, sind wir jetzt wieder mehr, während Handel, Handwerk und Industrie zunächst mit starken Vorbehalten auf unsere Zusammenarbeit mit den Grünen reagiert haben. Diese Vorbehalte lassen sich nur mühsam abbauen; hier, wie allgemein, müssen wir deutlich machen, daß der Einfluß der Grünen zwar sicher größer als ihr Stimmenanteil ist, daß wir jedoch zweifelsfrei – unserer Wählerstärke entsprechend – die beherrschende politische Kraft sind. Wir dürfen die Fehler, die wir in den letzten Jahren im Verhältnis zur FDP begangen haben, der wir oft einen dominierenden Einfluß zugestanden, nicht wiederholen. Wir müssen ebenso auf die Überzeugungskraft unserer Idee von der sozialen Gerechtigkeit und dem Wert der Arbeit auch gegenüber den Grünen setzen, wie wir selbst insbesondere die Umweltpolitik offensiv betreiben müssen, nicht nur mit Worten, sondern mit Taten. CDU und FDP, die uns anfänglich wegen unserer Zusammenarbeit mit den Grünen scharf angegriffen hatten, haben inzwischen zu oft und offensichtlich zu gern, wo sich die Möglichkeit bot, selber die Zusammenarbeit mit den Grünen gegen uns gesucht, um uns noch glaubwürdig diskreditieren zu können. Trotzdem: Eine neue Normalität in einem Vierparteiengefüge beginnt sich herzustellen, der es auch an neuen Inhalten nicht mangelt.

Peter Neuber: Kommunale Wirtschaftspolitik in der Wachstumsabschwächung

Peter Neuber ist Oberbürgermeister von Neunkirchen und stellvertretender Vorsitzender der SGK Saarland.

Zu Beginn der 80er Jahre besteht ein hoher Sockel an Arbeitslosigkeit, der vermutlich größer werden wird, nicht zuletzt deswegen, weil die Zahl der Erwerbspersonen über mehrere Jahre aus demogra-

phischen Gründen weiter wachsen wird. Es ist nicht gelungen, die durch Rationalisierung entstehenden „Freisetzungen“ von Arbeitskräften durch höheres Wirtschaftswachstum an anderer Stelle zu kompensieren. Wesentliche Gründe für die wahrscheinlich andauernden nationalen wirtschaftlichen Schwierigkeiten liegen in den weltweit auftretenden ökonomischen Störungen, die sowohl konjunkturelle wie auch starke strukturelle Aspekte haben. Von der Wachstumsschwäche im privaten Sektor ist die öffentliche Hand negativ betroffen. Ihre Einnahmen wachsen langsam. Sie sind insbesondere in durch hohe

Arbeitslosigkeit belasteten Regionen sogar rückläufig. Zugleich sind die Ausgaben in vielen Fällen dynamisch kostensteigend, sei es aufgrund des Finanzbedarfs der sozialen Leistungssysteme, sei es wegen hoher Zinsen.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (Nürnberg) kommt in seiner jüngsten Analyse der Konjunktur- und Arbeitsmarktperspektiven zu dem Schluß, daß sich der Zuwanderungsdruck auf den deutschen Arbeitsmarkt in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten noch erheblich verschärfen wird. Es vergrößert sich die Gefahr, daß ohne Rückkehr zu einem hohen Wirtschaftswachstum oder anderen, den Arbeitsmarkt entlastenden Maßnahmen die derzeitige Arbeitslosigkeit noch weiter zunimmt und bis weit in die 90er Jahre hinein bestehen bleibt. Der aus den EG-Beitrittsländern herrührende Zuwanderungsdruck werde selbst bei einem (angenommenen) relativ hohen Wachstum von 3 bis 4% weiter zunehmen. In der erweiterten Gemeinschaft muß danach bis 1990 mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit auf 15 Millionen, einschließlich der Türkei auf 23 Millionen gerechnet werden. Für die Bundesrepublik ergäbe sich daraus bei einem (angenommenen) Ausländer-Zuwanderungsüberschuß von 55 000 im Jahresdurchschnitt selbst bei einem mittleren Wachstum von 2 bis 2,5% in den kommenden Jahren ein Anstieg der Arbeitslosigkeit auf rund 4 Millionen für die Zeit 1990/1995. Nach der Nürnberger Untersuchung nimmt der Bedarf an Arbeitskräften erst bei einem durchschnittlichen realen Wachstum von über 3,5% jährlich zu; bei weniger als 3% Wachstum geht der Bedarf der Wirtschaft sogar zurück. Auf der anderen Seite werden aber bis 1990 neben den etwa 650 000 Deutschen noch rund 400 000 bis 800 000 Ausländer in der Bundesrepublik zusätzlich zu den bereits vorhandenen Arbeitslosen Arbeitsplätze suchen.

Der Handlungsspielraum der Kommunen ist gering

Die global wirkenden, rahmensetzenden Instrumente der Wirtschafts-, Konjunktur- und Strukturpolitik können nur von den staatlichen und überstaatlichen Steuerungsebenen und den Tarifpartnern eingesetzt werden. Die kommunale Selbstverwaltung ist, auch in Großstädten und Regionen, zur Aufstellung strukturbestimmender Daten weder wirtschaftlich noch rechtlich in der Lage.

Dort, wo sich die Folgen der wirtschaftlichen Krisenphase am deutlichsten niederschlagen, in den Städten und Gemeinden, zwingt die Problemlage

dessen ungeachtet zu neuer Konkretisierung auch kommunaler Verantwortung für Arbeit und Wirtschaft vor Ort, zum Ausnutzen und Beschreiben von Freiräumen, um im Rahmen einer nicht zu eng verstandenen Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität die möglichen Beiträge zu leisten.

Kommunalpolitischer Alltag ist geprägt durch eine Vielzahl personalintensiver Verwaltungsleistung und eine Fülle sozialpolitischer Einzelmaßnahmen, die bei zunehmend geringer werdenden Finanzierungsmöglichkeiten den Spielraum für wachstumspolitische Maßnahmen verengen. Der Druck auf eine reine Anpassungsstrategie an die wirtschaftlichen Verhältnisse ist daher groß. Ungeachtet der Tatsache, daß die unmittelbaren Erträge einer möglichen Wachstumsstrategie für die einzelne Gemeinde selbst gering sind, müssen die Kommunen doch alle ihre Möglichkeiten ausschöpfen, um ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden. Jeder Beitrag wird gebraucht, auch wenn er, isoliert gesehen, gering ausfällt.

Kommunen als Arbeitgeber

In ihrer Rolle als Arbeitgeber haben Kommunen eine gewisse gesellschaftspolitische Modellfunktion. Sie findet ihren Ausdruck in den Arbeitsbedingungen, bei der Ausbildung des Nachwuchses, in der Mitbestimmung und Mitwirkung, bei der beruflichen Fortbildung der Mitarbeiter, beim Abbau hierarchischer Strukturen und einer umfassenden sozialen Fürsorge als Elemente einer modernen Organisation des öffentlichen Dienstes. In der gegenwärtigen Wirtschafts- und Haushaltssituation wird Sparsamkeit zu einem zwingenden Gebot. Alle Ausgabepositionen müssen ständig darauf überprüft werden, welcher Bedarf dahinter steht oder welche Schäden entstehen, wenn Ausgaben unterbleiben. Nach sorgfältiger Aufgabenkritik ist Konzentration auf die grundlegenden kommunalen Leistungen das Gebot der Stunde. Es gilt, die vorhandene Infrastruktur funktionstüchtig zu erhalten, das System der sozialen Dienste auf kommunaler Ebene zu sichern und die Voraussetzungen für private Investitionen zu verbessern. Durch Leistungssteigerung und innerbetriebliche Rationalisierung sind dabei die Personalkosten soweit irgend möglich einzudämmen und in ihrem Wachstum zu begrenzen. Die Personalentwicklung muß in der Phase der Wachstumsabschwächung und wachsender Belastungen der privaten Haushalte mit öffentlichen Abgaben möglichst ohne gravierende Leistungseinschränkungen so gesteuert werden, daß ein Kernbe-

reich besonders beschäftigungsorientierter kommunaler Investitionen und sozialer Daseinsvorsorge gesichert werden kann.

Die Ausweitung des Personalbestandes um des bloßen Beschäftigungseffektes willen kann daher in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation kein kommunaler Beitrag zur Eindämmung von Arbeitslosigkeit sein. Der Personaleinsatz im Dienstleistungs- und Produktionsunternehmen „Stadt“ muß bedarfsorientiert bleiben. Langfristig sind Effizienz und Bedarfsorientierung ein nicht zu unterschätzender Beitrag der Kommunen zum wirtschaftlichen Wachstum. Voraussetzungen dafür können kommunal auch von innen her, durch Verbesserung der Organisationsstrukturen auf allen Ebenen und eine Verbesserung des Einsatzes der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, geschaffen werden. Die Bewirtschaftung knapper Ressourcen wird gerade in Zeiten verminderten gesamtwirtschaftlichen Wachstums zu einer Herausforderung an Kommunalpolitik und Verwaltungsführung. Eine stärkere Überprüfung der Methoden der Aufgabenerfüllung unter Wirtschaftlichkeits-, Effizienz- und Bedarfserfüllungsgesichtspunkten kann im Zusammenführen von persönlicher Qualifikation und sinnvoller Organisation die Voraussetzungen dafür verbessern, daß Bedürfnisse der Bürger und Nutzer kommunaler Einrichtungen und der Auftrag der Selbstverwaltung erfüllt werden.

Ihren Beitrag zur Qualifizierung von Arbeitnehmern leisten Kommunen dadurch, daß sie alle Ausbildungskapazitäten im öffentlichen Dienst auch über den eigenen Bedarf hinaus ausschöpfen, soweit die vermittelten Qualifikationen auch die Anstellungschancen außerhalb des öffentlichen Dienstes verbessern.

Schwerpunkte kommunaler Wirtschaftsförderung

Unabhängig von gezielten Maßnahmen der Wirtschaftsförderung zugunsten einzelner Betriebe wirken Städte und Gemeinden aus ihrer Kompetenz für die Stadtplanung und die Infrastrukturinvestitionen mit bei der Neugründung, Erweiterung und Verlagerung von Betrieben. Sie können in der Praxis eine rasche und reibungslose Kooperation und durch klare Vorgaben und – sofern erforderlich – eindeutige Auflagen (z. B. Abstände, Stellplätze, Lärmschutz, Abwasserbeseitigung usw.) Investitionsvorhaben erleichtern und beschleunigen. Die Kommunen müssen sich hier noch mehr bemühen, ein Klima der Verlässlichkeit und der Berechenbarkeit zu schaffen. Ziel kommunalen Handelns muß es sein, private Investitionen zu erleichtern, zu fördern, nicht Unsi-

cherheit und Risiko zu vergrößern. Eine Grenze ist jeweils dort gezogen, wo private Unternehmen durch Abwälzung von Folgekosten auf Dritte ihre Produktionskosten zu Lasten Dritter senken wollen. Auch in schwierigen Situationen muß die Kommune die Interessen der Allgemeinheit gegenüber einzelnen durchsetzen.

Neben diesen allgemeinen Planungs- und Investitionsleistungen als Voraussetzungen für privates Investieren haben die Kommunen schon in der Vergangenheit verschiedene Formen der Wirtschaftsförderung entwickelt, um Industrie- und Gewerbesiedlungen zu begünstigen. Dabei spielt auch eine Rolle, daß sie dadurch – Stichwort: Gewerbesteuer-einnahmen – ihre eigene Steuerbasis zu stärken suchten. Hauptziel war und ist jedoch immer, Einkommen und Beschäftigung der Bevölkerung zu sichern.

Vor allem bei Neuansiedlungen kam es bei diesen Bemühungen zu einem scharfen Wettbewerb verschiedener Gemeinden gegeneinander. Eine solche Politik kann jedoch wachstumspolitisch fragwürdig werden; denn vielfach haben Gewerbebetriebe, deren Entscheidung über Neugründung eines Zweigbetriebes oder eine Verlagerung grundsätzlich geklärt war, sich die Wahl für einen bestimmten Standort nachträglich teuer bezahlen lassen. Die Förderungsmaßnahmen der Gemeinden haben in solchen Fällen allenfalls die Standortentscheidung beeinflußt, jedoch kaum zu zusätzlichen Investitionen und damit zusätzlichen Arbeitsplätzen geführt.

Heute ist das Potential für Neuansiedlungen als Folge der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der internationalen Konkurrenzsituation gesunken. Realistisch betrachtet genießt in den Kommunen die Pflege guter ehelicher Beziehungen den Vorrang vor dem Werben neuer Bräute. Im Klartext: Im Vordergrund kommunaler Bemühungen stehen Pflege und Hilfe für kleine und mittlere ortsansässige Betriebe, nicht zuletzt deshalb, weil gerade sie einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Wertschöpfung und Beschäftigung leisten und oft an Wachstumsgrenzen stoßen, sei es, weil ihnen Kredite für die Ausweitung des Unternehmens als zu riskant erscheinen, sei es, weil in innerstädtischen Lagen Flächen für eine Ausweitung fehlen.

Auf unternehmerische Standort- und Entwicklungsentscheidungen können verschiedene kommunalpolitische Maßnahmen Einfluß nehmen. Neben einer entsprechenden Infrastruktur und den produktionsorientierten Planungsentscheidungen geht es hierbei um die Verkehrserschließung, das Angebot

an Parkplätzen, die Liegenschaftspolitik, die Qualität von Wohngebieten und – nicht zuletzt – um den Stil des Verwaltungshandelns.

Kommunale Wirtschaftsförderung tangiert das Aufgabenfeld zahlreicher Ämter. Sie kann nur erfolgreich sein, wenn das Handeln der verschiedenen Dienststellen durch eine ämterübergreifende Kooperation und zweckmäßige Organisation gebündelt und aufeinander abgestimmt ist. Die Gemeinden brauchen in der allgemeinen Kommunal- und Stadtentwicklungspolitik klare Leitlinien. Gesichtspunkte der Arbeitsmarktpolitik, der Entwicklungsplanung, des Städtebaus und der Verbesserung der Sozialstruktur ebenso wie Rücksichten auf die Umwelt sind aufeinander abzustimmen und dem Ziel einer Stärkung der Wirtschaftskraft und der Verbesserung der Beschäftigungssituation unterzuordnen.

Nicht verhindern, sondern helfen

Vorausschauende Grundstücksvorratspolitik bleibt dabei zentrale Erfolgsbedingung kommunaler Wirtschaftsförderung. Gewerbliche Nachfrager brauchen rasch erschlossene Grundstücke. Die allgemeine Beratung von Unternehmen über die Standortsituation, über Flächen- und Finanzhilfeangebote, die Standortvermarktung und Vermittlung städtischer Grundstücke allein reicht in der Mehrzahl der Fälle nicht aus. Die Kommunen müssen einen regelrechten Service entwickeln, der spezielle Daten beschafft, Planunterlagen für an- und umsiedlungs- sowie erweiterungswillige Unternehmen bereitstellt und Hilfestellung bei der Bewältigung betrieblicher Probleme leistet. Betriebe und Unternehmen müssen wissen, daß man sich um sie kümmert.

Eine Politik kommunaler Begleitung betrieblicher Investitionsentscheidungen hängt vom Einfallsreichtum, der Initiative und dem Unternehmungsgeist derer ab, die in den Städten dafür Verantwortung tragen. Hier müssen die Kommunen noch sehr viel an Wissen erarbeiten und Informationen verarbeiten, um auf unterschiedliche Situationen rasch und sachgerecht reagieren zu können. Es reicht nicht aus, die internen Verwaltungsdaten auszuwerten.

Die ansässigen Betriebe müssen systematisch beobachtet werden, Kontakte müssen gepflegt werden. Alle relevanten Betriebe müssen in ihrer Bedeutung für den örtlichen Arbeitsmarkt und die örtliche Wirtschaftsentwicklung richtig eingeschätzt werden. Eine weitgefächerte kommunale Gewerbepolitik versucht, die Flächenanbieter, die Selbstverwaltungsinstitutionen von Handwerk und Gewerbe, Gewerbeaufsichtsamter, Baugenehmigungsbehörden, Arbeitsverwaltung,

Kreditinstitute, Wirtschaftsförderungsgesellschaften u. a. an der Wirtschaftsförderung beteiligte Institutionen zugunsten der Wirtschaftsförderung zusammenzufassen.

Offene Ohren der Kommunalverwaltung und wechselseitiges Verständnis sind für private Investoren oft wichtiger als nicht sonderlich zu Buche schlagende geldliche Vorteile. Gerade expandierende und neugegründete Unternehmen schätzen zur Senkung ihres Risikos kooperative und verhandlungsbereite Partner. Es gilt darum, administrative Reibungen und Zeitverzögerungen bei Genehmigungsverfahren abzukürzen. Dabei wird man Verständnis dafür wecken, wenn man klar begründen kann, daß unter kommunalen Kosten-/Nutzenüberlegungen nicht jedem Betriebswunsch nachgegeben werden kann. Das Gefälle der Gewerbesteuerhebesätze und der Grundstückspreise ist bei der Gewichtung der Standortfaktoren für Unternehmen oft weniger bedeutsam als vielfach befürchtet oder unterstellt wird. Verglichen mit den Absatzchancen auf den Gütermärkten und wettbewerbsfähigen Produktionsverfahren, sind die Standortbedingungen, abgesehen von bestimmten Anlagen (Kernkraftwerke, Kraftwerke, Großanlagen der chemischen und eisen-schaffenden Industrie), ohne Zweifel von untergeordneter Bedeutung. Das Auffinden geeigneter Produktionsstandorte ist in der Mehrzahl der Fälle noch nicht zu einem wachstumshemmenden Faktor geworden, wenn man von den genannten Großanlagen absieht.

Wirtschaftliches Wachstum muß über den betrieblichen Ansatz hinaus unter volkswirtschaftlichen Kosten-/Nutzenrelationen betrachtet werden, und aus ihnen ist seine Bedeutung für politische Entscheidungen abzuleiten und zu begründen. Dies heißt konkret, daß z. B. sowohl ökologische Dimensionen als auch die Verhältnismäßigkeit kommunaler Investitionen zum eigentlichen und schärfer zu definierenden Bedarf in Entscheidungen Eingang finden müssen. Im Zuge einer sorgfältig abwägenden wachstumsfördernden kommunalen Wirtschaftspolitik sollten Kommunen daher wie bisher in ausreichendem Umfang komplementäre Investitionen für Privatinvestitionen bereitstellen und für möglichst günstige Standortbedingungen sorgen.

Über allen kommunalen Maßnahmen und Handlungen auf diesem Sektor muß die Erkenntnis stehen, daß die Stadt mit ihren wirtschaftlichen Grundlagen steht und fällt. Es gilt, diese Quellen zu sichern. Einen Beitrag für Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung können die Kommunen nur durch phantasievollen Gebrauch der unterschiedlichen

Instrumente leisten. Dabei ist die Devise: nicht verhindern, sondern helfen, nicht einengen, sondern Spielräume schaffen.

In Gemeinden mit einer Wirtschaftsstruktur, die besonders anfällig auf die Wachstumsabschwächung reagiert hat, und in Gemeinden mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit bleiben die bewohnerorientierten Ausgabeverpflichtungen voll bestehen. Die Folgekosten der Wirtschaftsabschwächung sind dort besonders ausgeprägt. Gleichzeitig reagiert die Einnahmeseite besonders sensibel, weil die Einkommenssteuerbasis schrumpft und auch die Gewerbesteuer elastisch auf die Ertragsituation der Unternehmen reagiert. In Kommunen dieser Art wird die Schere zwischen steigenden Ausgabeverpflichtungen und spärlicher fließenden Einnahmen besonders stark spürbar. Dabei sollten gerade diese Gemeinden Spielraum für wachstumsfördernde Maßnahmen haben. Hier sind auch die kommunalen Finanzausgleiche gefordert.

Reinvestitionen der Kommunen erhalten eine neue Qualität

Eine Überprüfung von Umfang und Richtung des künftigen kommunalen Investitionsbedarfes ist ein weiterer Beitrag nicht zu eng gefaßter kommunaler Wirtschaftsförderung. Politisch ist dies auch vertretbar, weil in zahlreichen Bereichen der öffentlichen Infrastruktur eine gewisse Sättigung eingetreten ist oder Rückgang und Konstanz der Bevölkerung in einigen Sektoren als Bedarfsbremse gewirkt haben (Kindergärten, Schulen, Schwimmbäder, Krankenhäuser). Weil das System der kommunalen Leistun-

gen im Grundsatz vorhanden ist, gewinnen die Pflege, Instandhaltung und Fortführung des Erreichten, im wesentlichen also die Reinvestitionen in die kommunale Infrastruktur, auch investiv eine neue Qualität. Die Unterhaltung des Investitionsbestandes ist arbeitsplatzintensiv und bietet insbesondere Klein- und Mittelbetrieben ein Beschäftigungsfeld.

Steigende Erneuerungsbedarfe und neue Investitionsschwerpunkte stellen sich in den Städten und Gemeinden in den Bereichen Stadterneuerung, Wohnungsmodernisierung, Energieeinsparung und Wohnumfeldverbesserung, Verkehrsberuhigung und Lärmschutz, öffentlicher Personennahverkehr und Ersatz kommunaler Bausubstanz. Bei der Umwertung kommunaler Investitionsprioritäten ist zu berücksichtigen, daß die kommunalen Infrastruktur-Investitionen auf der einen Seite von den Bürgern direkt genutzt werden (Parks, Spielplätze, Grünanlagen, Straßen, Tiefgaragen). Sie sind in dieser Rolle kollektive Konsumgüter. Die gleichen oder andere Investitionen sind Voraussetzung für private wirtschaftliche Tätigkeit, das heißt, sie sind Produktionsfaktoren (Einstellplätze, Tiefgaragen, Verkehrsnetz, Abwasserbeseitigung, Müllabfuhr).

In den kommenden Jahren werden Investitionen, die dazu beitragen, Arbeitsplätze zu schaffen oder zu sichern, Vorrang vor allen Investitionen haben, die nur der konsumtiven Nutzung dienen (kollektive Konsumgüter). Die Kommunen werden sich nach Möglichkeit um die Verstärkung solcher Investitionen zu bemühen haben, die gewerbliche Investitionen ergänzen, bei denen Dauerarbeitsplätze entstehen.

Bodo Richter: Umweltschutz — zentrales Bewährungsfeld sozialdemokratischer Kommunalspolitik

Der ehemalige Oberbürgermeister von Flensburg, Dr. Bodo Richter, geb. 1941, ist Oberstadtdirektor der Stadt Wuppertal. Er ist stellv. Landesvorsitzender der SGK und Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes der SGK.

Die SPD hat bereits in ihrem „Ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen für die Jahre 1975–1985“, beschlossen auf dem Mannheimer Parteitag, die Grundrichtung ihrer Umweltschutzpolitik deutlich gemacht: Es geht nicht um die Bewahrung einer möglichst unveränderten Natur, nicht um die Rückkehr zur heilen Welt vorindustriellen Wirtschaftens, auch nicht um die Umdeutung des Menschenbildes auf ein „Zurück zur Natur“. Der Orientierungsrahmen '85 nimmt die bisherige industrielle Entwicklung hin und bejaht die damit verbundene Wohlstandssteigerung. Er stellt aber in Frage, ob diese Entwicklung unbegrenzt fortgesetzt werden kann, ohne die Energie- und Rohstoffvorräte der Erde zu

erschöpfen und ohne die natürliche Umwelt des Menschen zu zerstören. Er fordert die Sozialdemokraten in der Kommunalpolitik zum Kampf dafür auf, den Raubbau an der Natur und die zunehmende Belastung des Menschen abzuwehren.

„Die absehbare Erschöpfung vieler Naturschätze und natürlicher Produktivkräfte kann das expansive Wirtschaftswachstum der Nachkriegszeit, das auf ihre scheinbar unbegrenzte Verfügbarkeit und Regenerierbarkeit gegründet war, ernsthaft gefährden. Die Verseuchung der natürlichen Umwelt mit den Abfallprodukten dieses Wachstums, der fortschreitende Abbau der erschöpflichen und der Raubbau an den an sich unerschöpflichen Ressourcen der Erde stellen die Welt heute vor eine beispiellose Aufgabe. Sie kann auf die Dauer nur durch die sparsamste Verwendung der Rohstoffe gelöst werden. Darüber hinaus müssen Verfahren entwickelt werden, durch die industrielle Abfälle entgiftet und in den Kreislauf der Natur zurückgeführt oder wieder verwandt werden können“.

Die Kommunalpolitiker haben entscheidenden Anteil an den Erfolgen der Umweltschutzpolitik der letzten Jahre:

- ▷ Die Bleibelastung der Luft in den Zentren der Großstädte ist gegenüber 1970 um mehr als 65 % zurückgegangen.
- ▷ Staub- und Rußemissionen sind in den letzten zehn Jahren um mehr als 50 % gesunken.
- ▷ Schwefeldioxydemissionen sind seit 1970 konstant, trotz gleichzeitiger Steigerung des Primärenergieverbrauchs um 17 %.
- ▷ 65 % der Abwässer gegenüber 35 % im Jahre 1969 werden jetzt in öffentlichen Kläranlagen vollbiologisch gereinigt.
- ▷ 25 % des Hausmülls werden inzwischen der Energiegewinnung zugeführt.

Rund 120 Milliarden DM werden für den Umweltschutz seit 1970 investiert. Die Umweltqualität großer Ballungsräume, besonders des Ruhrgebiets, wurde nachhaltig und systematisch verbessert.

Das Unbehagen an den Umweltfolgen des Wachstums, mit dem die große Krise der damals mehrheitlich von Sozialdemokraten verantworteten städtischen Kommunalpolitik begann, ist geblieben. Sie hat sich in exemplarischen Konflikten und neuen sozialen Bewegungen konkretisiert. Die Bürgerinitiativen konnten sich am schnellsten mit dem Ziel der Abwehr umweltbelastender kommunaler Projekte bilden; seither sind auch solche kommunalen Einrichtungen sehr viel schwerer durchsetzbar geworden, die zur Sicherung kommunaler Dienstleistungen

unentbehrlich sind und an neuen Standorten die Umweltbelastungen verringern sollen. Fast alle Projekte dieser Art sind nicht nur politisch umstritten, sondern gerichtlich bis zur letzten Instanz bekämpft worden. Das gilt besonders für Projekte der Großtechnologie, bei denen selbst die gerichtliche Bestätigung der Rechtmäßigkeit nicht mehr zur Befriedung politischer Konflikte führt.

Woran liegt es, daß die Sorge um die Umwelt nach wie vor subjektiv bis zu Existenzängsten führt, daß die Umweltqualität objektiv nach wie vor problematisch ist, obwohl die Umweltschutzgesetzgebung der Bundesrepublik in Europa als vorbildlich gilt?

Für die Antwort hat die Kommunalpolitik in den 80er Jahren mehr Verantwortung als die Bundes- und Landespolitik zu übernehmen. Fast alle Umweltbelastungen sind zum Gegenstand gesetzlicher Regelungen gemacht worden. Leider haben diese Gesetze nicht schon mit ihrer Verkündung im Gesetzblatt die Wirklichkeit verändert. Was fehlt, ist die planmäßige und bis zur Einzelmaßnahme wirkungskräftige Durchführung der Gesetze. Wenn diese Gesetze Planungskompetenzen verleihen, z.B. für Natur- und Landschaftspflege, wenn sie Ermessen einräumen, haben die Kommunalparlamente für die Durchführung zu sorgen. Die Verwaltung hat hier nur die Aufgabe der Entscheidungsvorbereitung.

Die Ursachen für die Vollzugsdefizite, für den Mangel an Umweltvorsorge in der praktischen Kommunalpolitik sind vielfältig: Traditionelles Fachwissen und traditionelle Fachkompetenz suchen Verfahren, um eine an der Umweltbedeutung einer Maßnahme orientierte Gesamtbetrachtung zu unterlaufen. So werden Verfahren über Maßnahmen „gestükkelt“ und Sachzwänge geschaffen, ohne daß das Gesamtkonzept zur Disposition steht, z.B. bei der Planfeststellung für Teilabschnitte von Fernstraßen. Die Wirkung etwa von Schwermetallimmissionen auf Luft, Böden, Wasser und Nahrungsketten wird in verschiedenen Fachfeldern getrennt, nicht aber zusammenhängend verfolgt. Alte Umweltlasten, deren Verursacher nicht mehr feststellbar sind oder nicht zur Beseitigung herangezogen werden können, z.B. Giftmülllagerungen, aufgegebenen Abfalldeponien, verlassene Kiesabbaugebiete, werden wegen der Kosten nicht systematisch saniert, sondern „geflickt“. Umweltschutzgesetze fordern zum Planen und zur Vorsorge auf. Das Unterlassen der Planung und Vorsorge scheint nicht unmittelbar negativ sozialschädlich zu wirken. So fällt das Fehlen von Kontrollen und Sanktionen oft nicht ins Auge.

Die Umweltpolitik der 80er Jahre wird also im we-

sentlichen Kommunalpolitik sein. Kommunale Handlungssysteme müssen die Anpassung und Umstellung auf ökologische Problemlagen erheblich beschleunigen. Das ist deshalb schwierig, weil in der Kommunalpolitik über Einzelprojekte entschieden wird, bei denen die verschiedenen Ziele der Arbeitsplatzbeschaffung, der Verbesserung der Lebensqualität, des größeren Komforts sich mit den Umweltbelangen hart im Raume stoßen. Der Zielkonflikt verschärft sich, wenn verschiedene Kommunen als mögliche Standorte arbeitsplatzbeschaffender und wachstumsintensiver Privatinvestitionen gegeneinander ausgespielt werden. Aus Gründen der Chancen- und Belastungsgleichheit sind möglichst konkrete, klar durchsetzbare Maßstäbe in Form gesetzlicher Regelungen unverzichtbar.

Andererseits kann sich die Kommunalpolitik von einer verengten, rein betriebswirtschaftlichen Betrachtungsweise um Einzelinvestitionen nur dann freimachen, wenn sie auf einen breiten öffentlichen Grundkonsens darüber beruht, daß die ökologisch vernünftigen Entwicklungen auch die beschäftigungspolitischen und volkswirtschaftlich sinnvollen sind. Nur dann können die Kommunalpolitiker ein exemplarisches Nein gegenüber einer umweltbelastenden Investition politisch durchhalten. Den Bewußtseinswandel fördern sie allerdings wirkungsvoller mit der Stützung umweltfreundlicher Investitionen, z. B. dem Ausbau der Wärmedämmung in den Wohnungen zur Senkung der Heizkosten, dem Einbau von Isolierfenstern, der Erweiterung der Fernwärmeversorgung durch die Ausnutzung von Abwärme in Kraftwerken und Industriebetrieben.

In Zukunft wird die Frage der Belastungsgerechtigkeit durch Umweltschutz stärker in den Vordergrund rücken: Heute verfügen die sozial schwächeren Schichten nicht nur über ein niedrigeres Einkommen, sondern sie müssen oft auch höhere Umweltbelastungen ertragen. Das gilt beispielsweise für die Bewohner der vielen Geschoßwohnungen an den Haupteinfallsstraßen der Städte. In dem Maße, in dem Umweltschutznormen zur stärkeren Schmälerung von privaten Verdienst- und Einkommenschancen führen müssen, müssen die Gesetze viel genauer als bisher den Verlustausgleich regeln. Bei den Folgekosten muß das Verursachungsprinzip stärker zur Geltung kommen. Das bedeutet, daß diejenigen, die über höhere Einkommen verfügen, somit mehr verbrauchen und mehr Umweltbelastungen verursachen, auch mehr zur Abhilfe beitragen müssen. Entweder durch höhere Preise umweltbelastender Produkte oder durch höhere Steuern, soweit der Fol-

geaufwand von der Allgemeinheit zu tragen ist.

Der Abbau der Vollzugsdefizite im Umweltschutz setzt nicht nur organisatorische Maßnahmen in der Verwaltung, sondern auch eine selbständige Umsetzung des Versorgungsprinzips in den Kommunalparlamenten voraus. Dazu müssen erst einmal überall ausreichende Erkenntnisgrundlagen geschaffen sein. In vielen Rathäusern fehlt es noch an der systematischen Auswertung aller Umweltschutzdaten und der Aufstellung ökologischer Kataster. Sie sind die erste Voraussetzung für die Beeinflussung der Fachplanung im Sinne der Umweltschutzversorgung.

Es ist Aufgabe der Kommunalparlamente, die verschiedenen Fach- und Entwicklungspläne, die die Grundlage aller privaten und öffentlichen Investitionen am Orte bilden, im Sinne des Vorsorgeprinzips umzuschreiben. Dazu muß der Umweltschutz als übergreifendes Prinzip der kommunalen Entwicklungsplanung verstanden werden. Die meisten Fachpläne müssen ohnehin der abgeschwächten Wachstumserwartung angepaßt werden. Dieser Schrumpfungprozeß erleichtert es, die unter Gewässer-, Natur- oder Landschaftsschutz gestellten Bereiche zu erweitern, damit die Wasserversorgung gesichert wird, Tier- und Pflanzenarten erhalten bleiben und bei wachsender Freizeit die Erholung am Wohnort verbessert wird. Schließlich ist es die Aufgabe der gewählten Vertretungen, für die „Altlasten“ langfristige Sanierungspläne aufzustellen.

In die Kommunalverwaltungen läßt sich der Umweltschutz nicht als herkömmliche „Verwaltungsaufgabe“ einordnen. Er hat bereits Eingang in die traditionellen Schutzaufgaben z. B. der Ordnungsbehörden und der Gesundheitsämter gefunden. Den Tiefbauämtern und den Ämtern für Grünanlagen sind die wichtigsten Verantwortungsbereiche des Umweltschutzes zugeordnet. Neue Umweltschutzämter müßten also bisher gut und effektiv wahrgenommene Aufgaben wegnehmen, sie würden zu Superbehörden, die die überkommene Arbeitsteilung auflösen würden. Umweltschutzbeauftragte können nur soviel bewirken, wie sie an Rückendeckung von der Verwaltungsführung erhalten.

Das verhaltungsmäßige Problem des Umweltschutzes liegt in der isolierten Fachberatung. Deshalb brauchen die Kommunalverwaltungen Arbeitsgruppen für Umweltschutz, an der alle beteiligten Fachämter mitwirken, an der aber die kommunale Entwicklungsplanung und die Finanzverwaltung zentrale Anteile haben, die nach festen Verfahrensregeln arbeiten und verbindliche Ergebnisse für die Parlamente präsentieren können. Eine solche Arbeits-

gruppe braucht die Rückendeckung des Hauptverwaltungsbeamten und die Anerkennung der gewählten Vertretung. Das wichtigste Instrument der Umweltpolitik in den Kommunen muß eine Umweltverträglichkeitsprüfung von Einzelmaßnahmen sein, die neben die planerische Vorbereitung von Investitionen in den Bauverwaltungen oder die Feststellung der Folgekosten bei kommunalen Investitionen tritt. Dafür gibt es in vielen Städten und Kreisen Anfänge, die hoffen lassen, daß das System der Entscheidung nach Einzelfall durch Wertungen nach allgemeinen

Maßstäben nach und nach ersetzt wird.

Der Umweltschutz kann in der Kommunalpolitik nur Bestandteil des Mehrheitskonsenses werden, wenn er mit den Interessen der großen Mehrheit der Menschen an der Schaffung von Arbeitsplätzen, an sozialer Sicherheit, an kommunalen Diensten und örtlicher Lebensqualität verbunden bleibt. Ein isoliertes, auf absoluten Vorrang der Umweltschutzbelange orientiertes politisches Vorgehen ist genauso verfehlt, wie das oberflächliche Ausspielen von Arbeitsplatzargumenten gegen den Umweltschutz.

Holger Häuselmann: Die Förderung freier Gruppen – Zur Planbarkeit von alternativer Kulturarbeit

Holger Häuselmann, geb. 1956, ist Rechtsanwalt und Verleger. Veröffentlichungen: zahlreiche Artikel über Kommunalrecht und Kulturarbeit in diversen Fachzeitschriften.

1. Die Planung der kommunalen Kulturarbeit

Die Planung der kommunalen Kulturarbeit spielte sich lange Jahre nur in dem von den vorhandenen Kultureinrichtungen Theater, Museum, Bibliothek und Volkshochschule vorgegebenen Rahmen ab. Diese Einrichtungen verlangten ihren Obulus in Gestalt von finanzieller, personeller und sachlicher Ausstattung, wurden aber im übrigen weitgehend ihrer eigenen Entwicklung überlassen. Kulturarbeit war innovativ insofern, als sie die genannten Einrichtungen erst schuf oder bestehende erweiterte. Damit war die Planung zu Ende.

Eine wirkliche Planung der Kulturarbeit, d. h. die Steuerung von Einzelentscheidungen auf ein bestimmtes Ziel hin, nämlich das einer breiten kulturellen Versorgung aller Bürger durch einen koordinierten Einsatz des vorhandenen Instrumentariums bzw. der vorhandenen Institutionen, setzte erst später ein. Diese Planung mußte und muß sich als Spielraumplanung bescheiden, da eben nur die äußeren Voraussetzungen für kulturelles Schaffen, nicht aber das kulturelle Schaffen selbst planbar ist. Unter diesen Prämissen war das kommunale Kulturgeschehen außerhalb des Vierecks Theater-Museum-Biblio-

thek-Volkshochschule planerisch nur relevant, sofern es sich um historisch gefestigte, überschaubare und erfassbare Einrichtungen nicht-städtischer Träger handelte. Die Honoratiorenvereine, z. B. Musik- und Kunstvereine, wurden als fünftes Rad am Kulturwagen geduldet. Sie durften durch finanzielle Zuwendungen an kultureller Entwicklung teilhaben. Das planerische Verbindungsstück zum örtlichen Kulturdezernat blieb aber vielfach allein der Haushaltstitel und die darauf beruhende jährliche Überweisung aus der Stadtkasse.

Das Kulturgeschehen außerhalb dieses Planungsfeldes blieb den Wechselfällen des Lebens anheim gegeben. Es war entweder einfach da, wuchs aus dem Humus der Großstadtkultur – oder es wuchs eben nicht. Diese „andere Kultur“, die eine Gemeinde erst lebendig macht, emanzipierte sich erst zu Beginn der siebziger Jahre, wurde gesellschaftsfähig, verließ die Kellerlokale der Subkultur. Und dies wohl vor allem, Dank des Phlegmas der bestehenden Kulturinstitutionen. Doch was ist die so schnell als „alternativ“ etikettierte Kultur, wer trägt sie, wie kann/soil/ muß kommunale Kulturpolitik auf sie reagieren?

2. Zum Begriff der alternativen Kulturarbeit

Man kann wohl schwer einen handlichen Begriff von alternativer Kulturarbeit finden, aus dem sich – wie es der Verwaltungsbeamte gerne hätte – schon gleich die Antwort nach Planbarkeit, Planziel und Planverwirklichung ergäbe. Was eine Straße ist, bedarf keiner Diskussion, auch auf Grün und Grünplanung kann man sich schnell einigen. Doch was ist alternative Kulturarbeit? Unsere gemeinsamen Vorurteile erlauben es uns, nach mehr oder weniger kurzer Diskussion bestimmte konkrete Erscheinungsfor-

men kulturellen Schaffens in eine Schublade zu stecken – zwar nicht geordnet, aber immerhin eine Schublade. Wenn es die alternative Kulturarbeit nicht gibt, braucht man doch wenigstens ein Raster als Planungsgrundlage. Im Spiegelbild der folgenden Begriffspaare soll daher der Begriff der alternativen Kulturarbeit, besonders auch im Hinblick auf das Ob und Wie der Planbarkeit, beleuchtet werden:

a) *Kultur der Stadt – Kultur in der Stadt*: Nach Peter Häberle (Kulturpolitik in der Stadt – ein Verfassungsauftrag, Heidelberg 1979) muß man die Politik, die von der Stadt und ihren Organen ausgeht, von der der Bürger, privaten Gruppen und gesellschaftlich öffentlichen Vereinigungen, von deren spontanen oder organisierten, oft gruppenspezifischen Aktivitäten unterscheiden.

b) *institutionalisiert – frei*: Die Arbeit von kulturellen Institutionen läßt sich leicht planen, da Institution und Planung oftmals nur Kehrseite einer Medaille sind. Eine Institution bzw. ein Institut setzt einen Träger voraus, demgegenüber sich die Institutsleitung (z. B. die eines Theater- oder Kunstvereins) rechtfertigen muß. Institutionalisiert sind insofern nicht nur kommunale Einrichtungen, sondern auch Einrichtungen von Verbänden wie z. B. Gewerkschaften, Kirchen und freien Trägern der Wohlfahrtspflege. Dabei werden die Planvorgaben zwar nicht von der Gemeinde gesetzt, sondern von den Verbandsgremien. Aufgrund der kontinuierlichen Arbeit dieser Institute sind jedoch deren Planvorgaben leicht in die kommunale Kulturplanung einzustellen. Die Arbeit der freien Initiativen hat in der Regel nicht den sachlichen Background eines Instituts. Sie unterliegt meist nicht dem Diktat einer von ihr dauernd zu unterhaltenden Einrichtung. Sie ist somit frei in ihrer Planung und damit oftmals unerfaßbar für die gemeindliche Kulturplanung.

c) *fremdbestimmt – selbstbestimmt*: Alternativkultur ist gekennzeichnet durch Autonomie gegenüber der Gemeinde. Ihr Markenzeichen ist einmal die Selbstveranstaltung durch das Publikum oder dessen planerische Mitbestimmung. Dies entzieht alternative Kulturarbeit ebenfalls weitgehend städtischer Planung. Jedoch kann auch das, was sich inhaltlich als alternative Kultur geriert, fremdbestimmt sein, denn wie demokratisch ist ein Kneipenprogramm? Für die Planung kommunaler Kulturarbeit bedeutet dies die Schaffung von Freiräumen ohne inhaltliche und organisatorische Vorgaben. Kulturplanung muß bereit sein, „die hungrigen Kinder an die Krippe zu lassen“, ohne daß diese ihre Seele hierfür verkaufen müssen.

d) *spontan – organisiert*: Was man gemeinhin unter alternativer Kulturarbeit versteht, lebt von Spontaneität. Alternative Kulturarbeit kann aber auch das Objekt von Planung, d. h. systematischer Vorbereitung sein, wenn z. B. Vereine und Bürgerinitiativen die Träger sind. Ein Sponti-Straßenfest ist insofern nicht anders zu beurteilen als ein von einer Bürgerinitiative jährlich veranstaltetes Stadtteiffest. Für die Planung bedeutet dies, sich gegenüber ad-hoc-Initiativen finanziell, sachlich und personell frei- bzw. offenzuhalten. Dieses Bereithalten für neue Erscheinungen kann durchaus mit einer gewissen Zurückhaltung hinsichtlich des Umfangs der Kooperation einhergehen.

e) *kommerziell – ideell*: Alternative Kulturarbeit schleicht in unseren Vorstellungen gerne mit dem Mäntelchen der kommerziellen Unschuld umher. Doch unter Profit-Gesichtspunkten ist wohl allein die Gemeinde unschuldig, die ihr Theater „subventioniert“ – ohne daß dies schon alternativ wäre. Hingegen läuft inhaltlich Alternatives auch gerne auf der kommerziellen Schiene. Es muß nicht gerade der Open-Air-Pop-Profi sein, aber die Szene-Kneipen und Programm-Kinos sind zunächst einmal kommerziell organisiert. Dies geschieht jedoch in der Regel vor einem erschütternden finanziellen Hintergrund, bei dem das Kreisen der Pleitegeier oft nur eine Frage des Abstandes ist. Doch sie sind ebenso wichtig und wichtig zu nehmen wie jene „reinen“ Alternativen, die nach dem Inhalt ihrer Arbeit und ihrem Selbstverständnis gerade die Ausartungen und Korruptionen des Kommerzialisismus überwinden wollen – sei es im Selbsthilfeweg oder nach klassischem Mäzenaten-Muster. Die Frage nach Kommerz oder Nicht-Kommerz darf eine Förderung der betreffenden Veranstalter nicht grundsätzlich ausschließen, sondern nur auf die Art und Höhe der Förderung einen Einfluß haben. Man kann zwar sagen, daß das wirtschaftliche Risiko einer Kulturkneipe das Gegenstück zu ihrer Unabhängigkeit sei, aber diese Freiheit ist oft nur eine Freiheit des schnellen oder langsamen Todes.

f) *professionell – amateurhaft*: Alternative Kulturarbeit ist nicht a priori nicht-professionell; sie muß nicht Laienkultur oder Hobbykunst sein. Ein hier auszumachender Qualitätsschnitt kann wiederum nur auf die Art und den Umfang der Förderung der betreffenden Träger der alternativen Kulturarbeit Einfluß haben.

g) *zentral – dezentral*: Aufgrund ihres Selbstverständnisses bemüht sich alternative Kulturarbeit dezentral und auch anti-institutionell zu sein. Sie will

aus den Zentren des herkömmlichen Kulturangebots heraus, geht in die Stadtteile, aufs Land, geht in die Betriebe, in die Schulen. Doch ein solchermaßen alternatives Kulturangebot wird häufig auch von traditionellen Trägern wie z. B. den Stadttheatern erbracht, indem diese aus ihrem Stammhaus herausgeht. Insofern wird ein Kulturangebot traditionellen Inhalts traditioneller Träger allein schon durch ungeübte zeitliche und örtliche Präsentation als alternativ angesehen. Solange dies durch die genannten Institutionen geleistet wird, hat dies keinen unmittelbaren Einfluß auf die Planung der kommunalen Kulturpolitik, sondern schlägt sich höchstens in einer Stelle mehr im entsprechenden Haushaltstitel nieder.

h) Hochkultur - Massenkultur: Alternative Kulturarbeit wird häufig als Alternative zur herkömmlichen und somit zur Hochkultur angesehen. Wenn man Hochkultur von Art und Inhalt der Präsentation her bestimmt, dann ist die Session im Bierzelt auf dem Marktplatz nun einmal eine Alternative zur Gala-Aufführung einer Stockhausen-Oper im Staatstheater. Alternative Kulturarbeit bemüht sich aber um die Durchbrechung dieser inhaltlichen und formalen Schranken. Das hat jedoch keinen Einfluß auf die Planbarkeit, sondern wiederum nur auf das Wie der Förderung. Unter „sozialen“ Gesichtspunkten ist es geboten, die „Kultur für alle“ mehr zu fördern, als die Nerz-Stola-Programme.

i) traditionell - neu: Alternative Kulturarbeit ist in unseren Vorurteilen immer mit inhaltlicher Progressivität besetzt. Der Musikverein, der sein Programm auf dem Rathausplatz vorträgt, wäre in diesem Sinne ebenso wenig alternativ wie Stein in der Schaubühne. Inhalte können somit niemals Maßstab für Planung und Förderung kommunaler Kulturarbeit sein. Auch hier kann nur der Umfang der Förderung in Frage stehen, als „Neues“ nun einmal Startkapital braucht. „Altes“ läßt sich auch leichter planen und einschätzen - deshalb ist es ja auch „alt“.

3. Die Planbarkeit der alternativen Kulturarbeit

Als Zwischenergebnis kann man festhalten: *Die alternative Kulturarbeit gibt es nicht. Es gibt ein weites Spektrum von Aktivitäten verschiedenster Inhalte und Formen von den unterschiedlichsten Trägern. Für die Frage nach der Planung alternativer Kulturarbeit bedeutet dies - cum grano salis: Alternative Kulturarbeit ist nicht-hoheitlich veranstaltete und geplante Kulturarbeit. Die Planung von alternativer Kulturarbeit ist die Planung ungeplanter und nicht-planbarer Kulturarbeit.*

Wenn man alternative Kulturarbeit schon solcher-

maßen negativ definiert, muß das entsprechende Konsequenzen für die Planung haben. Planung von alternativer Kulturarbeit kann sich nur durch die Schaffung von planerischen Freiräumen in der kommunalen Kulturplanung ausdrücken. Noch mehr als für die institutionalisierte städtische Kultur gilt für die alternative Kultur, daß die diesbezügliche Planung Spielraum-Planung sein muß. Sie muß Freiräume für die inhaltlich und organisatorisch nicht abgrenzbaren und erfäßbaren Erscheinungen des kommunalen Kulturlebens schaffen - und auch verteidigen.

Planungshindernisse für die zuständige Kommunalverwaltung ergeben sich zunächst daraus, daß sie es bei der alternativen Kulturarbeit mit den verschiedensten Trägern zu tun hat:

- eingetragene Vereine, z. B. die Traditionsvereine im Kunst- und Gesangssektor;
- Verbände, z. B. die Kirchen, Gewerkschaften, Parteien, Wohlfahrtsverbände;
- Bürgerinitiativen;
- kommerzielle Veranstalter, z. B. Kneipen, Kleinkunstabühnen, Kinos, Galerien;
- Spontan-Gruppen;
- Einzelpersonen.

Bremsklotzcharakter gewinnt auch das plötzliche und unerwartete Erscheinen wie Sterben von Initiativen. Diese werden selten erfaßt und können planerisch nie relevant werden, wenn sie nicht auch für einen für Verwaltungsbeamte wahrnehmbaren Zeitraum existent bleiben.

Bedeutsam ist auch das Selbstverständnis der Kulturschaffenden und Kulturtragenden. Sie wollen keine „Staatsknete“, sie wollen unabhängig bleiben und ihre kulturelle Seele nicht zu Markte tragen müsse. Viele Initiativen - und nicht die schlechtesten - verzichten eher auf Geld, als sich mit Bürokraten, deren Formularen und ebenso unübersichtlichen Vorstellungen auseinanderzusetzen. Mittel werden oftmals nur akzeptiert, wenn man auf die Vergabe Einfluß nehmen kann.

Planungshindernis ist nicht zuletzt das Kulturverständnis von Verwaltung und Gemeinderat selbst. Planung von alternativer Kulturarbeit kommt nun nicht der geistigen Bequemlichkeit entgegen: es muß gedacht werden - unkonventionell, spontan, kurzfristig, vorurteilslos.

Sich dennoch mit der alternativen Kulturarbeit freier unabhängiger Träger auseinanderzusetzen und sie in ein kommunales Plankonzept zu integrieren, ist nicht nur sinnvoll, sondern auch geboten: Alternative Kulturarbeit hat eine hervorragende Innova-

tionsfunktion. Sie bemüht sich um Minderheitenprogramme, zeigt neben neuen Inhalten auch neue Wege auf, während sich manches städtische Schauspiel mit seiner Progressivität keinen Meter vorwärts bewegt.

Alternative Kulturarbeit ist effizienter als hoheitlich veranstaltete Kulturarbeit. Die spontanen Initiativen arbeiten mit einem geringeren Aufwand an konstantem und variablen Kapital, nämlich mit bescheidenen Räumlichkeiten und technischen Einrichtungen und oftmals ohne Arbeitsentgelt. Insofern ist es für den Staat hier kostengünstiger zu subventionieren, als sich organisatorisch einzuschalten. Alternative Kulturarbeit erschließt Randgruppen, die ansonsten entweder ausgegrenzt oder sich ausgrenzen würden.

4. Umsetzung von Kulturplanung

Auf kommunaler Ebene müssen zunächst einmal alle Schranken beseitigt werden, an denen sich die KulturidealistInnen beim Springen die Beine brechen können. So liegt z. B. der Straßenmusiker ohne Sondernutzungserlaubnis als erster auf der Nase. Dies gilt ebenso für saturierte Stadtteilvereine: bei ihrem Altstadtfest müssen sie Dutzenden von Genehmigungen bei verschiedensten Ämtern und Behörden nachlaufen. Insofern sind es allein schon die vorhandenen administrativen Strukturen, die alternative Kulturarbeit begünstigen oder entmutigen.

Es muß die Diktatur der Hausmeister gebrochen werden! Auch der Zugang zu bestehenden Einrichtungen sollte alternativen Gruppen geöffnet werden. Es darf keine Schwierigkeiten machen, wenn ein Kulturverein ein Konzert im örtlichen Museum veranstalten will. Entsprechend gestaltete Verwaltungsrichtlinien und Satzungen können diese Zugangsschranken abbauen und Gebührenbefreiungen bzw. -ermäßigungen gestatten.

Doch nicht nur der Verwaltungsbeamte aus dem Grundstücksamt kann mit seinem Kulturverständnis alternative Kulturarbeit abblocken. Auch die Verwaltungsangestellte in der Kämmererei hält sich selbstverständlich bei der Ausstellung der Gebührenbescheide an die vorgegebene Gebührensatzung – wie sollte sie auch anders, selbst wenn sie in ihrer Freizeit „voll in der scene drin“ wäre. Die Gemeinden sollten sich überlegen, wie unerbittlich sie in der Eintreibung der Vergnügungssteuer sind, die jeder Kulturveranstalter mit kulinarischem Extra entrichten muß, weil Eß-Kultur in Deutschland anscheinend nicht existiert. Die Befreiung von der Umsatzsteuer nach § 4 Ziff. 20 UStG für kulturelle Einrichtungen oder

die Anerkennung von Trägern alternativer Kultur als gemeinnützig nach § 52 Abs. II Nr. 1 AO liegt zwar nicht in der Hand der Gemeinden, könnte aber u. U. durch ein entsprechendes Testat gefördert werden und zu einer wesentlichen finanziellen Entspannung beitragen – auf Seiten der Kulturschaffenden selbstverständlich.

Aus den vorhandenen Ressourcen könnte die alternative Kulturarbeit gefördert werden, wenn man abgeschriebene Sachmittel den Vereinen und Initiativen zuwenden würde. Besondere Bedeutung können insofern nicht genutzte Wohnungen, Läden und Werkstätten in gemeindeeigenen Anwesen erlangen. Sie könnten den verschiedenen Trägern alternativer Kulturarbeit zur kostenfreien Nutzung unter der Auflage einer sachgemäßen Wiederherstellung überlassen werden.

Neben einem solchen Wirtschaften aus dem Bestand erfordert Planung von alternativer Kulturarbeit die Einstellung von im Umfang nach der Zielsetzung zu bestimmenden Etatmitteln im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt der Gemeinden. Alternative Kulturarbeit macht da keinen Unterschied zu der Arbeit der Theater, Museen, Bibliotheken und Volkshochschulen. Auch alternative Kulturarbeit wird ganz unprosaisch durch Personal, Geld- und Sachmittel erst möglich gemacht, auch wenn dies nicht sonderlich alternativ erscheinen mag. Planung von alternativer Kulturarbeit heißt hier Förderung; beide erscheinen uns als siamesische Zwillinge.

5. Die Förderung von alternativer Kulturarbeit Geldzuwendungen

Das klassische und billigste Förderungsmittel ist Geld. Es bedarf nur eines Vergabekatalogs und eines Bündels Überweisungsformulare. Es ist natürlich vermessend zu sagen, diese Art der Förderung sei einfalllos – nein, sie ist „liberal“, denn schließlich wird es den so Geförderten überlassen, mit dem Geld „etwas Schönes zu machen“. Der gute Onkel Gemeinde handelt natürlich unter einer gewissen Erwartungshaltung, die sich am ehesten noch in den Vergaberichtlinien äußert. Es sind hier nicht Förderungsrichtlinien zu entwerfen, die diese Mentalität zugunsten einer effektiven Förderung aller Erscheinungen des kommunalen Kulturlebens über Bord wirft. Eckdaten kann man in diesem Kontext dennoch setzen:

► Dem Grunde nach muß eine Förderung unabhängig sein von der Art und Rechtsform des Zuwendungsempfängers, nach der zeitlichen Dauer ihrer Aktivitäten, dem Inhalt ihrer Arbeit, der Organisa-

tionsform, von politischem oder künstlerischem Wohlwollen (Koppelungsverbot).

► Der Höhe nach darf finanzielle Förderung hingenommen abhängig sein von Rechtsform, Dauer, Bestand, Finanzgebaren der Gruppe; davon, ob es sich um kommerzielle oder ideelle Kulturarbeit handelt; ferner von sozialen und regionalen Gesichtspunkten; der Breite und Tiefe der Zielgruppe, der Mitgliederzahl, der Kreativität und dem Erfolg.

► Der Art der Geldzuwendung nach kann entsprechend differenziert werden: feste Zuschüsse, „Kopfgelder“, Grundbeträge, Förderbeträge, Sonderzuwendungen, Bürgschaften, jeweils mit oder ohne Verwendungsnachweis.

Sachzuwendungen

Förderung von alternativer Kulturarbeit ist nicht zwangsläufig mit finanzieller Hilfe gleichzusetzen. Eine mittelbare Förderung in Gestalt praktischer Hilfestellungen ist vielfach sinnvoller. Dies gilt einmal, wenn man die Kosten-Nutzenseite betrachtet. Aber es kann damit auch ein vertretbarer Mittelweg zwischen dem Kontrollverlangen der gewährenden Gemeinden und dem „Prostitutionsverbot“ auf der Abnehmerseite geschlagen werden. Sofern dies nicht aus dem sachlichen Bestand geschehen kann, bedarf es neuer Investitionen, bei denen dem Verlangen nach der Vermeidung von (allzu hohen) Folgekosten Rechnung zu tragen ist.

An Räumlichkeiten fehlt es den Trägern alternativer Kulturarbeit zumeist. Nachwuchsbands suchen Proberäume, Maler Ausstellungsräume, Werkstätten und Ateliers, Theatergruppen Aufführungsmöglichkeiten. Weder der gute Wille des Gemeinderates noch die Börse des Kämmerers werden reichen, jeder Gruppe ihr eigenes Kultur-Fertig-Haus aufzustellen. Durch die Umwidmung bestehender Einrichtungen (z. B. Hallen und Schulräume) als auch durch die Schaffung breit angelegter Kommunikationszentren kann sowohl den bestehenden Gruppen gedient werden, als auch Vorhaltekapazität für ad-hoc-Initiativen geschaffen werden. Vielleicht werden so auch ad-hoc-Initiativen – das Salz in der oft faden Kultursuppe – erst provoziert.

Die Bereitstellung von Ausstattungen ist nicht minder wichtig. Hier darf keine Nikolaus-Mentalität Platz greifen, wonach aus einem kleinen Sack milde Gaben nach gutem Gewissen, aber schlechtem Wissen über den Bedarf verteilt werden. Neben der Ausstattung von Probestüben und festen Übungsräumen ist auch an eine Art technischer Leihdienst zu denken: Verstärkeranlagen, Beleuchtung, Theateraus-

stattungen, Transportkapazität, Stühle und Zeile für Freiluftveranstaltungen. Ein solches Unternehmen erfordert natürlich viel good will und Erfahrung, damit eine solche Ausstattung nicht nach kurzer Verweildauer beim Kunden den direkten Weg zur kommunalen Müllverwertung nehmen muß. Doch gerade auf dem Ausstattungssektor können Investitionen eine große Breitenwirkung erzielen. – Vielen Gruppen fehlt es schlicht am know how. Durch die Aus- und Weiterbildung von Gruppen- und Übungsleitern kann die Einsatzbereitschaft der Gruppenmitglieder und somit die Effizienz der Arbeit leicht gesteigert werden. Dies brauchte nicht in Gestalt städtischer Fortbildungsmaßnahmen zu geschehen (in Kooperation mit der Volkshochschule), es genügt auch die Bezuschussung von ortsfremden Ausbildern. Vielleicht sollten sich die Kulturpolitiker die Kollegen vom Sport hier zum Vorbild nehmen.

Förderung kommerzieller Kulturveranstalter

Es widerspricht dem Selbstverständnis von Kulturschaffenden und Kulturpolitikern, ein kommerzielles Unternehmen zu fördern. Doch dieser Kommerzvorbehalt ist unangebracht. Es sollten gerade die Anerkennung verdienen, die die Kultur zu ihrem Beruf gemacht haben, die ein Programmkinos oder eine Kleinkunstkneipe am Rande des Existenz-Minimums betreiben. Neben dem angesprochenen Erlaß von Abgaben ist vor allem an Mietzuschüsse für Einrichtungen wie Jazz-Keller o. ä. zu denken. Auch Ausfallbürgschaften wären ein Förderungsmittel. Gerade über diese kommerziellen Mittler erreicht man ein Publikum – wenn auch ein total antikommerziell eingestelltes –, das man durch die städtische Wohlfahrtskultur nicht ansprechen würde.

Kooperation

Hilmar Hoffmann ist recht zu geben, wenn er feststellt, daß sogenannte alternative Kultur solange ein Torso bleibt, wie sie nicht auf die lebendigen Beziehungen zur professionellen, etablierten Kunst zurückgreifen kann. Oder um es mit den Empfehlungen des Deutschen Städtetages zu formulieren: „Für die freien Gruppen und Vereine muß es interessant sein, sich das personelle, fachliche und sächliche Potential der kulturellen Einrichtungen zu erschließen. Umgekehrt sollte diesen daran gelegen sein, ihre natürlichen Verbündeten in der Bevölkerung, das heißt bei den Vereinen und Vereinigungen, zu suchen.“

Für die *Theater* bedeutet dies Förderung der Zusammenarbeit zwischen Schauspielern und Laienspielgruppen, technische Hilfestellungen, Bereitstel-

lung von gebrauchten Requisiten. Die *Volkshochschulen* sollen in Kooperation mit den Trägern alternativer Kulturarbeit entsprechende Kursprogramme anbieten. Dies dient einerseits der Weiterbildung der Kulturschaffenden, z. B. in Organisationsfragen oder hinsichtlich des theoretischen Backgrounds ihrer Arbeit. Andererseits werden so die Volkshochschulen einem neuen Interessentenkreis geöffnet. Die *Bibliotheken* brauchen zwar nicht zum hyper-kommunikativen Literaturzirkus zu werden, doch ihre Bestände in der Musik- und Medienabteilung können Musik- und Filmgruppen die Konsolidierung von deren Arbeit ermöglichen. Die *Museen* achten zwar oft nicht nur auf akustische, sondern auch planerische Ruhe, dennoch sollte sich die Kooperation mit den Kunstvereinen nicht nur auf wechselseitige Eröffnungsansprachen bei Vernissagen beschränken. Einsatzbereitschaft und Förderwille der Kunstvereine, das know how und der wissenschaftliche Apparat der Museen sind zu einem sinnvollen Miteinander anzuregen.

Koordination und Beratung

Die scheinbare Erfolglosigkeit vieler Kulturaktivitäten ist darin begründet, daß man sich gegenseitig den Termintepich unter den Füßen hinwegzieht. Das geschieht selten vorsätzlich, meist aus Schlamperei. Und es findet auch nicht immer ein Länderspiel im Fernsehen statt, das mangelhaften Besuch so leicht zu entschuldigen vermag. Hier eine Kontaktstelle zu schaffen, hieße jede vierte Veranstaltung vor der Pleite zu retten.

Vielfach fehlt es auch an der Werbung und der Öffentlichkeitsarbeit. Bei einem kommunalen Terminkalender hört der planerische Ideenreichtum meist schon auf. Die Einrichtungen der Stadtreklame müssen effektiver und intensiver genutzt werden; die Verbindungen auch zur überörtlichen Presse müssen gestärkt werden, und wenn es sich nur um Formulierungshilfen für Veranstaltungshinweise handelt. Auch die Vervielfältigungsmöglichkeiten der Gemeinden sind zu nutzen, ebenso wie die Gemeindecanzeiler zur Selbstdarstellung auch freier Gruppen. Hier sollte falsche Eitelkeit einen Moment zurücktreten und einem sinnvollen Miteinander im Interesse einer lebendigen Stadt weichen.

Den Trägern alternativer Kulturarbeit mangelt es oft auch an den entsprechenden „Connections“, d. h. dem Wissen um Namen, Adressen und Verbindungen zu Kulturführenden, Mitveranstaltern, Anstalt-

ten und Firmen, die entgeltlich oder unentgeltlich Hilfe leisten können. Man braucht dazu keine kommunale Konzertagentur oder ein Maklerbüro zu gründen, aber eine Anlaufstelle: ein kompetenter Mann oder eine kompetente Frau mit der entsprechenden Statur kann mehr bewirken als ein noch so großer Förderhaushalt. Das Berufsbild eines „Kulturarbeiters“ in Anlehnung an den Sozialarbeiter wäre wohl zu viel verlangt. Aber ein Kulturladen außerhalb des Rathauses – weg vom süßen Geruch moderner Akten – und ein Kultur-Animateur als Barfußarzt für die kranke Kulturseele der Gemeinde werden wohl Utopie bleiben.

6. Planungskompetenz und Mittelvergabe

Die Planung kommunaler Kulturarbeit und die kommunale Kulturpolitik generell werden immer ein Schattendasein führen, denn die im Dunkel stehen, die sieht man nicht. Kein Wunder angesichts der vielen, die da Schatten werfen: die Straßenaufbauer, die Sozialingenieure, die Verordnungsgläubigen, die rechtsstatistischen Bürokraten, die Sachbearbeiter, die Räte, die Dezernenten.

Dennoch bleibt auch die Planung kommunaler Kulturarbeit die Sache gerade dieser Leute, die Sache der dafür berufenen und legitimierten Gremien, in der Hoffnung, daß der eine Sehende von ein paar Einäugigen unterstützt wird. Die Kulturausschüsse der Gemeinden werden zwar vielfach durch sachverständige Bürger ergänzt; da zählte als Berufungsgrund aber bisher meist mehr das Parteibuch und das Sitzfleisch in Vereinsvorständen als der wirkliche Sachverstand. Junge Bürger, Vertreter von Bürgerinitiativen und nicht-traditioneller Vereine finden sich selten in solchen Gremien. Welcher Vorschlagsberechtigter will sich freiwillig ein Kuckucksei ins Ratsnest legen? Und so läuft auch die Vergabe der Mittel in den vorgegebenen Gleisen des „Haben wir schon immer so gemacht“ (sog. Selbstbindung der Verwaltung) und „Haben wir noch nie gemacht“ (sog. Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung).

Den Gemeinderäten darf man aber nicht die Verantwortung abnehmen, wie Martin Neuffer dies tun wollte, weil er die Bevollmächtigung besonderer Gremien für sachdienlich hielt. Inkompetenz darf kein Grund sein, Entscheidungen auf Dritte abzuschieben. Dort wo der Kompetenzmangel herrscht, ist für Besserung zu sorgen! Dann macht auch die Schaffung von Sachverständigen- und Betroffenenbeiräten einen Sinn.

Wolfgang Kirchner: Kommunale Kulturpolitik und Alternativkultur

Wolfgang Kirchner, Jahrgang 1954, ist Referent in der Bundesgeschäftsstelle der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik e. V.. Veröffentlichungen: verschiedene Beiträge in der „Demokratischen Gemeinde“ (s. a. NG 11/81)

Kulturpolitik ist einer der wenigen Bereiche, in denen die Kommunen weitgehend frei sind von gesetzlichen Bindungen und Einflüssen, sei es durch die Länder oder durch den Bund. Es handelt sich um eine typische Selbstverwaltungsaufgabe. Diese Freiheit von gesetzlichen Normen gilt es aufrechtzuerhalten. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn die Städte und Gemeinden im Wege der Selbstbindung ihrer politischen Verantwortung für dieses Aufgabenfeld gerecht werden. Darin besteht die Bedeutung kommunaler Kulturpolitik ebenso wie die Bedeutung aller anderen sogenannten „freiwilligen“ Leistungen der Kommunen. „Die Kürzung ‚freiwilliger‘ Leistungen im Zuge von Sparmaßnahmen kann den Rückzug der Städte und Gemeinden aus der gesellschaftlichen Verantwortung bedeuten“, heißt es dazu in den Leitlinien für sozialdemokratische Kommunalpolitik „Die 80er Jahre – Herausforderung für Sozialdemokraten in Städten und Gemeinden“, die vom Vorstand der Bundes-SGK vorgelegt worden sind. Vorschläge und Gedanken zur kommunalen Kultur- und Freizeitpolitik hat die Bundes-SGK darüber hinaus in einer Argumentationshilfe für sozialdemokratische Kommunalpolitiker zusammengefaßt. Auf beiden Veröffentlichungen basieren diese Ausführungen.

Die „gesellschaftliche Verantwortung“, die die Kommunen auch und gerade in der Kulturpolitik tragen müssen, oder besser, die gesellschaftspolitische Bedeutung kommunaler Kulturpolitik, ist von der SPD bereits auf dem Mannheimer Parteitag 1975 klar herausgestellt worden. Im damals beschlossenen „Kommunalpolitischen Grundsatzprogramm“ wird von den Städten und Gemeinden gefordert, ein „vielfältiges soziales Beziehungsgeflecht von Bildung, Kultur, Geselligkeit, Sport und Freizeit zu schaffen“. Sozialdemokraten gehen dabei von einem Kulturbegriff aus, „der das gesamte städtische Leben umfaßt und in der Kultur Formen des menschlichen Zusammenlebens begreift; Kultur als lebensbestimmender Inhalt einer humanen Gesellschaft“. Kulturpolitik wird nicht auf die verwaltungsorganisatorische Spannweite eines Kulturamtes und nicht auf den

Ansatz im Haushaltsplan einer Kommune beim Kapitel „Kultur“ begrenzt, sondern umfaßt eine Vielzahl anderer kommunaler Politik- und Wirkungsbereiche. Eine „so angelegte kommunale Kulturpolitik kann den verlorengegangenen Zusammenhang von Wohnen, Arbeiten und Freizeit wiederherstellen“, der notwendig ist, um das Leben der Menschen gegen einseitige Ansprüche der Gesellschaft als Einheit wahren zu können. Dies muß zwangsläufig auch in konkrete Forderungen z. B. an die kommunale Entwicklungsplanung münden, um einer unnötigen Trennung der Wohn- und Freizeitbereiche entgegenzuwirken.

Die gegenwärtige kulturpolitische Diskussion ist vor allem geprägt von unterschiedlichen Auffassungen darüber, wie das Verhältnis der Kulturpolitik zu neuen kulturellen Strömungen aussehen soll, und zwar unabhängig von dem Problem, wie diejenigen, die sich in der „Alternativkultur“ engagieren, ihr Verhältnis zur Kulturpolitik, d. h. in erster Linie zur Frage der Subventionen von Projekten, definieren. Für die sozialdemokratische Kommunalpolitik wird es darauf ankommen, zum einen den vielerorts vor Jahren bereits beschrittenen Weg noch konsequenter weiterzugehen: den Bürgern aus allen Bevölkerungskreisen die Teilhabe am kulturellen Geschehen zu ermöglichen, insbesondere ihnen den Zugang zu den „traditionellen“ Kultureinrichtungen, z. B. Theater, Museen, Oper, Schauspiel, Bibliotheken, zu erleichtern. Hier sind in der Vergangenheit in vielen Städten und Gemeinden gerade auch von Seiten der Sozialdemokraten hervorragende Erfolge erzielt worden, nicht zuletzt auch in Zusammenarbeit von Kommunen und Gewerkschaften, und eindrucksvolle Besucherzahlen bei kulturellen Ereignissen untermauern dies. Sie machen zudem deutlich, daß die Bürger gerade auch in Zeiten des wirtschaftlichen Abschwungs, in Zeiten z. B. zunehmender Umweltbelastungen und vieler anderer für den einzelnen negativ erfahrbaren Entwicklungen, nach neuen Perspektiven suchen. „Dies ist zugleich eine Suche nach einer neuen geschichtlichen und kulturellen Identität“, und weiter, „als Reaktion auf die Industriegesellschaft mit ihren komplizierten Strukturen, die die Menschen ihre eigene Ohnmacht und Wirkungslosigkeit täglich erfahren läßt, besinnen sie sich wieder verstärkt auf die Bereiche und Fähigkeiten, in denen sie sich selbst verwirklichen können“, so heißt es in dem kulturpolitischen Konzept der Bundes-SGK.

Zum anderen muß sozialdemokratische Kommunalpolitik auch „das neue dezentrale und ‚alternative‘ Kulturleben unterstützen“, und das heißt auch, für

gesellschaftliche Herausforderungen offen zu sein und sich mit diesen Herausforderungen auseinanderzusetzen. Sicherlich vorhandene Gegensätze zwischen „traditionellen Kulturformen“ und „Alternativkultur“ dürfen jedoch nicht künstlich hochgespielt werden. Beide Ansätze müssen sich in der kommunalen Kulturpolitik wiederfinden. In den Leitlinien der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker ist das wie folgt formuliert: „Der Gegensatz zwischen ‚traditioneller‘ und ‚alternativer‘ Kultur darf aber nicht überbewertet werden. Zwar schält sich eine anders verstandene Kultur heraus, die sich als Absage an die ‚offizielle‘ Kultur definiert, an die Kultur, die man passiv konsumiert, die Kultur der Eintrittskarten; dieser Kultur geht es um sinnliche Erfahrung und das Selbermachen. Die vorhandenen kulturellen Einrichtungen sind aber sehr wohl in der Lage und bereit, diesen Bedürfnissen durch Angebote der Zusammenarbeit, durch Öffnung ihrer Räume, durch professionelle Beratung und Hilfe entgegenzukommen. Es kann nicht Aufgabe der Kommunen sein, voller Erwartungen mit der Subventionsgießkanne hinter jeder ‚alternativen‘ Aktivität herzulaufen. Alternativ sein allein ist noch keine Kunst; auch dafür gibt es den Maßstab der Qualität. Ein neues und erweitertes Angebot selbsttätiger kommunaler Kultur bleibt aber notwendig. Den Zeitströmungen der ‚kleinen Kultur‘, die in ihren Dimensionen über die Ansätze der ‚alternativen Kultur‘ weit hinausgehen, muß zum Durchbruch verholfen werden.“ Als Herausforderung und Verpflichtung für die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker heißt die zentrale These dieses Abschnittes: „Der Sinnsuche vieler, selbst etwas in dieser Welt zu gestalten, muß Raum gegeben werden.“

„Sinnliche Erfahrung und Selbermachen“, diese positiven Bedürfnisse der „Gegenkultur“, sind in hohem Maße, aber nicht nur, bei Jugendlichen anzutreffen. Deshalb besteht natürlich eine enge Verbindung zwischen dem, was hier unter den Ansätzen für eine kommunale Kulturpolitik beschrieben wurde, und dem, was in althergebrachter Weise als „Jugendpolitik“ beschrieben wird. Folgerichtig muß die gegenwärtige Protestbewegung auch als Kulturerscheinung bezeichnet werden, und vor allen Dingen auch so behandelt werden. Mehr oder weniger verächtliches „links Liegenlassen“ hilft nicht weiter. Ebenso wenig der Hinweis darauf, daß nur etwa 10–15% der Jugendlichen zwischen 14 und 21 Jahren (das sind immerhin 1,3 Millionen Jugendliche) – diese Zahl hat das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit in einer im vergangenen Jahr veröffentlichten Untersuchung genannt – zum Potential der

„Protestbewegung“ oder der „Alternativkultur“ gerechnet werden. Vielmehr muß die These ernst genommen werden, die die Eidgenössische Kommission für Jugendfragen in ihren Thesen zu den Jugendunruhen, d. h. zu der gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen und der Polizei in Zürich und in einigen anderen Städten in der Schweiz, erarbeitet hat: Es treffe zu, daß radikale Minderheiten die Jugendunruhen ausgelöst haben. Es treffe auch zu, daß diese Minderheiten in verschiedener Hinsicht von der Mehrheit – auch der Jugendlichen – isoliert sind, aber die Probleme dieser Minderheiten seien nicht isoliert von den Problemen der Mehrheit – und zwar einer Mehrheit nicht nur der Jugendlichen.

Sorgen und Ängste um die Erhaltung der Umwelt, die wachsende Arbeitslosigkeit, bei den Jugendlichen vor allem der akute Ausbildungsplatzmangel, die Erhaltung des Friedens, die Durchsetzung der Abrüstung – das sind einige der Probleme, die einen großen Teil der Jugendlichen bedrücken. Kommunalpolitik kann zur Lösung dieser Probleme nur wenig beitragen, aber gerade sozialdemokratische Kommunalpolitiker müssen sich mit den Wünschen und Forderungen dieser Menschen auseinandersetzen, sie ernst nehmen. Auch diejenigen Jugendlichen, die sich nicht zum Beispiel in der Friedens- oder der Ökologiebewegung artikulieren, sondern ihre Freizeit weiterhin in Vereinen, Verbänden und Clubs verbringen, sind eine Gruppe, um die sich sozialdemokratische Kommunalpolitik kümmern muß. Kommunale Jugendpolitik im Sinne der Sozialdemokraten, das heißt als Teil kommunaler Kulturpolitik, bleibt deshalb auch „in wesentlichen Teilen die Förderung der traditionellen Jugendclubs, der Sportvereine, der Laientheater und Musikgruppen“, und andererseits müssen die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker an einer „Atmosphäre der Toleranz“ in der Kommune gegenüber den Jugendlichen mitwirken, denen „immaterielle Werte der Selbstbestimmung, der schöpferischen Tätigkeit, der Mitbestimmung und der selbstgewählten Gemeinschaft wichtiger“ sind.

Das, was hier als das „Schaffen einer Atmosphäre der Toleranz“ von den Kommunalpolitikern gefordert wird, ist sicher nicht nur auf „Jugendpolitik“ bezogen, sondern ist ein Teil der „politischen Kultur in der kommunalen Demokratie“, die in den Leitlinien für eine sozialdemokratische Kommunalpolitik der 80er Jahre einen besonderen Abschnitt einnimmt, und dies nicht ohne Grund: Staatsverdrossenheit, Gleichgültigkeit gegenüber demokratischen Entscheidungsformen, gleichzeitiges Zunehmen von Bürger-

Frische ist unser Geschäft



Alle Tage wieder Frisch-Qualität
zum vernünftigen Preis.

Das ist co op.
Der tägliche
Wochenmarkt
gleich in Ihrer
Nachbarschaft.



CO
OP

CO
OP

initiativen – das sind Entwicklungen, deren Zu- oder Rückgang maßgeblich von der vorhandenen politischen Kultur beeinflusst werden. Und für die Kommunen, also für den Ort, wo die Beziehung zwischen Politik und der Freizeit- und Arbeitswelt des einzelnen am unmittelbarsten erlebt wird, hat die demokratische politische Kultur eine fast noch größere Bedeutung. Deshalb werden in den Leitlinien Forderungen – besser: Ansprüche – an die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker gestellt, die bei Nichteinlösung weitere Glaubwürdigkeitsdefizite und damit eine weitergehende Entwicklung in Richtung der oben genannten Stichworte zur Folge haben werden. Die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker werden aufgefordert,

- ▷ der zunehmenden Gleichgültigkeit, dem Rückzug, der Verachtung oder gar Feindschaft gegenüber den demokratischen Entscheidungsformen, Ent-

- scheidungssituationen, entgegenzuwirken,
- ▷ den sichtbar werdenden Abbau von Liberalität oder gar die Kriminalisierung politisch Andersdenkender zu verhindern und sich autoritären und demokratiefeindlichen Konsequenzen entgegenzustellen,
- ▷ Geduld und Bereitschaft zum Zuhören gegenüber allen Bürgern zu zeigen, auch gegenüber solchen, die der öffentlichen Verwaltung kritisch gegenüberstehen oder sich gar politisch verweigern,
- ▷ bei der Amtsführung eine deutliche Trennung zwischen privaten Interessen und öffentlichen Aufgaben zur Grundlage zu machen sowie
- ▷ die Information der Bürger und die bürgerschaftlichen Beteiligungsmöglichkeiten – ohne daß deshalb das repräsentative System aufgegeben wird – im Bereich der Planung wie der Entscheidung auszubauen.

Peter Klein: Das Versagen der Wirtschaft führt zu Finanzierungsschwierigkeiten der kommunalen Sozialpolitik

Peter Klein, geb. 1939, ist Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (Bundes-SGK).

Das Versagen des Wirtschaftsprozesses trifft viele. Vor allem diejenigen, die arbeitslos werden, insbesondere auch Jugendliche, spüren dieses Versagen am schmerzlichsten. Auf die öffentlichen Hände kommt bei zunehmender Arbeitslosigkeit ein immer größerer, auch finanzieller Druck zu. Die Kommunen sind dabei doppelt betroffen. Überproportionale Einnahmerückgänge, die sowohl auf die sich vermindern eigenen Steuereinnahmen als auch auf die Rückführung der staatlichen Zuweisungen zurückgehen, machen das Handeln immer schwieriger. Zum anderen sind steigende Belastungen festzustellen, die – wie wir befürchten – bei anhaltender wirtschaftlicher Rezession noch sehr zunehmen werden und vor allem in der Zukunft in der überproportionalen Steigerung der Sozialkostenstats liegen werden. Dies wird noch weiter, als es schon jetzt der Fall ist, zu Diskussionen um Kürzungen in den Sozialleistungssystemen führen.

Sozialdemokraten haben sich zu dem für sie nicht leichten Schritt bewegen lassen, eine gleichgewichtete und gleichgerichtete Entwicklung von Einkommen bzw. Wachstum einerseits und den Sozialleistungssystemen andererseits zu akzeptieren. Was im Wachstum galt, muß leider auch umgekehrt in der Rezessionsphase gelten. Dennoch muß gerade wegen dieses akzeptierten parallelen Vorgangs darüber nachgedacht werden, daß es nicht unterschreibbare Mindestgrenzen für bestimmte Sozialleistungssysteme geben muß, will man nicht verantworten, daß Menschen ins tatsächliche Blend fallen. Gerade dieser Frage muß sich die Kommunalpolitik stellen, weil in Städten und Gemeinden das Schicksal der davon betroffenen Menschen am direktesten erfahren wird und der Ruf nach Hilfe dort laut werden wird. Im folgenden werden die zu diesem Problembereich gefaßten Beschlüsse des Vorstandes der Bundes-SGK dargestellt und interpretiert. Es handelt sich dabei um einen Teil des quasi programmatischen Papiers, das unter dem Motto steht „Die 80er Jahre – Herausforderung für Sozialdemokraten in Städten und Gemeinden – Leitlinien für sozialdemokratische Kommunalpolitik“.

Die Wohlfahrt breiter Arbeitnehmerschichten und damit auch der sozial Schwachen (an deren Vorhandensein kaum einer mehr so recht glauben wollte) war in der Periode des wirtschaftlichen Wachstums im großen und ganzen gesichert und in einem nicht unbeachtlichen Ausmaß durch die Politik der Ge-

werkschaften und der SPD in den zurückliegenden Jahrzehnten verbessert worden. Die strukturell und nur geringer konjunkturell bedingte wirtschaftliche Schwächeperiode, in der wir heute stehen und die noch anhält, wirft ein altes Problem neu auf: Besteht für die genannten gesellschaftlichen Gruppierungen die Gefahr, wirtschaftlich in ernsthafte Gefahr zu geraten? Die Frage kann nur differenziert beantwortet werden. Viele, und zwar die größeren Teile der gesellschaftlichen Gruppierungen werden zwar keine Einkommenszuwächse, sondern geringe Einkommensvermindernungen hinnehmen müssen, aber grundsätzlich ihr Einkommensniveau halten können. In dieser Differenzierung werden allerdings auch Gruppierungen beschrieben werden müssen, die wirtschaftlich ernsthaft in Gefahr (Verelendung?) geraten könnten und derer sich ganz besonders sozialdemokratische Politik energisch annehmen muß.

Wir haben in den zurückliegenden Jahrzehnten viel für alle Gruppen erreicht. Der Lebensstandard ist für alle hoch geworden, wenn auch zu Recht festgehalten werden darf, daß bei dem Vorgang prozentualer (linearer) Einkommens- und damit auch Lebensstandardverbesserung diejenigen, die mehr haben und hatten, beachtlich mehr Zugewinne verbuchen konnten als die unteren und mittleren Einkommensschichten. 20 Prozent Einkommensverbesserung von 1000 DM sind halt eben nur 200 DM, die gleichen 20 Prozent von 10000 DM machen den Batzen von 2000 DM aus.

Dennoch werden sicherlich für eine gewisse, aber sicherlich nicht zu lange Phase reale Einkommensvermindernungen sogar für breite Arbeitnehmerschichten aushaltbar sein. Die in den letzten Jahren erwirtschafteten Grundlagen erlauben dies. In jedem einzelnen Haushalt ist ein relativ hoher Ausstattungsstandard vorhanden, auf dessen Grundlage möglicherweise leichter und besser zu leben sein wird als in früheren Generationen.

Denen, die mehr haben als die meisten, und denen, die ihr Einkommen durch (zu) freie Steuererklärungsmöglichkeiten leichter manipulieren können, dürfte wohl von der jetzt konservativen Bundestagsmehrheit kaum etwas genommen werden, obwohl es nach wie vor zu fordern bleibt. Den breiten Schichten hingegen nimmt der Wirtschaftsprozess schon jetzt manches weg, und die künftige konservative Politik wird ihnen noch mehr wegnehmen; nicht zuletzt deswegen, weil es sich dort besser „rechnet“, werden eben diese „Fälle“ in den mittleren und unteren steuerzahlenden Schichten der Arbeitnehmer mehr bringen. Dieses Dilemma, das man auch damit um-

schreiben kann, daß die genannten Schichten ihren Frieden mit dem Prinzip des Kapitalismus gefunden und abgeschlossen haben, dieses Dilemma mag wehklagend bedauert werden, aber es bleibt. Das für uns wirklich Dramatische an diesem Dilemma aber ist, daß in ihm der Keim der Unsolidarität der Arbeitnehmerschichten untereinander steckt. Diejenigen, die Arbeit haben, werden kaum oder nur zwangweise als noch voll gerechtfertigt abzeptieren, daß sie mehr für die Arbeitslosen, Rentner und auch Sozialhilfeempfänger von ihrem Einkommen werden aufbringen müssen, wenn die wirtschaftliche Lage schlecht bliebe oder sich sogar noch verschlechterte. Hinzu kommt: Die Verteilung von Einkommen auf alle Menschen geht schon allein aus demographischen Gründen dramatischen Änderungen entgegen, jedenfalls dann, wenn man gewisse Mindeststandards für alle aufrechterhalten will.

Aus all diesem entsteht die Gefahr, daß die Mehrzahl, die ein (wenn auch vermindertes) Einkommen hat, nicht mehr als bisher an Abgaben und Steuern leisten will. Andererseits werden immer mehr Arbeitslose, Rentner und zu Sozialhilfeempfängern werdende Dauerarbeitslose mehr, auch materiell rechenbare Solidarität brauchen. Die Lösung, die die Konservativen verschreiben werden, ist abzusehen und wird zum Teil auch bei der breiten Mehrheit der Einkommensbezieher auf offene Ohren stoßen, wie zu befürchten ist.

Die konservative Devise heißt schon jetzt: Arbeitslosengeld und Sozialhilfe runter. Die Rentenfrage soll hier im weiteren ausgenommen werden. Beide Transferleistungen, also Arbeitslosengeld (jedenfalls für Arbeiter) und Sozialhilfe decken nur den Mindeststandard. Wer unter dieses Niveau gehen will, bekant sich zur Verelendung großer Gruppen, wenn nicht in Zukunft sogar von Massen. Wenn Sozialdemokraten also aus Gründen des Anstands und der Würde, die jedem einzelnen Menschen zukommt, akzeptiert haben, daß eine gleiche Entwicklung der Sozialleistungssysteme und der Einkommen breiter Arbeitnehmerschichten geboten ist, so findet die „Standardreduzierung“ auf jeden Fall bei der Sozialhilfe eine absolute Grenze. Dies schon allein deswegen, weil die Sozialhilfesätze keiner automatischen Erhöhung unterliegen, sondern eines Einzelaktes gesetzgeberischer Entscheidungen bedürfen, und dabei lagen in den letzten Jahren ihre Erhöhungen unter den Preissteigerungsraten.

Diese nicht unterschreitbare Grundforderung ist zugegebenermaßen jedenfalls für besonders von Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Strukturschwä-

che geplagte Städte ein immenses Finanzierungsproblem. Dieses ist weder bisher richtig abzuschätzen – und deswegen in seiner Dramatik noch gar nicht erkannt – noch ist es seriös zu prognostizieren, weil die möglicherweise zu befürchtenden riesigen Zunahmen der Sozialhilfemittel direkt abhängig sind von dem Grad einer hohen Massendauerarbeitslosigkeit. Aber schon heute, obwohl die Entwicklung wahrscheinlich noch schlimmer werden wird, haben sich in Kommunen – z. T. auch bei Sozialdemokraten – Widerstände dagegen geregt, die Sozialhilfesätze so zu belassen, wie sie jetzt sind. Die Überlegung dafür war bisher, daß es zu viele nachprüfbar und belegbare Mißbrauchsfälle gegeben hat, die das Prinzip der Sozialhilfe in den Augen der arbeitenden Arbeitnehmer unglaublich machen. Es darf nicht bestritten werden, daß an dieser Einschätzung etwas dran ist.

Das Schlimmste aber, was uns widerfahren könnte, wäre, daß die zu Recht beklagten Mißbrauchstatbestände das Alibi dafür hergeben würden, die Sozialhilfe in ihrem Bestand anzutasten. Dies würde nämlich unter der Bedingung der sich noch stärker verschlechternden wirtschaftlichen Verhältnisse dann auch die in Dauerarbeitslosigkeit fallenden Arbeitnehmer direkt treffen. Wer weiß denn schon in der Öffentlichkeit und damit auch bei den Arbeitnehmern, daß nach einem Jahr Arbeitslosenunterstützung das Schicksal, Sozialhilfeempfänger zu sein, unvermeidlich ist?

Diese Probleme und die Diskussion darüber auch in der Kommunalpolitik hat der Vorstand der Bundes-SGK dadurch problem- und sachgerecht aufzugreifen versucht, daß er, vorbereitet von einer kleinen Programmkommission, dazu klare Feststellungen getroffen hat, die jetzt in die kommunale Praxis zur Diskussion übergeben werden. Die wichtigsten Aussagen sind:

„Das soziale Netz muß auf jeden Fall demjenigen das materielle Lebensrisiko mildern, der unverschuldet in eine Notlage geraten ist.

Allerdings müssen wenigstens für die nächsten Jahre, wenn nicht auf Dauer sogar, neue Relationen zwischen den Wachstumsraten der Wirtschaft und den Wachstumsraten der Sozialsysteme gefunden werden. Das bedeutet, daß bei möglicherweise regelmäßig sich wiederholenden Realeinkommensverlusten der Arbeitnehmer auch die Sozialleistungssysteme auf diesen Vorgang ausgerichtet werden müssen.

Der soziale Friede ist in einer entwickelten Industriegesellschaft vom Typ der Bundesrepublik eine

wichtige Produktionsvoraussetzung. Aus kommunaler Sicht muß in diesem Zusammenhang verdeutlicht und gefordert werden, daß bei der erforderlichen politischen Neubestimmung von Transferleistungen und Sozialleistungsstandards im Sozialhilfebereich nicht unterschreitbare Mindeststandards gesetzt werden. Die Möglichkeit, zwischen Bund, Ländern und Gemeinden neue Finanzverteilungen zur Sicherung dieser sozialen Mindestausstattung großer und größerer sozialer Gruppen zu finden, muß offengehalten werden.

Im Sinne gegenseitiger Solidarität der verschiedenen Bevölkerungsgruppen muß von diesen auch anerkannt werden, daß bei bestimmten, z. B. demographischen Entwicklungen für einen Teil der Bevölkerung quantitativ mehr Leistungen erbracht werden als für andere.

Kommunale Sozialpolitik umfaßt zum einen die durch Bundes- und Landesgesetze vorgeschriebenen Bereiche (z. B. Bundessozialhilfegesetz und Jugendwohlfahrtsgesetz); zum anderen aber auch die ‚freiwilligen‘ Leistungen (z. B. die Förderung von Jugend- und freien Wohlfahrtsverbänden). Beide Bereiche bedürfen der Überprüfung und der kritischen Bewertung, aus der sich dann Forderungen an die Gesetzgeber in Bund und Ländern ebenso ergeben müssen wie Handlungsrichtlinien für die sozialdemokratische Kommunalpolitik.

Die größte Bedeutung im gesamten Sozialhaushalt einer Kommune haben die Kosten, die sich aus den Ansprüchen aus dem Bundessozialhilfegesetz ergeben. In vergangenen Jahren waren es die Kosten bei den Hilfen in besonderen Lebenslagen, die mit einem Anteil von etwa zwei Drittel der Gesamtaufwendungen im Sozialhilfebereich die Kommunen erheblich belastet haben und deshalb zu der Forderung geführt haben, dort Entlastungen für die Kommunen herbeizuführen. Die Herausnahme aller versorgungs- und versicherungsähnlichen Leistungen, wie z. B. die Kosten der Pflegebedürftigkeit, aus der Leistungsverpflichtung der Kommunen und die Zuordnung zu anderen sozialen Leistungsträgern, durchgreifende Kostendämpfungsmaßnahmen im Gesundheitswesen oder eine Regelung der Finanzierungsfragen für die als notwendig erkannte Entwicklung einer gemeindenahen psychiatrischen Versorgung bleiben weiterhin Forderungen der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker.

Als Folge einer hohen Dauerarbeitslosigkeit haben jedoch die Belastungen der Kommunen bei den Hilfen zum Lebensunterhalt in den vergangenen zwei Jahren überproportional zugenommen. Bei der abzu-

sehenden wirtschaftlichen Entwicklung werden diese Kosten bald den größten Anteil an den Gesamtaufwendungen im Sozialhilfebereich einnehmen. Daneben erfordert die hohe Sockelarbeitslosigkeit, daß zusätzliche sozialpolitische Maßnahmen über die durch Gesetze vorgeschriebenen Regelungen hinaus ergriffen werden, um dem einzelnen seine außerordentlich schwere Belastung, arbeitslos zu sein, zu erleichtern. Auch diese Aufgabe müssen die Kommunen übernehmen.

Sozialdemokratische Kommunalpolitiker setzen sich dafür ein, daß Ungerechtigkeiten und Mißbräuche, die sich aus der Konstruktion des Bundessozialhilfegesetzes wie aus allen anderen Sozialleistungssystemen ergeben, beseitigt werden; Mißbräuche können aber niemals völlig ausgeschlossen werden. Schwarzarbeit neben dem Bezug voller öffentlicher Unterstützung zerstört die Solidarität aller für das soziale Netz. Sie ist ein klar zu verurteilender Mißbrauch.

Am Bedarfsdeckungsprinzip des Bundessozialhilfegesetzes muß festgehalten werden. Die Gleichung „Abbau der Sozialhilfeleistungen gleich Stärkung der Investitionen gleich Abbau der Arbeitslosigkeit“ ist falsch, weil der strukturelle Mangel an Arbeit damit nicht zu beseitigen ist.

Sozialdemokratische Kommunalpolitiker sind nicht nur in finanziellen Notzeiten bereit, der Subventionsmentalität entgegenzutreten und Sozialleistungen daraufhin zu überprüfen, ob sie noch zweckvoll sind, dem Gerechtigkeitssinn der Bürger entsprechen und der gebotenen Eigeninitiative nicht entgegenstehen.

Der sich aus der derzeitigen Finanznot ergebende Zwang zu massiven Sparmaßnahmen darf aber nicht dazu führen, daß der kommunale Handlungsspielraum eingeschränkt wird und zukünftige Entwick-

lungschancen in Frage gestellt werden. Die Verschiebung von finanziellen Lasten von einer Ebene auf die andere ist nicht der richtige Weg. Der Zwang zu Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand darf auch nicht dazu mißbraucht werden, über Kürzungen bei den „freiwilligen“ Leistungen berechnigte soziale Errungenschaften wieder abzubauen und weitere notwendige Reformen zu blockieren.“

Bei der jetzigen, sich also ständig überproportional verschlechternden Einnahmesituation der Kommunen und bei der zu befürchtenden steigenden Belastung der Sozialhilfeeats kommen die Kommunen, vor allem die jetzt schon besonders geplagten, über die Grenze ihrer Zahlungsmöglichkeiten hinaus.

Deswegen hat der Bundesvorstand der SGK eindeutig gefordert, daß bei der weiteren Entwicklung, die droht, die Finanzierung der Sozialhilfekosten nicht weiter allein Angelegenheit von Städten, Gemeinden und Kreisen bleiben kann. Bund und Länder müssen – selbst bei eigenen verminderten Einnahmen – für diesen Bereich in der Zukunft zusätzlich aufkommen. Und dies heißt im Klartext, daß sie die Sozialhilfeleistungen für nicht unterschreitbar halten und sich bei leerer werdenden öffentlichen Kassen dann lieber (oder sozialgerechterweise) für Belastungserhöhungen aussprechen. Dabei müssen, wie könnte es anders sein, aus sozialdemokratischer Sicht die, die hohe Einkommen aus Arbeit, Kapital und Vermögen haben, stärker herangezogen werden als andere. Aber auch hier darf man sich nichts vormachen: alle übrigen Arbeit und damit Einkommen Besitzenden müssen zur Sicherung der aus dem Wirtschaftsprozess Herausgeworfenen durch erhöhte Abgaben und Steuern beitragen. Andernfalls ist der soziale Frieden bedroht.

Uli Maurer: Welcher Zukunft gehen unsere Großstädte entgegen? Einige grundsätzliche Überlegungen zur Politik in der Großstadt

Uli Maurer, geb. 1948, Rechtsanwalt in Stuttgart, ist stellvertretender Landesvorsitzender der baden-württembergischen SPD sowie Landtagsabgeordneter. Bei der Oberbürgermeisterwahl 1982 war er der Kandidat der SPD.

Die Frage nach der Zukunft der großen Städte ist im Kern die Frage nach der Zukunft der hochentwickelten Industriegesellschaft. Sie, die großen Städte, waren und sind Kulminationspunkt der Entwicklung dieser Gesellschaft im Guten wie im Bösen. Die mittlerweile alle Bevölkerungsschichten ergreifende Frage nach der Zukunft unserer industriellen Zivilisation fordert eine Renaissance der Stadtdiskussion geradezu heraus, – es sei denn, wir belassen diese Zukunftsdiskussion in dem Zustand, in dem sie sich zur Zeit befindet. Zukunft ist derzeit für die Masse der Menschen anonym, undurchschaubar und schon

deshalb besonders angsterregend. Die Antworten sind bisher entsprechend: Weder der individuell-pri-vatistische Versuch, anders, alternativ zu sein, noch die konservative Mobilisierung von Vergangenheits-sehnsucht sind seriöse Angebote; auch nicht das von der Selbsttäuschung, die umwälzende Veränderung der Rahmenbedingungen habe vielleicht gar nicht stattgefunden, ausgehende Weitermachen in gewohnt-ten Bahnen und mit gewohnten Instrumentarien.

Vertrauen in die Politik wird weder durch antwort-losen Pessimismus noch durch oberflächlich humoris-tisches Verniedlichen der berechtigten Ängste und Sorgen zurückgewonnen, gefragt ist der ernsthafte Versuch, diese Zukunft zu erhellen, Entwicklungstendenzen exakt zu beschreiben und damit über-haupt erst die Grundlage für eine *rational*e Diskus-sion von Problemlösungen zu geben. Gefragt sind Tugenden wie Mut, Selbstvertrauen und Phantasie, auch der Mut, der dazu gehört, traditionelle Formen und Denkweisen beiseite zu lassen. Eine solche Dis-kussion zur Erhellung der Zukunft der großen Städte wollen wir heute beginnen. Selbstverständlich setzt das voraus, daß wir an diese Zukunft, an ihre posit-ive Gestaltbarkeit glauben, sonst könnten wir uns die-se Anstrengung ersparen. Wir wollen bewußt dort beginnen, wo die leider in der Öffentlichkeit abge-brochene Stadtdiskussion der späten 60er Jahre auch begann, bei Mitscherlichs Frage nach der Unwirtlich-keit der großen Städte.

Ist die räumliche Trennung der menschlichen Le-bensbereiche Arbeiten, Wohnen, Konsum und Frei-zeit vermeidbar oder unvermeidbar? Sind die negati-ven Folgen vermeidbar? Konkreter: Sind die Stadt-kerne, in denen viele Menschen arbeiten und einkaufen, aber niemand lebt, der notwendige Preis des ökonomischen Erfolgs? Oder nur das Ergebnis fal-schen Bodenrechts oder falscher Politik? Sind die Versuche der Stadtbelebung durch Fußgängerzonen, Begrünung, Freizeit- und Kulturaktivitäten Lösung oder nur Kosmetik der Grundproblematik? Haben wir über diesen Anstrengungen vielleicht die Wohn-plätze, die Stadtteile, die Vororte vernachlässigt? Umgekehrt, liegt nicht vielleicht in diesen Stadtteilen und Vororten die eigentliche Zukunft der großen Stadt? Bietet sich hier vielleicht die so sehr gesuchte Möglichkeit, Identität, Geborgenheit, Zusammenge-hörigkeit zu erleben?

Sind unsere großen Städte aufgrund des dort herr-schenden extremen Preisniveaus dabei, ein Aufent-haltsort hauptsächlich für höhere Einkommens-schichten zu werden? Ist die Groß-Stadt der Zukunft eine Stadt, in der für durchschnittlich verdienende

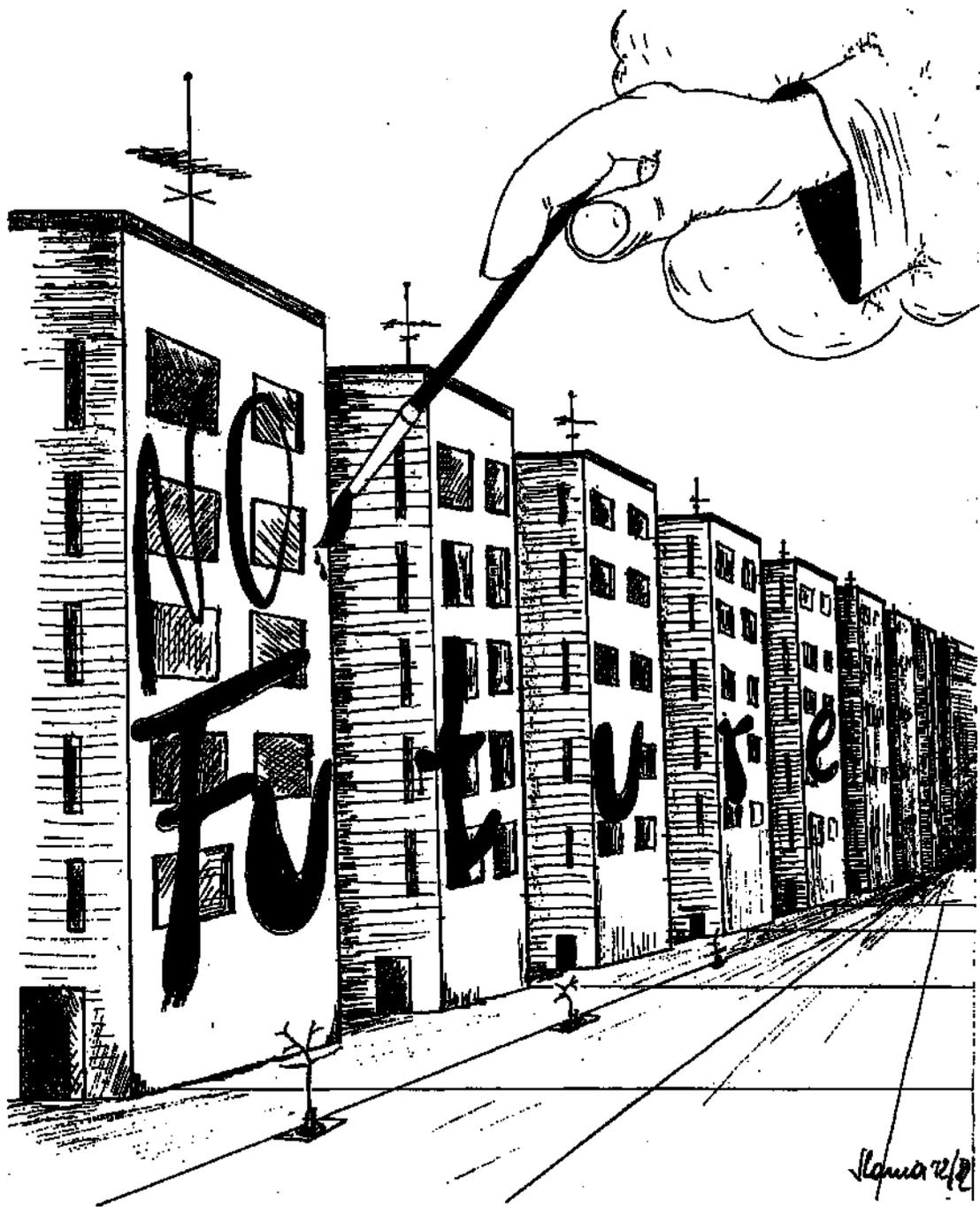
Arbeitnehmerfamilien mit Kindern und nur einem verfügbaren Einkommen kein Platz mehr ist, eine Stadt der extremen sozialen Gegensätze, in der den Wohnorten der Privilegierten nur noch die Ghetto-Situation entlang der umweltbelasteten Einfall-strassen gegenübersteht? Ist die Rückbewegung von Menschen in die großen Städte, die eine Renaissance der Stadt anzudeuten scheint, vielleicht deswegen gar nicht unproblematisch, weil sie eine Rückbewegung der besser Verdienenden bei Verdrängung der weni-ger Verdienenden ist?

Welche Antworten sind von uns im Städte- und Wohnungsbau in den 80er und 90er Jahren gefor-dert? Haben wir durch das zwingende Gebot der Erhaltung uns noch verbliebener Frei- und Grünflä-chen nicht bereits eine objektive Grenze baulicher Entwicklungsmöglichkeiten erreicht, oder werden wir sie demnächst erreichen? Muß die daraus zu folgern-de Notwendigkeit der Verdichtung zwingend auf Kos-ten städtebaulicher Qualität gehen? Müssen wir uns nicht zukünftig – und gerade angesichts der sozialen Entwicklung der kommenden Jahre – mit aller Kraft auf den Erhalt und Neubau bezahlbarer Mietwoh-nungen konzentrieren? Ist es nicht dringend an der Zeit, den Kampf um eine Reform des Bodenrechts wieder aufzunehmen?

Ist auch in Zukunft eine umfassende kommunale Entwicklungsplanung notwendig und möglich? Basiert der zu diesem Thema weitgehend festzustellen-de Verdruß auf der Unmöglichkeit einer solchen Pla-nung an sich, oder ist die notwendige Konsequenz die, sich kleinformigen, auf das einzelne Wohnquar-tier bezogenen Konzeptionen zuzuwenden?

Neben der eher von links vertretenen These von der Unwirtlichkeit der Städte gibt es die nicht weni-ger herausfordernde, eher von rechts vertretene The-se von der Unregierbarkeit der Städte. Was verbirgt sich an realer Substanz und politischer Absicht hin-ter den vielstimmigen Klagen über Bürgerinitiativen, Nachbareinsprüche und Investitionsstau? Gibt es nicht neben der berechtigten Sorge, daß im Gesamt-interesse der Bevölkerung liegende Projekte durch Gruppenegoismus zu Fall gebracht werden, auch das Phänomen, daß der Widerstand der Bevölkerung gegen ökologisch problematische Großprojekte, die im Interesse einzelner Unternehmen liegen, flugs als gegen das Gemeinwohl gerichtet deklariert und denun-ziert wird?

Steht nicht immer noch die Frage im Raum, wer eigentlich unsere Städte regiert, die nach der Ge-meindeordnung berufenen Organe oder Aufsichts- und Bewilligungsbehörden und Wirtschaft und Ver-



Slava 2/2

bänden? Gibt es nicht auch den Weg eines größeren politischen Konsenses zwischen Bürgerschaft und Stadtorganen durch ein Mehr an Dezentralisierung und Beteiligung?

Ist nicht daneben eine Stärkung der politischen Organe der Stadt geboten, und könnte die Übertragung parlamentsrechtlicher Grundsätze auf die Kommunalverfassung hierzu dienen? Haben wir nicht auch unser Bürokratie-Problem, und ist die mangelnde Bereitschaft, es anzugehen, daran schuld, daß andere unter dem Vorwand der Bekämpfung von Bürokratie in Wahrheit den massiven Abbau sozialer Leistungen und Einrichtungen betreiben. Schließlich, ist es ein Wunder, daß die Erfahrungen mit Bürger-Beteiligung nicht übermäßig glücklich sind, wenn diese Bürger-Beteiligung anhand von abstrakten Plänen und Vorträgen erfolgt, mit denen schon Gemeinderäte ihre Probleme haben? Ist dies nicht eine Form von Beteiligung nur für gebildete Eltern, die an der Masse der betroffenen Bürger vorbeigeht?

Werden die Städte auch in Zukunft die Zentren der wirtschaftlichen Entwicklung, der kulturellen Entfaltung und des sozialen Fortschritts sein? Hinter dieser Frage steht zunächst die einigermäßen trotzig behauptung, daß sie es bisher war. Und daran kann es bei objektiver Betrachtung wohl kaum einen Zweifel geben. Aber es ist keine Frage, daß die Veränderung der Rahmenbedingungen neue Wege erzwingt, wenn dieser Anspruch aufrecht erhalten werden soll und wenn wir nicht denen folgen wollen, die Zukunft nur noch im Bild dörflicher und kleinstädtischer Idyllen zu sehen vermögen.

Aber es kann kein Zweifel bestehen, daß wir einer Zukunft entgegen gehen, in der sich das wirtschaftliche Wachstum zumindest erheblich verringern wird, in der wir mit einem hohen Sockel an Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben, in der der Anteil der Arbeitszeit am menschlichen Leben noch geringer sein wird und Natur, Umwelt und Gesundheit zu Recht immer mehr die Werthaltung der Bevölkerung prägen werden. Das heißt, die Bedeutung von Wohnen und Freizeit wird zunehmen, während sich gleichzeitig die finanziellen Gestaltungsmöglichkeiten voraussichtlich verringern. Die Städte stehen hier nur im Brennpunkt einer insgesamt unsere Gesellschaft betreffenden Herausforderung.

Gibt es angesichts dieser Situation nur die konservative Alternative von dem Staat und der Gemeinde, die sich tendenziell auf ihre hoheitlichen Aufgaben zurückzieht und sich im übrigen auf Markt und Privatinitiative verläßt? Mir scheint, diese Ideologie wird auch dadurch nicht besser, daß sie zunehmend

den Begriff der christlichen Nächstenliebe für sich zu okkupieren versucht.

Gibt es neben dem alles perfekt durchorganisierten, teuren und manchmal vielleicht auch uneffizienten Staat und dem obrigkeitlichen Nachtwächterstaat nicht vielleicht auch den Staat und die Stadt, die ihre Aufgabe darin sehen, finanzielle, rechtliche und organisatorische Rahmenbedingungen zu gewährleisten, die Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit garantieren und es den Menschen ermöglichen, sich in diesem Rahmen selbstverantwortlich und solidarisches zu entfalten? Brauchen wir nicht vielleicht eine große Renaissance des Genossenschaftsgedankens? Ich meine das gar nicht nur beschränkt auf den Wohnungsbau.

Wer die Frage nach der Zukunft der Stadt als Zentrum der Entwicklung und des sozialen Fortschritts stellt, kommt nirgendwo mehr an der sogenannten Ausländerproblematik vorbei. Schon die Grundfrage scheint ungeklärt: Krank unsere bisherige Ausländerpolitik nicht daran, daß wir weder entschlossene Integrationspolitik noch auf Rückkehr gerichtete Politik gemacht haben, sondern uns in sich vielfach widersprechenden und gegenseitig aufhebenden Mischformen bewegen? Sollten wir nicht dringend entscheiden, ob wir uns konsequent um Integration bemühen oder ob wir uns vorstellen können, daß unter uns ethnische Minderheiten in einer abgeschlossenen Kultur als gleichberechtigte Bürger leben? Wollen die Ausländer (vor allem Türken) Integration, oder will – was die Sache nicht leichter macht – die erste Generation sie nicht, dafür aber die zweite und die dritte? Welchen Beitrag können verstärkte politische Mitwirkungsrechte tatsächlich leisten?

Es gibt keine politische Diskussion und schon gar keine kommunalpolitische, die derzeit an der Frage der Finanzen vorbeikommt. Allerdings müssen wir wohl selber darauf achten, daß berechtigte Klagen über den Zustand der Kommunalfinanzen nicht die Wirkung eines Denkverbotes für jeden neuen gestalterischen Ansatz in der Kommunalpolitik annimmt.

Es ist gelegentlich allzu bequem, auch berechnete Forderungen mit dem Hinweis, daß man zwar Verständnis aber kein Geld habe, im Keim zu ersticken. Gerade heute können wir nicht darauf verzichten, über Möglichkeiten zur Stärkung der Finanzkraft gerade der großen Städte nachzudenken. Die Städte müssen dabei wohl bei sich selbst beginnen. So erscheint mir etwa die Frage, ob nicht unnötig viel investive Kraft durch zu hohe Standards und perfektionierte Sicherheitsanforderungen gebunden ist, durchaus berechtigt. Und gerade Sozialdemokraten

werden auch von kommunaler Finanzpolitik in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation erwarten müssen, daß der Beitrag derer, denen es gut geht, gerade in der Krise ein höherer sein muß als der Beitrag derer, denen es weniger gut geht.

Die Frage nach der Möglichkeit sozialer Staffelungen bei Gebühren und Preisen bleibt deshalb auch bei gegebenen rechtlichen Schwierigkeiten auf der Tagesordnung. Aber auch die Frage nach der Notwendigkeit einer neuen Gemeindefinanzreform und nach der Möglichkeit der Erschließung neuer Finanzquellen stellt sich. Um einen Punkt präzise herauszugreifen: Es ist zumindest auf den ersten Blick nicht einsichtig, warum gut verdienende Angehörige freier Berufe von der Gewerbesteuerpflicht ausgeschlossen sind, während sie der handwerkliche Mittelstand bezahlen muß. Und es bleibt die berechtigte Frage, ob die Gesetze über den kommunalen Finanzausgleich auch nur entfernt den Aufgaben- und Finanzierungsproblemen der großen Städte gerecht werden.

Die viel beklagte Resignation der Jugendlichen und ihr Rückzug aus der Politik sind eine Herausforderung gerade für die Stadt. Wenn, wie ich vermute, hinter dieser Resignation ein tief empfundenes Gefühl der Ohnmacht steht, dann ist es gerade die Kommunalpolitik, die die Chance hat, Felder der Beteiligung, der aktiven Betätigung, der Selbstorganisation und der Selbstverwirklichung zu eröffnen. Diese Frage ist untrennbar verbunden mit der nach dem Kulturverständnis in den Städten. Gerade bei der

jungen Generation gibt es ein großes Engagement und ein erhebliches Maß an Kreativität für neue Formen kulturellen Lebens. Die Frage an uns ist, ob und inwieweit wir bereit und in der Lage sind, diesem Engagement Raum zu geben, wobei „Raum“ durchaus auch im wörtlichen Sinne gemeint ist.

Letztlich steht aber umfassend die Frage nach der Substanz einer demokratischen politischen Kultur in ihrer Gesamtheit, die weit über den herkömmlichen engen Kulturbegriff hinausgeht. Dies führt uns wieder zurück zum Problem der Möglichkeiten einer aktiven Teilhabe, gerade des einfachen Bürgers und nicht nur intellektueller Eliten am kommunalpolitischen Geschehen. Dazu gehört auch die Frage nach der Chance von Frauen, in der kommunalen Politik verantwortlich zu wirken. Es scheint eine merkwürdige Gesetzmäßigkeit zu sein, daß sich Stadträtinnen nach ihrer Wahl in der Regel im Sozialausschuß wiederfinden.

Das Ganze ist nicht zuletzt auch eine Forderung an die Qualität der Arbeit der politischen Parteien, an ihre Fähigkeit, ihre Auseinandersetzungen so zu führen, daß ein Engagement der Bürger herausgefordert und möglich wird. Dazu gehört die Bereitschaft zu einer offenen, nicht ideologisch fixierten Diskussion, an deren Ende eben nicht immer die Übernahme der eigenen Meinung durch den Bürger, sondern vielleicht auch einmal die Veränderung des eigenen Standpunktes durch die Diskussion mit dem Bürger stehen soll.

Die SPD und ihre Wähler in den Kommunen

Die neunköpfige „Kleine Programmkommission“ des Bundesvorstandes der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik e. V. (Bundes-SGK) hat kürzlich unter dem Titel „Die 80er Jahre – Herausforderung für Sozialdemokraten in Städten und Gemeinden“ den Entwurf von „Leitlinien für sozialdemokratische Kommunalpolitik“ vorgelegt, der auf der Bundeskonferenz der SGK im Februar 1983 beraten werden soll. Aus dem umfangreichen Programmtext dokumentieren wir nachstehend das Abschlußkapitel.

Der Vertrauenszuwachs, der die SPD in die Regierungsverantwortung beim Bund und bei den Ländern gebracht hat, geht wesentlich auf praktische

kommunalpolitische Aufbauarbeit in den 50er und 60er Jahren zurück. Bei den Kommunalwahlen verbreiterte die Partei stetig ihre Basis in der Wählerschaft, um bei Landtags- und Bundestagswahlen weitere Zuwächse zu erreichen. Die Wähler erkannten die politische Kompetenz der SPD an, Probleme nicht nur am Ort, sondern in der Landes- und Bundespolitik lösen zu können.

Etwa seit Anfang der 70er Jahre ist ein gegenläufiger Trend erkennbar: Die Vertrauensbasis der SPD bei Kommunalwahlen verengt sich. Viele Wähler bleiben für die SPD erreichbar, wie der Anteil der SPD bei den Bundestagswahlen mit hoher Wahlbeteiligung zeigt; sie gehen aber nicht mehr zur Kommunalwahl, um die SPD zu wählen. Die Gründe dafür sind:

1. In den Städten und Gemeinden sind die Folgepro-

bleme des schnellen Wiederaufbaus akut geworden und, teilweise schmerzhaft, in das Bewußtsein der Bürger gerückt: Bodenspekulation, Verkehrsüberlastung, Energieverteuerung, Umweltprobleme usw. Demgegenüber ist die gewaltige Verbesserung der kommunalen Dienstleistungen, die große Menge zusätzlicher Angebote von Kindergärten, Schwimmhallen, Sporthallen, Freizeiteinrichtungen, Bürgerhäusern schnell zur Selbstverständlichkeit geworden. Die Aufbauleistung der SPD wird nicht honoriert; statt dessen werden ihr die Folgeprobleme des großen Wachstums angelastet.

2. Durch die Ausweitung und Verbesserung der kommunalen Dienste sind die Kommunalverwaltungen zu großen Organisationen geworden. Ihre Spezialisierung und Bindung an eine Fülle von Vorschriften haben sie dem Bürger entfremdet. Der Dienst am Bürger, der gewollt war, wird als anonyme und langwierige Herrschaftsverfahren im Alltag erlebt.

3. In dem Maße, in dem die Landes- und Bundesregierungen durch Gesetzgebung und Finanzbewilligungen die Feinsteuerung der verschiedenen Lebensbereiche übernommen haben, ist im öffentlichen Bewußtsein die Bedeutung der Kommunalpolitik gesunken. Das auf den politischen Brennpunkt Bonn gerichtete Fernsehen als neues und beherrschendes Medium hat diese Entwicklung verstärkt. Die Kommunalpolitik wurde aus dem Bewußtsein der Wähler weithin ausgeblendet. Weil die kommunalen Dienste selbstverständlich und reibungslos funktionieren haben, sind Kommunalwahlen für viele Bürger zum problemlosen „Abrechnungsfeld“ der gesamtpolitischen Lage geworden.

4. Zwischen den Kommunalwahlen hat die SPD ihre Diskussionen und Anstrengungen viel mehr und intensiver auf die Bundes- und Landespolitik konzentriert. Auch in der Partei herrschte das Bewußtsein, daß die Kommunalpolitiker die örtlichen Probleme schon lösen würden, daß aber die großen Schicksalsfragen der Nation viel größere Anstrengungen der Partei forderten. Das gleiche gilt für die Wahlkämpfe. Dadurch sind die Berührungsfelder der Partei mit Vereinen und Verbänden am Ort verlorengegangen.

5. Die Lücke zwischen dem bei Bundestagswahlen erkennbaren Wählerpotential der SPD einerseits und der Wählersubstanz bei Kommunalwahlen andererseits ist seit Anfang der 70er Jahre größer geworden, weil es der SPD nicht mehr wie früher gelungen ist, ihre Wähler vollständig an die Wahlurnen zu bringen, während die CDU/CSU, auch unter Nutzung des traditionellen Oppositionseffekts in Bonn, ihr Potential zunehmend besser mobilisiert hat, obwohl sie es –

bei Betrachtung der absoluten Zahl abgegebener Stimmen – bis zum Beginn der 80er Jahre nur unwesentlich verbreitern konnte.

6. Bei den Kommunalwahlen der jüngsten Zeit hat die SPD zum Teil sogar erheblich sowohl an die konservativen wie die alternativen Parteien Wähler verloren. Diese Abwanderungen machen ein Mehrfaches der Verluste aus, die aus mangelnder Wahlbeteiligung herrühren. Diese Wählerwanderungen lassen sich auch entlang dem Altersaufbau der Gesellschaft verfolgen. Entscheidender aber ist, daß größere Teile bestimmter Altersgruppierungen ihre politischen Interessen scheinbar mehr als früher nicht mehr bei der SPD, sondern bei den Alternativen oder Konservativen aufgehoben wissen.

Die veränderten Rahmenbedingungen in der Kommunalpolitik der 80er Jahre werden den Schrumpfungstrend in der Wählersubstanz der SPD verstärken, wenn nicht neue Orientierungen und Methoden sozialdemokratischer Kommunalpolitik entwickelt werden. Die Neuorientierung kann nicht in bloßer Anpassung an verändertes Wählerbewußtsein bestehen. Vielmehr muß sie dazu dienen, bei veränderten Verhältnissen die Wähler von sozialdemokratischen Grundwerten und daraus entwickelten Politikvorstellungen zu überzeugen.

Die SPD muß sich in ihrer Darstellung an den Erwartungen und Interessen möglicher SPD-Wähler ausrichten. Die gewaltige Steigerung des Lebensstandards, die immense Verbreiterung kommunaler Dienstleistungen, aber auch die Furcht vor dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes, vor der übermäßigen Inanspruchnahme zu Opfern für die Bewältigung des sozialen Wandels haben die Interessen und Erwartungen möglicher SPD-Wähler gründlich verändert. Es genügt nicht mehr, in der Kommunalpolitik die SPD als das Bündnis der abhängig Beschäftigten gegen die Privilegien der Besitzenden zu profilieren. Das SPD-Wählerpotential hat sich stärker aufgeteilt. Sein politischer Zusammenhalt ist mit der Aufteilung viel schwieriger geworden.

1. Die traditionelle Kerngruppe der SPD-Wählerschaft, die Arbeiter, ist zahlenmäßig geschrumpft. Zur Mehrheitsbildung der SPD reicht sie nur noch in einigen Arbeiterstädten des Ruhrgebietes aus. Die Rationalisierung und der Strukturwandel in der Wirtschaft haben statt dessen mehr „weiße Kragen“-Berufe hervorgebracht. In der Partei ist der Einfluß dieser Kerngruppe der SPD in den letzten zehn Jahren noch stärker zurückgegangen.

Es wird eine der schwierigsten Aufgaben der SPD in den 80er Jahren sein, sich die Loyalität breiter



Der politische Hintergrund

Die Hintergrundinformation

Bücher für NG-Abos

Folgende Bücher gibt es zur Auswahl:

- Der alltägliche Faschismus.*
Frauen im Dritten Reich. 1982. 221 S.
- Axel Eggebrecht:*
Volk ans Gewehr. Chronik eines Berliner Hauses 1930-1934. TB-Ausgabe 1982. 255 S.
- Hanjo Kesting:*
Dichter ohne Vaterland. Gespräche und Aufsätze zur Literatur. 1982. 217 S.
- Susanne Miller/Heinrich Potthoff:*
Kleine Geschichte der SPD. 4. Aufl. 1981. 416 S.
- Johano Strasser/Klaus Traube:*
Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus. 1981. 410 S.

(Bitte gewünschtes Buch ankreuzen)

Ich habe einen neuen NG-Abonnenten geworben.
Meine Anschrift:

Anschrift des neuen Abonnenten:

Hiermit bestelle ich für mindestens ein Jahr „Die Neue Gesellschaft“ ab Heft _____. „Die Neue Gesellschaft“ erscheint monatlich und kostet im Jahr 48,- DM zuzüglich 10,20 DM Versandkosten im Inland und 11,40 DM im Ausland. Kündigung jeweils bis 30 Tage vor Jahresende.

Datum

Unterschrift des neuen Abonnenten

Neuerscheinungen

der Verlage Neue Gesellschaft
und J.H.W. Dietz Nachf.

Ex.	Autor/Titel	DM je Ex.
	<i>Hermann Glaser:</i> Im Packeis des Unbehagens. Eine persönliche Bilanz des Generationenkonflikts. 216 S.	29,80
	<i>Gilberto Granados/Erk Gurgsdies:</i> Lern- und Arbeitsbuch Ökonomie. Eine Einführung in die Probleme der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung. 444 S.	19,80
	<i>Friedrich G. Kürbisch (Hg.):</i> Dieses Land schläft einen unruhigen Schlaf. Sozialreportagen 1918-45. Ein Lesebuch. 240 S.	19,80
	<i>Susanne Miller/Heinrich Potthoff:</i> Kleine Geschichte der SPD. 4. Aufl. 1981. 416 S.	19,80
	<i>Coro Stephan (Hg.):</i> Zwischen den Stühlen oder über die Unvereinbarkeit von Theorie und Praxis. Schriften Rudolf Hilferdings 1904-1940. 333 S.	29,80
	<i>Johano Strasser/Klaus Traube:</i> Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus. 410 S.	29,80

Ich wünsche Lieferung über die Buchhandlung:

Die Wahl der Lieferbuchhandlung überlasse ich dem Verlag.

Datum

Unterschrift

(Bitte genaue Anschrift auf der Rückseite eintragen)



Der politische Hintergrund

Die Hintergrundinformation

Senden Sie an folgende Anschriften ein
Probexemplar:

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Name:

Straße:

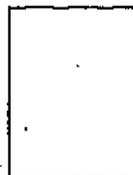
PLZ, Ort:

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Werbeantwort



**Die
Neue
Gesellschaft**

— Redaktion —

Postfach 200 189

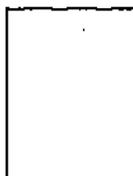
5300 Bonn 2

Absender:

.....
.....
.....
.....

(Bitte in Druckbuchstaben oder mit
Schreibmaschine ausfüllen)

Postkarte



**Verlag
Neue Gesellschaft**

Postfach 200 189

5300 Bonn 2

Schichten der Arbeitnehmer durch überzeugende Vertretung ihrer Interessen weiter zu sichern. Ohne die Loyalität der Arbeiter und Angestellten wird die SPD nicht in der Lage sein, in schwierigen Zeiten besonders gefährdeten Gruppen in der Gesellschaft zu helfen. Dazu muß die Partei an ihren traditionellen Zielen der *Sicherung der Arbeitsplätze und des Lebensstandards breiter Schichten der Bevölkerung* unbedingt festhalten. Bei geringerem Wachstum und verschärften Verteilungskämpfen müssen dafür die Inhalte der sozialen Gerechtigkeit in der Kommunalpolitik, wie zuvor beschrieben, neu belebt werden. Sozialpolitische Kompetenz allein wird aber auch in der Kommunalpolitik nicht genügen. Dazu gehört ebenso die *Stärkung der wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten*, also die Zusammenarbeit und Bestandspflege mit den vorhandenen Betrieben, damit die Kommunalpolitik nicht tatenlos vor wachsender Arbeitslosigkeit steht.

Könnten sich die Konservativen mit ihrer Strategie einer großen „Reinigungskrise“ der Wirtschaft zu Lasten der abhängig Beschäftigten, dem Rückzug aus kommunalpolitischer Verantwortung, der Schwächung der Gewerkschaften, der Abwälzung der Anpassungslasten des sozialen Wandels auf diese Arbeitnehmer, der Reduzierung des Lebensstandards für breite Arbeitnehmerschichten durchzusetzen, wäre mit Protest der Betroffenen, und zwar zuerst in der Form der Wahlverweigerung zu Lasten der SPD zu rechnen. *Wenn die traditionelle politische Orientierung fehlt, ist die Wahlenthaltung als politische Sprachlosigkeit dort am ausgeprägtesten, wo die Veränderungen die Menschen besonders stark treffen. Der nächste Schritt ist eigene Umorientierung, also die Abwanderung zu anderen Parteien. Sind die Veränderungen nicht oder nur schwer erträglich, so droht die politische Radikalisierung, die sich bereits in den Arbeiterstimmen für ausländerfeindliche Rathausparteien andeutet.*

2. Dank der Politik der Sozialdemokraten auf allen Ebenen gibt es in der Bundesrepublik eine stark verbreitete Mittelschicht, die sich, gestützt auf das bessere Bildungsangebot, einen beachtlichen Wohlstand erarbeitet hat und diesen sichern will. Diese breite Wählerschicht bejaht die Demokratie, die Sozialpartnerschaft und den Wohlfahrtsstaat, weil sie die Grundlagen der eigenen Existenz bilden. Diese Gruppe reicht bis in mittlere Einkommensschichten der Facharbeiterschaft mit sicherem Arbeitsplatz.

Diesen Menschen geht es um die Sicherung des Erreichten. Sie stehen in der Gefahr, sich in das Privatleben zurückzuziehen und die Werte Gerechtig-

keit und Solidarität „abzuhaken“, nachdem sie ihnen weitergeholfen haben. Ihr Absicherungsinteresse macht sie anfällig für Angstparolen und für inkonsequentes Wahlverhalten, gemessen an ihren eigenen Werten und Interessen. Sie lassen sich stärker als früher durch personalisierte Politik, durch Modethemen, durch Imagekomponenten ansprechen. Zur Lockerung ihrer Bindung an die SPD hat die Partei dadurch selbst beigetragen, daß sie sich nicht offen und ohne Vorbehalte zur Vertretung ihrer Interessen bekannt, sondern sich manchmal zu einseitig und zu ausschließlich um die Probleme besonders benachteiligter Gruppen gekümmert hat.

Viele Menschen dieser Gruppe werden andererseits trotz ihres Aufstiegs in den Dienstleistungsbereich Abhängigkeiten und Risiken stärker empfinden. *Es ist Aufgabe der SPD, ihre intakten politischen Wertvorstellungen wieder zu mobilisieren.* Dazu muß die Kommunalpolitik nicht allgemeine Opferparolen, sondern, gegebenenfalls auch auf den ersten Blick hart erscheinende, aber gerechte Problemlösungen anbieten.

3. Ebenfalls im Gefolge des erreichten Lebensstandards und seiner sozialen Absicherung hat sich eine wachsende Gruppe von Wählern gebildet, die sich von den materiellen Wertvorstellungen unserer Gesellschaft abwendet. Viele dieser alternativen Wähler können sich auf eine ökonomische Sicherheit stützen, die sie, möglicherweise nur vermeintlich, sorgenfrei stellt. Manche Wähler legen auf materielle Absicherung in der alltäglichen Lebensführung wirklich keinen Wert mehr, sondern schlagen sich unter Inanspruchnahme öffentlicher Unterstützung oder durch Gelegenheitsarbeit durch. Von den Wertvorstellungen dieser Wählergruppe werden auch viele „Aussteiger“ angezogen, die sich dem Arbeitsprozeß und der damit verbundenen sozialen Absicherung durch Eigenleistung verweigern. *Für die Zukunft stellen die „Aussteiger“ ein Belastungsrisiko für das soziale Netz dar, dessen Umfang schwer abschätzbar ist, das aber das Gerechtigkeitsempfinden der arbeitenden Mehrheit stark bewegt.*

Diese Wählergruppe wendet sich von den alten Werten des Traditionellen und Gewachsenen, teilweise radikal, ab. Die Kritik an der materiellen Wertorientierung dieser Gesellschaft durch diese Gruppe ist gewachsen. In ihr werden teilweise linkes Gedankengut und sozialistische Ideen fortgesetzt. Bei vielen klingt aber zugleich der Überdruß an den angeblich bürokratischen Erstarungen auch solcher kommunaler Dienste mit, die die Sozialdemokraten zur Wahrung von Solidarität, Gerechtigkeit und Frieden

in der Gesellschaft geschaffen haben. Schließlich lassen sich manche von der Vorstellung einer „hellen Welt“ in der örtlichen Umgebung leiten, die sie gegen jeden, noch so notwendigen Wandel verteidigen.

Der Vorsatz dieser Wählergruppe, die Folgen des wirtschaftlichen Wachstums radikal zu problematisieren und zu versuchen, mit weniger besser zu leben, trifft sich mit dem von Sozialdemokraten in den sechziger Jahren entwickelten Begriff der Lebensqualität und bietet eine Chance zu dessen Weiterentwicklung im Politischen durch inhaltliche Ausfüllung. Auch die finanziellen Sachzwänge werden der SPD Phantasie abverlangt, wirklich mit weniger Mitteln besser auszukommen.

Die SPD muß auch begrüßen, daß diese Protestbewegung, die die Sachzwänge einer Politik des bloßen materiellen Mehr durchbrechen will, sich der parlamentarischen Demokratie in Wahlen stellt. Damit werden allerdings die politischen Parteien der alternativen Szene zu natürlichen, weil um das gleiche Wählerpotential kämpfenden, politischen Gegnern. Andererseits kann ihr Auftreten die Konservativen wegen des Wahlsystems erst mehrheitsfähig machen. *Gerade in der Kommunalpolitik wird aber die Parlamentarisierung des Jugendprotestes große Probleme für die gewählten Vertreter aufwerfen, die die Sozialdemokratie deutlich machen muß.* Zu diesen Problemen gehört neben der politischen Unberechenbarkeit vor allem die Verengung kommunalpolitischer Mitgestaltung auf Fragen des Umweltschutzes, der Landschafts- und Grünpflege und ökologischer Probleme. Solange diese politischen Gruppen ihre Konzepte nicht auf alle Felder kommunalpolitischer Verantwortung erstrecken, greifen auch ihre eigentlichen Anliegen zu kurz.

Der Herausforderung der neuen politischen Gruppen gerade in der Kommunalpolitik muß sich die SPD stellen, weil diese Gruppen seit Jahren die Kommunalpolitik als Erprobungsfeld neuer politischer Wertvorstellungen und Konstellationen nutzen. Die kritischen Wähler sind auch besonders bereit, diese Testläufe für neue, größere politische Organisationen in der Kommunalpolitik mitzutragen.

Der bevorstehende Wandel der materiellen Verhältnisse und damit auch der politischen Werte verpflichtet sozialdemokratische Kommunalpolitiker, die gesellschaftlichen Gruppen zu einem Konsens zu führen. In der Kommunalpolitik kann dies nur mit pragmatischen Schritten und punktuellen Problemlösungen gelingen. *Damit gewinnen traditionelle Tugenden der SPD wieder aktuelle Bedeutung:*

Die SPD kann verschiedene Gruppen nur zusammenhalten, wenn sie immer wieder den zwingenden Zusammenhang zwischen einer gerechten Lastenverteilung und einem gesellschaftlichen Grundkonsens als Grundlage des inneren Friedens, aber auch unseres Wohlstandes deutlich macht. Zuallererst wird sie darauf zu achten haben, daß die verschiedenen Gruppen ihres Wählerpotentials in den Vorständen und Fraktionen der Partei angemessen vertreten sind. Die Kommunalpolitik mit ihrer Fülle an Mandaten für öffentliches Wirken bietet am ehesten die Möglichkeit, verschiedene Schichten und Gruppen durch daraus kommende Kandidaten zu repräsentieren und dadurch die gefühlsmäßige Identifizierung mit Politikern aus den eigenen Lebensverhältnissen zu erleichtern.

Das erfordert in vielen Gruppierungen eine Änderung der Personalpolitik. Die neuen Mittelschichten, die viele Vorstände und Fraktionen beherrschen, müssen mehr Platz machen, einerseits für mehr Arbeiter, Betriebsräte und Gewerkschafter, andererseits aber auch für Umweltschützer, ökologisch Orientierte und alternativ Denkende, seien sie materiell abgesichert oder nicht.

Gleichzeitig bedarf die Partei in einer unsicheren Zeit der Umwertung politischer Werte und persönlicher Verbindungen zu Vereinen und Verbänden, die das Leben im kommunalen Alltag gestalten. Auch dies muß stärker Kriterium der Personalauswahl werden.

Der Zusammenhalt von Gruppeninteressen und Personen, die sie repräsentieren, ist in der Partei nur herstellbar, wenn es auf Parteitage klare Einigungen über Programme und Verpflichtungen auf Mehrheitsentscheidungen gibt, wenn aber auch und vor allem Personen die Gemeinsamkeit vertreten und integrativ in der Partei wirken. Diese Repräsentanten der SPD am Orte dürfen weniger als zuvor in ihrer Integrationsfähigkeit überfordert werden. Das äußere Erscheinungsbild unversöhnlichen Streites verschiedener Gruppen, aber auch endloser Diskussionen ohne Entscheidung akuter kommunalpolitischer Probleme erschweren die Zustimmung zur Partei viel stärker, wenn die Schwierigkeiten und Nöte objektiv größer sind. Streit auf Dauer ohne Ende wird die Partei trotz der grundsätzlichen Sympathie offener Diskussionen sich weniger als zuvor leisten können. Wenn politische Orientierung unsicher und traditionelle Loyalität schwer zu erringen sein wird, dann ist die Partei stärker auf die persönliche Überzeugungskraft ihrer Spitzenvertreter angewiesen, die zugleich die Gruppen zusammenhalten.

Eine solche Politik erfordert, daß künftige Lasten in der Kommunalpolitik nicht einseitig auf bestimmte Gruppen verteilt werden, darüber hinaus aber auch, auf intensiv und öffentlich ausgetragene Konflikte zwischen den Gruppeninteressen zu verzichten. Die unvermeidlichen Entscheidungen zwischen den Gruppeninteressen müssen nach überzeugenden Wertmaßstäben gefällt werden.

Diese Politik kann nur funktionieren, wenn die Partei über die Grenzen des kommunalpolitischen Handelns und manche Widersprüche in den kommunalpolitischen Erwartungen orientiert. Es muß klar und deutlich gesagt werden, daß z. B. mehr Autos mehr Verkehrslärm und weniger Urbanität bedeuten, daß mehr Stromverbrauch und Komfort im Haushalt mehr Kraftwerke und Umweltbelastung hervorrufen, daß mehr Einfamilienhäuser mehr öffentliche Einrichtungen und teurere Versorgung erfordern. Gerade wenn die begrenzten Handlungsmöglichkeiten der Kommunalpolitik in das Bewußtsein dringen, wenn der praktische Kompromiß zwischen verschiedenen Interessen nicht abgewertet, sondern als notwendig akzeptiert wird, läßt sich die Grundlage für eine gefestigte Zustimmung dazu schaffen, daß politische Handlungsmöglichkeiten der Kommunalpolitik in schwierigen Zeiten nicht weiter eingeeengt, sondern erweitert werden, weil dezentrale Problemlösungen die sachgerechtesten, kostengünstigsten und wirksamsten sind.

Die SPD kann in den 80er Jahren ihre Kommunalpolitik nicht durch scheinbare Sachzwänge legitimieren, sondern nur durch politische Wertentscheidungen. Eine zu enge Identifizierung der Mandatsträger mit der Verwaltung kann ihr also nicht nützen, sondern eher schaden. Wenn es ihr gelingt, soziale Aktivitäten und konkrete Hilfen wieder selbst zu organisieren, wird auch das Übergewicht der reinen parteilichen Innenarbeit zurückgehen. Es entstehen viele neue Berührungsfelder mit den Bürgern und Verbänden, die das Wort von der Bürgernähe durch praktisches Handeln ersetzen.

Die Hinwendung der Menschen zu ihrem Lebensraum, ihre Erwartungen, mit neuen Schwierigkeiten nicht allein gelassen zu werden, bieten eine Chance für die SPD. Mit Zuversicht kann die Politik, die sich auf die besondere Kompetenz der Sach- und Ortsnähe stützt und auf die Gemeinschaft im überschaubaren Lebensraum setzt, wieder Hoffnungen begründen und zur Erneuerung der Gesellschaft beitragen. Dann wird sich die Kommunalpolitik als Kraft der gesellschaftlichen Veränderung und als echte „Basis“ sozialdemokratischer Politik bewähren.



Gary Bonham: Politische Opposition in Amerika

Der Politologe Gary Bonham, Jahrgang 1951, promoviert nach längerem Aufenthalt in der Bundesrepublik zur Zeit an der Universität Berkeley in Kalifornien.

Reagans Wahlerfolg im November 1980 war beeindruckend: ein richtiges „Volksmandat“, wie seine Mannschaft es gern ausdrückt. Der frühere Schauspieler konnte 44 Bundesstaaten für sich verbuchen, während sich der ehemalige Erdnußfarmer auf ganze sechs beschränken mußte. Genauso unzweideutig war die Wahlmännerentscheidung: 489 für Reagan, 49 für Carter, der – mit Ausnahme bei den schwarzen Wählern – im Vergleich zu 1976 wesentliche Verluste bei allen demographischen Gruppen erlitt.

Die konservative Welle beschränkte sich nicht auf die Präsidentschaftswahlen: Die Republikaner gewannen zusätzlich auch noch 33 Sitze im Repräsentantenhaus und 12 Sitze im Senat, in dem sie jetzt zum ersten Mal seit 1954 über eine Mehrheit verfügten. Daß dies kein kurzlebiger Stimmungsumschwung war, spürte man noch ein halbes Jahr später, als sich mehr Amerikaner als Republikaner bezeichneten denn als Demokraten – zum ersten Mal in der vierzigjährigen Geschichte der nationalen politischen Meinungsumfragen.

Die Demokratische Partei: Abwarten oder zurückschlagen?

Zunächst schien es, als ob große Teile der Demokraten den republikanischen Erfolg als Folge einer grundlegenden Verschiebung in der öffentlichen Meinung verstanden, der man sich vor allem in zwei Bereichen anpassen müsse: Zum einen galt es, „nach Iran und Afghanistan“ wieder einem „starken Amerika“ das Wort zu reden. Zum anderen fühlte man sich verpflichtet, für einen strengen fiskalischen Konservatismus einzutreten. Hatten doch bei einer Meinungsumfrage in den Wahlbüros 40% der Reaganwähler die Inflation als den Hauptgrund für ihre Entscheidung bezeichnet und 26% für einen ausgewogenen nationalen Haushalt plädiert.

Aus dieser Einschätzung resultierte dann auch eine größere Bereitschaft von Demokraten, konservative Haushaltspläne zu unterstützen. Das krassste Beispiel waren die 38 sogenannten „Baumwollschädlinge“ (bollweevils), d. h. südliche Demokraten, die im Frühjahr 1981 Reagans Budgetvorlagen zustimmten. Aber auch gemäßigte Demokraten wie Jim Jones, der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Repräsentantenhaus, paßten sich dem fiskalischen Konservatismus an. Die Haushaltsbeschlüsse, über die man sich schließlich Ende des Sommers 1981 einigte, enthielten Kürzungen von rund 35 Milliarden Dollar, vor allem im Sozialbereich, und eine Erhöhung des Rüstungsetats von 160 auf 188 Milliarden Dollar (dies entspricht einem Zuwachs von 24,3 % auf 25,9 % der Gesamtausgaben). Die Folgen dieser Politik spiegeln sich bereits jetzt in den immer schärfer werdenden Berichten der nationalen Medien über Amerikas wachsende Armut wider. Angesichts der fehlenden Bereitschaft der Reagan-Administration, auch zukünftig die Budgetlasten gerechter zu verteilen, und im Hinblick auf die im November anstehenden Teilwahlen gaben die Demokraten ihre teilweise Unterstützung der antisozialen Politik des Präsidenten auf. Dies fand seinen Niederschlag in den Verhandlungen über den 1983er Haushalt, bedeutet jedoch noch nicht, daß die demokratische Opposition bereits über ein klares alternatives Programm verfügt. Das gute Wahlergebnis für die Demokraten wirkt aber sicher als Verstärkung dieser Haltung.

Ein Hauptproblem der Demokraten war immer, daß sie keine Partei im europäischen Sinne sind. Vielmehr stellen sie ein Sammelbecken verschiedener Interessengruppen dar, die gelegentlich Kompromisse schlossen, um ihre individuellen Interessen am besten zu verwirklichen. Es bestand immer ein Mangel an Führung, Disziplin und Organisation. Gertrude Steins berühmter Ausdruck trifft insbesondere auf diese „Partei“ zu: „There is no there there.“ Aber trotz dieser strukturellen Probleme konnte die Demokratische Partei bis zur Mitte der siebziger Jahre immer ein einigermaßen kohärentes Programm anbieten. Seitdem jedoch ist es wesentlich schwieriger geworden, überhaupt noch ein Mindestmaß an Zusammenarbeit zu finden, das stabiles Regieren ermöglicht. Das Problem der Demokraten besteht darin, daß ihre „politics as usual“ sich geändert haben und daß eine einfache Rückkehr zur „normalen“ Politik vor Reagan tatsächlich eine Rückkehr zur labilen Politik Carters bedeuten würde. Anders ausgedrückt: Die Politik Carters war keineswegs eine Ausnahmeerscheinung.

Parteienfinanzierung

Wesentliche Gründe für die Wandlung der Demokratischen Partei liegen in den politischen Reformen Mitte der siebziger Jahre. Damals sollte als Antwort auf den Watergate-Skandal, der den republikanischen Präsidenten Nixon zum Rücktritt zwang, die Politik der Parteien insgesamt offener und demokratischer gemacht werden. Eine der wichtigsten Reformen bezog sich auf die nationale Wahlkampffinanzierung: Für private Zuwendungen an Kongreß- und Präsidentschaftskandidaten wurden Höchstgrenzen festgesetzt, um den Einfluß mächtiger Interessen zu verringern.

Die Folgen dieser Maßnahmen kehrten die ursprünglichen Absichten jedoch genau in ihr Gegenteil um: Der Einfluß der mächtigen Interessen wuchs. Da die Beiträge begrenzt sind, verbesserten die Interessengruppen die Kontrolle über die Vergabe ihrer Gelder. Sie bauten straff organisierte PACs (= political action Committees) auf, deren Verantwortliche wesentlich mehr Druck auf Politiker ausüben als vorher. (In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre eröffneten die nationalen Handelsverbände durchschnittlich ein Büro pro Woche in Washington, um diese neue Form politischen Einflusses ausnutzen zu können. Gleichzeitig wurden die Politiker abhängiger von den PACs, da sich die Kosten für Wahlkämpfe verdoppelten.) Der wachsende Einfluß der PACs hat wesentlich dazu beigetragen, daß amerikanische Politiker sich heute stärker auf partikuläre Interessen konzentrieren und daß es erheblich schwieriger geworden ist, eine Basis für Kompromisse zu finden.

Dies gilt in stärkerem Maß für die Demokraten als für die Republikaner, da letztere in den sogenannten „direct-mail campaigns“ ein Mittel gefunden haben, den Einfluß der Interessengruppen zu vermindern. Den Republikanern ist es gelungen, ihr traditionelles „fat cat“-Image – d. h. den Ruf einer sich nur auf große Beiträge stützenden Partei – zu ersetzen durch das Bild von einer Partei, die vor allem von kleinen Spenden per Post lebt. Die Republikanische Partei verfügt inzwischen über fast zwei Millionen aktive Unterstützer, die ihr im Jahresdurchschnitt 25 Dollar spenden. 1979–1980 erhielt sie auf diese Weise 111 Millionen Dollar (gegenüber nur 18,9 Millionen Dollar für die Demokraten, die auf mittlerweile etwa 75 000 Spender verweisen können). Die vollen Schatzkammern ermöglichen es der Republikanischen Partei, ihren Kandidaten große Summen zur Verfügung zu stellen, Wahlkampfschulen zu finanzieren und sich teure Wahlkämpfe in den nationalen

Medien zu leisten. Auch nimmt sie stärkeren Einfluß auf bestimmte Gesetzgebungsinitiativen. So spendete z. B. letztes Jahr das Republican National Committee 120 000 Dollar für Rundfunkwerbung, die Reagans Steuerermäßigungsvorschläge lobten. Wie der stellvertretende Vorsitzende des Komitees bemerkte, „eröffnet das eine ganz neue Ära der Politik, nämlich die Einflußnahme auf die Gesetzgebung durch groß angelegte Werbung“. Außerdem trägt die neue republikanische Massenspendenbasis zu einer strafferen Parteidisziplin bei, denn die Parteiführung macht die Zuteilungen aus den großen Wahlfonds vom Wohlverhalten der Abgeordneten abhängig. Da es zum Aufbau eines bundesweiten Spendeneinzugsystems einiger Jahre bedarf, wird es für die Demokratische Partei noch für einen längeren Zeitraum schwierig sein, ihre eigene finanzielle Massenbasis zu etablieren.

Institutionelle Veränderungen im Repräsentantenhaus

Die Reformen der siebziger Jahre schwächten die Parteidisziplin bei den Demokraten nicht nur indirekt durch das neue Wahlkampffinanzierungssystem, sondern auch unmittelbar durch institutionelle Veränderungen im Repräsentantenhaus. Zum einen wurde das vertrauliche Abstimmungsverfahren größtenteils aufgegeben, um den legislativen Prozeß durchschaubarer zu machen. Dies hatte zur Folge, daß die Abgeordneten nun dem Druck der Interessengruppen in ihren Wahlkreisen viel stärker ausgesetzt sind als vorher, da diese jetzt genau wissen, wie ihre Interessen vertreten werden.

Zum anderen schwächten die Demokraten die Stellung ihrer Ausschußvorsitzenden, die nicht mehr automatisch nach dem Dienstalster zum Zug kommen, sondern jetzt von der Fraktion bestätigt werden müssen und die auch ihre volle Kontrolle über die Tagesordnung und die Vergabe des Vorsitzes in den Unterausschüssen verloren. Damit ist es für sie erheblich schwieriger geworden, Unterstützung für ihre Vorlagen zu finden als Entgelt für entsprechende Gestaltung der Tagesordnung oder Unterausschußzuweisungen. Auch dadurch sind legislative Kompromisse schwieriger geworden.

Nominierungsverfahren

Die dritte wichtige Reform der siebziger Jahre betraf das Nominierungsverfahren für die Präsidentschaftswahl. Bis 1968 wurden die meisten Delegierten zum Nominierungsparteitag von den Parteiorganisationen der jeweiligen Bundesstaaten ausgewählt.

Danach hat die Demokratische Partei die Zahl ihrer Präsidentschaftsvorwahlen erhöht und Delegiertenquoten für bestimmte unterrepräsentierte Gruppen – z. B. Schwarze und Frauen – eingeführt. Verständigten sich früher die Delegierten erst während des Parteitags nach einem langen Prozeß von Abmachungen und Kompromissen auf einen bestimmten Kandidaten, so wurden sie nun schon durch die parteiinternen Vorwahlen auf einen bestimmten Kandidaten festgelegt. Sogar die linken Demokraten, die diese Reform ursprünglich befürwortet hatten, mußten sich bald eingestehen, daß die neue Regelung kaum Kompromißmöglichkeiten bot. Sie erschwerte die Nominierung eines allgemein annehmbaren Kandidaten erheblich und entwertete den Parteitag, weil dort keine wirklichen Entscheidungen mehr über einen Kandidaten und eine Plattform getroffen werden konnten.

Die wachsende Unzufriedenheit mit der Reform endete schließlich Ende März dieses Jahres mit einer erneuten Änderung des Nominierungsverfahrens, als das Democratic National Committee die Vorschläge der sogenannten Hunt-Kommission annahm. Diese bestanden im wesentlichen aus drei Punkten: Erstens können die Wahlkreise jetzt bei den Vorwahlen anstelle des Verhältniswahlsystems auch ein Mehrheitsystem einführen, wobei der Kandidat mit den meisten Stimmen alle Delegierten des Wahlkreises erhält. Die Gewerkschaften, die vor allem in den industriellen Bundesstaaten gut organisiert sind, unterstützen diese Änderung ebenso wie die Parteiprominenten in der Hoffnung, dadurch ihren Einfluß steigern zu können. Der zweite Vorschlag der Hunt-Kommission sieht eine Verkürzung der Vorwahlzeit auf dreizehn Wochen vor, wodurch vor allem die bereits bekannten Kandidaten bevorzugt werden. Die dritte und wichtigste Änderung besteht in der, insbesondere von den Gewerkschaften unterstützten Bildung einer besonderen Gruppe von 550 Delegierten – d. h. circa 15% aller Delegierten –, die aus aktiven Parteimitgliedern und Inhabern öffentlicher Ämter besteht und nicht von vornherein auf einen bestimmten Kandidaten festgelegt ist. Diese Gruppe „freier“ Delegierter soll vermittelnd wirken und die Kandidaten dazu zwingen, mehr auf die Interessen der Gesamtpartei zu achten.

Daß die modifizierte Reform des Nominierungsverfahrens die Politik der Demokratischen Partei grundsätzlich verändern wird, ist kaum zu erwarten. Um die Beziehungen zwischen einem demokratischen Präsidenten einerseits und den demokratischen Abgeordneten und Senatoren andererseits zu

verbessern und dadurch auch eine stärker abgestimmte Politik im Kongreß zu ermöglichen, bedarf es nicht nur weiterer Veränderungen in Partei und Fraktion, sondern auch einer befriedigenden Lösung in der Frage der Wahlkampffinanzierung, um der Macht der partikularen Interessen der PAC's und in den Wahlkreisen entgegenzuwirken.

Auf der Suche nach organisatorischer Unterstützung: Die Aufgaben der Arbeiterbewegung

Die schwindende Kohärenz der Demokratischen Partei in den siebziger Jahren ist auch auf die veränderte Haltung der organisierten Arbeiterschaft ihr gegenüber zurückzuführen. Der Aufstieg der Neuen Linken innerhalb der Partei zwischen 1968 und 1972 befremdete die Führung des größten Gewerkschaftsverbands, der AFL-CIO, die mehr als 15 Millionen Mitglieder und 102 Gewerkschaften vereint. Der langjährige Chef der AFL-CIO, George Meany, entschied sich daher, seinen Gewerkschaftsverband während der Präsidentschaftswahl von 1972 neutral zu halten, was wesentlich zu Nixons Sieg beitrug. Bei den 1976er und 1980er Präsidentschaftswahlen unterstützte zwar die AFL-CIO die Demokratische Partei und ihren Kandidaten – allerdings erst nach dem Parteitag und ohne großen Enthusiasmus. Die kühlen Beziehungen zu der organisierten Arbeiterschaft bewirkten nicht nur eine Schwächung der Demokratischen Partei bei den Wahlen, sondern trugen auch zu einer mangelhaften Berücksichtigung von Arbeiterinteressen bei Gesetzesvorschlägen der Demokraten bei. Ein Tiefpunkt in den Beziehungen zwischen Arbeiterschaft und Demokratischer Partei war 1980 erreicht, als sich mehr Facharbeiter für Reagan als für Carter entschieden.

Dies ging einher mit zunehmenden innergewerkschaftlichen Schwierigkeiten: Die Zahl der organisierten Arbeiter fiel von 25,5% im Jahre 1953 auf nur 20,9% (1981), als große Teile der Industrie sich vom „arbeiterfreundlichen“ Nordosten hin zum „arbeiterfeindlichen“ Südwesten verlagerten. Darüber hinaus kam es zu Abspaltungen. So verließ die Gewerkschaft der United Auto Workers 1968 die AFL-CIO mit der Begründung, der Dachverband sei eine selbstgefällige Säule des Status quo geworden.

Auf dem Tiefpunkt ihrer Zusammenarbeit mit den Demokraten und ihres politischen Einflusses entschied sich die Führung der organisierten Arbeiterschaft für eine Neubestimmung ihrer Politik, was 1979 durch den Abgang des konservativen Meany erleichtert wurde. Der neue Chef der AFL-CIO, Lane Kirkland, fördert eine kollegiale, auf Konsens aus-

gerichtete Atmosphäre vor allem im Exekutivrat der AFL-CIO, wodurch auch kritischere Gewerkschaften wieder angezogen wurden. Letztes Jahr schlossen sich dann auch die United Auto Workers wieder dem Dachverband an, und deren Chef, Douglas Fraser, wurde einer der Vizepräsidenten der AFL-CIO.

Die vielleicht erstaunlichste Veränderung in der Haltung der Gewerkschaftsführung ist ihre Bereitschaft, Massendemonstrationen zu veranstalten. Unter Meany hatte sie vorzugsweise auf der parlamentarischen Ebene agiert und außerparlamentarische Aktionen – so etwa 1963 die Teilnahme an dem großen, von Martin Luther King jr. geführten Bürgerrechtsmarsch in Washington – abgelehnt. Kirkland versteht die politische Rolle der organisierten Arbeiterschaft anders: Anfang letzten Jahres marschierte er in Washington mit den protestierenden United Mine Workers. Im September organisierte er die größte Massendemonstration in der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung. Hunderttausende von Demonstranten protestierten in Washington gegen die reaktionäre Wirtschaftspolitik der Reagan-Regierung. Weitere Demonstrationen finden auf lokaler Ebene statt.

Ein drittes Merkmal der Neuorientierung besteht in dem Versuch, die Beziehungen zwischen Arbeiterbewegung und Demokratischer Partei wieder zu verbessern. Auf Betreiben von Kirkland wurden nach der Wahl Reagans der arbeiterfreundliche Charles Manatt zum Vorsitzenden und fünfzehn Gewerkschaftsführer zu Beisitzern des Democratic National Committee gewählt, dessen Budget 1981 zu 20% von den Gewerkschaften getragen wurde. Außerdem unterstützen sie über ihren „Ausschuß für politische Erziehung“ (COPE) bestimmte demokratische Kandidaten, die sich um verantwortliche politische Stellen auf lokaler, bundesstaatlicher und nationaler Ebene bemühen. Zum ersten Mal wird die AFL-CIO auch versuchen, einen ihr nahestehenden Präsidentschaftskandidaten schon für die Vorwahlen zu präsentieren. Zu diesem Zweck hat Kirkland einen besonderen Ausschuß ins Leben gerufen, der aus verschiedenen Mitgliedern des Exekutivrats besteht und einen gemeinsamen Kandidaten vorschlagen wird.

Fortschritt oder Rückgang?

Die politische Neuorientierung steht in engem Zusammenhang mit innergewerkschaftlichen Zentralisationstendenzen. Um mehr Einfluß auf die Politik ausüben zu können, erhöhte z. B. letztes Jahr die Führung der AFL-CIO die jährlichen Mitgliedsbeiträge um 42%, wodurch der Zentrale 14 Millionen Dol-

lar pro Jahr mehr zur Verfügung stehen werden. Aufgrund eines neuen verbindlichen Beitragssystems können die einzelnen Gewerkschaften der AFL-CIO künftig nicht mehr aus politischen Gründen Teile ihres Beitrags an die Zentrale zurückbehalten. Die wachsende Macht der Zentrale widerspricht allerdings der hundertjährigen Geschichte des großen Gewerkschaftsverbands. Als er 1881 gegründet wurde, stimmten die Handwerker (craft unionists) gegen die Aufnahme der „Utopisten“, die ein Genossenschaftssystem befürworteten, in dem gelernte und ungelernete Arbeiter vereinigt sein sollten; Die Handwerker entschieden sich daher fünf Jahre später dafür, ihren eigenen Verband zu gründen, der sich AFL nannte. In ihm hatten die Arbeiter jedes Gewerbes das Recht, ihre Organisation ohne die Einmischung der Verbandszentrale selbst zu führen. Dieses Prinzip der unabhängigen Gewerkschaften, die nur lose Verbindungen zur Zentrale haben, wurde bis in die letzten Jahre beibehalten. Es besteht jetzt die Gefahr, daß eine zu starke oder zu schnelle Zentralisation auf großen Widerstand bei einzelnen Mitgliedsgewerkschaften stoßen und sogar dazu führen könnte, daß sich einige von ihnen den Republikanern annähern. Gelänge es andererseits, den Verband zu zentralisieren, so bildete er eine mächtige politische Waffe. Die Frage ist nur, was macht man mit dieser Waffe?

Auf den ersten Blick scheint angesichts der reaktionären Wirtschaftspolitik Reagans, der tiefen Einschnitte in den Sozialetat bei gleichzeitigem rapidem Anstieg der Arbeitslosigkeit – die inzwischen den höchsten Stand seit den 30er Jahren erreicht hat –, eine gewisse Radikalisierung der Gewerkschaften stattzufinden. Auch kritisierte Lane Kirkland kürzlich die Militärpolitik der Regierung, was für einen amerikanischen Gewerkschaftsführer eher untypisch ist: „Es wird zunehmend schwieriger für die Arbeiterbewegung, den Verteidigungsetat zu unterstützen, wenn er auf dem Rücken der Arbeitslosen und Armen finanziert wird und die Reichen alle Vorteile ernten.“

Betrachtet man die Stellungnahmen Kirklands und anderer Gewerkschaftsführer allerdings genauer, so sieht man, daß sie im Grunde nur den regressiv verteilenden Aspekt der Reaganschen Politik kritisieren. In anderer Hinsicht sind sie weit weniger progressiv. Das zeigt sich beispielhaft in der Gründung einer sogenannten „Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Gruppe“ im März letzten Jahres durch Vertreter der Großindustrie (wie Exxon, DuPont und General Motors) und der Gewerkschaften. Kritiker wie A. H. Raskin be-

fürchten, daß in den streng geheimen Verhandlungen dieses Gremiums, an dem die Regierung nicht beteiligt ist, Absprachen stattfinden über protektionistische Maßnahmen und über gemeinsame Forderungen an die Regierung (Subventionen, Kartellgenehmigungen etc.). Dieses neue Arrangement – so die Kritiker weiter – sei nicht nur verbraucherfeindlich, sondern schade auch den Interessen der Arbeiter selber. William Winpisinger, der Chef der Luftfahrarbeiter und Maschinenbauer und Hauptvertreter der Gewerkschafts-Linken, weist etwa darauf hin, daß der Preis, den die Arbeiter für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze bezahlen müssen, in realen Lohnsenkungen bestehe (wie es sich bei dem zwischen der Automobilarbeitergewerkschaft und der Firma General Motors ausgehandelten Lohnvertrag im April dieses Jahres gezeigt habe).

Ohne Zweifel: Die organisierte Arbeiterschaft in den Vereinigten Staaten ist mächtiger geworden. Was ihr jedoch nach wie vor fehlt, ist eine klare Bestimmung ihrer nationalen Interessen und Ziele sowie der Mittel, mit denen sie durchgesetzt werden können. Nur wenn die Gewerkschaften sich ihrer Verantwortung bewußt werden, in einer Wirtschaft mit korporativistischen Zügen als ausgleichende Kraft zu wirken, wenn sie einfache Verteilungskämpfe ergänzen um das Streben nach gleichberechtigter Teilhabe an ökonomischen Grundentscheidungen, sich straff organisieren und fest mit der Demokratischen Partei verbunden sind, werden sie ihre Mitglieder vor dem Mißbrauch privater Macht schützen können.

Der Kampf um die Zukunft: „Neoliberaler“ gegen „Progressive“

Die zentrale ideologische Auseinandersetzung der 80er Jahre dürfte in den Vereinigten Staaten hauptsächlich von zwei Gruppen geführt werden: eine mittlere Generation von Demokraten – die sogenannten „Neoliberalen“ unter der Führung der Senatoren Gary Hart, Bill Bradley und Paul Tsongas und des Volkswirtschaftlers Lester Thurow – sieht ökonomisches Wachstum weiterhin als Ziel an sich. Darin und auch in einigen ihrer Lösungsvorschläge – z. B. Steuersenkungen, drastische Lockerung bestimmter staatlicher Kontrollen (Antitrust-Gesetze) – unterscheiden sie sich nicht von den Republikanern. Der wesentliche Unterschied liegt in ihrer Betonung staatlicher Maßnahmen, um ökonomisches Wachstum zu fördern. Sie befürworten unter anderem eine staatliche Instanz (Finance Corporation), die privates Kapital anziehen und in bestimmte industrielle Bereiche lenken soll, sowie staatliche Unterstützung für

industrielle Forschung und Entwicklung. Die Hauptschwächen der „Neoliberalen“ bestehen in ihrer Geringschätzung der sozialen Frage und damit zusammenhängend in dem naiven Glauben, daß Amerikas Probleme sich rein technisch durch eine effektivere Verwaltung lösen ließen.

Die andere, den „Neoliberalen“ diametral entgegengesetzte Gruppierung ist schwieriger zu bestimmen, da sie über keine prominenten Führer in Washington und über keine einheitliche Ausrichtung verfügt. Die „Progressiven“ – wenn man dieser Gruppe einen Namen geben darf – sind vorwiegend auf der lokalen Ebene organisiert und sehr heterogen zusammengesetzt. Ein Teil der „Progressiven“ kommt aus der Neuen Linken, die in Organisationen wie Tom Haydens „Campaign for Economic Democracy“ aufgegangen ist. Die CED ist übrigens für ihre Vorstellung eines dezentralisierten Sozialismus so bekannt, daß kürzlich die Hauptstadt der Organisation, Santa Monica in Kalifornien, in einer Fernsehsendung als „Volksrepublik Santa Monica“ bezeichnet wurde. Andere „Progressive“ sind Mitglieder der Demokratischen Partei und verschiedener Alternativgruppen, die sich von den vorherrschenden Politikformen abzugrenzen versuchen. Viele von ihnen nahmen letztes Jahr am sogenannten „California Project“ teil, „einer Konferenz, in der man kohärente ideologische Alternativen zu den ‚single-issue politics‘ zu entwickeln versuchte“ (so die Vorsitzende der Konferenz, Loni Hancock). Ähnliche Konferenzen fanden auch in anderen Bundesstaaten statt. Zum Kreis der „Progressiven“ gehört auch eine große Anzahl nichtorganisierter Bürger, die nach Alternativen in der Innen- und Außenpolitik suchen und die sich vielfach auch in der wachsenden „nuclear-freeze“-Bewegung engagieren.

Die Ideologie der „Progressiven“ läßt sich verkürzt auf vier Begriffe bringen: Gleichheit, Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Frieden. Von den „Neoliberalen“, die sich ebenfalls für Chancengleichheit aussprechen, unterscheiden sie sich durch den Hinweis darauf, daß die ökonomische und soziale Chancenverteilung ungleich bleiben muß, solange man nur formale Gleichheit im Auge hat. Wirkliche Chancengleichheit käme nur dann zustande, wenn die grundlegenden Unterschiede hinsichtlich der Bildung, des Vermögens, der Hautfarbe, des Geschlechts usw. berücksichtigt werden und staatlicherseits eingegriffen wird, um daraus entstehenden Nachteilen entgegenzuwirken. Deshalb sprechen sich die „Progressiven“ auch für Konzepte aus, die u. a. durch Quoten sicherstellen sollen, daß ethnische

Minderheiten und Frauen nach ihrem Bevölkerungsanteil Arbeitsplätze erhalten.

Die Betonung der Gerechtigkeit widerspricht der ungebrochenen „neoliberalen“ Wachstums-Ideologie und betont die soziale Verantwortung für den Wirtschaftsprozess, der häufig erhebliche Belastungen sowohl für den einzelnen als auch für die Gesellschaft mit sich bringe. Dementsprechend verlangen die „Progressiven“ Maßnahmen zum Schutz der sozial Schwachen, der Kranken, der Behinderten, der Älteren und der Arbeitslosen. Darüber hinaus treten sie energisch für eine Verbesserung des Umwelt- und Verbraucherschutzes ein und stehen in der Regel der Kernenergie sehr kritisch gegenüber.

Die Forderung nach Selbstbestimmung, die technokratischen Lösungsansätzen entgegengesetzt wird, basiert auf der Überzeugung von der Kompetenz der Bürger hinsichtlich ihres engeren Lebensbereichs. So werden größere Zuständigkeiten für die Gemeinden in für sie wichtigen Angelegenheiten gefordert, wie z. B. das Recht auf Mietpreiskontrolle. Ferner verlangt man mehr Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für Arbeiter in den sie unmittelbar betreffenden Bereichen und eine konsequente Verwirklichung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen, wobei die letzteren auch das Recht zur Abtreibung erhalten müßten.

Anders als die „Neoliberalen“, die konservativen Demokraten und die Republikaner betonen die „Progressiven“ auch in der Außenpolitik das Selbstbestimmungsrecht der kleineren Nationen vor allem in der „Dritten Welt“. Die Destabilisierung in vielen Entwicklungsländern wird nicht von vornherein auf kommunistische Subversion, sondern auf ihre sozialen Ursachen zurückgeführt. Folgerichtig verlangen die „Progressiven“ eine Steigerung der öffentlichen Entwicklungshilfe, um in diesen Ländern demokratische Bewegungen zu unterstützen, die sich der dringenden sozialen Probleme annehmen. Die Kritik daran, daß die USA verhältnismäßig wenig Entwicklungshilfe zur Verfügung stellen (und wenn, dann in der Regel an kleine, oft diktatorische Eliten), ist verbunden mit der Forderung, militärische Einmischungen in die inneren Angelegenheiten vor allem der Staaten Süd- und Mittelamerikas zu unterlassen. Darüber hinaus befürworten die „Progressiven“ – anders als viele Gewerkschaftsführer – auch nach den Ereignissen in Polen die Fortsetzung der Entspannungspolitik zwischen dem Osten und dem Westen, da Sanktionen oder ähnliche Maßnahmen gegen die Sowjetunion oder Polen nicht nur die internationale Stabilität unterminieren, sondern auch

dem polnischen Volk selbst nicht helfen würden. Auch gelte es, angesichts des mörderischen Rüstungswettlaufs auf eine rasche Beendigung der Herstellung und auf einen schrittweisen Abbau von Kernwaffen zu drängen. Obwohl die „nuclear freeze“-Bewegung außerhalb der Demokratischen Partei und der Arbeiterbewegung entstanden ist, wächst sie nach Ansicht vieler Beobachter so schnell, daß die Partei und die AFL-CIO bald gezwungen sein könnten, sich die Vorstellungen dieser gewaltigen Bürgerinitiative zu machen.

Die größte politische Schwäche der progressiven Bewegung ist der Mangel an einer nationalen Organisation, die die vielen lokalen Bewegungen zu einer starken Kraft zusammenschließen könnte. Loni Hancock weist darauf hin, daß die Strategie der Bewegung – zumindest auf mittlere Sicht – darin bestehen werde, mit der Demokratischen Partei zusammenzuarbeiten und deren lokale und nationale Spitzenpolitiker zu beeinflussen. So gründete etwa das „California Project“ einen ständigen ökonomischen Beirat, in dem kohärente ökonomische und soziale Alternativen programmatisch entwickelt und konkrete Gesetzesvorschläge erarbeitet werden sollen. Dar-

über hinaus wird auch weiterhin versucht, eine größtmögliche Anzahl von Bürgern anzusprechen und für die Beteiligung an Initiativen und Konferenzen zu gewinnen sowie einer öffentlichen Wahlkampffinanzierung das Wort zu reden, um dem Einfluß der Interessengruppen und der PACs entgegenzuwirken. Durch ein solches System – auf der Basis eines Mindestprozentsatzes aller eingeschriebenen Wähler – würden die Chancen einer „Dritten Kraft“ neben den Republikanern und den Demokraten erheblich steigen. „Progressive“ Demokraten wie der kalifornische Abgeordnete Tom Bates und Loni Hancock sowie linke Gewerkschaftsführer wie Winpisinger liebäugeln mit der Gründung einer neuen Partei als organisatorischer Basis für die Durchsetzung ihrer politischen Vorstellungen. Obwohl die Möglichkeiten für die Entstehung einer solchen „progressiven“ Partei unter amerikanischen Verhältnissen außerordentlich begrenzt sind, stellen die Bestrebungen an sich bereits ein bemerkenswertes Novum dar, das auch für den europäischen Betrachter nicht ohne Interesse sein dürfte.

(Aus dem Amerikanischen übersetzt von Andreas Zobel)

Heinrich A. Henkel: Wohlfahrt in den USA – Gegen ein Recht auf soziale Sicherheit?

Dr. Heinrich A. Henkel, Dipl.-Sozialwirt, 37, Universität Göttingen, wiss. Direktor des Göttinger Forschungsinstituts für Gesellschaftspolitik und beratende Sozialwissenschaft e. V.; wichtigste Veröffentlichungen: Das wohlfahrtsstaatliche Paradoxon. Armutsbekämpfung in den USA und in Österreich, Göttingen 1981 sowie Verfasser zahlreicher Beiträge in Fachzeitschriften und überregionalen Zeitungen.

Nicht etwa romantisierende „Wandervögel“ oder wohlstandsmüde „Aussteiger“ überfluten derzeit in den USA die Campingplätze und öffentlichen Parkanlagen mit ihren Zelten oder Wohnmobilen, sondern Arbeitslose mit ihren Familien. „Anzeichen der 30er Jahre“ glaubt die „Washington Post“-Korrespondentin Margaret Engel angesichts der wachsenden Zahl obdachloser Landsleute zu erkennen, die in Autos, Garagen, Depots und Kirchenkellern eine neue

Bleibe suchen, nachdem sie, der Arbeitslosigkeit ausgesetzt, das kreditfinanzierte Häuschen verkaufen mußten oder die Miete nicht mehr zu bezahlen imstande waren. „Der gescheiterte amerikanische Traum ist nun ein Pappkarton“ meint der New Yorker Obdachlosen-Anwalt Robert M. Heyes verbittert und beziffert die Zahl jener, die auf Straßen, Parkbänken und vorübergehend in öffentlichen Unterbringungen leben, auf zwei Millionen.

Nach jüngsten Angaben des Statistischen Büros leben in den Vereinigten Staaten derzeit, mit deutlich steigender Tendenz, mehr als 14% der Gesamtbevölkerung oder etwa 33 Millionen Menschen – jeder 7. Amerikaner! – unter der amtlich definierten Armutsgrenze. Die Arbeitsmarktzahlen für September 1982 weisen aus, daß 11,3 Millionen Amerikaner (mehr als 10%) beschäftigungslos sind. Diese offizielle Ziffer läßt die Millionenchar jener unberücksichtigt, die unfreiwillig Kurz- oder Teilzeitarbeit leisten beziehungsweise enttäuscht und resigniert die Arbeitsplatzsuche aufgegeben haben, also in den amtlichen Statistiken gar nicht mehr erscheinen.

In den „hunger centers“ der Gemeinden, Wohlfahrtsverbände und Kirchen, schreibt der US-Kolum-

nist Lawrence D. Maloney, treffen die „neuen Armen“, nach 30 Jahren arbeitslos geworden, verschämt auf jene Bedürftigen, die ihr ganzes Leben in Not zugebracht haben. Diese „neuen Klasse“ von Mitbürgern, den „unskilled paupers“, also den ungebildeten Verselendeten, fällt es schwer, die stets verachtete „Wohlfahrt“ nunmehr selbst zu beanspruchen. Die Arbeitslosigkeit, wird vermerkt, habe diesen Menschen die Augen dafür geöffnet, daß es nicht etwa ein „Honiglecken“, sondern ein mühseliges „Handwerk“ sei, in Armut zu leben. Bissig fordert Russel Baker („New York Times“), Präsident Reagan, der da stets behauptet, der Wohlstand liege schon hinter der nächsten Hausecke, möge doch den „Tag der Arbeit“ um den „Pauper Day“ ergänzen.

Reagans „New Beginning“

Im Februar 1981 versprach der amerikanische Präsident seinen erwartungsfroh gestimmten Mitbürgern ein „Programm der wirtschaftlichen Erneuerung“. Die Rezeptur für diesen „Neubeginn“ schien zunächst denkbar einfach und plausibel: eine strikt angebotsorientierte Wirtschaftspolitik in Verbindung mit einem spröden Monetarismus des knappen Geldes sollte als Fundament der „Reaganomics“ dienen. In groben Zügen wollen wir uns das wirtschafts- und vor allem auch haushaltspolitische Konzept ins Gedächtnis rufen:

1. soll mit drastischen Steuersenkungen – 25 % in drei Jahren, bei gleichzeitiger Minderung des Spitzensteuersatzes von 70 auf 50 Prozent! – der private Spar- und Investitionsanreiz mobilisiert und ein ökonomischer Höhenflug gestartet werden;
2. versprechen sich die „Reaganites“ von massiven Kürzungen, insbesondere im Sozialbereich, einen bis 1984 ausgeglichenen Bundeshaushalt und damit verbunden günstige Kreditzinsen;
3. wird eine strenge Geldmengenkontrolle die Inflation dämpfen, den Dollar stabilisieren und das Vertrauen der Wirtschaftsteilnehmer fördern;
4. schließlich dient ein immenses Rüstungsprogramm – 1,5 Billionen Dollar in 5 Jahren, das entspricht etwa den gesamten Haushaltsausgaben der BRD in 15 Jahren! – seiner Wiederherstellung der „nationalen Stärke“.

Die sozial Schwachen dürfen nach dem Glauben des amerikanischen Präsidenten darauf vertrauen, daß sie die eigentlichen Nutznießer eines schwungvollen Wirtschaftswachstums sein werden, denn mit dem Glück der Reichen würden die Wohltaten auf die Bedürftigen „herabtröpfeln“ („trickle-down economy“).

Zwanzig Monate später

Bei steigender Arbeitslosigkeit – der höchsten seit den 30er Jahren! – und weiterhin hohem Zinsniveau verharrt die US-Wirtschaft in tiefer Depression. Während sich Präsident Reagan wortgewaltig die Erfolge an der „Inflationsfront“ zuschreibt, wird für die hohe Arbeitslosigkeit das „archaische Alibi“ (John K. Galbraith) bemüht, allein die Carter-Administration trage die Verantwortung. Die volkswirtschaftlichen Daten weisen aus, daß weder die hochgesteckten Wachstumserwartungen erfüllt wurden, noch die Investitionstätigkeit (real – 4,4 %), trotz massiver Steuererleichterungen, zunahm. Der hohe Kreditbedarf des Staates – erwartete Defizite für den Bundeshaushalt 1983: etwa 150 Mrd. Dollar – führt nicht nur zur Stabilisierung des hohen Zinsniveaus, sondern schließt auch Wachstumsimpulse von den öffentlichen Haushalten aus.

Vergeblich warten die Bedürftigen, denen bereits ein grausames Sparopfer von fast 40 Mrd. Dollar zugemutet wurde, auf die Segnungen des versprochenen Wirtschaftsaufschwungs und damit auf die Verbesserung ihrer Lebenslage. Während nicht nur dieser fragwürdige „Tröpfel“-Effekt ausblieb, sieht der Sozialstaatsbereich der USA vor einer neuerlich einschneidenden Kürzungsrunde. Außerdem mußte Ronald Reagan, zähneknirschend, in einer Ansprache am 16. 8. 1982 seinen „lieben Mitbürgern“ verkünden, Steuererhöhungen von etwa 99 Mrd. Dollar in den kommenden drei Jahren seien unvermeidlich. Zwar will der US-Präsident halsstarrig an seinem „Gesamtkonzept“ festhalten und den Eindruck vermeiden, die Rücknahme von erfolgten und beabsichtigten Entlastungen (335 Mrd. Dollar in drei Jahren) würden konterkariert, doch führende Angebotspolitiker, wie etwa der New Yorker Senator Jack Kamp, werfen ihrem Meister vor, „Verrat“ begangen und ein Klima „massiver Unsicherheit“ verbreitet zu haben. Der präsidentiale Haushaltsdirektor David Stockman bot bereits Ende 1981 eine Erklärung für diesen Steuer-„Flip-Flop“. Der eher zögerliche Anhänger der „supply-side theology“ bekannte dem Journalisten William Greider („The Atlantic Monthly“, Dec. '81), nach der Doktrin der Republikanischen Partei sei es stets das Ziel gewesen, den Spitzensteuersatz zugunsten der Wohlhabenden von 70 auf 50 Prozent zu drücken – „der Rest ist zweitrangig“. Das allgemeine Steuersenkungsprogramm, das ohnehin zuerst den Besserverdienenden nutzt, diene demnach gleichsam als „trojanisches Pferd“, um eben den Spitzensteuersatz zu drücken.

Zunehmend gerät Präsident Reagan zwischen die Mühlensteine sehr ungleicher Kritik; während Cane Kirk-

land, Vorsitzender des Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO, den „Reaganomics“ einen Rückschritt in die Theorien-Welt des 18./19. Jahrhunderts unterstellte, erhob Ed Crane, Präsident des erzkonservativen Washingtoner „Cato Institute“, den harten Vorwurf, diese „Reaganomics“ seien ein „Mythos“, eine „Fiktion der Medien“, die Reagans „Mangel an Substanz“ nicht erkannt hätten.

Unter Berücksichtigung der Triade – Steuersenkungen (die besonders Wohlhabenden zugute kommen), scharfe Kürzungen von Sozialleistungen und ein gigantisches Rüstungsbudget – könnte der Beobachter zum Ergebnis kommen, die „Reaganites“ betrieben eine menschenverachtende Politik nach dem Motto „Kanonen statt Butter“. Aber unseres Erachtens wäre dieser Erklärungsversuch ebenso kurzatmig wie die Behauptung, Reagan handle schlichtweg „konservativ“. Statt dessen wird behauptet, die US-Administration verfolge das Ziel, eine Restauration auf konservativer Basis mit extrem liberalistischen Werkzeugen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik durchzusetzen.

Reagans „Revolution“

Diese Annahme läßt sich mit Reagans „Botschaft zur Lage der Nation“, im März dieses Jahres, stützen, denn dort beanspruchte der Präsident, eine „Revolution“ in den USA einzuleiten. Knapp zusammengefaßt wird folgendes postuliert:

- ▷ Rückkehr zu „Pioniergeist“, nationaler Stärke und „Gottvertrauen“ der Gründerzeit;
- ▷ Stärkung der gewinnfördernden „Privatinitiative“ und des „Marktmechanismus“;
- ▷ Abkehr vom angeblich verschwenderisch-unproduktiven „Big Government“ in Washington und radikale Zurückdrängung öffentlichen Handels;
- ▷ Absage an einen auf Umverteilung gerichteten staatlichen Interventionismus und an das Postulat eines Rechtes auf soziale Sicherheit.

In einer Vielzahl von Reden und Pressekonferenzen hat Ronald Reagan keine Zweifel daran gelassen, daß in seiner Amtszeit die „Selbsthilfegesellschaft“ des privaten Glücks – der Tüchtigen und Freien – angestrebt wird. Diesen pathetischen Worten liegt eine eher derb-handgestrickte „Philosophie“ zugrunde. Für Ronald Reagan und seine „Revolutionäre“ sind Bedürftige zuerst einmal „losers“, also unfähige und arbeitsscheue Versager, ausgeschwärmt, um schmarotzend von den Früchten der Fleißigen, den „winners“ zu naschen. Offenbar unausrottbar scheint das Vorurteil, das schon in den Gründertagen der USA, aber durchaus auch in der „Alten Welt“ gepflegt wurde, bei den Armen handle es sich um

faule und charakterschwache Menschen, die am eigenen Schicksal selbst Schuld tragen. Mißtrauen zeigte auch beispielsweise US-Präsident John F. Kennedy, der den Armen zwar Sozialdienste und Sachleistungen, nicht aber Geld gewähren wollte. Bis zum heutigen Tag, beispielsweise, sind Bedürftige berechtigt, Gutscheine zum verbilligten Lebensmittelbezug (Food Stamps) zu beziehen, um zu verhindern, daß öffentliche Hilfen etwa beim „Bingo“-Spiel verplempt oder zum Kauf von Genußmitteln mißbraucht werden.

Mit der Stigmatisierung der Armen und Erfolglosen geht ein „sacro egoismo“, eine geradezu geheiligt-gottgefällige Selbstsucht, einher. Amerika-Kenner Herbert von Borch ortet die Wurzeln eines gewinnstrebenden Individualismus nach dem Motto „Jeder ist seines Glückes Schmied“ in der calvinistischen Religion und „Gnadenwahl“, gebe doch die rastlose und erfolgreich-gewinnbringende Berufsarbeit subjektiv die Gewißheit des „Gnadenstandes“. Unter Verweis auf die Arbeiten von Max Weber über die „Protestantische Ethik“ erinnert von Borch an die „logisch-theologische Heiligung des Profits“, die inzwischen zum „bloßen Konsumglück“ degeneriert sei. In der liberalen US-Zeitschrift „New Republic“ kritisierte Robert B. Reich, gleichfalls mit Bezugnahme auf Max Weber, einen „Social-Darwinist Individualism of Modern America“.

Das „Soziale Netz“ in den USA

Ein Blick in die Geschichte der amerikanischen Wohlfahrtspolitik zeigt, daß die Ablehnung eines auf Umverteilung gerichteten staatlichen Interventionismus lange Tradition hat. Der US-Sozialwissenschaftler James Patterson verweist auf den feindlich-stigmatisierenden Umgang mit den sozial Schwachen etwa in den 20er Jahren. Die „dangerous classes“ dienten als billige Arbeitskräftereserve, und lediglich minimale öffentliche Fürsorgeleistungen sollten einen privat-mildtätigen, zudem steuerbegünstigten „Welfare Capitalism“ ergänzen. Sozialer Schutz nach dem Versicherungsprinzip sollte auch später nur den alten und kranken Menschen sowie den Behinderten gewährt werden.

Wenn nunmehr Präsident Reagan allein den „truly needy“, also nur Kindern, Alten und Behinderten, nicht aber den einkommensschwachen „relatively poor“ oder den unterbezahlten „working poor“ staatliche Hilfen zugestehen will, dann kann er sich auf eine tiefverwurzelte voluntaristische Tradition in den USA berufen.

Mehr als anekdotische Bedeutung hat demnach

auch die präsidentiale Empfehlung aus der Weihnachtszeit, das amerikanische Armutsproblem sei dann gelöst, wenn jede Kirchengemeinde die „Schirmherrschaft“ über zehn bedürftige Familien übernehme. Diese mildtätige Privatisierung der sozialen Schwäche könnte dann, gemeinsam mit dem Assekuranzprinzip im Altersversorgungs- und Gesundheitsbereich, die Forderung nach sozialstaatlicher Gerechtigkeit ebenso überflüssig machen wie die bürokratische „Wohlfahrtsindustrie“. Demgegenüber läßt eine Studie des unabhängigen „Urban Institute“ in Washington keine Zweifel daran, daß privat-wohlthätige Einrichtungen keinesfalls imstande sind, öffentliche Sozialleistungen, die mit der Kürzungspolitik weggefallen sind, auszugleichen. Einmal verlieren diese Einrichtungen in den kommenden drei Jahren selbst Bundeszuschüsse von etwa 33 Mrd. Dollar. Zum anderen müßte das Spendenaufkommen zugunsten der „non-profits“ in 1982 um 60% und 1985 gar um 147% steigen, um das 115 Mrd. Dollar-Loch zu stopfen, das Reagan bis zur Mitte des Jahrzehnts im Sozialbereich aufreißen möchte.

Eher widerwillig bekennt sich Reagan dennoch zu einem „social safety net“ und beruft sich dabei gerne auf einen seiner populären Vorgänger – nämlich auf Franklin Delano Roosevelt. Vor fast 50 Jahren rang dieser Präsident dem Kongreß, im Rahmen des „New Deal“, erste sozialgesetzgeberische Aktivitäten in bundesstaatlicher Verantwortung ab. Wenn aber Reagan sich in die Gefolgschaft von Roosevelt stellen möchte und eine umfassende soziale Sicherung ablehnt, dann bleibt dabei ein wichtiger sozialpolitischer Abschnitt in der jüngsten US-Geschichte unberücksichtigt: Mit der „Great-Society“-Initiative von John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson, besonders aber mit dem „Krieg gegen die Armut“ zu Beginn der 60er Jahre, sollten nicht zuletzt für 39 Millionen Arme die weiten Maschen des sozialen Sicherungssystems enger geknüpft werden. Zwar bekannte sich die Bundesregierung verstärkt zur Verantwortung für Sozialaufgaben, und eine teilweise militante Wohlfahrtsbewegung erzwingt die Akzeptanz eines Rechts auf soziale Sicherheit, doch die Sozialpolitik sollte kein Instrument zur Verringerung der krassen Ungleichheit bei der Einkommens- und Vermögensverteilung, sondern allein Hilfe zur Selbsthilfe sein.

Trotz vielfältigen und berechtigten Einwänden gegen das Programm – etwa bombastische Versprechungen, unausgeorene Maßnahmenvielfalt und bürokratische Fehlleistungen – wurden fraglos erhebliche Erfolge im Bemühen erzielt, die Lebenslage der

sozial Schwachen zu verbessern. Dessen ungeachtet aber behauptet Präsident Reagan, gerade „Great Society“ habe nach den „Goldenen 50er Jahren“ die Armutsbevölkerung ins Unglück gestürzt. Ironisch merkte unlängst Haynes Johnson von der „Washington Post“ an, Reagan verschweige die Fortschritte, leugne, daß die Privatwirtschaft in der Armutsbekämpfung versagt habe, und versuche, „die Geschichte neu zu schreiben“.

Der Werkzeugkasten

Abschließend soll noch kritisch auf die „Werkzeuge“ hingewiesen werden, die der Reagan-Administration geeignet erscheinen, im „Mikrobereich“ sozialer Wirklichkeit den unalt-liberalen „Nachtwächterstaat“ zu installieren:

1. Ein „Recht“ auf soziale Sicherheit und auf staatliche Umverteilung wird verneint, denn allein die „wahrhaft Bedürftigen“, Kinder, Behinderte und Alte, können auf staatliche Unterstützung vertrauen.
2. Die strikte Arbeitsmarktnähe muß erhalten bleiben, und dem Grundsatz „workfare not welfare“, also Arbeit statt Wohlfahrt, ist zu entsprechen. Hilfeeempfänger haben offenbar auch dann arbeitsdienstähnliche Pflichten zu erfüllen, wenn es sich, wie Kritiker meinen, lediglich um sinnlose „make-work“-Programme handelt – angesichts von mehr als 10 Millionen Arbeitslosen und damit ohnehin fehlender Beschäftigungsmöglichkeiten.
3. Zentraler Stellenwert in der Zurückweisung sozialpolitischer Forderungen nimmt der Mißbrauchsverdacht gegen die Bezieher wohlfahrtsstaatlicher Leistungen ein. Spektakuläre Einzelfälle, von Reagan allzu gerne zitiert und flugs generalisiert, suggerieren die massenhafte Ausplünderung öffentlicher Kassen, begründen – wohl scheinbar! – den Leistungsabbau und den sozialpolizistischen Eifer von Sozialverwaltungen.
4. Eine pauschalierend-stigmatisierende Mißbrauchs-bekämpfung führt wohl letztendlich zu freiheitsfeindlichen und kostenaufwendigen Schnüffelpraktiken und begünstigt die ausgeprägte Nicht-Inanspruchnahme der wenigen sozialstaatlichen Leistungsversprechen.
5. Mit dem „wohlfahrtsstaatlichen Paradoxon“, dem Auseinanderklaffen zwischen gesetzlich verbrüstem Hilfeangebot und der unterlassenen oder verhinderten Einforderung der notwendigen Unterstützung durch Anspruchsberechtigte, entsteht ein sozialstaatlicher Schein und verschlechtert sich die Lebenslage sozial Schwacher.

Was kostet sozialer Un-Friede?

Die überkonfessionelle Arbeitsgruppe „Interreligious Emergency Campaign for Economic Justice“ wies in einer Studie auf ein weiteres Bündel geplanter Kürzungen von ca. 50 Mrd. Dollar im Sozialstaatsbereich hin. In einer ausführlichen Analyse warnte selbst das Wirtschaftsmagazin „Fortune“ vor dem Reaganschen Versuch, mit einem „Neuen Föderalismus“ soziale Leistungen zu dezentralisieren und weiter zu fragmentieren. Der Bundesstaat müßte der Neigung widerstehen, die Verantwortung für soziale Gerechtigkeit an die Länder abzuschleben, um vorzüglich der verschwenderischen Bürokratisierung und dem Mißbrauch von Sozialleistungen zu begegnen. Mit der Beseitigung von sozialstaatlichen Ver-

sprechen dürfe betrügerische Inanspruchnahme nicht bekämpft werden, zumal erst eine „Gesamtreform“ dazu führen könnte, eine kostspielige und unübersichtlich gewordene „welfare mess“ zu beseitigen.

Schließlich fragte die konservative Zeitschrift „US News“, gleichermaßen irritiert und besorgt, warum wohl die bedrängten Arbeitslosen und Armen nicht längst in einer großen Bewegung zu gemeinsamem Widerstand gefunden hätten. Mit den Befürwortern einer eisernen Sparpolitik und dem Abbau des Sozialstaats hierzulande sollte sich auch der amerikanische Präsident Reagan eilig Gedanken über die materiellen und auch immateriellen Kosten des sozialen Un-Friedens machen.

Martin Oppenheimer: Wirtschaftskrise und Gewerkschaften in den USA

Prof. Dr. Martin Oppenheimer, Fulbright-Gast-Dozent am Institut für Soziologie der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster, arbeitet an der Rutgers-Universität, New Jersey. Er ist Mitherausgeber von „The American Working Class: Prospects for the 1980s“, Mitarbeiter der Zeitschrift „Insurgent Sociologist“ und Verfasser zahlreicher Veröffentlichungen über die amerikanische Arbeiterklasse, soziale Bewegungen usw. Als Mitglied der Zentrale einer Gewerkschaft im Universitätsbereich ist Martin Oppenheimer im Betriebsrat tätig.

Lage und Aussichten für gewerkschaftliches Handeln sind in den USA momentan alles andere als rosig! Wegen der Finanzkrise des Staates – als Folge einer umfassenden Wirtschaftslaute – wird bei uns (genauso wie heute hierzulande) ausgiebig gekürzt und gestrichen, gleichzeitig aber erhöht sich die Arbeitsintensität. In meinem Berufsfeld etwa bedeutet das: die Seminare werden größer, es sind mehr Veranstaltungen abzuhalten, der Verwaltungsaufwand nimmt zu, immer größere Papierfluten müssen umgewälzt werden, während Gelder für Bibliotheken fehlen und Stipendien für Studenten sowie Stellen für weitere Lehrkräfte schwinden. Obschon sich die Lage der Arbeitnehmer außerhalb der Hochschulen hoch schlimmer darstellen mag, lasten die gesamtege-

sellschaftlichen Verschlechterungen auch schwer auf den Universitäten, etwa als Zwang, die Arbeit immer weiter zu teilen, um die Verwaltungskosten zu drücken oder auch weniger ausgebildete den Platz besser qualifizierter Lehrkräfte einnehmen zu lassen.

Die „American Association of University Professors“ (AAUP) – eine Gewerkschaft, die zwar vom AFL-CIO unabhängig ist, im von ihr betreuten Schul- und Universitätsbereich aber ähnlich wie der Dachverband der US-Gewerkschaften funktioniert – vermag wenig, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, wenigstens im Moment nicht. Aber auch die amerikanischen Gewerkschaften im allgemeinen sind nicht imstande, im wirtschaftlichen Abschwung ihre Interessen angemessen zu verteidigen. Es stellt sich manchmal sogar die Frage, ob sie die Krise richtig deuten. Warum allein schon eine zutreffende Analyse der Krisenursachen sowie ihrer Effekte den amerikanischen Gewerkschaften so große Schwierigkeiten bereitet – von wirksamen Gegenstrategien ganz zu schweigen –, das ist vielleicht nicht ganz einfach zu verstehen.

Die Strategie der Multinationalen Konzerne

Die aktuelle Krise hat mehrere sich überschneidende Ursachen und Wirkungen. Zum einen beobachten wir eine riesige Arbeitslosigkeit, die inzwischen ca. 10% ausmacht. Die Statistik untertreibt sogar noch, weil aus ihr alle Leute herausfallen, die mittlerweile schon nicht mehr nach Arbeit suchen; überdies werden Teilzeitarbeitsplätze weiter als volle Arbeitsplätze gerechnet. Bei besonderen Problem-

gruppen, etwa jungen schwarzen Arbeitern in den Großstädten, hat die Arbeitslosigkeit inzwischen bis zu 60% erreicht. Solche Zahlen treffen auch auf einzelne Industrien oder Branchen zu. So waren im Januar 1982 etwa 300 000 Auto-Arbeiter (davon mehr als 5 000 bei VW-USA) ohne Beschäftigung. Insgesamt sind in den USA mehr als 12 Millionen Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen, in absoluten Zahlen also mehr als zur Zeit der großen Depression in den 30er-Jahren.

Die finanzielle Krise, mithin der Umstand, daß der Staat mehr Geld ausgibt als er einnimmt, wird durch diese Arbeitslosigkeit noch verstärkt, weil das Steueraufkommen durch Insolvenzen und Beschäftigungslosigkeit weiter schrumpft. Das wiederum hat zur Folge, daß die Arbeitslosen vom Staat immer weniger Unterstützung erwarten können. Die Wohlfahrtsprogramme werden *zusammengestrichen*, ebenso die Sozialhilfe für bedürftige Arbeitslose, die nicht genügend Arbeitslosengeld erhalten. Dadurch wächst die Armut der Städte, und das zu einer Zeit, in der das allgemeine Realeinkommen fällt und relativ mehr Steuern von Arbeitern und Kleinbürgern verlangt werden. Als Antwort darauf läßt sich eine Art „Steuerrevolte“ beobachten: Ein Symptom dafür ist der Anstieg des Rassismus, denn viele weiße Arbeiter lasten den Steuerdruck den Wohlfahrtsrichtungen für die schwarzen und spanisch-sprechenden Bevölkerungsteile an. Das Elend wird nicht dem System, sondern besonderen „Sündenböcken“ angekreidet.

Neben Arbeitslosigkeit und öffentlicher Finanzknappheit verschlimmert die Inflation die Lage noch weiter. Obschon die Inflationsrate momentan etwas abflacht, hilft das der US-Wirtschaft wenig, haben doch viele Leute nur in der Erwartung investiert, daß die hohen Zinsen durch die Inflationsrate kompensiert würden. Bei einer niedrigeren Inflation würden die Zinsen vollends untragbar! Die Wirtschaft würde dann noch schwächer, weil die Investitionen noch mehr zurückgehen würden. Sinken die Zinsen, dann fließen auch die Auslandskapitalien wieder vom amerikanischen Markt ab. Eine weitere Krisenfolge stellt das Anwachsen der Firmen-Pleiten dar; das Heer der Arbeitslosen wird kontinuierlich um die bankrotten Kleinbauern und kleinen Geschäftsleute erweitert.

Die Strategie der Multinationalen Konzerne sowie die Flucht der Großindustrie aus dem Nordosten der USA in den „Sonnengürtel“, nach Puerto Rico oder auch in das unterentwickelte Ausland, all das hatte einen riesigen Kapital-Export zur Folge. Die „Angebots-Ökonomie“ der neuen Administration hat ja kei-

newegs einen Höhenflug der Investitionen nach sich gezogen, sondern verstärkte einerseits diesen Kapitaltransfer und bewirkte andererseits eine weitere Konzentration der Industrie durch den Einsatz von Kapital zum Erwerb weiterer Konzernteile. Die Bildung noch größerer Wirtschafts-Zusammenballungen führt aber nur selten zur Anlage neuer Fabriken bzw. zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. In dem Jahrzehnt von 1960 bis 1970 sind die amerikanischen Investitionen im Ausland um 247%, die im Inland nur um 119% gestiegen.

Mit dem Abbau, der Verlagerung oder auch nur der Ausdünnung der klassischen Zentren der Schwerindustrie ist aber nicht nur eine Zunahme von Arbeitslosigkeit verbunden; auch das langsame Verschwinden widerstandsbereiter Arbeiterkader und Gewerkschaften, die sich Reste von Klassenbewußtsein bewahrt hatten, läßt sich verzeichnen.

Internationale Konkurrenzfähigkeit geschwächt

Eine weitere Dimension dieser Entwicklung in den USA – als Zentrum des Weltkapitals – betrifft die Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft. Der blue-collar (Arbeiter) weicht dem white-collar (Angestellte, Beamte etc.). Der Aufschwung des Dienstleistungssektors im weitesten Sinne – nicht nur im öffentlichen Bereich – deutet auf die Ausbildung eines „Verwaltungsstaates“ hin: Von 1940 bis 1980 ist der Öffentliche Dienst in den USA von 4,2 Millionen auf 16,2 Millionen Beschäftigte gewachsen. Im Finanzsektor von 1,4 auf 5,1 Millionen; im Handel von 6,7 auf 20,3 Millionen. Im Vergleich dazu hat sich die Industriearbeiterschaft nur knapp verdoppelt (10,9 auf 20,3 Millionen Beschäftigte).

Diese Umschichtung führt zu einer Abschwächung der Produktivität, die zusammen mit einer Verschlechterung der Infrastruktur zu höheren Gesteungskosten und damit auch zu einer Schwächung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der USA führt. So sind z. B. in Japan 61% der Werkzeugmaschinen jünger als 10 Jahre, in den USA hingegen nur 31%.

Eine derartige Transformation könnte ein Land vielleicht verkraften, wenn keine sonstigen Belastungen anfielen. Aber der Vietnam-Krieg hat weitere Verschlechterungen bewirkt. Zwischen 1960 und 1978 haben die USA durchschnittlich 7,5% ihres Bruttosozialprodukts für Rüstungsausgaben aufgewandt – die Bundesrepublik Deutschland „nur“ 4%, Japan noch weniger. In den USA verbraucht das Militär (relativ) fünfmal soviel Forschungs- und Entwicklungsgelder wie in der Bundesrepublik und

vierzehnmals soviel wie in Japan; 30 bis 40 % aller Wissenschaftler arbeiten im Rüstungssektor, in den meisten anderen Ländern weniger als 5%. Solange ein Land in Konkurrenz mit anderen Märkten steht, ist eine derartige Last auf Dauer kaum ohne Schäden zu ertragen.

Die Inflation fördert mithin eine Krise des Exports, begünstigt eine Krise des Staatseinkommens, führt zu einer Krise der Kommunen, damit aber zur Reduzierung der Sozialinvestitionen, was einen allgemeinen Abbau der Infrastruktur nach sich zieht: Forschung, Schulen, Krankenhäuser, Straßen, öffentlicher Verkehr usw., all das leidet in den USA. Wenn wegen solcher Lageverschlechterungen das Kapital abzieht, profitieren die neuen Anlageländer aus dieser Misere. Das eine führt zum anderen. Auch die Automatisierung, die Steigerung der Produktivitätsraten nutzen in dieser Lage nur einigen Branchen, während es andere endgültig ruiniert.

US-Gewerkschaften: Schwächer als vor 30 Jahren

Warum können die Gewerkschaften in den USA hier nicht gegensteuern? Die aufgewiesenen Entwicklungstendenzen – etwa das Abbröckeln der Industriezentren im Nordosten der USA – führen dazu, daß auch die Gewerkschaften stagnieren. Im Jahr 1935 waren 25,5 % der 66,6 Millionen Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert; heute sind kaum mehr als 20 % von 106,8 Millionen Arbeitnehmern Gewerkschaftsmitglieder. Diese Abnahme läßt sich vor allem in den Zentren der älteren Arbeitergemeinden, im Öffentlichen Dienst und in kleinen Firmen mit ungelerten Arbeitskräften verzeichnen. Nur 16 % der white-collar-Arbeitskräfte gehören einer Gewerkschaft an, immerhin noch 39 % der Fabrikarbeiter. Gleichzeitig aber nimmt der Anteil der ersteren an den Beschäftigten insgesamt zu, während der Anteil der Arbeiter zurückgeht. Bisher gelang es den Gewerkschaften nicht, die white-collar-Angestellten, die Arbeitnehmer in kleinen Betrieben und die Frauen (die alleine heute mehr als 40 % der amerikanischen Arbeitskraft ausmachen) in größerem Umfang zu organisieren. Nicht zuletzt deswegen ist die Gewerkschaftsbewegung in den USA heute schwächer als vor 30 Jahren.

Um hier Abhilfe zu schaffen, wären neue Strategien zu überlegen! Aber viele ältere Gewerkschaften der AFL sind traditionell nicht daran interessiert, neue Mitglieder zu mobilisieren. Sie möchten lieber das Verhandlungsmonopol in einigen Branchen behalten; deswegen schließen sie praktisch jüngere und vor allem minoritäre Arbeitnehmer aus. Diese Hal-

tung leitet sich her von einer „Business-Philosophie“ der US-Gewerkschaften seit Samuel Gompers, die durch einen tiefsetzenden Rassismus gestützt wird. Solch eine „Stimmung“ (gegen alle Immigranten) läßt sich bereits um 1900 beobachten, weswegen die Gewerkschaften allen Ausschlussgesetzen für „die Orientalen“ zustimmten. Später folgte die Angst vor den Zuwanderern aus Osteuropa, so wie heute vor den Schwarzen. Der Gedanke, auch andere Teile der Arbeitnehmerschaft zu organisieren, fällt daher selbst in der heutigen Krise der Gewerkschaften noch außerordentlich schwer.

Solche Kurzsichtigkeit führt auch dazu, daß die AFL-CIO Washington noch immer bei der Politik unterstützt, in aller Welt anti-gewerkschaftlich eingestellte Regime zu fördern, obschon die US-Gewerkschaften dadurch selbst am meisten geschwächt werden. Wird dadurch doch die Billig-Konkurrenz anderer Länder unterstützt, weil „nicht-organisierte“ Arbeitskraft oben immer auch „preiswerte“ Arbeitskraft ist. In den letzten Jahren zeichnen sich hier freilich Veränderungen ab. Übrigens läßt sich auch die Mißwirtschaft einiger US-Gewerkschaften in diesem Kontext erklären: Washington duldet die Korruption im Austausch für die gewerkschaftliche Unterstützung seiner Außenpolitik und – ab und zu – gewerkschaftliche Kollaboration mit der CIA.

Kein nennenswerter Widerstand gegen Reagan

Wie läßt sich dieses absurde Spiel erklären? Hier seien nur einige Gründe angeführt: Der Sieg solcher „Brot-und-Butter-Philosophie“ in der amerikanischen Arbeiterbewegung war keineswegs vorprogrammiert. Diese Haltung ist ein Symptom für die Überschneidung zweier Dimensionen der amerikanischen Wirtschaftsentwicklung. *Erstens* gilt es, den relativen Wohlstand der amerikanischen Arbeiterklasse im Auge zu behalten – etwa im Vergleich zur Lage in Europa –, der mitverantwortlich zeichnet für den Mythos von der „Aufwärtsmobilität“ des amerikanischen Arbeiters, damit aber auch für seine Abneigung gegen kollektive Aktionen. *Zweitens* bleibt daran zu erinnern, daß – wie beispielsweise die Niederlage der radikalen Gewerkschaft I. W. W. („The Industrial Workers of the World“) bei der Massenstreikbewegung im Jahr 1919 zeigt – die Gewerkschaften ebenso wie auch der parteilich organisierte Sozialismus in den USA immer „von oben“ bekämpft wurden. Diese Unterdrückung wurde erleichtert durch die extreme Zersplitterung der sozialistischen Bewegung in den USA. Seit 1920 hat es überhaupt keine einflußreiche sozialistische Bewegung mehr gegeben. Erfah-

rungsgemäß gehen aber in einer Demokratie die Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung und der Arbeiterpartei(en) Hand in Hand. Fehlt das eine, hat auch das andere Schwierigkeiten. Insofern aber ist die amerikanische Entwicklung nicht nur ein Sonderfall, weil es in den USA keine Arbeiterpartei mit Massenanhang gibt, sondern auch, weil die Gewerkschaftsbewegung hier ohne eine Krise sozialistischer Ideen auskommen wollte.

Nur vor diesem Hintergrund läßt sich das Fehlen gewerkschaftlicher Reaktionen auf die gegenwärtige „Wirtschaftsflaute“ erklären. Von seiten der Gewerkschaften erhebt sich kein nennenswerter Widerstand gegen die „Voodoo-Ökonomie“ der Reagan-Administration. Die Gerichte haben es Reagan sogar ermöglicht, die Organisation der Fluglotsen, die ihn bei der Wahl unterstützt hatten, zu zerschlagen. Solidarität anderer Gewerkschaften war kaum zu verzeichnen.

Obwohl es im September 1981 einen großen Protestmarsch gegen die Arbeitslosigkeit nach Washington gab, ist bislang von Gegenmaßnahmen der Gewerkschaften nichts zu spüren. Statt dessen haben einige Gewerkschaften bei ihren jüngsten Tarifverhandlungen in sogenannten „give-backs“ soziale Gewinne der Kämpfe der letzten Jahre „freiwillig“ wieder aufgeben müssen. Es finden sich weitere Symptome für gesellschaftliche Rückschritte, mag es sich dabei um Arbeitszeitverlängerungen, Stellenstreichungen, Kürzungen der Urlaubszeiten, Abstriche bei der Krankenversicherung, Reallohnseinbußen u. ä. handeln. Ganz allgemein lautet die Losung der Administration: Kürzung von Sozialleistungen in allen Bereichen! Dabei treffen diese Sparmaßnahmen besonders hart die ohnehin benachteiligten Problemgruppen der Ungelernten, Jugendlichen, Studenten aus Arbeiterfamilien, Schwarze und andere Minderheiten, Frauen und ältere Arbeitnehmer, die bei Betriebsschließungen keinen neuen Job mehr finden.

Kern einer sozialistischen Neugruppierung besteht

Um hier gegenzusteuern, müßten sich die US-Gewerkschaften dringend vor allem um die Organisation des Millionenheeres der Nichtorganisierten (Arbeiter und Angestellte) kümmern. Um wieder glaubwürdig zu werden, müßten sie sich auch der inneren Korruption entledigen. Um Einfluß auf die Politik ausüben zu können, müßten sie sich von den zwei großen Parteien emanzipieren. Um die eigene Basis zu verbreitern, müßten die Gewerkschaften überdies mit bestehenden Oppositionsgruppen zusammenarbeiten, eventuell sogar eine Linkspartei gründen. Bines jedenfalls zeichnet sich heute deutlich ab:

Ohne drastische Schritte in diese Richtung stehen die amerikanischen Gewerkschaften in der Gefahr, als fortschrittlicher Wirkfaktor der amerikanischen Gesellschaft sang- und klanglos unterzugehen.

Die Chancen, daß derartige Schritte demnächst geschehen, sind vielleicht nicht besonders groß; völlig hoffnungslos aber ist die Lage auch nicht. Es gibt ein ganzes Bündel von „rank-and-file“-Oppositionsgruppen innerhalb der verschiedenen Gewerkschaften, die in heftiger Fehde mit ihrer Leitung liegen. In einigen Gewerkschaften üben solche Gruppen bereits einen erheblichen Einfluß aus; in anderen scheint es sogar möglich zu sein, die heutige Politik dauerhaft zu verändern.

Eine solche Entwicklung könnte, falls eine wirksame sozialistische Bewegung entsteht, zu tiefgreifenden Änderungen nicht nur der Gewerkschaftspolitik, sondern auch der allgemeinen Politik der USA führen. Mindestens der Kern einer sozialistischen Neugruppierung, die in den nächsten Jahren Einfluß nehmen könnte, besteht seit neuestem. Im März 1982 haben sich zwei demokratisch-sozialistische Gruppen als „Democratic Socialists of America“ vereinigt, die bereits jetzt über Einfluß in einer Reihe von Gewerkschaften und Betrieben verfügen. Es bleibt abzuwarten, ob dieser erste Erfolg weitere Schritte nach sich zieht und ob auch in den USA wieder eine sozialistische Alternative auf der politischen Bühne erscheint, mit der zu rechnen ist.

Jakob Schissler: Die angebotsorientierte Wirtschaftsphilosophie als konservative Strategie in den USA

Dr. Jakob Schissler, geb. 1940, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der J. W. Goethe-Universität Frankfurt, Fachbereich 3 (Gesellschaftswissenschaften). Zahlreiche Veröffentlichungen, vor allem auf dem Forschungsgebiet „Politische Kultur“ (s. u. NG 6/80).

Die gegenwärtige Krise der westlichen Industriegesellschaften im Übergang zur nachindustriellen Gesellschaft, die durch viele in sich z. T. unabhängige Faktoren bedingt ist, hat bisher noch keine langfristige Ideologie und noch kein heilsgewisses Weltbild produziert, das den Menschen als geistige Leitidee zur Überwindung der Krisenphänomene dienen könnte. Vielmehr werden eine Fülle kurzfristiger, ideologisch gestützter Hilfskonstruktionen angeboten, deren Lebensdauer oft schon zu Beginn ihrer Umsetzung abgelaufen zu sein scheint.

Für keinen geistigen Entwurf gilt diese Annahme z. T. mehr als für den in den letzten Jahren zu großer Berühmtheit gelangten wirtschaftsphilosophischen Ansatz der angebotsorientierten Wirtschaftsphilosophie (Supply-Side-Economics). Diese Philosophie konnte ihre Bedeutung nur deshalb erlangen, weil die für nahezu vierzig Jahre geltende unangefochtene Wirtschaftsphilosophie des modernen Interventionsstaates, nämlich die keynesianische Wirtschaftstheorie, sich nicht als Allheilmittel für die Probleme ökonomischer Globalsteuerung erwies. Der Keynesianismus hat zwar für konkrete ökonomische und sozialpolitische Probleme hochentwickelten Sachverstand anzubieten; in ökonomischen Entscheidungsprozessen mußte er jedoch das Primat an die ökonomischen und politischen Entscheidungsträger, an Politiker und Unternehmer, abtreten. Aufgrund der Krise des Keynesianismus bot sich zum ersten Mal seit einer Generation wiederum die wirtschaftsphilosophische Chance, unternehmerische und politische Entscheidungen als solche in den Vordergrund des Entscheidungsprozesses zu rücken. Dies enthält einen Rückgriff auf Momente der politischen Philosophie des Liberalismus, der das Individuum gegenüber den sozialstaatlichen und kollektiven Akteuren in den Vordergrund rückt. Neben vielen anderen wirt-

schaftspolitischen Richtungen, wie z. B. dem Monetarismus, rückte insbesondere eine Richtung des wirtschaftsphilosophischen Liberalismus in das Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit, nämlich die sogenannte Supply-Side-Economy.

Die Versprechungen dieses Ansatzes waren spektakulär. Der Monetarismus kann zur Überwindung der Wirtschaftskrisen letztlich nur eine kräftige Gesundheitsschrumpungsphase, d. h. für viele Menschen in unseren wohlfahrtstaatlich verfaßten Gesellschaften nur eine Durchgangssphase zum Aufschwung, bestehend aus „Blut und Tränen“, versprechen. Eine solche Theorie kann somit nicht massenhaft populär werden. Gefordert ist eine Theorie, die einen Aufschwung aus der Krise ohne vorherigen Abschwung prognostizieren kann. An dieser Theorie wurde nach der ersten Ölkrise von 1973 von verschiedenen Wissenschaftlern und Journalisten, die dem Wirtschaftsliberalismus nahestehen, gearbeitet: Supply-Side-Economics war das Resultat dieser Bemühungen.

Die Krise der amerikanischen Volkswirtschaft

Der Niedergang des Keynesianismus als populäre Wirtschaftsphilosophie ist freilich nicht nur als ein geistesgeschichtlicher Zusammenhang zu begreifen. Er fand vielmehr vor dem Hintergrund einer mit vielen Problemen belasteten amerikanischen Volkswirtschaft statt. Bei der Benennung der Art dieser Probleme stellt sich die Frage, ob irgendeine Wirtschaftstheorie die Macht hätte, diese Probleme anders als durch die Akzeptierung ihres zeitlich nicht kalkulierbaren Krisencharakters zu therapieren. Seit Mitte der sechziger Jahre gibt es diverse Stagnationsphänomene in der amerikanischen Wirtschaft; diese Stagnationserscheinungen betreffen zumeist nur einzelne Industriebranchen, nicht die Wirtschaft als ganze. Bisher scheint eine eindeutige Deutung dieser Stagnationstatbestände nicht vorzuliegen. Die Wirtschaftswissenschaft scheut insbesondere davor zurück zu konstatieren, daß bestimmte Produktionszweige an die Grenze ihrer Auslastbarkeit gelangt waren, die die Unternehmer dieser Branche zögern ließ, zum Ausbau weiterer Produktionskapazitäten voranzuschreiten. Vielmehr zogen die Unternehmer es vor, den erwirtschafteten Gewinn in Sicherheiten und in Spekulationsgütern anzulegen. Seitdem steigen die Preise für Gold, Immobilien und Kunstgegenstände rasant. Diese Güter sind nicht beliebig vermehrbar und eignen sich deshalb gut dafür, durch ihre Inbesitznahme das eigene Eigentum zu erhalten. Die Art und Weise wie die Johnson-Administration den Vietnam-Krieg finanzierte, nämlich nicht durch

Steuererhöhungen, sondern durch Geldmengenerweiterung, fügte der allgemeinen ökonomischen Stagnation einen spezifisch gefährlichen Partner bei, nämlich die Inflation. Sie hatte für den privaten Wirtschaftssektor wahrscheinlich zur Folge, daß dieser noch mehr in die Stagnation geriet, denn bei Kapazitätsauslastung unter Inflationsbedingungen überlegen Unternehmer, ob sie Modernisierungsinvestitionen durchführen sollen. Der Wert dieser Investitionsgüter bemißt sich nämlich daran, wie teuer deren Neuersatz in der Zukunft bei dann gestiegenen Preisen sein wird. Dies ist ein bedeutsamer Risikofaktor. Ein wesentlich geringeres Risiko geht ein Unternehmer dann ein, wenn er zögert und seinen Gewinn in Immobilien, Gold, Kunstwerken oder aber in Staatsanleihen anlegt, deren Preisanstieg, bzw. deren Zinsrate, in der Inflation am sichersten vor dem Preisverfall schützen kann: Die Krise und die Inflation verstärken die Spekulation und behindern produktive Investitionen.

Seit 1973 verschärften die Ölpreisverteuerungen diese Stagnationstatbestände nochmals um einen alle bisherigen Faktoren übertreffenden. Die Verteuerung und die Erhöhung der Risiken für modernisierende Investitionen hatten natürlich zur Folge, daß das Wachstum der Produktivitätsrate nur noch gering war. Wiederum als äußerst erschwerender Faktor trat zu diesem mißlichen Tatbestand ein demographisches Problem auf, dessen Ausmaße allein schon – wenn man von den anderen Krisenfaktoren absieht – eine atemberaubende Dimension hat: Die amerikanische Wirtschaft hatte zwischen 1973 und 1980, dem Ende der Carter-Administration, aufgrund der ins Berufsleben drängenden Baby-Boom-Generation und des verstärkten Zugangs von Frauen ins Arbeitsleben, 13 Millionen neue Arbeitskräfte ins Beschäftigungssystem zu integrieren. Viele dieser Neuzugänge wurden im nicht sonderlich produktivitätserhöhenden Service-Sektor untergebracht. Damit wurde die allgemein geringe Wachstumsrate der Produktivität noch zusätzlichen Belastungen ausgesetzt.

Ein Großteil der ideologisch und nicht durch den soeben skizzierten sachlichen Hintergrund geprägten öffentlichen Diskussion über die ökonomische Misere läuft über zwei Argumentationsstränge, die sowohl den Journalisten als auch einigen Sozialwissenschaftlern plausibel erscheinen: Die Stagnation der Produktivitätswachstumsrate, so wird einerseits argumentiert, habe damit zu tun, daß die protestantische Leistungsethik, die die USA zu ihrer Größe gebracht habe, im Schwinden begriffen sei. Zweitens soll es auch einen Zusammenhang zwischen dieser schwin-

denden Leistungsbereitschaft und einem anderen Begleitphänomen des entwickelten Wohlfahrtsstaates geben, nämlich mit dem Steuersystem: Das Schwinden der Leistungsbereitschaft bei Arbeitnehmern und selbständigem Mittelstand sei zumindest zum Teil darauf zurückzuführen, daß Leistungsanreize durch das Hineinwachsen in die Steuerprogression bereits im Keime erstickt werden. Aus der Leistungsverweigerung der Unternehmer resultiert, daß diese keine Investitionen tätigen bzw. in den Spekulationsmarkt, in dem Steuern nicht bezahlt werden müssen, oder in die Untergrundwirtschaft ausweichen. Was läge näher, als die Gesundung der Wirtschaft durch die Erhöhung der Leistungsbereitschaft, d. h. durch eine Erhöhung von Produktivität dadurch erreichen zu wollen, daß die Steuerraten grundsätzlich gesenkt werden und daß zusätzliche Leistungsbereitschaft nicht durch Steuerprogression behindert wird. Auf dieser populären sozialwissenschaftlichen Ebene von Sinnproduktion schien das Problem mithin klar.

Das angebotsorientierte ökonomische Funktionsmodell als Allheilmittel zur Krisenüberwindung

Die für die höheren mittelständischen Einkommen deutlich spürbaren Steuerlasten sind in den inflationsgeplagten Wohlfahrtsstaaten der westlichen Demokratien zu einem Wahlkampfthema geworden, mit dem man sozialpolitisch massenwirksam Politik machen kann. Auch die populärwissenschaftlich orientierte Wirtschaftsphilosophie und der Wirtschaftsjournalismus nahmen sich dieser Problematik an. In den USA waren es insbesondere die Wirtschaftstheoretiker Laffer und Mundell sowie die Wallstreet-Journal-Mitarbeiter Wanniski und Gilder, die die Steuersenkungsphilosophie vertraten und in der Folgezeit damit berühmt wurden.

Für diese Begründer der sogenannten angebotsorientierten Wirtschaftstheorie stand fest, daß das progressive Steuersystem die Schuld an der gesamten ökonomischen Misere der letzten 15 Jahre habe. Denn das Steuersystem verhindere Leistungsbereitschaft und Produktivitätssteigerung. Laffer erläuterte dies an einer Kurve: Je höher der Steuersatz, desto höher seien zwar die Staatseinnahmen –, diese Kurve habe aber ein Optimum: Über das Optimum hinausgehende Steuersätze verringerten die Staatseinnahmen, weil es für die wirtschaftenden Individuen lohnender werde, nicht mehr zusätzlich zu produzieren bzw. ihre Aktivitäten in die Untergrundwirtschaft zu verlagern. Würden also die Steuersätze generell und die Steuerprogression für zusätzliche Lei-

stung im Speziellen wesentlich gesenkt, dann würden damit die Leistungsanreize gestärkt, die Abwanderung in die Untergrundwirtschaft rückgängig gemacht und auch das spekulativ angelegte Kapital in den Produktionsprozeß zurückgelenkt. Die angebotsorientierte Philosophie ist dadurch geprägt, daß sie die wirtschaftlichen Krisenphänomene zentral aus diesen Parametern zu erklären versucht und glaubt, andere Parameter einer hoch organisierten und zum großen Teil durch politische Abmachungen gesteuerten Wirtschaft vernachlässigen zu können. So glaubt sie z. B., daß die Frage der Staatsschulden, d. h. des Budgetausgleichs, nicht sonderlich zu berücksichtigen sei, denn durch die erhöhte Wirtschaftstätigkeit aufgrund massiver Steuerersparnisse der produktiven Schichten würden sich die Staatseinnahmen insgesamt erhöhen, und für die Produzenten würde es ertragsreicher sein, ihr Geld in der Produktion statt in Staatsanleihen anzulegen.

In der Frage der Geldmengensteuerung durch die Bundesbank (Federal Reserve System) gibt es Kompromisse mit den Monetaristen, d. h. es wird einer gemäßigt restriktiven Geldpolitik das Wort geredet. In der Diskussion befindet sich auch noch die wahrscheinlich unrealistische Theorie der Rückkehr zum Goldstandard. Mit beiden Maßnahmen soll die Inflation im neuen, aufgrund der Steueranreize geschaffenen, Wirtschaftsboom unter Kontrolle gehalten werden. Lediglich Gilder verfiel mit Annahmen aus einer sehr spekulativ gehaltenen Inflationstheorie die Ansicht, daß das Inflationsproblem überhaupt für den neuen Wirtschaftsaufschwung nicht störend sei. Sind erst einmal die Hindernisse gegenüber den Produzenten – Unternehmern und Arbeitern – beiseite geräumt, dann würden diese innovativ ihre Fähigkeiten voll zum Einsatz bringen und die Wirtschaft wieder vorantreiben. Durch Schutz vor der Inflation würden gerade die reichen Vermögensbesitzer geschützt, die u. U. zur innovativen Wirtschaftstätigkeit schon nicht mehr fähig seien. Für solch „dekadentes Kapital“ kann aber nach Ansicht von Gilder kein Schutz innerhalb einer Supply-Side-Economy aufgebaut werden.

Das Ziel eines dynamischen Kapitalismus nach Gilder kann nur sein: Freie Bahn dem Tüchtigen, Verachtung für die (selbstverschuldete) Unfähigkeit der Versager. Ganz im Sinne des Frühliberalismus folgt für Gilder, und hier stimmt er mit den anderen Supply-Sidern überein, daß der Markt alle Probleme löst, daß staatliche Interventionen mit ihren vielfältigen Regulierungen und Schutzprivilegien ein in sich „unmoralisches“ wirtschaftspolitisches Handlungs-

system schafft. Denn der Sozialstaat schützt nicht nur die Schwachen, sondern auch die Untüchtigen, Cleveren und Arbeitsunwilligen.

Zur Kritik des Modells

Klingen viele Modellkonsequenzen der Supply-Sider in sich vielleicht schlüssig, so sind sie es doch nur, wenn die Annahmen akzeptiert werden bzw. in sich als richtig gelten. Sicherlich haben die Supply-Sider im Kern recht, wenn sie auf die problematische Steuerprogression im Kontext der Inflation verweisen. Die Inflation selbst verhindert wiederum Investitionen. Das Problem scheint richtig erkannt, dennoch hat es für die hochkarätigen Wirtschaftsberater des ökonomischen und politischen Systems der USA, wie Greenspan u. a., die heute z. T. im „Economic Policy Advisory Board“ von Präsident Reagan sitzen, nie Zweifel gegeben, daß das Modell der Supply-Sider die wichtigsten Parameter einer organisierten Wirtschaft nicht berücksichtigt. Hier sind die Monetaristen, die den Ansatz auch verfechten, klarer, indem sie zwischen Steuersenkung und Deregulation eine Phase des Wirtschaftsabschwungs ansetzen, in dem der Markt „Reinigungsprozesse“ durchsetzt. Die unmittelbare Heilserwartung, die die Supply-Sider im Unterschied zur monetaristischen Philosophie auszeichnet, liegt darin begründet, daß sie mechanistisch schließen: Wenn Privatleute Geld erhalten, dann wollen sie damit produktiv tätig sein. Die Wall-Street-Bankiers haben diesen Optimismus nie geteilt, obwohl Jude Wanniski und George Gilder im Wall-Street-Journal Raum gegeben wurde, ihre Ideen zu entwickeln. Die Bankiers folgern vielmehr salopp: Nicht aufgrund der Tatsache, daß Geld vorhanden ist, wird investiert, sondern aufgrund der Tatsache, daß Renditechancen gesehen werden. Im Unterschied also zu den Supply-Sidern muß gefolgert werden: Ökonomisches Handeln ist alternativenreich; und dies kann u. U. prekäre Folgen für die Zielgröße „ökonomisches Wachstum“ haben. Kapitalmangel ist nicht der Grund für fehlende Investitionen in den USA. Das umfangreiche Spekulationskapital, von dem oben gesprochen wurde, würde sofort auf Industrieaktien umsteigen, falls sich dies rentieren sollte.

Galbraith hat immer wieder gegen die Supply-Sider und auch gegen die Monetaristen eingewandt, daß der Organisationsgrad der internationalen Wirtschaft einen Rückzug auf liberalistische Modelle unmöglich macht. Wachstum scheint in Krisenzeiten in den heutigen Wirtschaften mit Sicherheit nur durch staatliche Investitionsprogramme (Innovationsinvestitionen) steuerbar zu sein, obwohl in der

Implementierung dieser Programme dann im zweiten Schritt der privatwirtschaftlichen Tätigkeit ein hoher Stellenwert eingeräumt werden muß. Nur in einer unterausgelasteten Wirtschaft, wie zur Zeit des Steuererleichterungs-Wirtschaftsprogramms der Kennedy-Administration, kann durch erhöhte Nachfrage auch die unternehmerische Supply-Side-Orientierung stimuliert werden.

Sowohl Keynesianer als auch Supply-Sider beziehen sich auf das Kennedy-Modell, wenn auch mit unterschiedlichen Schlußfolgerungen. In der Diskussion zwischen beiden Seiten wird aber deutlich, daß der Angriff der Supply-Sider gegen die Keynesianer gegenstandslos ist. Die Keynesianer, die erhöhte Wirtschaftstätigkeit durch erhöhte Nachfrage – aber nur unter günstigen Umweltfaktoren – steuern wollen, haben immer mitbedacht, daß die Nachfragerhöhung nur sinnvoll ist, wenn sie eine Supply-Side-Orientierung mit einschließt. Der Rigorismus der Supply-Sider hingegen, nur durch gezielte Geldzuweisung an die Produzenten sei das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, und zwar aufgrund der wirtschaftsphilosophischen Prämisse: das Angebot schafft sich selbst seine Nachfrage, wird fragwürdig, wenn die Unternehmer gar nicht anders können, als alternativenreich zu entscheiden.

Der Denkfehler der Supply-Sider liegt mithin darin, daß sie den banalen Irrtum begehen, eine partikularistische Sicht des Wirtschaftens, dessen Gültigkeit auf Teile des selbständigen Mittelstandes unter allgemein günstigen Wirtschaftsbedingungen erstreckt bleibt, in umfassende Heilservartungen auszuweiten. Dies mag in der Folge die durchaus wichtigen Einsichten dieser Wirtschaftsphilosophie verdunkeln, während gerade der Heilsgewißheit des Modells dieses über seine Bedeutung hinaus in den Raum der Politik vorstoßen ließ, in dem es ein überaus nützlich und gegenwärtig unverzichtbares Instrument für die konservative Politik in Amerika wurde.

Der politische Siegeszug der Supply-Side-Economics

Wenngleich die wichtigsten Thesen der Supply-Sider bereits 1974 im Gefolge der Ölkrise von 1973 formuliert wurden, dauerte es dennoch bis 1978, bevor sie in der Zeit vor den Zwischenwahlen (November 1978) zu einer politischen Strategie werden konnten. Die ökonomisch konservativen Berater von Präsident Ford lehnten eine populistisch-libertinär formulierte Wirtschaftsphilosophie ab, weil für sie deren ökonomische Schwachstellen offensichtlich waren. Über die ökonomischen Politikberater war der

Einstieg der neuen Philosophie in die politische Praxis nicht zu gewinnen. Es bedurfte vielmehr der Gewinnung von Politikern, um die Bedeutung der Philosophie als politische Strategie erkennbar zu machen. Die zentrale Figur in dieser Umsetzungsstrategie wurde der republikanische Abgeordnete aus dem Staat New York, Jack F. Kemp. Als dynamischer und populistisch sich gebender Politiker ist Kemp seit 1970 republikanischer Abgeordneter aus einem industriellen Wahlbezirk, wo er im Laufe der Jahre immer mehr Arbeiterstimmen für sich sammeln konnte. Seine Taktik bestand darin, den ökonomischen Niedergang in seinem Wahlkreis mit Steuererleichterungen für die Industrie rückläufig machen zu wollen. Jude Wanniski konnte ihn 1976 überzeugen, seine lediglich pragmatisch gehaltenen Vorstöße im Kongreß unter der Theorie der Supply-Sider zu bündeln. Während das Jahr 1977 noch der journalistischen Ausprägung dieser Wirtschaftsphilosophie diente, lag die Materie 1978 bereits so weit aufbereitet vor, daß Kemp zusammen mit dem Senator Roth eine von der Supply-Side-Philosophie geprägte Einkommensteuergesetzgebung im Kongreß einreichen konnte. Diese wurde in der Folge als „Kemp/Roth-Bill“ (Gesetz) zum Mythos. Im Kern sah der Gesetzgebungsvorschlag eine über drei Jahre sich erstreckende Steuerreduktion in der Einkommensteuer von 30 Prozent vor. Diese sehr einprägsame Zahlenspielerlei wurde so zwingend, daß sie ihren Platz im ersten Reagan-Budget, wenn auch mit veränderter Funktion, behielt. Bei der Abstimmung über Kemps Gesetz, das im Repräsentantenhaus bei demokratischer Mehrheit keine Zustimmung erhalten konnte, wurde aber deutlich, daß von 146 republikanischen Abgeordneten 138 für Kemp/Roth stimmten. Dies besagt zwar nicht, daß diese Abgeordneten tatsächlich an die Philosophie glaubten, es besagt aber, daß sie den Wert der Supply-Side-Philosophie und der Steuerkürzungsstrategie erkannten: Ein Abgeordneter drückte das so aus: „Kemp/Roth ist eine handelbare Idee. Sie ist reines Gold, politisch gesehen.“ Die Republikaner hatten eine politische Position gefunden, die es ihnen erlaubte, positive Modelle ins politische System einzuführen und aus der Rolle des bloßen Nein-Sagers gegenüber den aktivistischen, interventionsstaatlichen Programmen der Demokraten herauszukommen.

Auch der Wahlsieger Ronald Reagan griff 1978 die von Kemp überall im Lande in politisch starken Reden verfochtene neue Wirtschaftsphilosophie auf, die zum bisherigen Wirtschaftsprogramm der Republikaner, die mit Sparhaushalten den Übeln der

Inflation beikommen wollten, in krassem Widerspruch stand. Ohne seine Kandidatur für die Präsidentschaft bereits öffentlich bekanntzugeben, bereitete Reagan sich 1979 ernsthaft auf sie vor. Sein zentraler Wahlkampfmanager riet ihm jedoch davon ab, sich bereits jetzt auf die Supply-Side festzulegen, da Reagan ohnehin in den Umfragen über einen hohen Bekanntheitsgrad verfügte. Die Stunde für die Supply-Sider kam, als Reagan in der Vorwahl im Staate Iowa am 21. Januar 1980 gegen Bush unterlag und nunmehr aktiv um die Nominierung als republikanischer Kandidat auf dem Parteikonvent im Sommer des Jahres in Detroit kämpfen mußte. Kurz nach der Iowa-Niederlage veranlaßte sein Manager die Produktion von drei Werbespots, die sich allesamt auf ein Steuerreduzierungsprogramm bezogen und deren Programm auch auf die Gewinnung von Arbeitstimmen abzielte. In den Vorwahlen in New Hampshire, im Februar, konnte die neue Strategie mit Erfolg getestet werden; sie wurde bis zum Parteikonvent im Sommer beibehalten. Eine zentrale Formulierung der Werbespots lautete: „Wenn wir die Flut an Formularen stoppen und unnötige Regulationen reduzieren, wenn wir die Steuersätze tief und dauerhaft kürzen, dann haben wir eine Fülle von Hindernissen, die jedermann beugen, weggeräumt. Solche, die jetzt benachteiligt sind, werden davon am meisten gewinnen. Wenn wir die Anreize für Leistung in die Gesellschaft zurückverlagern, wird jedermann davon profitieren. Wir müssen voranschreiten. Aber wir dürfen auch niemanden zurücklassen.“

Diese Zeilen von hervorragender politischer Symbolik in der Zeit eines ökonomischen Niedergangs, die an optimistische Heißerwartungen in den generellen Einstellungen der amerikanischen Bevölkerung appellierten, wurden als der Anfang der „Reagan-Revolution“ angesehen, mit denen der „Rechte“ Ronald Reagan sich in die sozial verantwortliche Position des „Guten Hirten“ hineinmanövrierte. Im Laufe des Jahres gelang es dem kapitalistischen Zentrum der Republikaner, die dieser Philosophie im Prinzip abgeneigt gegenüberstanden, Reagan zu überzeugen, daß in das Programm der Steuerkürzungen auch ein Abschreibungsprogramm für die Industrie eingebaut werden mußte. Damit wurde die Supply-Side-Philosophie zwar überfrachtet, aber der große Schritt zu einer gemeinsamen Koalitionsbildung aller Republikaner war erreicht. Auf dem Parteikonvent in Detroit wurde Reagan zwar in der Öffentlichkeit durch seine spektakulären Bekenntnisse als Kandidat der Rechten gegen Abtreibung und die Gleichberechtigung der Frauen bekannt, innerhalb der Partei jedoch war

er der Konsenskandidat der Supply-Sider, die die Partei gewonnen hatten. Reagan seinerseits pries die Supply-Side-Economics als Allheilmittel, insbesondere auch für die Unterprivilegierten und die Minoritäten an, um sodann, nunmehr aktiv nach vorne gewandt, zu schließen: „Wir müssen voranschreiten, aber wir werden *niemanden* zurücklassen!“

Die Steuer- und Budgetpolitik der Reagan-Administration und das angebotsorientierte Modell

Der Siegeszug Reagans setzte sich nach seiner Nominierung fort und erstreckte sich, insbesondere dann in der zweiten Hälfte des Jahres 1980, auch auf die Gruppierungen in der Republikanischen Partei, die dem großbürgerlich-liberalen Flügel und den Konzernen zuzurechnen sind; d. h. die Koalition zwischen Klein-, Mittel- und Großkapitalismus kam zustande. Bei diesem Versuch, komplexe, nicht ganz widerspruchsfreie Politiken in einen Zusammenhang zu bringen, blieb es nicht aus, daß der liberal-radikale wirtschaftspolitische Ansatz der Supply-Sider mehr und mehr ausgehöhlt wurde.

Eine erste Aufweichung des angebotsorientierten Ansatzes wurde dadurch erreicht, daß eine bestimmte Art der Steuerersparnis, die nur für die Geschäftswelt von Interesse ist, in den Kemp/Roth-Gesetzesvorschlag eingefügt wurde, nämlich verbesserte Abschreibungsbedingungen. Priorität sollte auch der bei vielen Republikanern beliebte Budgetaustausch erhalten. Die Supply-Sider hingegen – auch mit Milton Friedmans Unterstützung – gingen davon aus, daß kurzfristig ein nicht ausgeglichenes Budget in Kauf genommen werden könnte, weil der zu erwartende Wirtschaftsaufschwung dieses Problem sowieso gleichsam als Nebenprodukt mit lösen werde. Das Wirtschaftsprogramm, das Reagan am 18. Februar 1981 dem Kongreß zuleitete, enthielt neben dem Steuerkürzungsprogramm Vorschläge, die Wirtschaft zu deregulieren, das Budgetwachstum zu kürzen und das Geldmengenwachstum zu verringern.

Die Krise des Steuerstaates, seine mangelnde Steuerungskapazität in den letzten 15 Jahren hatte die Zeit reif gemacht für eine derartige „Revolution“ in der Staatstätigkeit. Bei einem Budget von ca. 700 Milliarden Dollar wurden einschließlich der Abschreibungen für das Jahr 1982 mehr als 50 Milliarden Dollar an Einnahmen gekürzt. Bei Berücksichtigung der Inflationsrate würden sich damit die Einnahmen konstant halten. Die Ausgaben des Staates wurden andererseits um ca. 40 Milliarden Dollar gekürzt, davon stammt ungefähr die Hälfte aus dem Sozialetat. Dieser hat einen Umfang von ca. 200 Mil-

liarden Dollar und ist somit um reale 10 Prozent gekürzt worden. Lediglich der Verteidigungsetat wurde gesteigert, alle anderen Staatsfunktionen wurden mehr oder minder stark beschnitten.

Der Tatbestand, daß nach Bekanntwerden der verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten für Geschäftsvermögen aller Art die Aktien gerade für Industriebereiche, die nicht sonderlich produktiv sind, anstiegen, kann eine Interpretationshilfe dazu liefern, das steuerpolitische Programm der Reagan-Administration im Unterschied zum Supply-Side-Modell zu beurteilen. Die Supply-Sider wollten mit ihrem Steuerkürzungsprogramm in aller Klarheit diejenigen Schichten der Bevölkerung fördern, die als besonders produktiv gelten und deren Produktivität durch Steuererleichterungen noch zu steigern ist. Das Reagan-Programm drückt dieses Verständnis nicht mehr aus. Es ist vielmehr ein Programm zur Berücksichtigung von generellen ökonomischen Interessen der amerikanischen Wirtschaft. Ob in dieser Interessenberücksichtigung auch zugleich ein Anreiz zum Wirtschaftsaufschwung enthalten ist, bleibt offen; denn gefördert werden alle besitzenden Schichten, gleichgültig, ob sie investieren oder nicht. Der Anstieg der Aktienkurse veralteter Kapitalien signalisiert an der Börse, daß diese jetzt als Abschreibungsgrößen interessant geworden sind; er signalisiert nicht, daß deren Wertsteigerung eine Tendenz zu Modernisierungsinvestitionen enthält. Vielmehr sind die spekulativen Kapitalanlagemöglichkeiten damit um ein neues Feld erweitert worden. Das Wirtschaftsverhalten des privaten Sektors wird auch durch das Reagansche Modell in seiner Komplexität nicht reduziert; nicht einmal die Absicht zu einer bestimmten Steuerung, außer der der generellen Bevorzugung, wird in diesem Programm – im Unterschied zur spezifischen Bevorzugung der Supply-Sider – ausgedrückt.

Wir müssen voranschreiten, aber wir werden niemanden zurücklassen: Sozial- und Umverteilungspolitik der Reagan-Regierung

Das Versprechen der Supply-Side-Economy für die unteren Schichten Amerikas bestand darin, daß ihre ökonomische Anreizpolitik ein Wirtschaftswachstum initiieren werde, von dem letztlich alle durch mehr Arbeitsplätze profitieren würden. Staatliche Sozialpolitik könne ruhig gemindert werden, an ihre Stelle träten Arbeitsplätze. Das Versprechen ist klar; ein Scheitern des Modells kommt seiner Widerlegung gleich.

Wenn allerdings der Wirtschaftsaufschwung aus-

bleibt und gerade in dem Sektor, der die Minoritäten vor dem Absinken in Armut bewahrt, ca. 20 Milliarden Dollar gekürzt werden, dann stellt sich die Frage nach dem Charakter der Reaganschen Revolution in ganz anderer Weise. Handelt es sich also bei der Reaganschen Politik um die Zerschlagung des bei den Konservativen in beiden Parteien ungeliebten Sozialstaates? Die Frage in dieser Einseitigkeit zu stellen, erlaubt es, sie zu verneinen. Sicherlich tragen einige Kürzungen die Züge von lang erhofften „Strafexpeditionen“, die den politischen Sadismus bestimmter Klientel befriedigen können. Jedoch ist damit der Charakter der Reaganschen Entstaatlichung nicht genau getroffen.

Legitimatorisch zerfällt der amerikanische Welfare-State in zwei Teile: in den von großem Konsens getragenen Sozialstaat aus dem New Deal und in den unter wachsendem Dissens nur noch geduldeten Wohlfahrtsstaat der Kennedy-Johnson-Reformen. Die Kürzungen im Reaganschen Sozialetat beschränken sich fast ausschließlich auf diesen zweiten, nicht länger konsensfähigen Teil des Sozialstaates. Seinem Wachstum werden mit den Reaganschen Maßnahmen Grenzen gezogen; er wird nicht eliminiert, sondern er wird der Kontrolle unterworfen. Die Bedürftigkeit der Armen soll strenger als bisher nachgewiesen werden müssen. Zwischen beiden Bereichen des Sozialstaates liegt ein schmaler Grat, der durch diffiziles politisches Kalkül ausgeforscht werden muß, denn ein Großteil der arbeitenden Schichten, die aus besonderen Gründen für kurze Zeit in die Armut geraten (Scheidung, Kinderreichtum, Krankheit) soll durch die Reagansche Politik nicht substantiell geschädigt werden, sondern soll als Arbeiter-Wählerpotential für die Republikaner erhalten bzw. gewonnen werden. Bei der nachteiligen Behandlung der armen Schichten geht es im Prinzip nicht um einen sozialen Racheakt; jedenfalls nicht im Horizont der konservativen politischen Eliten. Vielmehr geht es bei der Kürzung der Sozialprogramme für diese Schichten zentral darum, die Funktionseliten, die bisher diese Klientel betreut haben, in ihrer Substanz zu treffen. Es geht darum, im politischen System der USA den Einfluß einer seit der Kennedy-Zeit zahlenmäßig stark angestiegenen Schicht von Berufsangehörigen des Sozialstaates (Rechtsanwälte, Ärzte, Sozialarbeiter, Intellektuelle, linksliberale Bürokraten) zu brechen und deren geistigen Einfluß zu reduzieren. Diesem Ziel dient auch, die Durchführung vieler Sozialprogramme von der Zentralregierung, wo die linksliberalen Funktionseliten ihre Macht aufbauen konnten, an die Einzelstaaten zu de-



Gut, daß man nicht alles automatisieren kann.

Von den 33 Millionen Briefsendungen, die jeden Tag in Deutschland abgeschickt werden, sortiert allein die computergesteuerte Brief-Verteilanlage in Wiesbaden 60.000 in der Stunde. Trotzdem geht es nicht ohne die vielen Frauen und Männer, die in jeder Sekunde so an die 2.000 Briefe nach

Straßen sortieren. Und es geht auch nicht ohne die 60.000 Briefträger, die jeden Morgen die Post ins Haus bringen – auch in die entlegensten Gebiete unseres Landes.

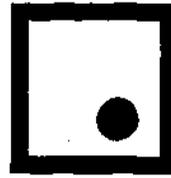
Der Briefträger läßt sich nicht automatisieren. Das ist auch gut so. Denn der Briefträger des Viertels ist ein Stück

Lebensqualität des Viertels. Er kennt jeden, und jeder kennt ihn. Deshalb wird der Briefträger Kurt Schlöskes auch in Zukunft jeden Morgen mit seinem vollgepackten Wägelchen durch seinen Bezirk ziehen und freundlich in jeden Hausflur rufen: „Guten Morgen, die Post ist da!“ **Ihre Post.**

legieren. Damit würde ein nach Sicht der Mehrheit der politischen Eliten nicht auf Integration, sondern auf Entstabilisierung hinarbeitender Teil dieser Eliten in seinem Einfluß wesentlich beschnitten. Die Integration des Landes mit Hilfe von protestantischer Leistungsethik und die Bevorzugung von materialistischen Werten sowie den Werten des Nationalismus und der Verteidigung könnte dann – nach konservativer Sicht – besser als bisher durchgesetzt werden.

Werden allerdings 20 Milliarden Dollar aus einem bestimmten Funktionsbereich der Gesellschaft abgezogen und werden zudem anderen sozialen Schichten durch massive Steuerersparnisse Einkommen zugewiesen, kommt man um die Schlußfolgerung nicht herum, daß die Reagansche Politik, da sie dem Wirtschaftswachstum gegenüber im Programm neutral blieb, eine massive Umverteilungspolitik ist. Auch die Steuerkürzungen für die Arbeiterschaft verweisen in diese Richtung. Schließlich erhalten die meisten Arbeiter nur einige hundert Dollar pro Jahr an Steuerersparnissen, während viele Unternehmer einige Millionen pro Jahr erhalten.

Nur wenn Reagans Wirtschaftspolitik an der Zielgröße „Wachstum“ der Supply-Sider orientiert geblieben wäre, hätte sie die „moralische“ Legitimation zur Ausgabenkürzung und Steuerkürzung beanspruchen können. Mit der Erweiterung der Politik zu einer generellen Bevorzugung der Unternehmer über das Steuergeschenk verbesserter Abschreibungsätze wurde die Politik zu einer Klassenpolitik. Aber auch bei Umsetzung des reinen angebotsorientierten Ansatzes wäre Reagan die moralische Legitimation verlorengegangen, weil das ökonomische Handeln nicht dem Mechanismus folgt: Geldzuweisung an die Gesellschaft – Resultat: Investitionen. Es mag zwar argumentiert werden, daß viele Wohlfahrtsausgaben indirekt mit Hilfe korrupter Mechanismen zustandekommen. Insofern ist es gerechtfertigt, den Sozialstaat einer ordnungsgemäßen Kontrolle zu unterwerfen. Wodurch sollte aber moralisch gerechtfertigt sein, pauschale Steuergeschenke an die Wirtschaft zu verteilen, wenn diese außerstande ist, die Mittel für die Zielgröße „Wachstum“ einzusetzen? Nur unter der Prämisse, daß Amerika „voranschreiten“ soll, war die Steuerkürzung gerechtfertigt, diese Prämisse und mit ihr die „Reagansche Revolution“ sind durch die Realität widerlegt. Ein rein liberalkapitalistisches Wirtschaftsmodell ist unter Bedingungen hochgradig vermachteter Märkte wohl nicht in der Lage, eine stagnierende Wirtschaft aus der Krise herauszuführen.



INNENPOLITIK

Rainer Diehl: Notwendiger Schlußstrich – Zur Gründung der „Liberalen Demokraten“

Als die weit über 1000 Linksliberalen, die sich am 28. November in der Gesamtschule Bochum zur Gründung einer neuen liberalen Partei zusammengefunden hatten, zur Namensgebung schritten, kamen zum Schrecken der Versammlungsleitung gleich 18 Namensvorschläge auf den Tisch. Doch das drohende Chaos wurde vom Präsidium mit einer Gelassenheit umgangen, die nur aus langjähriger Parteiroutine herrühren kann. Nachdem zunächst über jeden einzelnen Vorschlag ein Meinungsbild hergestellt worden war („sehr gut? – eher schlecht?“), kristallisierte sich schließlich eine deutliche Mehrheit für die „Liberalen Demokraten“ heraus.

So uneins man sich auch über den Namen der Partei sein mochte, die da aus der Taufe gehoben wurde, so war die Flut der Namensvorschläge doch ein unverkennbares Indiz dafür, daß man unter keinen Umständen auf einen eigenen parteipolitischen und organisatorischen Rahmen verzichten wollte. Wundern konnte sich über den Gründungsbeschluß von Bochum niemand mehr. Er lag in der Logik des Prozesses, der mit den Linksliberalen-Kongressen von Köln und Norderstedt eingeleitet wurde und mit den Ergebnissen des Berliner FDP-Parteitag eine „Wende“ ins Unvermeidliche genommen hatte.

Die Funktion der Linksliberalen in der FDP – so schrieb es die Jungdemokraten schon 1971 in ihr „Leverkusener Manifest“ – bestand im Vordenken, im Hineintragen von progressiven Ansätzen in eine FDP, die sich nach zwei Jahrzehnten unter Schmerzen endlich aus dem Bürgerblock mit der CDU/CSU herausgelöst hatte und ein „historisches Bündnis“ (Werner Maihofer) mit der Sozialdemokratie eingegangen war.

Doch die Absetzbewegungen der Genscher und Lambsdorff, spätestens seit der Bundestagswahl 1980 und verstärkt seit jenem unseligen „Wende“-Brief Genschers vom August 1981, ließen die Linksliberalen vollends in die Defensive innerhalb der eigenen

Partei geraten, mit ihnen auch die Sozialliberalen, die sich treu an Geist und Buchstabe der Koalitionsvereinbarungen mit der SPD halten wollten. Und seit dem Lambsdorff-Papier gilt auch die alte Faustregel nicht mehr, daß die Linken in der FDP die Programme schreiben, die Rechten aber die Politik machen – die Rechten machen inzwischen beides.

Jene schlichte Analyse, die der „Spiegel“ 1969 über die Kräfteverhältnisse innerhalb der FDP anstellte, hat im Grunde bis noch vor wenigen Wochen gegolten: ein Drittel Rechte, ein Drittel für die Parteiführung, ein Drittel Linke. Die Gleichschaltung der beiden ersten Drittel auf dem Berliner Parteitag hat dieses immer schon labile Kräftegleichgewicht endgültig zerstört und die nun völlig in die Isolation geratene Linke vor die Entscheidung gestellt, sich entweder von der FDP zu trennen oder in ihr die Rolle des Hofnarren zu übernehmen.

Eine reale Chance, selbst Mehrheit zu werden, hatte die linke Minderheit in der FDP nie gehabt. Deshalb stellte die Definition ihrer progressiven Funktion innerhalb der FDP als Ganzes so etwas wie ihre Daseinsberechtigung, wie die Rechtfertigung ihrer Mitgliedschaft und Mitarbeit in der FDP vor. All das ist aber jetzt hinfällig geworden. Der Bruch mit der FDP war auch in sich politisch konsequent und notwendig.

„Ein neues liberales Projekt“

Dem in Berlin zum kommissarischen Sprecher der „Liberalen Vereinigungen“ bestimmten Marburger Politikprofessor Theo Schiller war in Bochum die Aufgabe zugeteilt worden, in einer groß angelegten programmatischen Rede die Perspektiven eines erneuerten Liberalismus aufzuzeigen und die herbeigeströmten Freunde auf das einzustimmen, was schließlich, wie er sagte, einen „Einschnitt in die politische Biographie jedes einzelnen“ darstellen würde.

Es gelang ihm wohl auch zu vermitteln, daß die bevorstehende Abspaltung von der FDP ein historisch alles andere als ungewöhnlicher Vorgang sei. Die ganze Geschichte des Liberalismus seit 1866 sei eine Geschichte von Spaltungen gewesen, die zwar nicht die Überlebensfähigkeit jeder einzelnen Partei, aber doch die Unzerstörbarkeit der „liberalen Idee“ bewiesen habe.

An zehn Aufgabenfeldern versuchte Schiller deutlich zu machen, worauf sich „ein neues liberales Projekt“ programmatisch gründen könne und müsse. Neben den fast schon klassischen liberalen Themen (Freiheit des Individuums gegenüber dem Staat, Bürgerrecht auf Bildung, Gleichberechtigung der Ge-

schlechter, Freiheit der Minderheiten, Partizipationsmöglichkeiten in der Demokratie) nannte Schiller weitere Arbeitsfelder, die von den Linksliberalen im wesentlichen schon in den 70er Jahren eingehend diskutiert und mit zum Teil konkreten politischen Zielbeschreibungen versehen worden sind: die Kontrolle wirtschaftlicher Machtzusammenballungen durch Mitbestimmung und gesetzliche Reformen, den Umweltschutz, die Sicherung des Sozialstaates, den Abbau der vielfältigen Abhängigkeiten des einzelnen von bürokratischen „Institutionen und fixierten Strukturen“ und den Rückgriff auf die weitgehend verschütteten Traditionen liberaler Friedenspolitik.

Nur in diesem letzten Punkt sieht Schiller noch einen größeren Vorrat von Gemeinsamkeiten „auch mit der jetzigen FDP“. In sozialpolitischen Fragen hingegen nannte er – unter ausdrücklicher Ablehnung des Lambsdorff-Papiers („Sackbahnhof Manchester“) – die Sozialdemokraten als „traditionellen Bündnispartner“, während er in Sachen Umweltschutz nur von einer „Zusammenarbeit mit den Grünen“ sprach.

Diskutiert wurde über Schillers mit anhaltendem Beifall bedachtes Referat eigentlich nicht. Man war sich im Grunde einig, daß so wie von Schiller beschrieben das politisch-programmatische Profil der neuen Partei auszusehen habe. Vorprogrammiert wurde damit aber auch eine – allerdings harmlose – Variante der Flügelbildung: Verfechter einer eher radikal-demokratischen Politik stehen Vertretern eines betont sozialliberalen Kurses gegenüber – jedoch nicht feindselig, sondern, wie es den Anschein hatte, in einem durchaus kooperativen Verhältnis zueinander.

Im übrigen schienen sich alle einig zu sein, daß man auf den zurückliegenden drei Kongressen schon genug programmatisch diskutiert hatte. Jetzt sollten Nägel mit Köpfen gemacht, die definitive Gründung einer neuen Partei eingeleitet werden. Daß die Programmdebatte im Grunde ausgeklammert wurde, stieß denn auch auf so gut wie keinen Widerspruch. Die nach Bochum gekommen waren, wollten so oder so einen Schlußstrich unter das Kapitel FDP ziehen.

Vorfeldorganisation „Liberaler Vereinigungen“?

Wichtigstes Rekrutierungsreservoir der neuen Partei sind nach wie vor jene „Liberalen Vereinigungen“, die bereits lange vor dem Bonner Koalitionsbruch allerorten gegründet wurden und sich eines beachtlichen Zulaufs erfreuen konnten. So schmucklos der Name „Liberaler Vereinigung“ auch sein mag,

so traditionsreich ist er übrigens auch: So nannte sich die Gruppe der 28 Abgeordneten, die im August 1880 mit der ins konservativ-protektionistische Fahrwasser abgedrifteten Nationalliberalen Partei brachen.

Die heutigen „Liberalen Vereinigungen“ hatten – bis zur Parteigründung in Bochum – eine doppelte Funktion: Erstens sollten sie ein Forum der Diskussion und der Aktion für die innerparteiliche Opposition der FDP bieten. Zweitens sollten sie ein Aufgabebereich für all jene bilden, die die FDP aus Enttäuschung über den Genscher/Lambsdorff-Kurs verließen und sich in alle Windrichtungen zu verlieren drohten.

Tatsächlich ist es den Initiatoren gelungen, den größten Teil derjenigen ausgetretenen Linkliberalen, die überhaupt noch politisch organisierbar sind, zu sammeln und in den Diskussions- und Willensbildungsprozess zur Gründung einer neuen Partei einzubinden. Darüber, daß die „Liberalen Vereinigungen“ (LV) auch nach den Entscheidungen von Bochum erhalten werden sollten, waren sich im Grunde alle einig. MdB Friedrich Hölscher: „Es ist existentiell notwendig für die Zukunft der Liberalen, daß Liberale Vereinigungen als Diskussionsforum, Informationsbörse und Sammelbecken erhalten bleiben.“

Strittig war allerdings, in welcher Form und mit welcher Aufgabensetzung dies zu geschehen habe. Helga Schuchardt etwa plädierte engagiert dafür, die LV in „liberale Vorfeldorganisationen“ zu verwandeln, während der ehemalige Judo-Vorsitzende Hanspeter Knirsch prinzipielle Bedenken gegen ein solches Konzept liberaler Vorfeldarbeit erhob. Wieder andere wollten aus den LV eine politische Stiftung, ähnlich denen der vier Bundestagsparteien, hervorgehen lassen.

Wenn schließlich Helga Schuchardt bei nur einer Gegenstimme zur Bundesvorsitzenden der „Liberalen Vereinigungen“ gewählt wurde, bedeutet dies freilich noch nicht, daß sich ihr Vorfeld-Konzept gänzlich durchgesetzt hätte. Bereits jetzt zeichnet sich jedoch ein Konflikt innerhalb der FDP um die Mitgliedschaft der zahlreichen in der FDP gebildeten linksliberalen Mitglieder der LV ab. Jürgen Koppelin, Landesschatzmeister der schleswig-holsteinischen FDP, ließ sich, wenn auch mit vielen Gegenstimmen, zum LV-Bundesschatzmeister wählen. Wolfgang Lüder, der zwar bei der Wahl zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden unterlag, aber weiterhin in den LV an verantwortlicher Stelle mitarbeiten will, gehört ebenfalls noch der FDP an, deren Berliner Parteitag Anfang November er präsiert hatte.

In den Reihen der FDP werden die überparteilichen LV verständlicherweise als trojanisches Pferd der Linkliberalen betrachtet, und entsprechend blindwütig fielen auch die ersten Reaktionen des FDP-Bundesvorstands aus. Auf mittlere Sicht wird die FDP-Führung sicherlich einen radikalen Trennungsstrich zu den LV ziehen, denn die LV werden sich, unabhängig von dem subjektiven Willen ihrer einzelnen Mitglieder, über kurz oder lang zu einer Art Transmissionsriemen oder Durchlauferhitzer für die Liberalen Demokraten weiterentwickeln. In der Tat dürften sich gerade FDP-Mitglieder, die erfahrungsgemäß sehr sensibel auf den selbstherrlichen Stil ihrer Parteiführung reagieren, als überaus anfällig für die Verlockungen erweisen, die von einer für Liberale so attraktiven Organisation wie den LV ausgehen.

Der statt Wolfgang Lüder zum stellvertretenden LV-Vorsitzenden gewählte Dr. Hans-H. Wilhelm, langjähriges Mitglied des Bonner FDP-Vorstands, hat inzwischen – nach massivem Druck aus der FDP – die Partei verlassen und sich endgültig für die Liberalen Demokraten entschieden: „Nach den ausgetretenen/ausgestoßenen Mitgliedern werden es bald viele Bürger spüren: Hüter und Motor der Liberalität müssen und werden andere sein. Glaubwürdig, standfest und unbestechlich. Ich setze jetzt auf die Liberalen Demokraten.“

Wahlbeteiligung unwahrscheinlich

Offensichtlich zu weit hatte sich Judo-Chef Werner Lutz am Vortage auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Jungdemokraten vorgewagt, als er seine Argumente für eine Wahlbeteiligung am 6. März 1983 ins Feld führte.

- ▷ Man müsse die Gelegenheit ergreifen, sich als neue politische Kraft darzustellen und dazu beizutragen, der FDP den Garau zu machen.
- ▷ Der Wahlkampf bewirke eine gerade in der Aufbauphase wichtige Mobilisierung für die neue Partei.
- ▷ Die zu erwartende Wahlkampfkostenerstattung könne für den weiteren organisatorischen Ausbau der Partei verwandt werden.

Doch die Jungdemokraten lehnten eine so frühzeitige Wahlbeteiligung sogar per Beschluß ausdrücklich ab. In der Diskussion, die bis in die Gründungsveranstaltung am nächsten Tag fortgesetzt wurde, wurden Lutz und seinen Freunden gewichtige Gegenargumente präsentiert, die sich allesamt auf die zweifelloso berechnete Befürchtung gründeten, daß die neue Partei nach menschlichem Ermessen keine Chance

habe, die 5%-Hürde zu überspringen. Die Folge einer solchen Wahlniederlage, in die man sehenden Auges hineinrenne, sei möglicherweise eine allen anfänglichen Elan lähmende Demoralisierung der gerade erst gewonnenen Mitglieder, die dauerhafte Befestigung einer CDU/CSU-Herrschaft infolge der Zersplitterung des linksbürgerlichen Protetspotentials und die moralische Diskreditierung, die dann eintrete, wenn man obendrein noch die staatliche Wahlkampfkostenerstattung einstreiche.

Vor allem der ehemalige Judo-Chef Theo Schiller warnte eindringlich davor, „sozusagen Hals über Kopf in einen Wahlkampf hineinzustürmen“. Auch der aus der FDP ausgetretene Bundestagsabgeordnete Friedrich Hölscher riet von einer Wahlbeteiligung ab, und seine Kollegin Helga Schuchardt hat sich ohnehin bereits der Sozialdemokratischen Wählerinitiative in Hamburg angeschlossen, weil nach ihrer Ansicht gegenwärtig nur durch Stärkung der SPD ein CDU-Staat verhindert werden kann.

Skeptisch äußerte sich nach Abschluß der Gründungsveranstaltung selbst der neue Parteichef Uli Krüger, ob es überhaupt gelingen werde, bis Anfang Januar die notwendigen organisatorischen Vorbereitungsmaßnahmen erfolgreich durchzuführen, zumal erst noch überall Landesverbände zu gründen sind. Zumindest im Blick auf Bayern räumt er dabei ohne Umschweife große Schwierigkeiten ein. Listenverbindungen mit anderen Parteien möchte er auf keinen Fall anstreben, weil unter allen Umständen der Eindruck vermieden werden müsse, man wolle sich „durch Tricks in Parlamente hineinschleichen“. Auf dem Hintergrund der in Bochum geführten Diskussion wäre es allerdings eine Überraschung, wenn sich die Liberalen Demokraten auf ihrem Parteitag im Januar doch noch zu einer Kandidatur entschließen sollten.

Zu politischer Abstinenz wären sie damit keineswegs gezwungen, denn der Verzicht auf eine eigenständige Kandidatur schließt ja eine Beteiligung am Wahlkampf als solchem noch nicht aus. Überdies haben die Linksliberalen die FDP auch nicht verlassen, um nun deren Untergang ebenso teilnahms- wie leidenschaftslos von einer gleichsam neutralen Position aus zu beobachten. Den „politischen Falschmünzern“ (W. Lutz) Genscher und Zimmermann möchten sie schon das Handwerk legen oder wenigstens dabei tatkräftig mitwirken. In diesem Falle kämen die Liberalen Demokraten aber zumindest um eine negative Wahlempfehlung gegen CDU/CSU/FDP nicht herum. Zu einer positiven Wahlempfehlung zugunsten einer bestimmten Partei, etwa der SPD,

dürften sich die Liberalen Demokraten nur schwerlich durchbringen können, weil sie die damit unvermeidlich verbundenen innerparteilichen Belastungen, ausgerechnet zum jetzigen Zeitpunkt, kaum ohne Not auf sich nehmen möchten.

Verstimmung über die SPD

Ganz so ungetrübt ist das Verhältnis der Linksliberalen zur SPD indes nicht mehr. Nicht so sehr der spektakuläre Übertritt von Ingrid Matthäus, Günter Verheugen und Andreas von Schoeler zur SPD als vielmehr dessen Begleitumstände haben nicht geringe Verstimmung, ja Verärgerung hervorgerufen. Werner Lutz sprach vom „fliegenden Wechsel vom FDP-Mandat zum SPD-Mandat“ und warnte: „Die Politik der SPD, möglichst viel FDP-Prominenz einzusammeln, ist kurzsichtig und strategisch katastrophal.“ Hanspeter Knirsch verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß es sich um eine „gezielte Abwerbung einzelner Linksliberaler“ sowie um eine „gezielte SPD-Kampagne zur Verhinderung der Gründung einer linksliberalen Partei“ handle. Allein schon für ihre Mitteilung, daß sie kein Bundestagsmandat der SPD anstrebe, erntete Helga Schuchardt demonstrativ starken Beifall, während die ebenfalls in Bochum anwesende Ingrid Matthäus mit Buhrufen begrüßt wurde.

Theo Schiller blieb es vorbehalten, die Wogen der Entrüstung etwas zu glätten und die drei Dissidenten in Schutz zu nehmen: „Wir müssen anerkennen, daß jeder schwer um eine Entscheidung gerungen hat, und daß nicht beliebig viel Zeit für eine Entscheidung zur Verfügung stand. Jeder wird auch einräumen, daß sie eine legitime Entscheidung getroffen haben. Niemand hat ein Mandat unter Verfälschung des Wählerwillens in ein anderes politisches Lager verbracht.“ Gleichwohl halte auch er die Entscheidung der drei für politisch falsch.

Die eigentliche Ursache des menschlich verständlichen Unmuts über den Parteiewechsel dieser prominenten Genscher-Kritiker sind jedoch wohl eher enttäuschte Hoffnungen, die sich mittlerweile als unrealistisch erwiesen haben: die Hoffnungen, daß eine „große Parteigründungslösung“ mit vielen bekannten Namen an der Spitze, die sich aus einem dramatischen parlamentarischen Konflikt heraus entwickeln sollte, möglich sei. Sie war nicht möglich, auch nicht – und dies wollen viele Linksliberale nicht sehen –, wenn die drei vielgescholtenen Abtrünnigen sich anders entschieden hätten. Gerade der konsequenteste Teil der Linksliberalen müßte sich fragen, ob er nicht selbst unfreiwillig dazu bei-

getragen hat, daß die „große Lösung“ nicht möglich wurde: Die Sollbruchstelle innerhalb der FDP wurde eben nicht dort eingefellt, wo sie möglicherweise erfolgreich hätte eingefellt werden können. Die Jungdemokraten etwa waren mit maximalistischen Forderungen in den Berliner Parteitag gegangen, von denen sie wußten, daß eine Hildegard Hamm-Brücher oder ein Gerhart Baum sie sich nie zu eigen machen würden oder könnten. Andererseits wollten sie, in der Gewißheit zu unterliegen, wenigstens mit wehendem Banner untergehen. Zudem ist es ein offenes Geheimnis, daß Gerhart Baum bei seiner Wahl zu einem der stellvertretenden FDP-Vorsitzenden auch

linke Stimmen verweigert wurden, weil nicht wahr werden sollte, was nicht wahr werden durfte; daß in der FDP „Alibi-Linke“ vorerst noch geduldet werden, um einen Massen-Exodus aus der Partei zu verhindern.

Die Fähigkeit zur Selbstkritik, auf die die Linkliberalen sonst so stolz sind, will sich an diesem Punkt nicht recht bewelsen. Bequem mag die Legende von der bösen SPD, die einem die Zuggpferde abgeworben hat, wohl sein, zumal sie dereinst als wohlfeile Entschuldigung für die eigene Erfolglosigkeit herhalten kann. Einen Gefallen tun sich die Linkliberalen damit freilich nicht.

Alfred Emmerlich: Die Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden

Alfred Emmerlich, Jahrgang 1928, von Haus aus Richter, seit 1972 im Bundestag, hält eine Grundsatzdiskussion in der SPD über Nachrichtendienste, insbesondere den Verfassungsschutz, für erforderlich und möchte sie mit diesem Beitrag und dem in NG 10/82 abgedruckten in Gang bringen.

Die Aufgaben des Verfassungsschutzes bei der Spionageabwehr sind in § 3 Abs. 1 Ziff. 2 BVerfSchutzG beschrieben: Der Verfassungsschutz hat Auskünfte, Nachrichten und sonstige Unterlagen zu sammeln und auszuwerten über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht.

Es ist unstrittig und die Praxis wohl aller Staaten, daß der Spionage zu Gunsten fremder Staaten schon im Vorfeld der Strafverfolgung durch Behörden entgegengetreten werden muß, die einerseits mit den Methoden fremder Spionagedienste hinlänglich vertraut sind und andererseits selber über geeignete Aufklärungsmöglichkeiten verfügen. Einwände gegen die Formulierung des Auftrags des Verfassungsschutzes zur Spionageabwehr sind, soweit ersichtlich, bisher nicht erhoben worden. Sie werden auch hier nicht geltend gemacht.

Nach § 3 Abs. 1 Ziff. 3 BVerfSchutzG obliegt dem Verfassungsschutz die Sammlung und Auswertung

von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über innerhalb der Bundesrepublik Deutschland wirksam werdende Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt und darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Dieser Auftrag ist dem Verfassungsschutz erst durch das 31. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 28. Mai 1972 (BGBl I S. 1305) und durch das Verfassungsschutzänderungsgesetz vom 7. August 1972 (BGBl I S. 1382) erteilt worden. Die Mehrheit des federführenden Rechtsausschusses hatte eine derartige Auftragerweiterung für den Verfassungsschutz als zu weitgehend angesehen: Politischen Bestrebungen, durch die auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährdet würden, solle nicht mit den Mitteln der Verfassungsschutzbehörden entgegengetreten werden. Gerechtfertigt erscheine der Einsatz des Verfassungsschutzes erst dann, wenn die auswärtige Sicherheit der Bundesrepublik gefährdet werde.

Die Minderheit des Rechtsausschusses hatte darauf hingewiesen, daß politische Extremisten unter den Ausländern und militante Ausländergruppen mit ihren gegen den Bestand oder die Verfassungsordnung anderer Staaten gerichteten Bestrebungen auswärtige Belange der Bundesrepublik schwerwiegend gefährden könnten, ohne damit schon die äußere Sicherheit der Bundesrepublik zu beeinträchtigen. Die Gefährdung auswärtiger Belange sei vielfach die Vorstufe einer Gefährdung der Sicherheit der Bundesrepublik.

Das Bundestagsplenum ist in 2. und 3. Lesung der

Minderheit des Rechtsausschusses gefolgt. Dement-sprechend ist durch das Verfassungsschutzänderungs-gesetz vom 7. August 1972 § 3 Abs. 1 Ziff. 3 in das BVerfSchutzG eingefügt worden.

In seinem Bericht an das Plenum hatte der feder-führende Innenausschuß auf die Zunahme politisch motivierter Straftaten und sonstiger auf die Anwen-dung von Gewalt zielender Betätigungen militanter Ausländer hingewiesen und darauf, daß die Polizei diese erst dann beobachte, wenn sie auf die Bege-hung bestimmter Straftaten hinzielten. Mit den Mit-teln der Polizei und der Strafverfolgungsbehörden sei es kaum möglich, diese Bestrebungen in einem so frühen Stadium zu erkennen, daß ihnen noch recht-zeitig begegnet werden könne. Daraus hatte der Innenausschuß gefolgert, daß eine „auch nur einiger-maßen erfolgreiche Beobachtung“ derartiger Bestre-bungen erfahrungsgemäß nur mit nachrichtendienst-lichen Mitteln möglich sei.

Es kann nicht daran vorbei gesehen werden, daß mit der Zunahme der ausländischen Wohnbevölke-rung in der Bundesrepublik Deutschland die Bildung von extremistischen und terroristischen Gruppierungen einbergegangen ist. Von ihnen sind nicht nur Gewalttaten in ihren Heimatstaaten vorbereitet, ge-plant, unterstützt und durchgeführt worden, sondern auch innerhalb des Bundesgebietes. Zusätzlich ist es zur gewaltsamen Störung von Kundgebungen und Versammlungen politischer Gegner gekommen und dazu, daß fremde Nachrichtendienste die politischen Aktivitäten der Ausländergruppen und hier lebende Ausländer überwacht haben. Angesichts dieser Entwicklung, die sich seit 1972 verschärft hat, kann die Notwendigkeit nachrichtendienstlicher Beobach-tungen derartiger Aktivitäten nicht ernstlich in Zwei-fel gezogen werden.

Ob es richtig war, im Grundgesetz und im Verfas-sungsschutzgesetz an die Gefährdung auswärtiger Be-lange der Bundesrepublik Deutschland anzuknüpfen oder entsprechend dem Mehrheitsvotum des Rechts-ausschusses an die Gefährdung der inneren und äußeren Sicherheit der Bundesrepublik, erscheint demgegenüber sekundär, zumal der zugegeben vage Begriff „auswärtige Belange“ hinreichend dadurch eingegrenzt wird, daß die Gefährdung dieser auswärtigen Belange durch Gewalt und darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen erfolgen muß, um eine Zuständigkeit des Verfassungsschutzes zu begrün-den.

Nach § 3 Abs. 1 Ziff. 1 VerfSchutzG obliegt dem BfV die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über

Bestrebungen, die gegen die freiheitlich-demokrati-sche Grundordnung gerichtet sind.

Die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist nicht identisch mit der Verfassung. Nach der Recht-sprechung des Bundesverfassungsgerichts besteht sie aus den für eine freiheitliche Demokratie konstituti-ven Verfassungsgrundsätzen. Diese sind in § 92 Abs. 2 StGB aufgeführt.

Der Beobachtungsauftrag nach § 3 Abs. 1 Ziff. 1 VerfSchutzG richtet sich gegen politische Parteien und Vereinigungen. Ihre Gründung muß in einer freiheitlichen Demokratie frei sein. Ihre Tätigkeit muß frei bleiben von jeder staatlichen Einflußnah-me. Die Freiheit der politischen Betätigung läßt auch eine Überwachung und Beobachtung der politischen Parteien und Vereinigungen grundsätzlich nicht zu.

Zusätzlich sind noch folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen: Der Verfassungsschutz beobachtet nicht nur Bestrebungen, die sich nach seinem Urteil erwiesenermaßen gegen die freiheitlich-demokrati-sche Grundordnung richten, sondern auch solche, bei denen aus seiner Sicht nur ein wie auch immer gearteter Verdacht besteht.

Die Beobachtung einer Organisation durch den Verfassungsschutz, mehr noch ihre Einstufung als verfassungswidrig, ist, sofern das bekannt wird, mit gravierenden Nachteilen verbunden. Das Ansehen der Organisation wird herabgesetzt und damit ihre Attraktivität, Aktionsfähigkeit und Chancengleich-heit. Die Mitglieder der betroffenen Organisation können erhebliche Beeinträchtigungen erleiden im Beruf, in ihren gesellschaftlichen Beziehungen, ja sogar in der Familie. Das kann für sie schwerer wiegen als die Verurteilung zu einer Geld- oder Freiheits-strafe. Strafurteile können nur von unabhängigen Gerichten auf der Grundlage eines rechtsförmlichen Verfahrens verhängt werden. Gegen jeden belasten-den Verwaltungsakt kann der Bürger die Gerichte anrufen. Die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes beruhen dagegen nicht durchgängig auf gerichtsverwertbaren Beweisen. Sie und die darauf gestützten Entscheidungen des Verfassungsschutzes kommen nicht in einem rechtsförmlichen Verfahren zustande. Häufig erfährt der Betroffene nicht, daß Erkenntnisse über ihn gesammelt werden, vorliegen und – ge-stützt darauf – ihn belastende Entscheidungen erge-hen. Dann kann er sich nicht einmal wehren.

Der Verfassungsschutz entscheidet nach pflicht-gemäßem, aber eigenem Ermessen, ob eine Organi-sation sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung wendet. Rechtsschutz ist gegen diese Entscheidung des Verfassungsschutzes nicht gege-

ben. Er unterliegt dabei nur der Binnenkontrolle und der Dienstaufsicht.

Beim Sammeln von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen beschränkt sich der Verfassungsschutz keineswegs auf das passive Registrieren allgemein zugänglicher oder ihm zugeleiteter Informationen und Unterlagen; er betreibt vielmehr eine aktive und organisierte Beschaffung und zwar unter Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel.

Angesichts dieser Umstände ist der Auftrag der Verfassungsschutzbehörden zur Beobachtung verfassungswidriger Bestrebungen bedenklich global formuliert. Es muß sichergestellt werden, daß nicht jeder noch so vage Anhaltspunkt für das Vorhandensein von Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung den Beobachtungsauftrag auslöst, sondern daß dafür handfeste Gründe vorliegen müssen, etwa bestimmte, auf gerichtsverwertbare Tatsachen gestützte Verdachtsgründe.

Ferner muß gewährleistet sein, daß die Beobachtung nicht ohne Rücksicht auf die von einer Organisation ausgehende Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung erfolgt, sondern daß die Beobachtung selbst und ihre Intensität abhängig sind von der Gefahr, die von einer Bestrebungs für die freiheitlich-demokratische Grundordnung tatsächlich ausgeht. (Anwendung des Verfassungsgrundsatzes der Verhältnismäßigkeit)

In der 1950 verabschiedeten Fassung hatte § 3 VerSchutzG den Auftrag des Verfassungsschutzes beschrieben mit der Beobachtung von Bestrebungen, die eine Aufhebung, Änderung oder Störung der verfassungsmäßigen Ordnung zum Ziele haben. Die jetzige Fassung stellt insofern eine Verbesserung dar, als der Begriff „verfassungsmäßige Ordnung“ ersetzt worden ist durch „freiheitlich-demokratische Grundordnung“. Eine Verschlechterung ist dagegen darin zu sehen, daß die Vokabeln „Aufhebung“, „Änderung“ oder „Störung“ ersetzt worden sind durch „sich richten gegen“. Dieser Begriff beschreibt nicht mit der gebotenen Deutlichkeit, welche Zielrichtung eine Bestrebungs haben muß, damit der Verfassungsschutz sich einschalten darf. Er könnte ferner so interpretiert werden, als ob es auf die Intensität der verfassungswidrigen Bestrebungs und ihre Bedeutung nicht ankomme. Die jetzige Gesetzesformulierung bedarf der Präzisierung. Es sollte geprüft werden, ob diese dadurch zu erreichen ist, daß es im Gesetzestext hieße: „Bestrebungen, die die Beseitigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zum Ziele haben“.

Eine weitere Einengung des Beobachtungsauftra-

ges wäre möglich, wenn darauf abgestellt werden würde, ob die verfassungswidrigen Ziele mit Hilfe von Straftaten oder jedenfalls mit illegalen Mitteln verfolgt werden, oder dadurch, daß die Beobachtung davon abhängt, ob die verfassungswidrigen Ziele mit geheimen oder konspirativen Mitteln verwirklicht werden. Es wird nicht verkannt, daß die Gefährdung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung bei Bestrebungen, die sich „legal“ verhalten, die nicht geheim oder konspirativ vorgehen, nicht notwendigerweise geringer ist als bei solchen, die illegal oder geheim vorgehen. Andererseits wird die Notwendigkeit des Verfassungsschutzes gerade damit begründet, daß zur Verhinderung von Staatsschutzdelikten Vorfeldaufklärung mit geheimdienstlichen Mitteln erforderlich sei und daß Geheimorganisationen nur durch einen Nachrichtendienst mit Aussicht auf Erfolg begegnet werden könne. Die spezifischen Gefahren, denen mit Hilfe des Nachrichtendienstes entgegengetreten werden kann, liegen also bei den illegalen und den geheimen verfassungswidrigen Bestrebungen. Die Gefahren, die von legalen und offenkundigen verfassungswidrigen Bestrebungen ausgehen, können mit den spezifischen Mitteln von Nachrichtendiensten nicht bekämpft werden. Es wird daher für erforderlich angesehen, die hier erwogene Einengung des Auftrages des Verfassungsschutzes zu prüfen.

Unabhängig davon müssen wegen der Bedeutung der Beobachtung politischer Bestrebungen durch einen Nachrichtendienst für die politische Freiheit Konsequenzen gezogen werden, die verhindern, daß durch Veröffentlichung der Beobachtung und der dabei gewonnenen Erkenntnisse Nachteile für politische Parteien und Vereinigungen sowie ihre Mitglieder entstehen, die mit dem Grundsatz der politischen Freiheit nicht zu vereinbaren sind.

Das BfV hat nach § 3 Abs. 1 Ziff. 1 VerSchutzG ferner die Aufgabe, Bestrebungen zu beobachten, die gegen den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind. Nach § 92 StGB beeinträchtigt den Bestand der Bundesrepublik Deutschland, wer ihre Freiheit von fremder Botmäßigkeit aufhebt, ihre staatliche Einheit beseitigt oder ein zu ihr gehörendes Gebiet abtrennt.

Daß sich auch ein demokratischer Staat gegen derartige Bestrebungen mit nachrichtendienstlichen Mitteln schützen muß, steht außer Frage.

Eine Notwendigkeit, den Bestand eines Bundeslandes in gleicher Weise durch einen Beobachtungsauftrag des Verfassungsschutzes zu sichern, ist dagegen nicht zu erkennen.

Das BfV soll schließlich nach § 3 Abs. 1 Ziff. 1 VerSchutzG Bestrebungen beobachten, die gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind. Gemeint sind sowohl die äußere als auch die innere Sicherheit.

Dieser Auftrag an das BfV beruht auf dem bereits erwähnten 31. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 28. Juli 1972 und dem Verfassungsschutzänderungsgesetz vom 7. August 1972. Mit diesen beiden Gesetzen sollte eine bessere Bekämpfung extremistischer und militanter politischer Organisationen von Ausländern in der Bundesrepublik ermöglicht werden. Bei der Beratung des 31. Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes war die Mehrheit des Rechtsausschusses darüber hinaus der Auffassung, daß zu den Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden noch hinzukommen müsse der Schutz der Sicherheit des Bundes oder eines Landes. Darauf ist in der 2. und 3. Lesung die jetzige Fassung von Art. 73 Nr. 10 und Art. 87 Abs. 1 S. 2 GG beschlossen worden, die sowohl den Schutz auswärtiger Belange der Bundesrepublik umfaßt als auch ihre innere und äußere Sicherheit. Dementsprechend ist das VerSchutzG durch das Gesetz vom 7. August 1972 ergänzt worden.

Die äußere Sicherheit der Bundesrepublik ist durch den Spionageabwehrauftrag der Verfassungsschutzbehörden nach § 3 Abs. 1 Ziff. 2 BVerSchutzG hinreichend erfaßt.

Im Bericht des Innenausschusses zum Verfassungsschutzänderungsgesetz 1972 wird als Gefährdung der inneren Sicherheit eine Gefährdung des friedlichen und freien Zusammenlebens der Bewohner des Bundesgebietes, ihres Lebens, ihres Eigentums und ihrer Gesundheit gesehen, aber auch eine Gefährdung des Staates, seiner Rechtsordnung und des Funktionierens seiner Organe sowie eine Lähmung oder schwere Störung wichtiger Verkehrs- oder Versorgungseinrichtungen. Diese Ausführungen machen deutlich, daß die Ausweitung des Beobachtungsauftrags des Verfassungsschutzes auf Bestrebungen, die die innere Sicherheit berühren, untragbar

ist. Der Verfassungsschutz wäre dann letztlich zuständig für den gesamten Bereich der polizeilichen Gefahrenabwehr, für vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung weit über den strafrechtlichen Staatsschutz hinaus, ja sogar für den Rechtsgüterschutz auf Gebieten, für den aus guten Gründen bisher nur die Klage des Betroffenen vor Verwaltungs- oder Zivilgerichten zur Verfügung stehen.

Es mag sein, daß die Verfassungsschutzbehörden die Ihnen eingeräumten Kompetenzen im Bereich der inneren Sicherheit nicht ausschöpfen. Das spricht nicht für die vorgenommene Ausweitung des Auftrags der Verfassungsschutzbehörden, sondern gegen sie, weil offenbar eine Notwendigkeit zu dieser Auftragsausweitung nicht besteht. Die tatsächliche Ausfüllung des Auftrages an die Verfassungsschutzbehörden, die innere Sicherheit zu schützen, würde den Verfassungsschutz zu einem letztlich alle Lebensbereiche beobachtenden Geheimdienst machen. Ein solcher Geheimdienst wäre mit einer freiheitlichen Demokratie nicht zu vereinbaren.

Der Verfassungsschutz soll letztlich Bestrebungen beobachten, die eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben. Als solche verfassungsmäßigen Organe sind die Mitglieder der Bundes- und der Landesregierungen zu sehen, die Bundes- und Landtagsabgeordneten und wohl auch die Verfassungsrichter des Bundes und der Länder. Es ist nicht erkennbar, daß es zur Abwehr ungesetzlicher Beeinträchtigungen ihrer Amtsführung des Einsatzes des Verfassungsschutzes bedarf. Soweit solche ungesetzlichen Beeinträchtigungen relevant sind für das Funktionieren der Verfassungsorgane, sind sie mit Strafe bedroht. Der Aufklärung solcher Straftaten stehen keine besonderen Schwierigkeiten entgegen. Die erforderliche Prävention ist durch die Strafdrohung vorhanden. Zusätzlicher präventiver Wirkungen durch eine im Vorfeld der Strafverfolgung liegende Tätigkeit des Verfassungsschutzes bedarf es nicht.

Martin Winter: Die SPD, das Dilemma der Grünen

Martin Winter M. A., geb. 1948, arbeitet nach 8 Jahren Beraterstätigkeit für die Regierungen in Bonn und Düsseldorf jetzt freiberuflich als Politikwissenschaftler und Journalist.

Vor drei Jahren erst als Partei gegründet, sind die Grünen heute gefürchtete Mitbewerber bei Wahlen und nehmen eine Schlüsselstellung in der bundesdeutschen Parteienlandschaft ein. In sechs Landtagen gibt es grüne Fraktionen, und die Zahl grüner Kommunalpolitiker hat längst die Tausendermarke überschritten. Die Grünen sind in der Gunst der Wähler die drittstärkste Partei geworden und haben die FDP verdrängt. Der parlamentarische Arm der Bürgerinitiativen und Alternativbewegung ist so stark geworden, daß er sichtbar mit den Muskeln spielen kann. Während in Baden-Württemberg und Niedersachsen die Grünen noch in beschaulicher Opposition zu übermächtigen CDU-Regierungen stehen, sind sie in Hamburg politisch bedeutsam und können in Hessen entscheiden, ob regierungsfähige Mehrheiten zustande kommen oder nicht. Wenn heute irgendwer in der Republik über Koalitionen spekuliert, sind die Grünen immer ein wichtiger Faktor. Vielleicht schaffen sie sogar den Sprung in den nächsten Bundestag und werden in Bonn Zünglein an der Waage. Ihrem Ziel, die anderen Parteien zu einer Umkehr in Fragen der Ökologie und der Rüstungspolitik zu zwingen, wären sie dann ein Stück näher gekommen.

Die andere Seite der Erfolgsmedaille

Doch die Wahlerfolge haben auch eine weniger positive Seite. Schneller als von den Grünen erwartet oder erhofft sind sie zu einer maßgebenden Kraft in der bundesdeutschen Politik geworden. Darauf waren sie nicht vorbereitet, und so stecken sie jetzt in einer bösen Klemme: Verweigern sie die Übernahme politischer Verantwortung, dann werden sie über kurz oder lang wieder aus den Parlamenten verschwinden. Die grünen Wähler würden es auf Dauer wohl kaum honorieren, wenn ihre Stimmen vorsätzlich in einem Ghetto politischer Ohnmacht gehalten werden. Auch grüne Wähler wollen Taten und Erfolge sehen. Lassen die Grünen sich aber auf Koalitionen oder zumindest kontinuierliche Zusammenarbeit im Parlament mit welcher Partei auch immer ein, dann geraten sie in Gefahr, wichtige Teile ihrer Identität, vor allem aber ihres Images zu verlieren. Denn wie auch

immer: Kompromisse wird man machen müssen.

Für eine Partei, die sich fast rauschhaft in die „Fundamentalopposition“ hineingeredet hat, ist das eine schlimme Vorstellung. Vom Marmorsockel der moralischen Überlegenheit über andere Parteien herabzusteigen in das Geschäft der Tagespolitik, ist eine Übung, bei der man sich leicht das Genick brechen kann. Viele Grüne ahnen das wohl. Nur so ist zu erklären, daß die Verhandlungen in Hamburg zwischen GAL und SPD gescheitert sind. Und die geplanten Gespräche zwischen SPD und Grünen in Hessen stehen inhaltlich vor fast unüberwindlichen Problemen, nachdem die Grünen an die Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung „nicht verhandlungsfähige“ Forderungen geknüpft haben, die für die SPD kaum akzeptabel sein können. So geht es dann bei Gesprächen und Verhandlungen letztlich doch nur um die Frage, wer an ihrem Scheitern schuld ist. Politisch wird dadurch nichts bewegt, außer daß die Wähler wieder an die Urnen müssen.

So paradox es klingt, mancher Grüne wäre wahrscheinlich froh, wenn es zu großen Koalitionen käme. Dann könnte man einerseits die grüne Unschuld bewahren und andererseits noch besser mit dem Finger der Moral und des typisch deutschen, kleinstädtischen Idealismus auf die korrupten „Altparteien“ zeigen. Dahinter steckt eine große Portion Naivität, Unentschlossenheit und Heuchelei. Dahinter stecken aber auch Krisengewinnler vom Schlage Rudolf Bahros, die am liebsten fünf Millionen Arbeitslose hätten, um auf den Trümmern des zusammenbrechenden Systems eine andere Gesellschaft aufbauen zu können. Diese historisch nicht besonders originelle Verelendungstheorie ist zutiefst menschen- und demokratieverachtend. Daß sie sich in verdächtiger Nähe der Sonthofen-Strategie von Franz Josef Strauß bewegt, sollte die grünen Anhänger nachdenklich machen.

In der Koalitionsfrage sind die Grünen unentschlossen

Die Diskussion um das Für und Wider von Zusammenarbeit, Tolerierung oder gar Koalition ist im vollen Gange. Sie war das beherrschende Thema auf dem Bundesparteitag der Grünen vor einigen Wochen in Hagen. Die Debatte war heftig, streckenweise sogar von persönlichen Auseinandersetzungen begleitet, aber zu einem klaren Ergebnis fand man nicht. Die oft gegensätzlichen Positionen wurden nur noch deutlicher. Die Gruppe der radikalen Ökologen ist weitgehend kompromißunfähig und kompromißunwillig. Schrittweise Reformarbeit ist ihre Sache nicht. Kompromißüberlegungen werden von vornher-

ein als Verrat an der grünen Sache denunziert.

Auf der anderen Seite stehen die Pragmatiker, die bereit sind, den Reformweg Schritt für Schritt zu gehen, und die wissen, daß sie diesen Weg nur dann erfolgreich gehen können, wenn sie zur Übernahme politischer Verantwortung und zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien bereit sind. Diese Position bedeutet allerdings Abschied von manch hehren Vorstellungen, wie zum Beispiel denen der Fundamentalopposition. Soweit sind die Grünen insgesamt aber noch nicht. Das käme zu schnell. Vor drei Jahren gegen alle anderen angetreten und morgen schon ins Koalitionsbett? Wohl kaum!

Doch so sehr sich viele Grüne auch gegen die Entwicklung sperren, der Wähler zwingt sie, Farbe zu bekennen und zu handeln. Die Diskussionen in Hagen blieben ohne Ergebnis, aber zwei Erkenntnisse fielen doch ab:

- Wenn überhaupt, dann können sich die Grünen eine Zusammenarbeit nur mit der SPD vorstellen.
- Die SPD ist Trauma der Grünen und ihr strategisches Dilemma zugleich.

Die Grünen pendeln zwischen zwei Polen. Auf der einen Seite gibt es eine ganze Menge inhaltlicher Berührungspunkte zwischen Grünen und Sozialdemokraten. Wenn Grüne in den Parlamenten von ihren Vorstellungen überhaupt etwas durchsetzen wollen, dann werden sie das nur mit der SPD können. So gesehen gibt es gute Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit. Andererseits leben die Grünen in ihren Wahlerfolgen sehr stark von ihrer kompromißlosen Kritik an der SPD. Durch Zusammenarbeit mit ihr könnten sie ihr Protestwählerpotential abschrecken oder gar zurück unter die Fahnen der SPD treiben. Wie auch immer, das kann existenzbedrohend für die Grünen werden, insbesondere dann, wenn die SPD ökosensibler wird. Das zeigt das dritte Problem der Grünen in diesem Zusammenhang. Sie haben eine panikartige Angst vor einer tödlichen Umarmung durch die SPD. Die Erinnerung an das Integrationsschicksal der Studentenbewegung geistert durch alle grünen Diskussionen über die SPD.

Die Bindung der Grünen an die SPD ist größer als es scheint

Das zentrale politische und strategische Problem der Grünen ist ihr historisches und inhaltliches Verhältnis zur Sozialdemokratie. Die Grünen sind als Bewegung und als Partei eine Reaktion auf gesellschaftliche Fehlentwicklungen und unbeantwortete Zukunftsfragen, vor allem im Bereich der Ökologie. Aber die Grünen sind genauso ein Produkt sozialde-

mokratischer Versäumnisse und Fehler. Als der gesellschaftliche Reformaufbruch, inhaltlich und personell durch die SPD verkörpert, Mitte der siebziger Jahre immer mühseliger vorankam, sich Rückschläge und Enttäuschungen häuften, da wandte sich manch einer von der SPD ab. Es entstanden neue Bewegungen, bewußte Alternativen zu der klassischen Parteienstruktur und zum herkömmlichen Politikverständnis. Alternativgruppen, Bürgerinitiativen und Selbsthilfen wuchsen in dem Maße, in dem die SPD nicht mehr in der Lage war, Reformervwartungen zu erfüllen und neue gesellschaftliche Impulse aufzunehmen.

Die neuen Bewegungen probierten neue Wege; die direkte Aktion, der außerparlamentarische Kampf, das modellhafte Leben wurden zu wichtigen, gesellschaftsbeeinflussenden Instrumenten. Die Bewegungen waren erfolgreich: Atomkraftwerke werden nicht mehr widerspruchlos hingenommen, die Kahlschlag-sanierung hat in den meisten Städten aufgehört und der Umweltschutz wird endlich ernst genommen. Ohne die Friedensbewegung fielen es den Militärstrategen leichter, die ganze Bundesrepublik zu einem gigantischen Atomwaffenlager zu machen. Die meisten Erfolge konnten nur mit Druck durchgesetzt werden. Die Erfahrung, daß sich in den Parteien und in der Politik erst dann etwas bewegt, wenn man zu ungewöhnlichen Mitteln greift, ja, wenn Steine fliegen, diese bittere Erfahrung hat die neuen „sozialen Bewegungen“ geprägt. Diese bitteren Erfahrungen wurden auch mit der SPD gemacht. Dem Ende der Reformpolitik in der Regierung entsprach ein deutliches Nachlassen der Reformdebatte in der SPD. Für die Reibungslosigkeit der Regierungsgeschäfte war das gewiß von Nutzen. Die SPD allerdings führte das in eine wachsende Distanz zu den kritischen und engagierten Reformkräften. Bei Wahlen gaben diese meist noch der SPD ihre Stimme, nicht weil sie auf eine bessere Politik vertrauten, sondern weil sie das Schlimmste, eine Herrschaft von F. J. Strauß, verhindern wollten. Doch nach 1976 war die Gründung einer neuen Partei, einer Alternative für die enttäuschten SPD-Wähler und die heimatlosen Naturschützer, nicht mehr aufzuhalten. Denn selbst das Argument vom „kleineren Übel SPD“ verlor an Überzeugungskraft. Die Wahlergebnisse in Ländern und Gemeinden sprechen eine deutliche Sprache.

Nur bei der Bundestagswahl 1980 zwang F. J. Strauß noch einmal einen großen Teil der grünen Wähler zu einer Entscheidung für die SPD. Aber das reichte nicht aus, um auf Dauer gute Politik zu machen. Im deutschen Herbst 1982 haben sich die poli-

tischen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik grundlegend verändert. Die Machtübernahme durch das konservative Bürgertum wird allerdings nicht automatisch zu einer Rückwanderung der Grün-Wähler zur SPD führen. Den Grünen ist es nämlich durch spektakuläre Wahlerfolge gelungen, trotz chaotischer innerparteilicher Verhältnisse bei ihren Anhängern und Wählern die Überzeugung zu schaffen, daß eine grüne Stimme keine verlorene Stimme ist – die fünf Prozent scheinen allemal sicher. So bleiben die Grünen vorerst eine Wahlalternative zur SPD.

Aber frei von der SPD sind die Grünen nicht. Haßtiraden auf die SPD, wie sie in Hagen zu hören waren, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß das grüne Wählerpotential aus dem großen Wählerpotential der Reformpartei SPD stammt. Diese Wähler setzen Erwartungen in die Grünen, die die SPD bisher nicht erfüllen konnte oder wollte. Aber das heißt noch lange nicht, daß diese Wähler sich grundsätzlich von der Sozialdemokratie als geistiger und politischer Bewegung abgewandt hätten. Im Gegenteil: Über siebzig Prozent der grünen Wähler wollen, daß die Grünen mit der SPD zusammenarbeiten und Koalitionen schließen. An dieser Tatsache können die Grünen nicht vorbei, wollen sie nicht den Sturz in die Bedeutungslosigkeit riskieren. Die Grünen sind eben in ihrer Entstehung und in ihrer aktuellen politischen Legitimation als Partei eng an Programm und Tagespolitik der SPD gebunden. Die Träume mancher Grüner, daß ihre Partei eine auf Dauer angelegte, eigenständige und von allen anderen Parteien gleich weit entfernte politische Kraft sei, diese Träume gehen an der Wirklichkeit vorbei. Die Grünen schöpfen wie die SPD aus dem Reservoir der kritischen, aufgeklärten Wähler, die an eine schrittweise Veränderung der Gesellschaft durch Reformen glauben.

Die konservative Wende wird ihre Spuren im Reformlager hinterlassen. Über die Verteilung der politischen Gewichte innerhalb dieses Lagers entscheidet bei den kommunalen Wahlen die Entwicklung der konservativen Bürgerblock-Politik. Schon heute zeichnet sich ab, daß die „Wende“ keine konservative Fortsetzung der Politik von Helmut Schmidt, sondern tatsächlich ein qualitativer Bruch in der bundesdeutschen Politik ist. Das gilt für alle Politikfelder, auch für die Friedens- und Abrüstungspolitik. Und das gilt auch für das politische und kulturelle Klima. Die Wende in Bonn hat die Kampfbedingungen des Reformlagers entscheidend verändert. Verließ die Kampflinie bis zum 1. Oktober zwischen den radika-

len Reformern bei den Grünen und Alternativen einerseits und einer reformzögerlichen SPD andererseits, so steht das Reformlager insgesamt heute einer Regierungsmehrheit gegenüber, die die Reformpolitik nicht nur stoppen, sondern auch systematisch zurückdrehen will.

Unter diesen Bedingungen wachsen die Chancen, daß das kritische Potential sich wieder stärker an der sozialdemokratischen Opposition orientiert. Das wird in dem Maße zunehmen, wie durch die Politik der konservativen Regierung deutlich wird, daß es – entgegen der Vermutung vieler junger Linker und Ökologen – zwischen SPD und CDU/CSU sehr wohl grundlegende Unterschiede gibt. Sicher, das ist kein naturwüchsiger Prozeß. Die SPD wird zeigen müssen, ob sie den Reformkräften, auch den Radikalen, wieder eine feste Plattform bieten kann. Das Godesberger Programm und die – trotz Regierungsverantwortung – in den letzten Jahren geführten Ansätze einer Reformdiskussion innerhalb der SPD können dafür ein zuverlässiges Fundament sein.

Die Grünen haben die Veränderung der Rahmenbedingungen noch nicht begriffen. Auf ihrem Parteitag in Hagen spielte der Machtwechsel in Bonn keine Rolle. Die Fixierung auf den Gegner SPD, dem man in Haßliebe zugetan ist, ist noch zu groß. Das mag seinen Grund in der politischen Biographie vieler Grüner haben. Aber gewiß ahnen sie auch, daß ihre Überlebenschancen ohne das Feindbild SPD geringer würden.

Thematische Nähe von Grünen und Sozialdemokraten

Die Grünen nehmen für sich in Anspruch, in grundsätzlichen Fragen andere Positionen zu haben als die SPD und schon allein deswegen in deutlicher Distanz zur Sozialdemokratie zu stehen, also unverwechselbar zu sein. Oberflächlich betrachtet stimmt das. Die Grünen stellen die Frage nach Sinn und Richtung des Wachstums, nach dem Schutz der natürlichen Umwelt und der Abrüstung aller Waffen in kompromißloser Radikalität. Die SPD rechnen sie zu den Wachstumsparteien, die Schuld an der Zerstörung der Umwelt und der Gefährdung der Menschheit hätten. Mit diesem pauschalen Urteil haben die Grünen sich verrannt. Es ist unstreitbar ihr Verdienst, eine der zentralen Fragen der Gegenwart, die Ökologie, in die politische Arena geworfen zu haben, während die anderen Parteien, auch die SPD, schließen. Die öffentliche Diskussion um Sinn und Richtung des Wachstums wäre ohne die Alternativbewegung und ohne die Grünen nicht so weit, wie sie heute ist. Aber ergeben sich daraus schon inhaltliche

Abgründe zwischen der großen Reformpartei SPD und der kleinen Reformpartei der Grünen? Wohl kaum. Umweltschutz als Ziel ist zwischen SPD und Grünen unstrittig. Strittig ist allein von Fall zu Fall das Tempo und die Art der Realisierung. Natürlich wird einem radikalen Ökologen nie ausreichen, was die SPD an Umweltschutz durchsetzt, aber das kann ja wohl nicht der Maßstab bei der Beurteilung sein, ob Grüne und Sozialdemokraten in der Ökologie eine ähnliche Grundlinie haben oder nicht. Entscheidend ist, daß sich SPD und Grüne in der Einschätzung der ökologischen Bedrohung der Welt im wesentlichen einig sind und bei beiden der politische Wille besteht, diese Bedrohung zu bekämpfen.

Die pauschale Diffamierung der SPD als Wachstumspartei ist rein demagogisch. Die Sozialdemokratie beschäftigt sich schon lange – länger jedenfalls als es die Grünen gibt – mit der Frage nach Sinn und Richtung des Wachstums. Der zentrale Begriff dieser Diskussion hieß Anfang der siebziger Jahre „Lebensqualität“. Heute geht es um die Frage qualitativen Wachstums, also wie ökologische Notwendigkeit und beschäftigungspolitische Maßnahmen unter einen Hut zu bekommen sind. Das jedenfalls ist der Hintergrund der Münchener SPD-Beschlüsse zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Die von der SPD geforderten Investitionen in alternative Energietechnologien und Energieeinsparungsmaßnahmen allein bedeuten schon wirtschaftliches Wachstum, neue Arbeitsplätze und ökologischen Fortschritt. Jenseits der fruchtlosen Dogmen-Debatte über das Null-Wachstum sind die Grünen den Sozialdemokraten näher als sie denken. Das von einer grünen Bundeswirtschaftskommission erarbeitete und in Hagen vorgelegte Programm zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zielt im Endeffekt auf ein qualitatives Wachstum ab. Das „alternative Investitionsprogramm“, zentraler Bestandteil des Wirtschaftspapiers, ähnelt den SPD-Beschlüssen von München verblüffend. Von einer wirtschaftspolitisch grundsätzlichen

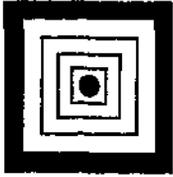
anderen Denkrichtung ist nichts zu spüren. Dieses Programm ist zwar noch nicht verabschiedet, aber es hat gute Chancen, auf dem nächsten grünen Parteitag eine Mehrheit zu finden.

Was also bleibt wirklich an grundsätzlichen inhaltlichen Differenzen? Nichts Nennenswertes, wie es scheint. Auch das Friedenthema taugt da kaum. Die SPD hat zwar einen schweren Fehler gemacht, als sie dem NATO-Doppelbeschluß zustimmte. Aber ist sie dadurch schon zu einer Aufrüstungspartei, zu einer Partei der Spannungspolitik geworden? Das wird ernsthaft selbst Petra Kelly nicht zu behaupten wagen.

Viel Zeit bleibt den Grünen nicht

Die Grünen stecken in einem teuflischen Dilemma: Sie sind mit zu vielen historischen und inhaltlichen Strängen an die Sozialdemokratie gebunden, als daß sie jemals eine vollkommen eigenständige, unverwechselbare politische Kraft werden könnten. Sie lebten und leben wesentlich aus der Kritik an den Mängeln sozialdemokratischer Reformpolitik, und doch sind sie gleichzeitig auf die Sozialdemokratie angewiesen, um ihre politischen Vorstellungen umsetzen zu können. Arbeiten sie zu eng mit den Sozialdemokraten zusammen, sind sie immer in der Gefahr, von ihnen erstickt zu werden. Lehnen sie eine Zusammenarbeit mit der SPD ab, gehen ihnen über kurz oder lang die Wähler verloren.

Aus diesem Dilemma haben die Grünen noch keinen Weg gefunden. Ihre Beschlüsse, nach einem Wahlerfolg in Bonn mit der SPD eventuell Gespräche zu führen und unter bestimmten Bedingungen eine SPD-Minderheitsregierung zu tolerieren, sind zu unentschlossen, zu zögerlich in Anbetracht eines immer stärker werdenden konservativen Bürgerblocks. Viel Zeit haben die Grünen nicht mehr zum Nachdenken. In ein paar Monaten werden die politischen Weichen für die nächsten Jahre gestellt.



Ernst Maste: Lamennais – radikaler christlicher Demokrat

Ernst Maste, Jahrgang 1901, war von 1920 bis 1946 in der Wirtschaft tätig und ist seither freiberuflicher Publizist (Politische Wissenschaft, Soziologie, Geschichte, Philosophie). Veröffentlichungen: Zahlreiche Beiträge in Zeitschriften, Zeitungen und Sammelwerken (s. a. NG 7/72 und 4/74).

Linkskatholizismus

Die Bezeichnung „Linkskatholizismus“ ist in unserem Jahrhundert, ja wahrscheinlich erst in den fünfziger Jahren geprägt worden. Soweit es sich um den deutschen Sprachraum handelt, hat man dem Begriff beispielsweise den Wiener Historiker Friedrich Heer und den Kreis um die zeitweilig recht einflußreichen „Frankfurter Hefte“ zugeordnet; für Frankreich ist etwa an das kurzlebige Experiment der Arbeiterpriester und an die ihm nahestehenden Theologen zu denken.

Heer hat 1958 eine materialreiche, heute übrigens in gewissen Partien noch oder wieder aktuelle Übersicht über den Linkskatholizismus veröffentlicht (Zeitschrift für Politik 2/58, S. 134 ff.), in der er hervorhebt, daß man es keineswegs mit einer fest abzugrenzenden Schule oder Bewegung zu tun hat. Einen Ansatz sieht er schon im Zeitalter der Renaissance und der Reformation gegeben, und zwar im „offenen Humanismus“ des Erasmus von Rotterdam und seiner Geistesverwandten. In unserer Zeit bemerkt Heer am Linkskatholizismus eine „offene“, an dem traditionellen Rechtskatholizismus hingegen eine „geschlossene“ Religiosität. Der Linkskatholizismus fordere eine Öffnung der Kirche zur Welt, so wie diese sich heute darstellt, und damit eine Dialogbereitschaft nach allen Seiten. Aber er ist beim theologischen, missionarischen, kirchenpolitischen Aspekt nicht stehengeblieben. Bei der Mehrzahl seiner Vertreter fand und findet man das im spezifisch politischen Sinne „linke“ Element, nämlich den Ruf nach Freiheit, Demokratie, Republik, nach Aufhe-

bung oder Lockerung hierarchischer Strukturen, nach Mitbestimmung oder Mitsprache einer jeweiligen „Basis“. Was den Sozialismus betrifft, so sind die neueren Linkskatholiken, soweit sie ihn nicht in der einen oder anderen Form geradezu verfechten, seine Sympathisanten oder jedenfalls von Berührungspunkt frei.

„Alle Strukturen des Linkskatholizismus deutlich ausgeprägt“ sieht Heer bei dem französischen Publizisten Lamennais, der in der Zeitspanne zwischen dem Ausklang des napoleonischen Zeitalters und dem Revolutionsjahr 1848 über sein Vaterland hinaus Aufsehen erregt und weitreichende Wirkungen ausgelöst hat.

Leben und Werk

Hugues Félicité Robert de Lamennais wurde am 19. Juni 1782 in Saint-Malo geboren und starb am 27. Februar 1854 in Paris. Daß er dem nordwestfranzösischen Raum entstammte, läßt an den dort mindestens seinerzeit vorherrschenden starren Konservatismus denken; bekannt ist der erbitterte Widerstand, den die Vendée in der großen Revolution geleistet hat. Tatsächlich ist Lamennais, der, anscheinend freilich nach inneren Kämpfen, Priester wurde, zunächst alles andere als ein Rebell und Ketzer gewesen. In einer ersten Phase liegt seine Publizistik durchaus auf der Linie seiner Landsleute de Bonald und de Maistre, die man, übernimmt man die Unterscheidung von Heer, „rechtskatholisch“ zu nennen hat. Er beklagt die „indifférence en matière de religion“ (Gleichgültigkeit in Religionsangelegenheiten), die er in den Titel eines großangelegten, schließlich auf vier Bände angewachsenen Werkes aufnimmt; er verurteilt Reformation und Revolution, auf die er alles aktuelle Übel zurückführt; er will das Papsttum, dem alle staatliche Herrschaft unterworfen sein soll, zu äußerster Machtfülle emporheben. Daß er einmal mit seiner Kirche brechen wird, ist nicht vorgezeichnet, ja Papst Leo XII will 1824 den wortgewaltigen, im kurialen Sinne zuverlässigen Eiferer ins Kardinalskollegium aufnehmen. Zehn Jahre später wird Papst Gregor XVI eine Kampfschrift des nun Abtrünnigen, die „Paroles d'un Croyant“ (Worte eines Gläubigen), in einer Enzyklika als ein „Erzeugnis der Gottlosigkeit und der Frechheit, das ebenso unbedeutend ist an Umfang wie unermesslich an Verderbtheit“, verdammen.

Einen deutlichen Kurswechsel vollzieht Lamennais im Revolutionsjahr 1830. Mit dem Grafen Montalembert und dem Priester Lacordaire, beide ihm schon zuvor verbunden, begründet er die Zeitschrift

„L'Avenir“ („Die Zukunft“), die „Gott und der Freiheit, dem Papst und dem Volke“ zu dienen verspricht. Das Blatt gelangt zwar nicht zu stattlicher Auflagenhöhe, aber zu bemerkenswertem Niveau; so erscheinen Beiträge von Lamartine, Vigny, Victor Hugo. Doch für die Forderungen, die die Herausgeber in die Mitte rücken, ist die Zeit noch nicht gekommen. Gefordert wird die Trennung von Kirche und Staat, Religions- und Unterrichtsfreiheit, Presse- und Vereinigungsfreiheit. Das ruft die oberste kirchliche Instanz auf den Plan. Lamennais reist nach Rom, um ihren Widerspruch auszuräumen, kann jedoch dem Papst, der ihn ungnädig empfängt, kein Zugeständnis abringen. Schon 1831 stellt „L'Avenir“, noch ein Jahrhundert danach das „bis heute bedeutendste katholische Presseorgan“ genannt (Waldemar Gurian), das Erscheinen ein. Und Papst Gregor XVI, „Meternichs Kreatur und sein Gesinnungsgenosse in der gegenrevolutionären Politik“ (Joseph Bernhart; Der Vatikan als Weltmacht, München 1949, S. 308), verwirft im folgenden Jahr mitsamt der „nie genug zu verurteilenden und zu verabscheuenden Freiheit des Buchhandels und der Presse“ den „Wahnsinn, es solle für jeden die Freiheit des Gewissens verkündet und erkämpft werden“ (Rundschreiben „Mirari vos“).

Montalembert und Lacordaire beugen sich dem Verdikt und trennen sich von dem Gefährten, um fortan eigene Wege zu gehen. Lamennais findet nach einer Phase der Unsicherheit zu seinem ausgeprägten Selbstbewußtsein zurück und vollzieht, das Priestergewand ablegend, den Bruch mit seiner Kirche. Den äußeren Marktstein setzen die 1834 erscheinenden „Paroles d'un Croyant“. Diese „Worte eines Gläubigen“ leiten mit einer Entschiedenheit, für die es seit den Tagen Thomas Müntzers kaum ein Beispiel gibt, aus der biblischen Botschaft die Forderung nach völliger Wandlung der irdischen Verhältnisse, ja nach revolutionärem Umsturz ab. Das schmale Büchlein erregt ungeheures Aufsehen, wird sogleich zum in mehrere Sprachen übersetzten Bestseller. Schon 1834 erscheinen drei Übertragungen ins Deutsche, darunter eine von Ludwig Börne. Lamennais hat sich an die Sprache der Bibel, zumal die Apokalypse gehalten, und eben diese Diktion hat Börne zu wahren gewußt. Heinrich Heine, ihm gegenüber bekanntlich trotz oder wegen der Geistesverwandtschaft recht kritisch, hat diese Übersetzung ein „Meisterstück des Stils“ genannt.

Über seine Auseinandersetzung mit dem Vatikan berichtet Lamennais 1836 in den „Affaires de Rome“. Im folgenden Jahr erscheint, gleichsam als Fortsetzung der „Paroles“ und wie diese seinem brei-

teren Leserkreis zugedacht, „Le Livre du Peuple“ („Das Volksbuch“). Das Pamphlet „Le Pays et le Gouvernement“ (Das Land und die Regierung, 1840), bringt den das politische wie das kirchliche Establishment unter Beschuß nehmenden Verfasser für ein Jahr ins Gefängnis. In der Folge scheint er an so etwas wie eine Internationale der Liberalen gedacht zu haben, jedenfalls schreibt Giuseppe Mazzini 1846 von London aus „im Namen des Herrn Lamennais und einiger anderer Überzeugungstreuer und entschlossener Männer“ an den preußischen Demokraten Johann Jacoby, es müsse, weil es an einer „gemeinsamen Handlung zur sozialen Umgestaltung“ und einer sie erstrebenden „heiligen Allianz der Völker“ bisher fehle, die Bildung einer „europäischen Organisation“ eingeleitet werden.

Nach der Februarrevolution 1848 wird Lamennais in die Nationalversammlung gewählt, wo er sich der äußersten Linken anschließt. Er wird Mitglied der Verfassungskommission, der auch Alexis de Tocqueville angehört, der in seinen Erinnerungen über diese Zusammenarbeit berichtet. Die beiden stimmen überein in der Ablehnung der staatlichen Zentralisation, von der Tocqueville in diesem Zusammenhang meint, daß sie in Frankreich niemals zu beseitigen sein werde – eine Skepsis, welche in der gegenwärtigen Phase französischer Verfassungspolitik erwähnenswert ist. Als Lamennais vorschlägt, die Beratung über die neue Verfassung mit der Gemeindeordnung zu beginnen, hat er Tocqueville an seiner Seite. „Er war“, so hält dieser fest, „mit all seinen Kräften bemüht nachzuweisen, daß eine Republik, deren Bürger nicht den Willen zur Selbstbestimmung hätten und sie gewohnheitsmäßig im täglichen Leben ausübten, nur eine zum Leben unfähige Mißgeburt darstelle.“ Aber der Eiferer erweist sich als ungeduldig, verläßt die Kommission nach einigen prozeduralen Schwierigkeiten. Für den kühnen Beobachter Tocqueville ist er „innerlich hochmütig“ und auch in bürgerlicher Kleidung „dem Aussehen nach der Priester geblieben, der er früher war“.

Der Gealterte erlebt 1851 den Staatsstreich des Louis Napoleon und damit die Heraufkunft einer Epoche, in der wiederum das ihm verhaßte Großbürgertum zum Zuge kommt. Eine auch nur annähernde Verwirklichung der Ideale, die er unermüdlich verkündet hat, erscheint in weite Ferne gerückt. Er verbringt seine letzten Lebensjahre in Armut und Einsamkeit. Daß er nicht vergessen ist, zeigt sich 1854 bei der Beisetzung: „Die napoleonische Polizei hält die Menge zurück. Man befürchtet Unruhen, offene Demonstrationen gegen das Regime beim Lei-

chenbegängnis dieses Mannes“, berichtet Friedrich Heer.

Revolution aus dem Geiste des Christentums

Mit den „Paroles d'un Croquant“, den „Worten eines Gläubigen“, hat Lamennais, so ist gesagt worden, die Jakobinermütze über das Kreuz gestülpt. Zur Zeit der Veröffentlichung bemerkt er in einem Brief, daß „die Bewegung, die das Menschengeschlecht zu einer neuen sozialen Ordnung führt, weit davon entfernt ist, im Gegensatz zur Religion Jesu Christi zu stehen, und gar nichts anderes ist als eine notwendige Auswirkung davon, gleichsam die politische Ergänzung dazu, die während achtzehn Jahrhunderten in Vorbereitung gestanden hat“. So leitet er in den „Paroles“ aus der Botschaft des Neuen Testaments den Anspruch auf Freiheit, auf radikale Demokratie, auf soziale Gerechtigkeit ab. Dabei geht es ihm – wie schon die bilderreiche, von gekünsteltem Überschwang nicht freie Sprache erweist – nicht um strenge Systematik, auch nicht um ein unmittelbar praktikables Programm; man hat es mit einer Vision und einem Aufruf zum Kampfe zu tun. Wenn ein anspruchsvoller Kritiker wie Franz von Baader sogleich feststellt, daß der „wissenschaftliche Gehalt“ der kleinen Schrift „völlig unbedeutend“ sei, hat er recht, aber auf einen solchen Gehalt ist es dem Verfasser hier nicht angekommen.

Er wendet sich mit einer polemischen Schärfe, zu der die gelegentliche Aufforderung, allem Haß zu entsagen, nicht ganz paßt, gegen die politischen Gewalthaber wie die Inhaber der wirtschaftlichen Machtstellungen. Das gegenwärtige Regiment, so heißt es, sei die Regierung Satans, auf die das Reich Gottes folgen werde. Zumal die gekrönten Häupter seien die Feinde Christi. Sie könnten sich auf kein gegründetes Recht berufen; sie wünschten die Religion, die Wissenschaft, die Gedanken zu beseitigen; sie wünschten die Untertanen in dem Stand der Uneinigkeit zu erhalten, der allein die Fortdauer ihres Regiments sichere. Ehe die Fürsten ihre Gewaltherrschaft aufgerichtet hätten, sei Eintracht unter den Menschen gewesen, und wenn die Menschen sich wieder zusammenfänden in dem Geist der Liebe, den der Gottessohn geboten und vorgelebt habe, werde die Freiheit auf die Erde zurückkehren. Der Gekreuzigte, den die Mächtigen dieser Erde verurteilt hätten, sei der Garant der Freiheit; die Abkehr von ihm bedeute das Verbleiben in der Dienstbarkeit, den Verzicht auf den Schritt in die Freiheit.

Das Reich der Freiheit sei zu errichten als das Reich der Eintracht und der Liebe. „Gott hat euch

gemacht, in Gesellschaft frei wie Brüder zu leben.“ Geboten sei die Hinwendung zum Nächsten in brüderlicher Liebe. Wahre Liebe „ist unerschöpflich, sie lebt und erneuert sich von selbst, und je mehr sie überströmt, je voller wird sie“. Die Liebe in den Umkreis politischer Begriffe einzuführen, haben nach Lamennais auch andere Autoren unternommen, so in unserem Jahrhundert sein Landsmann Pierre Teilhard de Chardin.

Was Lamennais zur ökonomischen Ordnung sagt, bleibt unscharf. Neben einem Verdikt gegen den „schmutzigen Eigennutz“ als die Sucht, sinnlose Reichtümer aufzuhäufen, findet man eine Anerkennung des Rechtes auf Eigentum. Was wenig später die Verkünder des Sozialismus breiter ausführen werden, klingt nur knapp an. So heißt es von der Armut, daß sie, wenn auch nicht ausschließlic, aus der Dienstbarkeit hervorgehe, die zu beseitigen sei. An einer anderen Stelle wird der Gewerkschaftsgedanke verfochten, nämlich das Verbot verworfen, sich zu verbinden, um höheren Arbeitslohn zu erzielen. In Vorwegnahme eines Lehrsatzes der späteren Anarchisten wird gesagt, daß die Menschen allein durch „wechselseitige Verträge“, durch die aller bisherige Zwang zu ersetzen sei, vereinigt sein sollten.

Handelt es sich schon um keinen systematischen Entwurf, so findet man immerhin einen zeitlos gültigen Grundriß der Freiheit. Freiheit, so liest man, ist nur dort, wo die Regierenden aus freier Wahl hervorgehen; wo ferner die Eltern frei sind, ihren Kindern den Unterricht und die Sittenbildung zukommen zu lassen, die sie für richtig erachten; wo das unverkürzte Recht besteht, in freier Vereinigung die gemeinsamen Angelegenheiten zu beraten; wo man in voller Bewegungsfreiheit „von einem Ort zum andern gehen“ kann; wo endlich die Gewißheit besteht, „daß man nicht kommen werde, die verborgensten Winkel eures Hauses zu durchsuchen, euch aus dem Schoße eurer Familie zu reißen und euch in einen Kerker zu werfen, weil die Macht, in ihrer Furcht, Mißtrauen gegen euch hegt“.

Die Freiheit wird nicht geschenkt; sie muß errungen und in der Folge behauptet werden. „Hütet euch vor denen, die sagen: Freiheit, Freiheit, und die sie durch ihre Werke zerstören.“ Voraufzugehen haben Gerechtigkeit und Barmherzigkeit, beide durch Gott geboten; ohne sie gibt es keine Freiheit. Die Menschen, aber auch die Völker, müssen einander ertragen lernen; sie alle haben ihre Fehler, müssen jedoch in Liebe zueinander stehen. „Der Friede ist die Frucht der Liebe.“

Ist der utopische Einschlag bei alledem unver-

kennbar, so handelt es sich immerhin um eine Richtungsbestimmung. An der Echtheit des religiösen Gefühls, das sich in der Schrift ausspricht, ist nicht zu zweifeln. Auch rüttelt die an das Urchristentum erinnernde Dogmenlosigkeit des Expriesters, der die Kirche nun gänzlich unerwähnt läßt, keineswegs an den christlichen Grundwahrheiten. So findet man das Bekenntnis zum dreieinigen Gott. Sicherlich kann man diesen Lamennais der letzten Phase nicht, wie es durch Hans Maier (Revolution und Kirche, München 1975, S. 160) geschehen ist, als „freigeistig“ einordnen, ist doch eine außerkirchliche Religiosität noch nicht Irreligiosität. Nur wenige Autoren des Jahrhunderts haben in solcher Schärfe ein Reich des Lichtes und ein Reich der Finsternis voneinander abgehoben. Dabei findet man nicht unterstellt, daß es zu der „Stadt Gottes“, der „cité de Dieu“, ohne besonderes Zutun kommen werde. Sie ist, so heißt es einmal, „aufzubauen“. Der Moralist Lamennais läßt, in der Weise idealistischer oder spiritualistischer Welt- und Geschichtsansicht, den Geist den Zuständen voraufgehen; ein Soziologismus oder gar Ökonomismus ist bei ihm nicht anzutreffen und er hätte der marxistischen Lehre vom Überbau gewiß widersprochen, wahrscheinlich indessen den Marxschen Begriff der Entfremdung, der bei ihm deutlich anklingt, akzeptiert.

Drei Jahre nach den „Worten eines Gläubigen“ erscheint „Das Volksbuch“ („Le Livre du Peuple“). Ansatz und Zielrichtung sind unverändert, aber die Diktion ist nun, unter Verzicht auf die in der vorigen Schrift mit ihrer Fülle von Bildern und Gleichnissen durchgehaltene biblische Tonalität, ganz schlicht; schon dadurch ist der Prophet hier näher an der Realität. Man findet erläutert, was das „Volk“ ist, dem er – ganz auf der Linie von Rousseau – alle Macht zuwenden will, und zwar erscheinen als die „Männer des Volkes“ – unter unausdrücklichem Ausschluß der Privilegierten und bislang Herrschenden – die produktiv arbeitenden Menschen, übrigens nicht nur die von Franz von Baader zwei Jahre zuvor erstmals einer besonderen Betrachtung gewürdigten „Proletaires“, sondern auch die in Kunst, Literatur und Wissenschaft Tätigen. Als ein guter Konservativer erweist sich der hitzige Revolutionär, wenn er, für den die religiöse Bindung ohnehin obenan steht, jede Infragestellung des Instituts der Ehe verwirft.

Wieder wird kein direkt in die Wirklichkeit zu überführendes Ordnungsbild angeboten. Man findet das in jener Epoche der Restauration schon wieder nahezu auführerische Bekenntnis zur Trias Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, dabei aber die reali-

stische Einschränkung, daß es Gleichheit nur hinsichtlich der Rechte geben könne, sei doch „die absolute Gleichheit ... von den Gesetzen der Natur ... nicht vorgesehen“. Bemerkenswert sind die dem staatlichen und gesellschaftlichen Zusammenschluß entgegenstehenden „Sonderinteressen“; etwas summarisch wird ihre „Verschmelzung zu einem einzigen Interesse“ gefordert.

Was die Wirtschaft betrifft, so ist die seinerzeitige Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit einer bedeutenden Steigerung der Produktivkräfte richtig gesehen, ja es wird ein „ungeheures Anwachsen des Reichtums“ prognostiziert, welcher neue Reichtum dann jedoch, sehr im Gegensatz zum überkommenen, nach Ausschaltung aller Privilegien allen am Arbeitsprozeß Beteiligten zugute kommen werde. Aber als Nationalökonom, der er nicht war und nicht hat sein wollen, bleibt Lamennais unpräzise. Immerhin verlangt er eine „Expansion des Kapitals, das den Kredit vermehrt, oder der allen zugänglich gemachten Arbeitswerkzeuge“; auch ruft er, ganz auf frühsozialistischer Linie, nach der Assoziation der Produzenten. Aber solche Assoziation, die er sich als „die in die Tat umgesetzte Brüderlichkeit“ vorstellt, „kann nicht prosperieren, wenn nicht ihre Grundlage in wechselseitigem Vertrauen, Rechtschaffenheit, sittlich gefestigtem Betragen ihrer Mitglieder ... besteht“. Wieder wird damit das Geistig-Sittliche als einzubringend vorausgesetzt, also nicht als das Ergebnis eines in der Zone der Produktion oder Ökonomie ablaufenden Prozesses erwartet; hier hat die Marxsche Umkehrung Hegels noch nicht stattgefunden.

Noch einmal tritt zu dem immer wieder betonten Recht die Pflicht hinzu, wenn von den „Pflichten gegen das Vaterland“ die Rede ist. In diesem Zusammenhang wird indessen sogleich betont, daß „über dem Vaterland noch die Menschheit steht“. „Das ganze Menschengeschlecht ist seinem Wesen nach eine Einheit, und nimmer wird das Reich der Ordnung seine Herrschaft antreten, nimmer alles Weh und Ungemach, unter dem die Erde jetzt zu leiden hat, ganz verschwinden können, wenn nicht die Völker die unseligen Schranken, die sie jetzt voneinander trennen, beseitigen, wenn sie nicht eine einzige große Gesellschaft zu bilden imstande sind.“

Wenn Lamennais nach einem „Weltfamilienverband“ ruft, mag man einen von dem heute halb oder ganz vergessenen deutschen Einzelgänger Karl Christian Friedrich Krause (1781–1832) herkommenden Einfluß vermuten, hat doch Krause in einem Aufbau aus nach dem „Gesetz organischer Geselligkeit“ gebildeten Kleingruppen das „Urbild der Menschheit“

gesehen. Dem Erbe der Aufklärung aber ist Lamennais verpflichtet, wenn er zum Kampf gegen die Unwissenheit aufruft – „der in Unwissenheit verharrende Mensch wird zu einer bloßen Maschine in der Hand derer, die ihn für ihr eigenes Interesse ausbeuten“ – und sich als fortschrittsgläubig bekennt, wobei er dem Fortschritt auch oder gerade das „Anwachsen des Wohlstandes aller“ hinzurechnet.

Urteile und Wirkungen

Die Zeitgenossen haben über den Publizisten Lamennais, den in die gängigen Schemata einzuordnen Mühe bereitete, verständlicherweise recht unterschiedlich geurteilt. Franz von Baader (1765–1841), der durch den mystisch-theosophischen Einschlag ein Einzelgänger war, aber in der Hervorhebung des Liebesgebotes mit Lamennais übereingestimmt hat, hat die mit der Zeitschrift „L'Avenir“ verfolgten Absichten, die er in einem Aufsatz von 1831 ganz im Sinne der Herausgeber interpretierte, beifällig aufgenommen. Aber gegen die „Paroles d'un Croyant“ wendet er sich noch im Jahre des Erscheinens, in dem die Broschüre „eine allgemeine und bedeutende Sensation wirklich erregt hat“, mit äußerster Schärfe. Er sucht Lamennais gewisse Widersprüche nachzuweisen und beklagt, daß dieser, der früher „gegen die Brutalität der Insurrektion sich erklärte“, nun „die ganze Christenwelt ... gegen ihre bestehenden Obrigkeiten Insurrektionstoll machen zu wollen scheint“.

Heinrich Heine attestiert 1841 in den „Französischen Zuständen“ Lamennais ein „glänzendes Talent“, kann sich dann aber, wie bei ihm kaum verwunderlich, einigen Spott nicht versagen und meint, daß der abtrünnige Priester, für den die Lossagung von Rom „gewiß der größte Schmerz seines Lebens“ gewesen sei, nun wohl zur Nachtzeit von schrecklichen Träumen heimgesucht werde: „Er sieht lauter kleine Teufel mit Lichtchen, die um sein Lager herumtänzen und hüpfen; er sieht, wie die Bettgardine Feuer fängt und die Höllengluten über ihm zusammen schlagen; zitternd und zähneklappernd verkrücht er sich unter der Decke.“ Aber Lamennais, ob nun nach seinen Kampfschriften in Ängsten lebend oder nicht, hat, das bemerkt Heine im gleichen Zusammenhang, sogleich Nachfolger gefunden. Da habe ein gewisser Esquiroa, „ein guter Mensch von etwas weiblicher Natur, schwärmerisch sanft wie eine Predigerstochter im Mondschein, dabei aber auch erfüllt von werktätiger Brüderlichkeit“, eine Broschüre geschrieben, „worin die radikalsten Freiheits- und Gleichheitslehren aus der Bibel deduziert“ werden

und „der göttliche Bergprediger als ein Montagnard von 1793 dargestellt wird“.

Hat übrigens Heine, wie erwähnt, die Börnische Übersetzung der „Paroles“ gelobt, so tadelt er zugleich, daß Börne „sich überhaupt in die Ideenkreise Lamennais' verlocken ließ“; es habe sich da um „ein Verzagen, ein Verzweifeln an protestantischer Vernunftautorität“ gehandelt. Wenn aber Heine meint, daß „unser armer Börne ... an den Umtrieben der römischen Freiwerber unbewußt teilnahm“, geht er offenbar zu weit; schließlich waren die „Paroles“ mit den kurialen Auffassungen gänzlich unvereinbar. So findet man denn auch unter den erbitterten Widerachern des Bretonen zwei eines antirömischen Komplexes so unverdächtige Männer wie Metternich (der, wie es heißt, einen kirchenoffiziellen Ketzerprozeß gewünscht hat) und den als Chefideologe der Restauration fungierenden Karl Ludwig von Haller (1768–1854) mit seiner gegen Lamennais gerichteten Schrift „Satan und die Revolution“.

In einem Falle hat übrigens Lamennais zu sozusagen konkreter, also einer nicht auf das Reich der Gedanken beschränkten Revolution einen Beitrag geleistet: daß es in Belgien zu einer Allianz von progressiven Katholiken und Liberalen kam, die 1830 die Abtrennung von den Niederlanden herbeiführte und 1831 für das verselbständigte Belgien eine Verfassung durchsetzte, von deren freiheitlichem Gehalt seinerzeit bedeutende Wirkungen ausgegangen sind, ist zu einem guten Teil Lamennais oder mindestens seinen Anhängern zuzuschreiben.

Von den Autoren des deutschen Vormärz, die sich zu Lamennais geäußert haben, sind nach Heine und Börne besonders Georg Herwegh (1817–1875) und Wilhelm Weitling (1808–1871) zu nennen. Herwegh bezieht dem Franzosen in einem 1839 veröffentlichten Aufsatz („Der Mangel politischer Bildung bei den deutschen Literaten“) seine „Hochschätzung“, mag sich indessen „mit seiner Art und Weise, die demokratischen Prinzipien aus dem Evangelium abzuleiten, ... nicht ganz verständigen“, sei doch dadurch „seinen und unseren Gegnern das Recht eingeräumt, auch ihrerseits die Bibel als Beleg zu zitieren“. Im übrigen sei es zwar „wahr, das Christentum predigt die Freiheit; der Begriff Freiheit aber war vorhanden, ehe es ein Christentum gab. Freiheit ist Freiheit; nicht türkisch, nicht heidnisch, nicht christlich“.

Weitling, der erste selbständige Theoretiker des deutschen Proletariats, gehört wie vor ihm Saint-Simon, von dessen „Nouveau Christianisme“ (1825) eine Linie zu Lamennais verläuft, der Reihe der

KONRAD ADENAUER · EGON BAHR · RAINER BARZEL · KURT H. BILDENKOPF
KIESINGER · HELMUT KOHL · HEINRICH KRONE · HEINRICH LUBKE · REINHOLD

Persönlichkeit und Politik in der Bundesrepublik Deutschland Politische Porträts

Herausgegeben von
Walther L. Bernecker und Volker Dotterweich

Band I 237 Seiten, DM 20,80 UTB 1220

Band II 256 Seiten, DM 20,80 UTB 1221

Das Werk orientiert über den politischen Werdegang, die Grundüberzeugungen und das praktische Wirken, über die Leistung und die Bedeutung führender Politiker, ohne die Geschichte und Gegenwart der Bundesrepublik nicht denkbar sind. Die Porträts – keine Lexikonartikel, sondern wissenschaftliche Essays – verbinden biographische mit zeitgeschichtlicher Information und stellen die einzelnen Politiker in den weiteren historisch-politischen Zusammenhang. Jeder Beitrag ist in sich abgeschlossen, so daß die Bände auch als Nachschlagewerk benutzt werden können.

**Vandenhoeck & Ruprecht
Göttingen / Zürich**

KARL-THEODOR VON GUTTENBERG · KAL-UIWE VON HASSEL · GUSTAV HEINEMANN · THEODOR HEUSS · JAKOB KAISER · KURT GEORGE
KURT SCHUMACHER · FRANZ JOSEF STRAUSS · RICHARD STÜCKLEN · HERBERT WEHNER · HANS-JÜRGEN WISCHNEWSKI

WILLY BRANDT · HEINRICH VON HARTMANN · KARI · ARSTENS · THOMAS DEHLER · HERMANN EILFERS · LUDWIG ERHARD · FRITZ ERLER
MEIER · WERNER VAIHOFER · FRICH · MEINDE · WOLFGANG MIRSCHNICK · FRICH · OLL · N · HAUER · ANNE-MARIE RENCGER · ERNST REUTER
WALTER SCHEEL · CARLO SCHMID · HELMUT SCHMIDT · GERHARD SCHRÖDER
KARL-HERMANN FLACH · HANS-DIETRICH GENSGHER · EUGEN GERSTENMAIER

Frühsozialisten an. Weitling seinerseits steht unverkennbar in der Nachfolge von Lamennais, zu der er sich ausdrücklich bekennt und die sich auch in seiner Anlehnung an das Neue Testament zeigt, aus dem er im „Evangelium des armen Sünders“ (1843) immer wieder zitiert.

Von den als Politiker hervorgetretenen deutschen Katholiken des 19. Jahrhunderts wird der in Münster geborene entschiedene Demokrat Benedikt Waldeck (1802–1870), Führer der demokratischen Linken in der preußischen Nationalversammlung von 1848, als durch Lamennais beeinflusst angesehen. In der im Kaiserreich und in der Weimarer Ära den deutschen politischen Katholizismus repräsentierenden Zentrumspartei hat mit einem eher konservativ eingefärbten Pragmatismus die (im Sinne von Heer) rechtskatholische Linie dominiert. Die rückhaltlose Bejahung von Demokratie und Republik, und insoweit die Lamennais-Nachfolge, findet man in diesem Lager allenfalls auf dem linken Flügel, so etwa bei Joseph Wirth (1879–1956).

Als mindestens teilweise auf Lamennais zurückgehend darf die enge Verflechtung einer religiösen mit der politischen Komponente angesehen werden, die man im italienischen Risorgimento des vorigen Jahrhunderts nicht nur bei Mazzini bemerkt.

Suchen wir aber in der Gegenwart, im ausgehenden 20. Jahrhundert, nach Geist vom Geiste des Verfassers der „Paroles d'un Croyant“ und des „Livre du Peuple“, so fällt unser Blick auf den Priester, Dichter und Revolutionär Ernesto Cardenal, jetzt Kulturminister von Nicaragua, 1980 Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels. Cardenal, Visionär wie Lamennais, stimmt mit diesem auch oder gerade darin überein, daß er von der Errichtung des Reiches Gottes auf Erden in dieser Zeit, also nicht einem kommenden Äon, träumt, welche Vorstellung mit keinem kirchenamtlichen Menschen- und Geschichtsbild vereinbar, aber, wenn schon Utopie, als ein Antrieb zu tätiger Brüderlichkeit jedenfalls respektabel ist.



EUROPA

Europäische Gemeinschaft: Dem Agrarsektor Schranken gesetzt

Das Europäische Parlament will die Arbeitslosigkeit entschlossener denn je angehen. In der ersten Lesung des EG-Haushalts 1983 setzte es daher Schwerpunkte, die deutlich machen, daß die Finanzen der EG nicht nur für die Bauern da sind.

Die Agrarausgaben hielten in der Entwurfsvorlage des Rats auch in diesem Jahr mit rund 67% den Löwenanteil. Das sind rund 14 Mrd. ECU (Europäische Währungseinheit) oder umgerechnet rund 34 Mrd. DM – nur für die Preisstütze. Demgegenüber waren nur 1,15 Mrd. ECU (rund 2,8 Mrd. DM oder 5,5%) für den Europäischen Sozialfonds angesetzt; etwa der gleiche Betrag (rund 6%) war für den Regionalfonds reserviert. Für die Bereiche Energiepolitik, Forschungs- und Industrieförderung sowie die gemeinsame Verkehrspolitik hatten die EG-Minister im Rat nur 2,4% des Haushalts übrig gelassen. Der Topf für Entwicklungspolitik und die Zusammenarbeit mit Drittländern sollte mit rund 4% des Haushalts gespeist werden.

Das wollte das Europäische Parlament so nicht hinnehmen. Wie ist es zu schaffen, daß die Finanzierung der Agrarüberschüsse, die zwei Drittel des 51 Mrd.-DM-Haushalts ausmachen, endlich zu beschränken, damit die Entwicklung der EG-Politik in anderen Bereichen vorangehen kann? Diesem Ziel diene die Mehrzahl der über 600 Änderungsanträge, die das Parlament in seiner Oktober-Tagung zu prüfen und auf ihre Mehrheitsfähigkeit hin abzuklopfen hatte.

Dabei ging es ihm einerseits darum, deutlich Zeichen zu setzen, gleichzeitig aber der Gefahr auszuweichen, in einen Grabenkampf mit dem EG-Ministerrat hineinzuschlittern. In den vergangenen Jahren war es wiederholt zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Europäischen Parlament und dem Ministerrat der EG gekommen, als der Rat die Haushaltsbeschlüsse des Parlaments nicht akzeptieren wollte und einige Mitgliedstaaten versuchten, die

Rechtmäßigkeit seiner Beschlüsse sogar gerichtlich anzufechten.

Dennoch ließ sich das Parlament nicht davon abbringen, den wie in jedem Jahr seiner Meinung nach viel zu umfangreich ausgefallenen Agrarhaushalt genau unter die Lupe zu nehmen. Es fand, daß einige Agrarpositionen von vornherein zu hoch angesetzt wurden, und dies schon seit Jahren. In diesem Jahr hielt es daher Einsparungen in Höhe von 137 Mio. ECU (= 372 Mio. DM) ohne weiteres für möglich. Diese Mittel sollen auf ein Sonderkonto gesetzt und ab dem 1. September 1983 für andere als agrarische Zwecke verwendet werden dürfen. Sie sollen dann für Beihilfen aus dem Sozial- und Regionalfonds zur Verfügung stehen, „damit vor lauter Bauern nicht die Arbeitslosen vergessen werden“.

Die Entschlossenheit, das Problem der Arbeitslosigkeit energischer denn je anzugehen, wurde in den weiteren Haushaltsbeschlüssen des Parlaments sichtbar. Rund 270 Mio. ECU (= rd. 656 Mio. DM) mehr als vom Rat veranschlagt sollen in den Sozialfonds fließen, rund 100 Mio. ECU (243 Mio. DM) allein sollen davon für die berufliche Bildung Jugendlicher vorgesehen werden.

Der Regionalfonds soll um 122 Mio. ECU (296 Mio. DM) höher dotiert werden, desgleichen der Fonds für Strukturmaßnahmen im Agrarbereich (+ 257 Mio. ECU = rd. 624,5 Mio. DM). Alles in allem fanden die europäischen Parlamentarier, daß die kargen EG-Mittel dort gekürzt und eingespart

werden sollen, wo überschüssige Produktion subventioniert wird, wie z. B. in den „Milchfabriken“ der nördlichen EG-Staaten, um sie dort einzusetzen, wo sie am dringendsten gebraucht werden: z. B. zur Unterstützung der Oliven-, Obst- und Gemüseproduzenten in Südeuropa. Hier dachte das Parlament auch an seine künftigen EG-Partner Spanien und Portugal.

Mehr Geld soll auch für die Bekämpfung des Hungers in der Welt bereitgestellt werden. Nämlich rund 159 Mio. ECU (386 Mio. DM) mehr. Mit 40 Mio. ECU (97 Mio. DM) für Forschung und Energie, 15 Mio. ECU (rd. 36 Mio. DM) für Verkehr und 13 Mio. ECU (31 Mio. DM) für die Industrie fielen die übrigen Aufstockungen eher bescheiden aus. Aber wie konnte es denn auch anders sein, angesichts der begrenzten Haushaltsrechte des Parlaments, die es zwar befähigen, den Haushalt abschließend festzustellen oder abzulehnen, ihm bei der Veränderung der Ausgabenhöhe der einzelnen Sektoren Schranken setzen. Will es mit der ihm verfügbaren „Mandvriermasse“ (rd. 1,2 Mrd. DM) politisch etwas bewegen, so ist es gezwungen, diese Marge gezielt schwerpunktmäßig einzusetzen.

Keine Demontage der Agrarpolitik also, aber Einsparungen unter dem „Diktat der leeren Kassen“ und Umschichtung aus Verantwortung gegenüber den 11 Millionen Erwerbslosen in der Europäischen Gemeinschaft.

Elli Schöner (Bonn)

Belgien: Provokation zum richtigen Zeitpunkt

Schlechte Beispiele verderben gute Sitten — auch in Belgien will die christlich-rechtsliberale Regierung den Arbeitern der Stahlindustrie in die Gehaltstüte greifen.

Noch am Montagabend gab sich Michel Vandestruck, der Generaldirektor des kranken belgischen Stahlriesen Coquerill-Sambre uninformiert, obwohl er gerade von einem Gespräch mit dem christdemokratischen Wirtschaftsminister Marc Eyskens kam. Am nächsten Morgen war dann in allen Zeitungen zu lesen, was Eyskens dem Wirtschaftsboß im per-

sönlichen Gespräch verschwiegen und lieber per Brief mitgeteilt hatte: so wie die Stahlarbeiter an der Saar sollen auch ihre Kollegen in Charleroi und Lüttich auf tariflich vereinbarte Zahlungen verzichten, künftig keine Prämien mehr erhalten und zweier Monatsgehälter verlustig gehen.

Mag dies Ansinnen von Gewerkschaftsseite als versuchter Eingriff in Tarifhoheit betrachtet werden — durch den Sprachgruppenstreit im Königreich der Flamen und Wallonen gewinnt die Affäre gleich eine noch größere, eine nationale Dimension. Einen Tag nach Eyskens' Brandbrief beschloß das erweiterte Präsidium der flämischen Christdemokraten, keine Erhöhung der Unterstützungszahlungen für die auf wallonischem Boden befindlichen Stahlschmiedern mehr zu genehmigen. Die im Sanierungsplan vom

15. Mai eingegangenen Verpflichtungen will man zwar noch erfüllen, dann aber soll Schluß sein mit der Solidarität – die Region Wallonien soll allein für die Rettung von Coquerill-Sambre aufkommen.

Worum es in Wirklichkeit geht, das hatte schon Tage zuvor der Vorsitzende der flämischen Jungchristen, Eric van Rompuy, in einem Zeitungsinterview herausgelassen: „Nachdem die CVP bei den letzten Wahlen in Flandern so viele Stimmen an die (noch nationalistischere) Volksunion verloren hat, kann sie sich keine neuen Konzessionen mehr erlauben.“ Und es dürfte auch kein Zufall sein, daß etwa zur gleichen Zeit der CVP-Abgeordnete Luc van den Brande gemeinsam mit neun weiteren Kollegen erneut seinen Vorschlag einbrachte, die fünf großen Wirtschaftszweige des Landes zu regionalisieren, neben der Stahlindustrie auch Textil, Glas, Werften und den Kohlebergbau. Inzwischen wird dieser Vorschlag von der Gesamtpartei ernsthaft geprüft. Die Großoffensive der flämischen Christdemokraten gegen „wallonische Mißwirtschaft“ findet ihre Begleitmusik in den Zeitungen des nördlichen Landesteils. Die „Gazet van Antwerpen“ zeterte, in den letzten zwei Jahren habe Coquerill-Sambre 33 Milliarden Franken (1,7 Mrd. Mark) verloren – „für nichts“. Und der „Standard“ rechnete vor, daß für Prämien und zusätzliche Monatsgehälter 1,5 Milliarden Franken aufzubringen seien.

Vor dem Hintergrund des solchermaßen systematisch geschürten flämischen Volkszorns unterbreitete Wirtschaftsminister Eyskens sein Kürzungsprojekt, noch dazu ausgerechnet einen Tag bevor Premier Wilfried Martens den Lütticher Stahlwerken einen Besuch abstattete. Die Rückschlüsse, die der regionale Chef der sozialistischen Gewerkschaft FGTB, Robert Gillon, aus diesem Timing zieht, geben tiefen Einblick in die Strickmuster belgischer Politik: „Die Angriffe von Eyskens gegen Coquerill-Sambre in Sachen 14. und 15. Gehalt sind von der Sache her dumm, einfach dumm. Es ist jedoch eine Provokation zum richtigen Zeitpunkt. Ich habe den Eindruck, daß Minister Eyskens den Fall von Martens und seiner Regierung will.“

In der Tat, nach monatelanger, aufmerksam regi-

strierter Funkstille – man hatte schließlich auch eine EG-Präsidentschaft zu absolvieren – ist der flämische Flügel der größeren belgischen Regierungspartei offenbar zu alten Gewohnheiten zurückgekehrt. Man muß wissen, daß Eyskens der Vorgänger von Martens im Amt des Premierministers war, man muß ferner wissen, daß der junge Van Rompuy als Vertrauter von Außenminister Leo Tindemans gilt, ebenfalls ein früherer Regierungschef, der Martens schon mindestens einmal durch parteiinterne Intrigen zu Fall gebracht hat. So herrscht bei politischen Beobachtern die Meinung vor, daß Eyskens, indem er Öl ins wallonische Feuer gießt, sein ganz privates flämisches (Partei-)Süppchen kocht, ohne Rücksicht auf die wallonischen Stahlarbeiter. Was während dieses Tauschens an wirtschaftlichen Argumenten vorgeschoben wird, ist kaum seriös. Die von der Mehrheit der flämischen Christdemokraten favorisierte Regionalisierung der Schlüsselindustrien bedarf einer Zweidrittel-Mehrheit im Parlament und der Zustimmung der Regionalregierungen. Und es dürfte ausgeschlossen sein, daß letztere dieses Danaer-Geschenk akzeptieren, es sei denn in Verbindung mit handfesten finanziellen Zusagen. Das gilt nicht nur für den wallonischen Süden, sondern auch für Teile des flämischen Nordens. In der Provinz Limburg beispielsweise drohen handfeste Probleme beschäftigungs- und sozialpolitischer Art. Schließlich gibt es auch noch den amtierenden Premierminister Martens, der seinen Ehrgeiz, bis zum Ende der Legislaturperiode zu regieren, nicht durch machthungrige Partei„freunde“ beschneiden lassen will.

Die Christdemokraten, so stellte die francophone Abendzeitung „Le Soir“ nicht ohne Härte fest, seien endlich wieder erwacht. Erwacht zu destruktivem, selbstzerstörerischem Tun, so muß hinzugefügt werden. Man darf sich auf einen Kleinkrieg der Interviews, Presseerklärungen, Dementis und gezielten Indiskretionen gefaßt machen. Eine neue, eine fatale Qualität gewinnt der Vorgang dadurch, daß die von der Wirtschaftskrise am härtesten Betroffenen, die Arbeitnehmer der Stahlindustrie, in diesem christdemokratischen Kleinkrieg zu Objekten degradiert werden.

Wolf-Dietrich Stahnke (Brüssel)

Dänemark: Kurswechsel in der Opposition?

Seit dem Amtsantritt der neuen konservativ-liberalen Regierung wird eine intensive Debatte über die dänische Sicherheitspolitik geführt, die sich mittlerweile auf die Frage konzentriert, ob die Sozialdemokraten nach ihrem Ausscheiden aus der Regierung ihre Haltung in dieser Frage geändert haben.

Der erste Akt fand im Oktober statt, als die sozialdemokratische Folketing-Fraktion einmütig beschloß, daß der dänische Beitrag zum NATO-Infrastrukturprogramm (Ausbau der Stellungen für die neuen Raketen) bis auf weiteres gestoppt werden solle. Diese Entscheidung war gefällt worden, um auf die USA und die Sowjetunion Druck zugunsten eines positiven Ergebnisses der Genfer Verhandlungen auszuüben, und stand im Einklang mit dem Geist des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, auf dessen Verhandlungsteil die dänischen Sozialdemokraten großes Gewicht gelegt hatten. Ferner wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß diese Entscheidung auch im Zusammenhang mit der Diskussion um die Dislozierung der Raketen in anderen europäischen Ländern gesehen werden müsse.

Ebenfalls im Oktober geißelte der frühere Staatsminister Anker Jørgensen erneut den Wahwitz des gegenwärtigen nuklearen Rüstungswettlaufs und drängte darauf, der Volksbewegung gegen die neuen Raketen größere Beachtung zu schenken. Jørgensen wies die Unterstellungen einiger Regierungspolitiker zurück, die Sozialdemokraten hätten ihren bisherigen sicherheitspolitischen Kurs verlassen, indem er unterstrich, daß die Debatte darüber, wie die Entspannung am besten vorangetrieben werden könne, weitergeführt werden müsse. In dieser Hinsicht sei die geplante Nachrüstung von Übel. Die neue Entwicklung solle lieber im Zusammenhang mit den Bemühungen der vorherigen Regierung um die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Nord-europa und der kategorischen Ablehnung der Stationierung von Nuklearwaffen auf dänischem Territorium in Friedenszeiten gesehen werden.

Im zweiten Akt ging es um Kürzungen im Verteidigungshaushalt. Die Sozialdemokraten hatten die Forderung erhoben, daß die Verteidigungsausgaben im gleichen Maße gekürzt werden sollten wie die anderen Einzeletats auch, und beantragten Streichungen in Höhe von 600 Mio. DKr. (200 Mio. für 1983 und 400 Mio. für 1984).

Im dritten Akt der Debatte ging es um die von Indien, Schweden und Mexiko in den Vereinigten Nationen eingebrachte Resolution, in der ein Einfrieren der nuklearen Rüstungen gefordert wird. Zusammen mit den meisten anderen NATO-Ländern beabsichtigte die dänische Regierung, gegen diesen Antrag zu stimmen, aber im Außenpolitischen Ausschuß des Folketing plädierte die Mehrheit für Stimmenthaltung. Die Regierung wäre zwar an dieses Votum nicht gebunden gewesen, gab aber dennoch, nach, und Dänemark enthielt sich in der UNO der Stimme.

Im innenpolitischen Nachspiel wurden jedoch die Sozialdemokraten scharf angegriffen. In ihrer Haltung als Opposition, so wurde kritisiert, deutete sich ein neuerlicher Sinneswandel gegenüber ihrer Haltung als Regierung an, vor allem aber auch eine Abkehr von der bislang so gut wie einvernehmlich von allen Parteien getragenen Außen- und Sicherheitspolitik. Übersehen hatten die Kritiker dabei allerdings, daß der frühere Außenminister Kjeld Ole- sen schon auf der Sondergeneralversammlung der UN im Sommer die Resolution im Grundsatz begrüßt und nur einige wenige Änderungen erbeten hatte.

Lebhaft wurde die Debatte, als ein anderer früherer Außenminister, K. B. Andersen, klar signalisierte, daß es sich in der Tat um eine Kursveränderung handele und daß er mit der gegenüber der Sowjetunion vorgeschlagenen Linie nicht einverstanden sei. Ein weiterer Vertreter des rechten Flügels der Sozialdemokraten erklärte, er sei gegen diese Kursveränderung, die er deutlich erkennen könne. Er betrachte den Doppelbeschluß unter dem Aspekt, das durch die SS-20-Raketen gestörte Gleichgewicht zwischen NATO und WVO wiederherzustellen. Eine gespaltene Haltung der westlichen Welt würde nur die Aussichten auf einen Verhandlungserfolg in Genf vermindern.

Sodann öffnete sich der Vorhang zum vierten Akt: das NATO-Infrastrukturprogramm. Die frühere Regierung hatte dafür 4,8 Mio. DKr eingestellt und weitere 26 Mio. DKr bewilligt; im nächsten Haushaltsjahr sollte dieser Betrag auf 75 Mio. DKr steigen. Dies warf Probleme sowohl für die Regierung, die sich einer Mehrheit für einen sofortigen Stopp dieser Ausgaben gegenüber sah, als auch für die Sozialdemokraten auf, die die früheren Mittel bewilligt hatten und sich jetzt mit der Tatsache konfrontiert sahen, daß die links von ihnen stehenden Parteien bereit waren, auf den von den Sozialdemokraten im Oktober eingeschlagenen Weg einzuschwenken.

In dieser Situation entschloß sich die Partei, ihre

eigene Position nicht nur zum Gegenstand der aktuellen Auseinandersetzung, sondern auch zur Sicherheitspolitik in ihrer Gesamtheit klar herauszustellen; Man bekannte sich zu der bisherigen Verteidigungs-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik (im Rahmen der NATO und der Vereinten Nationen), lehnte jedoch *künftige* Mittelbewilligungen für das Raketen-Aufstellungsprogramm ab. Mit Nachdruck wurde die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft in der NATO und der militärischen Zusammenarbeit als Grundlage der dänischen Verteidigung, gleichzeitig aber auch die Aufrechterhaltung der Souveränität der einzelnen Mitgliedsstaaten gefordert.

Unter dem Strich steht weder Dänemarks Verteidi-

gungsfähigkeit auf dem Spiel noch seine NATO-Mitgliedschaft zur Disposition. Die Auseinandersetzung könnte jedoch für die Regierung insofern hilfreich sein, als sie – nachdem sie bei den „notwendigen Kürzungen“ im Sozialbereich auf unerwartete Schwierigkeiten gestoßen ist – wenigstens in der Verteidigungspolitik das Gesicht wahren und vorgezogene Neuwahlen anberaumen kann. Besonders rosige Aussichten hat die Regierung dabei zwar nicht, wohl aber Staatsminister Poul Schlüters Konservative Partei, die im Falle vorzeitiger Neuwahlen gut und gerne zehn Mandate hinzugewinnen könnte.

Bent Christensen (Kopenhagen)

Frankreich: Schwere Sorgen

Achtzehn Monate nach dem „Machtwechsel“ in Paris hat sich der sozialistische Premierminister Pierre Mauroy gegen jene gewandt, die, wie er sagte, „nur immer jammern“, statt mit ihm festzustellen, daß sich im Lande viel gewandelt habe und also kein Anlaß bestehe, besonders pessimistisch zu sein.

Der Regierungschef, gleichzeitig Oberbürgermeister der Stadt Lille, hatte bei seinem Angriff auf die „Jammernden“ nicht zuletzt Freunde im eigenen sozialistischen Lager – insbesondere in der Parlamentsfraktion – im Auge, die ihm vorwerfen, besonders den Unternehmern gefällig zu sein, statt in erster Linie an jene zu denken, die im Mai 1981 die Sozialisten in die Regierungsverantwortung brachten.

Grund für diese Angriffe ist natürlich in erster Linie die „neue Linie“, die in der Wirtschafts- und Sozialpolitik eingeschlagen worden ist. Vorbei sind die Zeiten der ersten Sturm- und Drangperiode, da die Löhne und Gehälter erhöht, alle Sozialleistungen beträchtlich verbessert wurden und man nicht anstand, die wöchentliche Arbeitszeit von 40 auf 39 Stunden mit vollem Lohnausgleich zu senken, um nur einige der Maßnahmen zu nennen, die dem großen Wahlsieg folgten.

„Auch Sozialisten“, so heute Staatspräsident Mitterrand und Premierminister Mauroy, „können nicht von der internationalen Wirtschaftskrise abstrahieren.“ An hoher Stelle gibt man heute, wenn auch nur indirekt, zu, daß man einiges „nicht ganz richtig“

gesehen habe, so beispielsweise, als man allzu optimistisch mit einer kurzfristigen Beendigung der weltweiten Rezession rechnete, die dann nicht eingetreten ist; so auch, als man von der Hypothese ausging, daß vornehmlich die Erhöhung der Kaufkraft dazu beitragen könnte, zumindest zu einem Teil der Krise Herr zu werden und die Arbeitslosenziffer zu vermindern.

Und dann kam, angesichts der anhaltenden Krise, eine sehr radikale Umkehr: Blockierung der Preise und Löhne, die Priorität wurde dem Kampf gegen die Inflation gegeben – mit einem gewissen Erfolg übrigens: von über 14 Prozent fiel der Inflationsstand auf etwa 10 Prozent, und die Prognose für das kommende Jahr lautet acht Prozent.

Aber damit sind die Schwierigkeiten nicht behoben. Beispielsweise beläuft sich das Außenhandelsdefizit Frankreichs auf 45 Milliarden Dollar, und die „Eroberung des Binnenmarktes“, eine Parole, die vor einigen Monaten noch in aller Munde war, hat sich bisher als eine Illusion erwiesen. Auch haben die Unternehmer, die ebenfalls zu den „Jammernden“ gehören – auch aus politischen Gründen, denn sie haben die Sozialisten nicht sehr gern –, nicht eben große Anstrengungen unternommen, um Investitionen vorzunehmen.

So heißt jetzt die große Losung: sparen, wo es nur geht. Erhöht werden jetzt nur noch die staatlich festgelegten Mindestlöhne; die anderen Arbeitnehmer müssen sich mit einer (knappen) Erhaltung ihrer Kaufkraft begnügen oder sogar eine empfindliche Einbuße hinnehmen, wenn sie zu den gut Verdienenden gehören.

Aber damit allein ist es nicht getan. Denn die große Frage ist: wie soll Frankreich angesichts der

noch stärker werdenden Konkurrenz auf dem internationalen Markt Schritt halten können? Die fast einstimmige Antwort aus dem Regierungslager: die Industrie müsse im Eiltempo modernisiert werden. Darauf in erster Linie waren und sind die Anstrengungen gerichtet. Im Sinne der Regierung sollen die „nationalisierten“ Industriezweige dabei die Hauptrolle spielen; sie sollen der „Hebel“ sein, der schließlich auch den privatwirtschaftlichen Sektor neu beleben soll.

Leichter gesagt als getan. Denn mit der „Nationalisierung“ wurde auch das gewaltige Defizit übernommen, das zahlreiche dieser Unternehmen aufzuweisen hatten. Und kurzfristig gesehen besteht kaum eine Chance, dieses Defizit wesentlich abzubauen. Die Konsequenz: die Gewerkschaften, die sich sehr maßvoll verhalten, werden gebeten, bei dieser Haltung zu bleiben. Wie sonst, so die Regierung, soll es gelingen, mit dem Budgetdefizit fertig zu werden, das 100 Milliarden Francs beträgt? So kommen auf Frankreich noch schwierige Zeiten zu: um die Lohn- und Preisspirale zu brechen, ist faktisch die „Indexierung“ der Einkommen, die Bindung der Löhne an die Preise, abgeschafft worden.

Auch fordert die Regierung die Bevölkerung zum „Umdenken“ auf: es gehe nicht an, so einige Mini-

ster, daß jene Beamten und Angestellten, die einen sicheren „Job“ haben, nicht zu Opfern für jene bereit seien, die gegenwärtig keinen Arbeitsplatz finden können. Das „Wunder“ ist, daß diese Sprache Gehör findet; außer einigen Teilstreiks, insbesondere im Öffentlichen Dienst, herrscht absolute Ruhe an der „sozialen Front“. Die Gewerkschaften finden zwar häufig harte Worte gegen die Regierung, sind aber nicht bereit, ihr echte Schwierigkeiten zu bereiten. Auch dann nicht, wenn die sozialistische Regierung sich bereit erklärt, den Unternehmern „Erleichterungen“ zu gewähren, um ihre Investitionslust zu fördern.

Es bleibt die – statistisch einwandfrei festgestellte – Tatsache, daß bisher insgesamt kein Kaufkraftverlust für die werktätige Bevölkerung erfolgte: vor allem wegen der bedeutenden Erhöhung der Sozialleistungen. Aber, so Mauroy, „wir haben die Pflicht, uns auf eine Krise vorzubereiten, die lange dauern und Folgen für alle haben wird“.

Kein Wunder, daß da „gejammert“ wird, aber Premierminister Mauroy hat nicht ganz Unrecht, wenn er erklärt, daß ihm die „Jammernenden“ bisher kein besseres „Rezept“ angeboten hätten, um der Rezession zu begegnen. *Gustave Stern (Paris)*

Griechenland: Vor einem politischen Neubeginn

Die regierende PASOK erreichte bei den Kommunalwahlen einen durchschlagenden Erfolg. Sie konnte, wie Wahlanalysen zeigen, nicht nur ihren Sieg bei den Parlamentswahlen von 1981 wiederholen, sondern sogar noch ausbauen.

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen können zu Recht als Gradmesser für die aktuelle Popularität der Regierung gegenüber der Parlamentswahl vor einem Jahr und für die Akzeptanz bzw. Nicht-Akzeptanz der Regierungspolitik durch das Volk gewertet werden. Natürlich reklamierten alle politischen Parteien die Ergebnisse als einen Erfolg für ihre jeweils eigenen Kandidaten. Aber abgesehen von solcher Partei-propaganda, lassen die Statistiken kein Herumdeuteln an den Ergebnissen zu, wenn man berücksichtigt, daß es auch einige weitere Unterschiede zwischen kommunalen und nationalen Wahlen gibt. Bei Kommunalwahlen spielt die Popularität und die Per-

sönlichkeit der Kandidaten eine weitaus wichtigere Rolle als bei den Parlamentswahlen.

Von den 276 Bürgermeistern in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern gehören 166 der PASOK an oder stehen ihr nahe, vier gehören zur EDA (Vereinigte Demokratische Linke), drei zur (eurokommunistischen) KP des Inlandes, 50 zur „Neuen Demokratie“ (ND), 43 zur Kommunistischen Partei des Auslands, und zehn sind unabhängig. Verglichen mit den Kommunalwahlen von 1978 hat die PASOK 94 Städte hinzugewonnen und nur sechs verloren. Die „Neue Demokratie“ gewann zwei neue und verlor 72; die KP des Auslands gewann 12 und verlor 15. Nettoresultat: PASOK + 88, Neue Demokratie – 70, KP des Auslands – 3.

In den Kommunen unter 10 000 Einwohnern siegte die PASOK in 3600, die ND in 1680, die KP des Auslands in 230 und unabhängige Kandidaten in 170 Gemeinden. Im Stimmverhalten schlug sich indes einiges Merkwürdige nieder: In Kommunen, in denen die ND nicht am zweiten Wahlgang teilnahm (da nur die beiden stärksten Kandidaten in die Stichwahl

kommen), schien eine beträchtliche Zahl ihrer Stimmen eher dem kommunistischen Kandidaten als dem der PASOK zuzufießen. Wenn hingegen Kandidaten der PASOK und der ND in der Stichwahl standen, kam die Mehrheit der kommunistischen Stimmen den PASOK-Kandidaten zugute. Zum ersten Mal in ihrer Nachkriegsgeschichte verlor die KP des Auslands einige ihrer traditionellen Hochburgen, etwa unter den „Arbeitervororten“ Athens (Peristeri, Drapetsona, Haidari etc.).

Wenn man die Stimmenanteile vergleicht, fallen folgende Resultate ins Auge: In über 90 Kommunen mit mehr als 10 000 Einwohnern steigerte die PASOK ihren Stimmenanteil gegenüber den Parlamentswahlen von 1981 und den Kommunalwahlen von 1978, während die ND gegenüber beiden Wahlen Einbußen verzeichnete. Die KP des Auslands verlor beträchtlich im Vergleich zu den Kommunalwahlen, obwohl ihr Stimmenanteil noch etwas über ihrem Ergebnis der Parlamentswahlen lag. Bislang ist es in Griechenland noch immer so gewesen, daß die KP auf kommunaler Ebene stärker war als auf nationaler, da viele Wähler, die bei Kommunalwahlen für kommunistische Kandidaten stimmen, sich bei Parlamentswahlen anders entscheiden.

Eine Überraschung war es für die PASOK allerdings, daß sie den Bürgermeister von Patras an einen unabhängigen und von den Kommunisten unterstützten Kandidaten verlor. Patras ist immerhin eine der Hochburgen der PASOK, die Geburtsstadt von

Georgios Papandreou, des Gründers der Zentrumsunion und Vaters von PASOK-Chef Andreas Papandreou.

In den drei größten Städten Griechenlands, in Athen, Piräus und Thessaloniki, erreichten die PASOK-Kandidaten in der Stichwahl 55,89 %, 54,38 % bzw. 55,52 % der Stimmen – wohlgermerkt von PASOK-Wählern und KP-Wählern zusammen. Im ersten Wahlgang hatten die Kandidaten von PASOK und ND Kopf an Kopf gelegen. Die in solchen Ergebnissen zum Ausdruck kommende relative Unzufriedenheit mit der PASOK in diesen drei Städten (wo PASOK gegenüber der Kommunalwahl 1978 leichte Verluste hinnehmen mußte) erklärt sich aus den akuten Problemen vor Ort: in erster Linie die Luftverschmutzung und die miserable Verkehrsinfrastruktur, zu deren Verbesserung die neue Regierung noch nicht genügend Zeit hatte.

Mit ihren Mehrheiten in den meisten Städten und Gemeinden Griechenlands steht die PASOK vor einem politischen Neubeginn. Die Bedeutung dieses Sieges muß auf dem Hintergrund gesehen werden, daß die sozialistische Regierung, die das Ziel der Zentralisierung verfolgt, den kommunalen Behörden umfangreiche Kompetenzen und finanzielle Mittel, an denen es ihnen zuvor fehlte, hat zukommen lassen. Aufgrund der Wahlergebnisse hat es die PASOK nun leichter, ihre Politik auf kommunaler Ebene durchzusetzen.

Artemis Kyrtazis (Athen)

Großbritannien: Neue Angriffslinien

Die Popularität Margaret Thatchers scheint trotz wachsender wirtschaftlicher Schwierigkeiten ungebrochen. Grund dafür ist nicht zuletzt die anhaltende innere Schwäche der Labour Party!

Vierzehn Jahre lang und trotz dreier hochnotpeinlicher Sicherheitsüberprüfungen konnte ein algerischer Beamter in den „Communication Headquarters“ der Regierung unentdeckt für die Sowjetunion spionieren. Was viele dabei am meisten betroffen machte, war der Umstand, daß seine Spionageaktivitäten erst entdeckt wurden, nachdem ihn die Polizei wegen Vergewaltigung junger Mädchen verhört hatte. Parlamentsabgeordnete waren empört über diese neuerlich zutagegetretene Unfähigkeit der Geheim-

dienste und die damit verbundene Geheimniskrämerei, denn sie waren die letzten, die von der Verhaftung und der Identität jenes Mr. Geoffrey Prime erfuhren. Sowohl die Amerikaner als auch die Russen waren davon schon vorher unterrichtet. Da auch amerikanische Geheimdienstler in den Fall verwickelt sind, hat es Mrs. Thatcher schwer, ihre harsche Kritik an der fehlenden US-Unterstützung bei der Falkland-Abstimmung in der UNO fortzusetzen.

Wird dieser vermutlich größte Spionageskandal seit 35 Jahren die Chancen der Regierung bei den für Frühjahr oder Sommer erwarteten Wahlen herabsetzen? Wahrscheinlich nicht, – obschon die Angelegenheit noch keineswegs ad acta gelegt worden ist. Die Wähler stimmen wohl eher über „Brot und Butter“-Themen ab, wie sie in der wirtschaftspolitischen Erklärung von Finanzminister Howe zu Beginn der neuen Parlamentssession aufgeworfen wurden.

Sir Geoffrey Howe gab etwas nach, sicherlich nicht genug, um die industrielle Produktion, die wieder ins Schlingern geraten ist, zu beleben. Die Arbeitgeber kaasierten eine einprozentige Kürzung des von ihnen zu entrichtenden Nationalen Versicherungs-Zuschlages (faktisch eine Art Kopfsteuer), doch nicht dessen erhoffte völlige Abschaffung; Gas- und Elektrizitätspreise wurden für die Dauer eines Jahres eingefroren; außerdem wurden einige kleinere Maßnahmen zur Stimulierung der Bauwirtschaft verkündet, die sich bislang mehr auf den Häuserbau als auf Großprojekte konzentriert hat. Höhere öffentliche Ausgaben wurden für einige Bereiche – Verteidigung, innere Sicherheit und Berufsausbildung – in Aussicht gestellt, aber insgesamt soll 1983/84 trotzdem eine Milliarde Pfund weniger als geplant ausgegeben werden. All das bedeutet viel Raum für Steuersenkungen beim Hauptbudget im April – ein trefflicher Wahlschlager, doch viele befürchten, daß die Auswirkungen dieser Strategie auf das Importvolumen und die Beschäftigungslage nicht zu dem führen werden, was Großbritannien braucht.

Das Vertrauen zu Mrs. Thatcher und ihre Popularität sind indes ungebrochen, wobei ihr einiges zugute kommt: Die jährliche Inflationsrate ist auf 6,8 % gefallen – die niedrigste Rate seit zehn Jahren – und weist weiter nach unten. Sinkende Zinssätze haben die drückenden Zinslasten für die Häuslebauer von rd. 15 % auf 10 % vermindert. Der allseits erwartete Bergarbeiterstreik wurde infolge einer schweren Abstimmungsniederlage für Arthur Scargill, den Präsidenten der linksorientierten Gewerkschaft, abgewendet; die Beschäftigten im Gesundheitswesen sehen der Beendigung ihres achtmonatigen Arbeitskampfes entgegen. Sogar die Arbeitslosigkeit scheint nicht mehr so auf den Nägeln zu brennen. Bei einer Nachwahl in einem traditionell von Labour beherrschten Industriegebiet mit 18 % Arbeitslosigkeit wurde vor einigen Wochen ein 200-Stimmen-Vorsprung für die Torys in einen ebensowenig überzeugenden für Labour umgewandelt – kaum der große Schwung, den die Labour Party braucht, wenn der große Tag gekommen ist. Die Facharbeiter, die Labour 1979 weggelaufen sind, kehren offenbar nicht zurück.

So weit, so gut. Aber für die Premierministerin

stehen große Gefahren bevor. Die Arbeitslosigkeit hat jetzt die offizielle Zahl von 3,5 Millionen erreicht, und dies muß sich bei Wahlen niederschlagen, wie es ja auch anderswo in Europa und in Amerika geschehen ist. Umfragen zufolge betrachten 62 % der Bevölkerung die Arbeitslosigkeit als größtes Problem Großbritanniens. Düstere Wolken brauen sich über den Sozialversicherungsanstalten zusammen. Außerdem steht da noch die Falkland-Untersuchung an, die im Januar auf den Tisch kommt. Gerüchten zufolge wird Mrs. Thatcher dabei gar keine so gute Figur machen. Es gibt auch wachsende Verärgerung über die sich jetzt herausstellenden Kosten des Krieges. Die Zahlen sprechen für sich: 700 Mio. Pfund für den Krieg selbst, weitere 900 Mio. Pfund für die Ersetzung verlorener Ausrüstung und allein 1983/84 400 Mio. Pfund für die Falkland-Garnison. Die Leute beginnen sich zu fragen, ob wir uns das überhaupt leisten können oder sollten.

Thema Nummer Eins in der Labour Party ist die völlige Niederlage der Linken aufgrund der neuerstarkten Rechten im Nationalen Exekutivkomitee (NEC). Der neue Mann an der Spitze, der unermüdlische Organisator der Säuberung, der Tony Benn als Vorsitzenden des wichtigen Innenpolitischen Ausschusses ablöste, der selbsternannte „aggressive Gemäßigte“, der von Militant Tendency als der Jaruzelski der Labour Party“ tituliert wird, ist der Abgeordnete John Golding. Die an der Seite Michael Foots stehende „weiche“ Linke war entsetzt und erschüttert über Goldings Rachegeplüste. Allen vernünftigen Überlegungen zum Trotz wurden die Linken um Benn aus sämtlichen Positionen von einigem Einfluß hinausgefegt.

Wie vorherzusehen, gerät das NEC in Schwierigkeiten beim Ausschluß bestimmter Mitglieder von Militant Tendency – aber aus anderen Gründen als den vorhergesagten. Juristen haben darauf hingewiesen, daß nach dem Organisationsstatut zwar Maßnahmen gegen Organisationen (wie Militant) möglich seien, daß deren Verbot aber nicht notwendig auch zu Maßnahmen gegen individuelle Mitglieder dieser Organisationen berechtige. So werden neue Angriffslinien aufgebaut. One cannot help smiling.

Elizabeth Hartley-Brewer (London)

Irland: Machtwechsel

Eindeutige Gewinner der vorgezogenen Neuwahlen zum Dáil Eireann, dem irischen Nationalparlament waren die bisherigen Oppositionsparteien Fine Gael und Labour Party.

Zum ersten Mal verfügen beide Parteien, die bereits in der Vergangenheit mehrfach miteinander koalitiert hatten, über eine für irische Verhältnisse sehr solide parlamentarische Mehrheit. Starke Einbußen hatte die bislang regierende Fianna Fáil des umstrittenen Premierministers Charles Haughey hinzunehmen. Haugheys Nachfolger, Fine Gael-Chef Gerald Fitzgerald, war schon vom Juni 1981 bis zum Januar 1982 Premierminister der Fine Gael/Labour-Koalitionsregierung gewesen.

Faktisch kann sich Fitzgerald sogar auf eine Mehrheit von sieben Mandaten stützen, da der Kammerpräsident, der als „Neutraler“ traditionell ohne Gegenkandidaten gewählt wird, an den Abstimmungen in aller Regel nicht teilnimmt.

Personelle Veränderungen im Zusammenhang mit der Wahl gab es in der Labour Party: Parteiführer Michael O'Leary, der sich der Entscheidung der Partei, ohne klare Koalitionsaussage ins Rennen zu gehen, hartnäckig widersetzt hatte, wurde abgewählt und durch den 32jährigen Rechtsanwalt Richard Spring ersetzt, obwohl auch dieser eindeutig für die Teilnahme an einer Koalitionsregierung plädiert hatte. Spring, jüngster Parlamentsabgeordneter, gilt zwar als unbeschriebenes Blatt, ist aber Sproß einer angesehenen Labour-Politikerfamilie: Vater Spring, der noch lebt, war 38 Jahre lang Abgeordneter und mehrfach Minister gewesen.

Stizverteilung im Dáil Eireann

	Nov. 1982	Jan. 1982	1981	1977
Fianna Fáil	75	81	78	82
Fine Gael	70	63	65	45
Labour Party	16	15	15	17
Worker's Party	2	3	1	-
Sinn Féin (IRA)	-	-	2	-
Unabhängige	2	3	4	4
Kammerpräsident	1	1	1	-
Gesamt	166	166	166	148

Italien: Historische Chance vertan

Mitte November ging in Italien ein Experiment zu Ende, das so oder so eine Zäsur in der italienischen Nachkriegsgeschichte darstellt. Der Republikaner Giovanni Spadolini, seit mehr als drei Jahrzehnten erstmals nicht der Democrazia Cristiana angehörender Regierungschef, legte sein Mandat in die Hände von Staatspräsident Sandro Pertini zurück.

Die Fünf-Parteien-Koalition - Christdemokraten, Republikaner, Sozialisten, Sozialdemokraten und Liberale - war damit, einmal ungeachtet der auffälligen hochsommerlichen Krise, insgesamt 18 Monate im Amt geblieben, eine der längsten Perioden der regierungsamtlichen Kontinuität der Republik Italien.

Daß sich die zweite Auflage der Regierung Spadolini ein so unrühmliches Begräbnis zweiter Klasse gefallen lassen mußte, hatte sein Motiv in einem lächerlich banalen Anlaß. Die beiden wichtigsten Minister im Bereich Wirtschaft und Finanzen, Beniamino Andreatta (DC) und Rino Formica (PSI) hatten sich heillos zerstritten über die Frage, wie dem explodierenden Defizit der öffentlichen Hände als einer der Hauptsachen der weiterhin galoppierenden Inflation Italiens beizukommen sei.

Für den ebenso fülligen wie behenden toskanischen Historiker Spadolini war der Weg, sein Kabinett durch Entlassung und Ersetzung der beiden Kampfhähne umzubilden und damit zu retten, verbaut; ihm blieb nichts anderes übrig als der ehrenvolle Rücktritt der gesamten Equipe mit ihm selbst an der Spitze. An seiner Statt durfte ein Landsmann Spadolinis sein Glück versuchen bei dem x-ten Anlauf, Italien zumindest halbwegs anständig zu ver-

walten, den man längst aufs politische Altenteil abgeschoben glaubte: Amintore Fanfani (DC), Präsident des Senats und seit unvordenklichen Zeiten an prominenter Stelle auf dem Karussell, auf dem sich Italiens „classe politica“ dreht.

Mit dem Scheitern des „laizistischen“ Experiments Spadolinis hat Italien wohl eine historische Chance vertan; aber auch diese Schwelge kommt nicht ohne das Leitmotiv aus, daß die einzigen Konstanten der italienischen Innenpolitik aus Paradoxien und Provisorien bestehen. Zumindest bestand die Chance, für längere Zeit als die effektiven eineinhalb Jahre Regierungszeit nachzuweisen, daß zwischen Brenner und Brindisi eine „alternanza“ – Wechsel an der Spitze bei im übrigen gleichen oder analogen Koalitionsverhältnissen – nicht nur zu etablieren, sondern auch durchzuhalten ist, wenn anders eine echte „alternativa“ zur Dauerherrschaft der innerlich verschlossenen DC nicht möglich ist.

Die Paradoxien liegen in zweierlei: Spadolini wurde zu einem der populärsten Regierungschefs der Nachkriegszeit, auch wenn er seiner eigentlichen Funktion – dem Regieren – nur anfänglich gerecht werden konnte und schnell das wurde, was früher und andernorts mit dem viel befähigten Etikett „wandelnder Vermittlungsausschuß“ versehen wurde: schier atemloses Vermitteln zwischen den von Profil-

neurose geplagten Parteien des Bündnisses, Arbeitgebern, Gewerkschaften usw. usw.

Das zweite Paradoxon liegt darin, daß der einstige Kommunistenfresser Fanfani mehr und mehr der Linie seines großen Vorgängers Aldo Moro zu folgen scheint, nämlich die zweitgrößte Partei des Landes, die KPI, nicht länger als bloße Paras zu behandeln, sondern ihnen ein Stück Mitverantwortung zuzubilligen.

Aber wie dem auch sei: Italiens Bevölkerung hat die „giochetti politici“, die politischen Spielchen, gründlich satt. Man denke an das alte Sprichwort: „Piore – goverus ladro“ – „Es regnet; die Regierung beschwert sich.“ Die Disfunktionen der öffentlichen Strukturen bei der Beseitigung der Erdbebenfolgen in Campanien und der Basilicata sowie die Abwesenheit der Ordnungskräfte beim Attentat auf die römische Synode sprachen Bände.

Wohl nur eine Persönlichkeit kann dergleichen schonungslos anprangern, ohne daß allenthalben Betroffene umgehend eine Gegenpolemik vom Stapel lassen: Staatschef Sandro Pertini, der in so vielem Gustav Heinemann ähnlich ist. Aber anders als Gustav Heinemann findet der rüstige und streiftbare Ligurer bei Italienern aller politischen Couleur respektvolles Gehör. Ein pater patriae, wie er im Buche steht.

Holger Quiring (Rom)

Luxemburg: Trübe Aussichten

Zum Jahresende ist der Himmel über Luxemburg mit dräuenden Wolken verhangen. Die wichtigste Industrie des Landes, der Stahlsektor, kommt aus seiner Dauerkrise nicht heraus, und die Staatsfinanzen gehen dem Bankrott entgegen.

Zwar hat die christlichsoziale-liberale Regierung einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der bei einem Ausgabentotal von rund 60 Milliarden Franken bloß eine Finanzlücke von 2,4 Milliarden vorsieht, doch ist, wie ein Wochenblatt schrieb, das offizielle Zahlenspiel „zu schön, um wahr zu sein“.

Wie der ehemalige Finanzminister und finanzpolitische Sprecher der sozialistischen Opposition, Jacques F. Poos, der Regierung im Parlament vorrechnete, hat die amtierende Regierung die von der vorherigen Regierung aufgebauten Reserven fast völ-

lig ausgeplündert, auch entzieht sie sich ihren Verpflichtungen gegenüber den sozialen Versicherungen, indem sie diesen staatliche Schuldzertifikate zuweist.

Indem die Regierung die Investitionsfonds (die zur Finanzierung der öffentlichen Infrastrukturaufgaben dienen) ausraubt und ihren Verpflichtungen gegenüber den Rentenanstalten nicht nachkommt, hat die CSV-DP-Koalition in jedem Amtsjahr rund 10 bis 15 Prozent der offiziellen Budgetmasse mehr verausgabt, als erwirtschaftet wurde. Das Resultat wird sein, daß die Staatskassen und die öffentlichen Investitionsfonds leer sein werden, aber erst Ende 1985, wie Finanzminister Santer zugab.

Mit diesem Eingeständnis dokumentiert der Finanzminister, daß die Koalition nur noch ein einziges Objektiv hat, nämlich die Wahlen von Juni 1984 zu überstehen, koste es, was es wolle. Daher auch die Taktik, schönfärberische Etatvorlagen im Parlament zu präsentieren, die nicht den Realitäten Rechnung tragen. Eine dieser bitteren Realitäten ist, daß

die Sturzfahrt der Stahlindustrie kein Ende nimmt.

Zwar hat die luxemburgische Stahlindustrie seit 1975, dem Beginn der Stahlkrise, rationalisiert wie kaum eine zweite. So fiel z. B. die Zahl der Beschäftigten von 31 500 auf 17 400, das ist ein Abbau von 44 Prozent. Doch fielen diese Produktivitätsgewinne mit einem immer neuen Verfall der Stahlpreise zusammen, so daß im Endeffekt die luxemburgischen Werke des ARBED-Konzerns trotz Rationalisierung und Modernisierung in eine immer tiefere Krise gerieten. (Bei ARBED-Saarstahl ist die Situation zumindest genauso schlimm, was der Kreditwürdigkeit des Konzerns nicht gerade förderlich ist.)

Wie in allen anderen europäischen Staaten wandte die Stahlindustrie sich – es lebe die freie Marktwirtschaft! – an Vater Staat, um Investitionshilfen, Bürgschaften oder direkte Finanzspritzen zu erhalten. Obwohl die Regierung wußte, daß die bisherigen Staatshilfen nicht genügen würden, um der Stahlindustrie über die Runden zu helfen, hat sie in der Haushaltsvorlage für 1983 keine entsprechenden Kredite vorgesehen. Sie gaukelte den Bürgern sogar vor, die Solidaritätssteuer (ein fünfprozentiger Aufschlag auf die Einkommenssteuer, mittels der die Arbeitslosenversicherung, Umschulungsprogramme, Notstandsarbeiten usw. finanziert werden) könnte ab 1. Januar 1983 halbiert werden.

Doch ehe die Regierung ihr Traumbudget unter Dach und Fach hatte, holte die traurige Realität sie

ein. Die Stahlindustrie, die sich nicht einmal mehr in der Lage sah, die Ausbezahlung der Löhne für die nächsten Monate zu garantieren, trat mit dem Ruf nach drastischen Lohnkürzungen an die Gewerkschaften und nach deftigen Finanzspritzen an die Regierung heran.

Im Rahmen der nationalen Dreierkonferenz, welche Regierung, Gewerkschaften und Patronat vereint, wurde jetzt ein Notprogramm vereinbart, bei dem der Staat der ARBED Finanzspritzen in Höhe von 1,2 Milliarden Franken über diverse Kanäle zukommen läßt, die Bürgerschaft für zusätzliche Anleihen übernimmt, während das Personal eine Lohneinbuße von durchschnittlich 6% (4,6 Prozent bei den untersten Löhnen bis hinauf zu 24,6% bei den Gehältern auf der Chefetage) hinnehmen muß, dafür aber jährlich 12 (unbezahlte) Ruhetage zusätzlich erhält. Auch werden die Belegschaftsmitglieder unterhalb der Jahrgänge 1926/27 in Frühponsonierung entlassen.

Ob mit diesen neuen Opfern die Stahlindustrie endgültig gerettet ist, steht offen. Die Regierung gibt sich optimistisch, und Staatsminister Werner verkündete, jetzt sei die ARBED bis Mitte 1984 über den Berg. Also bis nach den Wahlen...

Über das, was nach den Wahlen kommt, schweigt die Koalition sich jedoch in allen lebenden und toten Sprachen aus.

Robert Goebbels (Luxemburg)

Niederlande: Widerspruchsvolle Erneuerung

Ende November hat die Kommunistische Partei der Niederlande (KPN) weitreichende Schritte auf einem Weg ungewisser Erneuerung unternommen.

In mancher Hinsicht hat die Partei überkommene „Formen und Gedanken“, die für sie so charakteristisch waren, fallengelassen, ohne daß jetzt klar wäre, wodurch das eine oder das andere ersetzt werden soll. So wurde z. B. die innerparteiliche Organisationsstruktur tiefgreifend geändert. Von einer Partei, die sich selbst in erster Linie als Kampforganisation verstand und sich dabei auf eine klassische Interpretation Leninscher Prinzipien (v. a. den demokratischen Zentralismus) stützte, ist sie jetzt zu einer Organisation geworden, die halbwegs demokratisiert ist. Völlig anders als früher, gab es demzufolge auf

dem Parteitag offene und öffentliche Diskussionen und Abstimmungen, die ab und zu sogar eine vom Parteivorstand abweichende Mehrheitsmeinung aufzeigten. Auch das Recht auf Fraktionsbildung und horizontale innerparteiliche Kommunikation ist jetzt – vor allem unter dem Druck des starken feministischen Flügels – in der Praxis und auch in einer Resolution anerkannt worden.

Das Widersprüchliche und Ungewisse ist nun, daß diese ganze „Demokratisierung“ nicht durch eine allgemein oder wenigstens mehrheitlich akzeptierte Theorie eines „demokratischen Kommunismus“ untermauert worden ist. Eine solche Theorie gibt es in der KPN effektiv nicht. Das erklärt auch, warum einige Elemente der alten Organisationsethik bestehen geblieben sind (z. B. nicht-öffentliche Vorstandswahl) und die neue demokratische Praxis nicht durch Begleitmaßnahmen abgesichert worden ist. Dafür fehlt der Partei nämlich die theoretische Basis.

Dasselbe Problem zeigt sich auch in anderen Aspekten dieser Parteierneuerung, z. B. im Verhältnis der KPN zum internationalen Kommunismus. Die KPN hat nunmehr ihre (ohnehin schon nicht mehr so freundlichen) Beziehungen zu den tschechischen und polnischen Kommunisten offiziell abgebrochen und sich für die Unterstützung von Charta 77 und Solidarnosc ausgesprochen. Konsequenter – im Hinblick auf die realen Verhältnisse im Ostblock – wäre es gewesen, die Beziehungen zu allen osteuropäischen KPs, allen voran zur KPdSU, abzubrechen, aber aus unerfindlichen Gründen hat sich die KPN dazu nicht durchringen wollen. Allerdings ist die Sowjetunion für die KPN kein Vorbild und auch „kein automatischer und natürlicher Bündnispartner im Kampf gegen Rüstung und Kriegsgefahr“ mehr, vielmehr müsse sie „nach ihrem tatsächlichen Verhalten beurteilt werden“. Was sich hier andeutet, ist eine vorsichtige Abkehr von einem „nationalen Weg zum Sozialismus“ – der sich immer noch am Vorbild des realen Sozialismus in der Sowjetunion orientiert hatte – und eine noch viel vorsichtigere Adoption eines „idealen demokratischen Sozialismus“, von dem nur bekannt ist, daß er sich von der Praxis der Sozialdemokratie deutlich unterscheiden soll.

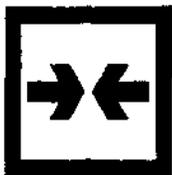
Daß auch die Sozialdemokratie sich von einem solchen Idealbild eines noch nirgendwo realisierten demokratischen Sozialismus inspirieren läßt, wird in der KPN durchaus übersehen. Daß für die Sozialdemokratie – ebenso wie für eine KPN, wie sie sich jetzt entwickelt – „die Bewegung“ meist wichtiger ist als „das Endziel“ und daß sie über eine ausgearbeitete Theorie des demokratischen Sozialreformismus verfügt, dies sind Tatsachen, die im KPN-Bewußsein noch keine Rolle zu spielen scheinen.

Zunächst scheint die KPN vornehmlich damit beschäftigt zu sein, sich von der sehr lebendigen (und für viele schmerzhaften) Erinnerung in ihre eigene

stalinistische Vergangenheit zu befreien. Dazu paßt wohl eine gewisse Abgrenzung gegen den realen Sozialismus, aber noch keine Auseinandersetzung mit dem idealen Sozialismus und der realen Sozialdemokratie. Letzteres steht aber wohl bald an, denn politisch ist die Erneuerung der KPN mit noch höchst unsicheren Perspektiven verbunden. Wenn die KPN ihre neue Politik der Umarmung des Parlamentarismus ernst meint, wird sie wohl bei den „neuen sozialen Bewegungen“ wenig Anklang finden, da diese der heutigen Demokratie immer negativer gegenüberstehen. Für Kraaker und viele Umweltaktivisten sind die jungen Leute, die jetzt in der KPN den Ton angeben, ohnehin schon zu reformistisch und intellektualistisch. Zugleich muß eine parlamentarisch-politisch orientierte KPN die Konkurrenz der beiden anderen kleinen Linksparteien, der Pazifistischen Sozialisten (PSP) und der Radikalen (PPR) sowie des linken Flügels der Sozialdemokraten (PvdA) fürchten.

Auf längere Sicht wird die KPN wohl nicht umhin können, sich zu entscheiden: entweder für die Selbstauflösung bzw. Vereinigung mit den anderen kleinen Linksparteien zu einer „gauchistischen“, linkssozialistischen Partei (die mehr Bewegung als Partei sein würde) oder für eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten. Tatsache ist, daß die meisten ehemaligen „Arbeiterwähler“ der KPN den Sprung zur PvdA schon getan haben und daß die neuen Kader der KPN eher zu einer „kleinen linken Lösung“ neigen. Die Debatte darüber wird jedenfalls in aller Breite geführt werden können: in den Spalten der „Waarheid“, der Parteizeitung, die – so hat es der Parteitag festgelegt – unabhängig von der Parteiführung „ein breites Forum für die äußerste Linke bieten soll“. Erneuerung oder Flucht nach vorne?

Marnix Krop (Amsterdam)



Extremisten und öffentlicher Dienst. Rechtslage und Praxis des Zugangs zum und der Entlassung aus dem öffentlichen Dienst in Westeuropa, USA, Jugoslawien und der EG

von Ernst Wolfgang Böckenförde, Christian Tomuschat, Dieter C. Umbach (Hrsg.)
Nomos Verlagsgesellschaft,
Baden-Baden 1981,
704 S., DM 59,-

Zum erklärten Programm der Regierung Kohl/Genscher/Zimmermann gehörte im Bereich der Innen- und Rechtspolitik von vorneherein die förmliche Distanzierung von einem Vorhaben, mit dem die sozialliberale Koalition noch einmal versuchen wollte, die politischen Folgen jener inzwischen mehr als zehn Jahre alten Verabredung der Ministerpräsidenten der Länder mit dem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt einzugrenzen, die als „Radikalenerlaß“ oder „Extremistenbeschluß“ für die Bundesrepublik Deutschland nicht gerade rühmliche Geschichte gemacht hat. Nachdem alle Ansätze gescheitert waren, Auslegung und Anwendung geltenden deutschen Rechts über die Verfassungstreue im öffentlichen Dienst zu objektivieren und zu vereinheitlichen, beschritt der stark von Gerhart Baum persönlich geprägte Gesetzentwurf der Regierung Schmidt/Genscher den Weg einer Spezifizierung der materiellen Rechtsgrundlagen, indem bei der Beurteilung politischer Betätigung als Dienst-

pfllichtverletzung künftig Art und Ausmaß des Verhaltens sowie die dem Beamten übertragenen Aufgaben zu berücksichtigen sein sollten. Dieser Entwurf, dessen Ablehnung durch den Bundesrat zu erwarten war, wird von der neuen Bundesregierung ausdrücklich nicht weiterverfolgt; statt dessen soll die Praxis der Anwendung des bestehenden Rechts in diesem Bereich noch einmal überprüft werden. Der schon 1979 von Hans Koschnick (als Herausgeber eines gleichnamigen Buches) gefeierte „Abschied vom Extremistenbeschluß“ ist also wieder einmal verschoben worden.

In einer solchen Situation muß eine Studie auf Interesse stoßen, die an einem einheitlichen und damit erst den Vergleich ermöglichenden Muster entlang einmal zusammenstellt, wie sich die europäischen Nachbarn und Partner der Bundesrepublik zu einer Frage verhalten, deren Behandlung durch Deutsche gegenüber Deutschen zu viel voreingenommener Kritik Anlaß gab und gibt. Dabei ist zu beachten, daß immer wieder hervorgehoben, aber ebenso oft vergessen worden ist, daß der „Radikalenerlaß“ vom 28. Januar 1972 kein neues Recht über Verfassungstreue und politisches Verhalten schuf, sondern nur einheitliche Grundsätze für die Anwendung der Gewährbieteklausel der seit Beginn der Nachkriegsära geltenden Beamtenengesetze herzustellen versuchte. Seine positiven Ansätze lagen in der Abkehr von einer kollektiv-pauschalen Betrachtung der Verfassungstreue und der Hinwendung zur persönlichkeitsbezogenen Einzelfallprüfung. Seine negative Folge war die Rechtfertigung der „Regelanfrage“ bei den Verfassungsschutzbehörden

und damit doch wieder eine pauschale Anfangsverdächtigung, die durch das Politikverständnis der Mitarbeiter dieser Behörden nicht gerade objektiviert wurde. Verstärkt wurde dieser Effekt durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Mai 1975, die die eher allgemein gemeinte Treuepflicht zu einer umfassenden besonderen Treuepflicht des Beamten mit ihrem politischen Kern in der gesinnungsmäßigen Bereitschaft zur Identifikation mit dem aktuellen Staat und seiner geltenden Verfassung überhöhte. Die dabei gleichsam nebenbei eingeführte subtile Unterscheidung zwischen materieller Verfassungsfeindlichkeit und förmlich festgestellter Verfassungswidrigkeit hebelte nicht nur das Parteiverbotsverfahren des Grundgesetzes aus, sondern machte auch erst die theoretisch wie praktisch heftig umstrittene Frage möglich, wie weit die schlichte Mitgliedschaft in einer für verfassungswidrig gehaltenen Organisation dem bloßen Haben einer Überzeugung oder schon der Einstellung bzw. Aktivität zuzuordnen ist.

Diese Besonderheiten der deutschen Rechtslage und ihrer Entwicklung einem Außenstehenden verständlich zu machen, ist bereits schwierig. Noch schwieriger muß es sein, von einer derartigen Rechtslage her Vergleiche zu ähnlichen Fragestellungen in anderen Verfassungssystemen zu ziehen. Der von Martin Hirsch angeregten und als Projektleiter betreuten und von Dieter Umbach redigierten Studie ist die Bewältigung dieses Problems dadurch gelungen, daß den an Ort und Stelle eingeholten Antworten der einzelnen für den Vergleich herangezogenen Länder ein Fragebo-

gen zugrunde zu legen war, der nicht bei der simplen Kernfrage verharrete, ob und wie jeweils politischen Extremisten der Weg in den öffentlichen Dienst verlegt wird, sondern das Grundverständnis der Staatlichkeit und der an ihr teilhabenden Bürger ansprach. So entstanden bei aller Unterschiedlichkeit in der Regelung- wie in der Darstellungsdichte in ihren Ansätzen vergleichbare Berichte, die durch eine grundsätzliche Einleitung zur Problematik rechtsstaatlicher politischer Selbstverteidigung aus der Feder von Ernst Wolfgang Böckenförde und einen die Antworten analysierenden Schlußteil über das Spannungsverhältnis zwischen politischer Freiheit und Verfassungstreue in Westeuropa von Christian Tomuschat zusammengespannt und zusammengelassen wurden. Daß diese Studie entgegen den ursprünglichen Plänen so spät herausgekommen ist, erweist sich jetzt als Vorteil: Sie geht nicht mehr unter in der Modeströmung reichlicher Literatur zum Radikalenerlaß im allgemeinen und im besonderen, sondern gibt aus aktuellem Anlaß Stoff für kritische Vergleiche.

Jürgen Jakewitz

Erziehung in Israel

von Walter Ackermann, Arye Carmon und David Zucker (Hg.) Klett-Cotta, Stuttgart 1982, 2 Bände, 1088 S., DM 195,-

„Erziehung in Israel“ ist ein Thema mit Widerhaken. In den späten 50er und frühen 60er Jahren galten israelische Erzie-

hungseinrichtungen jenen als modellhaft, die nach überzeugenden Reformen im westlichen System suchten. Nachahmenswert erschienen vor allem die Kindererziehung und die Schulen in den Kibbuzim. In letzteren wurden basierend auf Ideen von Marx, Freud und Kerschensztainer Lernen und Arbeiten in idealer Weise verbunden. Aber nicht nur in den Kibbuzim hatte die von der jüdischen Arbeiterbewegung getragene Demokratisierung des Bildungswesens Erfolg gehabt; das gesamte israelische Erziehungssystem war geprägt von dem Leitgedanken der „Erziehung zur Gleichheit“, ein in der Französischen Revolution formulierter und hier nun erstmals realisierter Wunsch.

Der „Haken“ bei dieser Erziehung wurde bei diesen überzeugenden Beispielen zunächst nicht sichtbar: Er besteht darin, daß zu diesen vorbildlichen Bildungsangeboten ein Teil der Bevölkerung des Staates Israel nie Zugang erhalten wird und zwar nicht aus Gründen mangelnder Intelligenz, sondern wegen seiner Religions- und Volkszugehörigkeit. Was von den vor allem sozialdemokratischen Pilgern ins Heilige Land vor rund zwanzig Jahren so bewundert und begeistert in die bundesdeutsche bildungspolitische Diskussion eingeführt wurde, war bei genauem Hinsehen nur ein teil-israelisches, ein nur für die jüdische Bevölkerung zugängliches Beispiel.

Was viele Linke in Westeuropa bis zum 6-Tage-Krieg 1967 nicht wahrnahmen, weil sie mit der Abwehr des Alt- und Neonazismus in ihren Ländern hinreichend zu tun hatten und jedes Infragestellen Israels als eine besonders perfide Form des Antise-

mitismus verstehen mußten, war dennoch richtig: in Israel lebten außer Juden auch „Nicht-Juden“, wie die offizielle israelische Statistik christliche und muslimische Araber nennt, und zwar als Bürger minderen Rechts.

Das Werk „Erziehung in Israel“, zweibändig, fast elfhundert Seiten stark, von 23 israelischen und sechs nicht-israelischen Erziehungswissenschaftlern und Bildungspolitikern geschrieben, unter letzteren Hellmuth Becker, Torsten Husen und James C. Coleman, ist geeignet, nicht nur Kenntnisse über das israelische Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung zu vermitteln, sondern es ist wichtig vor allem für das Verständnis der politischen Situation im Nahen Osten.

Die Idee dieser Arbeit basiert auf den Länderexamina der OECD. Mit den Mitteln der Van Leer Jerusalem Foundation und angetrieben von dem nunmehr ehemaligen Direktor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung, Hellmuth Becker, entstand in vierjähriger Arbeit über Israel eine Gesamtschau der leitenden Gedanken und ihrer Realisierung auf den einzelnen Stufen des Bildungswesens dieses Staates. Das Buch erschien zuerst in deutscher Sprache, nicht nur als Verbeugung vor dem Initiator, mehr noch wegen der zahlreichen Verbindungen, die zwischen der deutschen Reformpädagogik und dem deutschen Universitätssystem zu Anfang dieses Jahrhunderts und den Versuchen, vieles davon in Israel umzusetzen, bestehen. Als Folge dieser Systemverwandtschaft erkennt man un schwer viele der in den einzelnen Beiträgen beschriebenen

Probleme als Probleme des heutigen bundesrepublikanischen Bildungswesens wieder: ob es sich um die Gesamtschule, die Integration anderskulturlerter Menschen in ein bestehendes Bildungssystem, die Verbindung von Lernen und Arbeiten oder den „Mut zur Erziehung“ handelt. Manches davon ist in Israel schon überstanden, während wir mit Sicherheit in den nächsten Jahren noch damit zu rechnen haben werden. Schon aus diesem Grund kann es Bildungspolitikern nicht schaden, sich mit gehöriger Aufmerksamkeit diesem Werk zu nähern.

Interessanter – und letztlich erschreckender und für die Zukunft pessimistisch stimmend – ist ein anderes, die Einzeldarstellungen eher nebenbei, aber dennoch unüberlesbar durchziehendes Leitmotiv: Die Beziehungen (oder besser Nicht-Beziehungen) zwischen der arabischen und der jüdischen Bevölkerung Israels und ihre Grundlegung im Bildungswesen. Das israelische Bildungssystem besteht eigentlich aus zwei Systemen, dem jüdisch-israelischen und dem palästinensisch-israelischen. Zwischen beiden bestehen so gut wie keine Verbindungen. Integrationsmöglichkeiten sind lediglich theoretischer Art. So kann zwar ein arabischer Israeli auch eine jüdisch orientierte Schule besuchen wie umgekehrt ein jüdisch-israelischer Jugendlicher auch eine arabische Schule besuchen kann. Nur haben davon z. B. 1969 nur 377 der insgesamt 8 000 arabischen Schüler – aber keine jüdischen Kinder – Gebrauch gemacht.

Wenn auf den mehr als 1 000 Seiten dieser Bände von Integration die Rede ist, so denn auch nur in dem Sinne, die aus Afrika

und Asien stammenden Juden in ein von Europäern und Amerikanern geprägtes jüdisches Bildungs- und Gesellschaftssystem zu integrieren. Hebräisch ist in arabischen Schulen, in denen der Unterricht überwiegend in arabischer Sprache erfolgt, ab der 3. Grundschulklasse Pflichtfach. Arabisch wird in jüdischen Schulen jedoch bestenfalls als Wahlfach angeboten. Dabei sind heute 16 Prozent der Gesamtbevölkerung und 22 Prozent der Schulpflichtigen Palästinenser. Sollte es nicht zu einer Rückgabe der besetzten Gebiete kommen, so würde sich dieser Anteil mehr als verdoppeln. Doch auf den Universitäten, den einzigen Bildungseinrichtungen, die nicht in jüdische und arabische Sektoren getrennt sind, sind nur drei Prozent der Studenten Araber. Ein jüdisch-israelischer Jugendlicher braucht daher keine besonderen Anstrengungen zu unternehmen, um in den ersten zwanzig Lebensjahren keinen gleichaltrigen Arabern zu begegnen und umgekehrt.

Nicht diese Fakten sind es, die bei der Lektüre dieses Werkes erschrecken. Es ist vielmehr die Selbstverständlichkeit, mit der die jüdischen Autoren (22 von 23) das Erziehungswesen als ein jüdisches beschreiben, allein die jüdische Tradition zur Begründung von Gestalt und Inhalt heranziehen und zionistische Ziele unproblematisiert zu Zielen des Gesamtsystems machen.

Daß dabei die Darstellung der traditionell-religiösen Erziehung in den Jeshivot dem Autor, einem Dozenten der religiösen Universität Bar-Ilan, zu einem hymnischen Lobgesang auf jene Sonderrichtungen innerhalb der religiösen Erziehung gerät, deren Absolventen sich in erheblicher

Zahl der Siedlungsbewegung der radikal araberfeindlichen „Gusch Emunim“ anschließen, ist nicht verwunderlich. Denn auch jene Autoren, die wie der Mitherausgeber Arye Carmon, der in Deutschland jüngst einen lesenswerten Vorschlag für ein Curriculum über den Holocaust vorgelegt hat, eher einem liberaleren Lager zuzurechnen sind, gehen wie selbstverständlich von der Richtigkeit einer Apartheid im israelischen Erziehungswesen aus. So benennt Carmon etwa als Hauptfaktoren des israelischen Bildungswesens:

- a) die zentrale Rolle des Studiums in der jüdischen Tradition und Lebensform;
- b) die Funktion der Erziehung in Ideologie und Praxis der zionistischen Bewegung, die sich als eine erzieherische Bewegung betrachtet;
- c) die Erwartung, die eine souveräne, demokratische, moderne und westliche Gesellschaft an ihr Erziehungswesen stellt“.

Mit solchen Leitideen kann sich ein arabischer Bürger Israels nicht identifizieren. So hat denn auch der einzige arabische Wissenschaftler in der Autorenrunde eine schon peinliche Feigenblattfunktion. Zumal er als Beamter des jüdischen Staates Israel zu Loyalität verpflichtet ist und seine Kritik an der araberfeindlichen Politik aller israelischen Regierungen seit Staatsgründung nur zurückhaltend formulieren kann. Über die vielfältigen Formen, in denen Benachteiligung machbar ist und gemacht wird, muß hier nicht im Detail berichtet werden. Es ist in den Bänden nachzulesen: das fängt bei größeren Klassenstärken im arabischen Sektor an, geht über die schlechtere Ausstattung mit Klassenräumen und

Geräten und hört bei der Lehrerausbildung noch nicht auf.

Schlimmer als dies aber ist wohl die völlig unkaschierte Bevormundung der arabischen Seite, wie sie in den Erziehungszielen, vom Erziehungsministerium 1975 zum einen für den jüdischen, zum anderen für den arabischen Sektor formuliert, zum Ausdruck kommt.

Ziel der Erziehung im arabischen Sektor soll sein, die Jugendlichen „auf das Streben nach Frieden zwischen Israel und seinen Nachbarländern und auf die Liebe zur Heimat, die allen Bürgern des Staates gemeinsam ist“, hin zu erziehen. Den jüdischen Kindern hingegen wird Israel als das Land ihrer Väter, das ihnen von Gott zugesprochen worden ist, als Erez-Israel hingestellt. Und die Passage über das Streben nach Frieden zwischen Israel und seinen Nachbarländern fehlt in den Leitsätzen für den jüdischen Sektor gänzlich. „Das“, so der arabische Autor, „erweckt den irrtümlichen Eindruck, als ob das arabische Kind zu Kampf und Streit geneigt ist, während das jüdische Kind von Natur friedliebend ist“.

Aus solchen Passagen wird verständlich, warum eine Verständigung im Nahen Osten schwer, wenn nicht unmöglich ist. Ein Erziehungssystem, das für die Bewohner desselben Staates keine Chancen zur Integration läßt, wenn sie unterschiedlichen Religionen und Völkern angehören, sondern die Spaltung inhaltlich und organisatorisch forciert, muß zu Feindschaft als Folge der Unwissenheit übereinander führen. Sehr sanft haben in ihrem abschließenden Beitrag Hellmuth Becker und Ludwig Liegle auf diese Gefahr hingewiesen. Sie haben sich deutliche-

re Hinweise ersparen können, weil die ideologische Einseitigkeit der jüdisch-israelischen Autoren unüberlesbar ist. Da die notwendigen Fakten in hinreichender Ausführlichkeit dargestellt werden, ist die Lektüre dieses Werkes trotzdem nützlich, ja wichtig. Denn wer die Jugend hat, hat die Zukunft. Und wie denkt die so erzogene Jugend? Schmuël Toledano, ehemaliger liberaler Abgeordneter im israelischen Parlament, berichtete kürzlich nach einem Besuch in einer Vorortschule von Tel Aviv, daß nach Angaben des Direktors 80% der Schüler die Vertreibung aller Araber aus dem Lande befürworteten. Das Werk zeigt schlüssig, wie solche Ergebnisse erreicht werden können.

Christoph Ehmann

Einmal Legionär
von Philip Rosenthal
Albrecht Knaus Verlag,
Hamburg 1981, 288 S., DM 32,-

Bücher von Bundestagsabgeordneten gehen mit Leichtigkeit in die langen Listen von Neuerscheinungen ein, die in irgendeiner Weise zur Politischen Bildung (mit großem P) beitragen. Selten ist's und fast abwegig scheint's, daß ein MdB ein Buch schreibt, das nicht in der (verdienstvollen) Wochenzeitung „Das Parlament“ zur Rezension kommt. Es kann aber vorkommen, und zwar dann, wenn es sich um ein Buch handelt, das weder primär noch sekundär politisch aussieht – oder auszusehen scheint. Es ist da Täuschungsmöglich. Schon der Titel vermag es, die politischen Literaturbe-

obachter auf die falsche Schiene zu setzen: Heißt das Buch z. B. „Einmal Legionär“, dann kommt es als Politbuch erst gar nicht zum Zuge – ist ein Sachbuch, Erlebnisbericht, Abenteuerbuch. Und das alles sind sie ja auch, aber eben nur auch, Philip Rosenthals Erinnerungen an seine Zeit als Fremdenlegionär.

Ein Stück Zeitgeschichte sind sie zudem, aber freilich eins von jenen kleineren Mosaiksteinen, aus denen sich auch eine große Zeit am Rande zusammensetzt. Die Hitlerzeit hat viele das Leben gekostet und so manchen Lebensplan durchkreuzt. Durch den des jungen Philip Rosenthal machte sie einen balkendicken Strich. Was Philip in seinem Legionärsbuch vorführt, zeigt, wie er den Balken übersprang. Er war sehr, sehr jung, als er, die Oxford-Uni eben mal schwänzend, beim deutschen Überfall auf Polen 1939 (dem Beginn des 2. Weltkriegs) seine Mutter in Frankreich besuchte, die wie er das liebe deutsche Vaterland, in dem die Rosenthals einen Namen hatten, wegen Gefahr für Leib und Leben verlassen mußte. Da gab es für ihn nur eins: Gegen den Todfeind kämpfen, und das nicht im übertragenen, sondern im tatsächlichen Sinne des Wortes. Da ihm der englische Konsul von längeren Wartezeiten sprach, fuhr Philip schnell entschlossen nach Marseille und meldete sich zur Legion.

Die Legion dämpfte die Hoffnung auf Kampf in brutalerem Maße als der englische Konsul: Der junge Legionär wurde gleich fürs erste ins Legionsgefängnis gesperrt, zusammen mit drei andern Novizen; wobei alle vier sich nicht das Geringste hatten zuschulden kommen lassen. Ein-

gesperrt, um allen Neuen zu zeigen, was ihnen in der Legion blüht, in der ihnen zwar nicht das Genick, aber jede Regung von Selbständigkeit vorbeugend gebrochen, jeder Anflug von Unmut gegenüber dem Kadavergehorsam zerstampft wird. Philip Rosenthal kam nach Afrika, in die Sahara statt an eine Front in Europa und mußte nicht nur diese Enttäuschung in sich hineinfressen, sondern auch die über die Legion und ihren Stumpfsinn. Den schildert er mit der für ihn typischen Mischung aus Ingrimm und Heiterkeit. Auch das unerträglich Lästige und noch das Qualvolle dreht er so, daß dem Leser doch noch dann und wann ein Lächeln auf die Lippen kommt. Und wenn es auch für ihn selber für lange Zeit nichts zu lachen gab, so lachte er schließlich dennoch darüber, daß es nun statt der Front nicht mal Abenteuer, sondern nur Monotonie gab, entsetzliche Monotonie. Philip Rosenthal ist kein Schriftsteller und schon gar nicht ein Dichter; es gelingen ihm aber Verdichtungen hochkomprimierter Art in einem Satz wie diesem: „Wenn uns zuweilen der Nachthimmel mit Scheu erfüllt, weil wir nichts darin sehen, was zu uns in unmittelbarer Beziehung steht, dann gilt das doppelt für die Wüste, wo um uns wie über uns nichts vorhanden ist als Leere.“

Da erzählt er denn auch ohne Monotonie, wie er mit den anderen Legionären herumgeschleift wurde. Nur, das Prinzip der Legion, den Menschen zu brechen, das verfiel bei ihm nicht. Philip Rosenthal wurde „ein guter Legionär“ und gehörte bald zu jenen, die, zäh allen Schikanen trotzend, sich so etwas wie die Hochachtung ihrer von ihnen

verachteten Vorgesetzten erwarben. Das war eine körperliche, das war zuallererst eine moralische Leistung. Dem, der sie noch kannte, kommt hier die Erinnerung an eine Zeit, in welcher so mancher in Deutschland den „Judenjungen“ für einen Schlappschwanz hielt (und diese Blödsinnigkeit grassiert ja wohl immer noch oder schon wieder): Philip Rosenthal liefert da, wo er direkt seine „Haltung“ gegenüber den Erniedrigungsversuchen durchscheinen läßt, einen Beitrag zur antirassistischen politischen Bildung von erster Ordnung.

Dreimal ist er von dieser menschenschinderischen Legion getürmt, aber nicht bloß, um von ihr wegzukommen, sondern um endlich nach Europa und zum Kämpfen zu kommen. Zweimal wurde er wieder eingefangen und mußte bitter beißen. Nach dem dritten Mal ging er in Gibraltar an Land. Falsche Papiere spielten die Hauptrolle bei der Flucht, und jeder Ex-Exilierte denkt heute noch mit Genugtuung daran, daß es damals in Europa noch keine Fälschungssicheren Ausweise gab. (Und wenn es nun auch kein Thema mehr für die politische Bildung ist, weil uns die Fälschungssicheren sicher sind, so sei doch die Frage angetippt, was einmal werden soll, wenn es, so unwahrscheinlich das scheint, einer terroristischen Minderheit gelingen sollte, die Macht zu ergreifen – mit falschen Papieren jedenfalls wird dann keinem Widerständler zu helfen sein.)

Philip Rosenthal hat in einer Reihe eigentlich aussichtsloser Lebenslagen unerhörten persönlichen Mut bewiesen. Aber das ist nicht das Eigentliche. Was den Wort dieses Buches ausmacht,

was es für eine vertiefte politische Bildung geeignet macht, was es über die Masse von Erlebnisbüchern und Zeitschilderungen hinaushebt – das ist das in der Gegenwart und vielleicht noch mehr für die Zukunft maßstabgebende Bild des auch in der unmenschlichsten Umgebung intakt, solidarisch, menschlich bleibenden Menschen. Es steht der ganzen sozialdemokratischen Bundestagsfraktion gut an, daß einer ihrer Angehörigen dieses Buch geschrieben hat.

Hermann Bortfeldt

Tagebücher 1940–1943

von Thomas Mann

hrsg. von Peter de Mendelssohn
S. Fischer Verlag, Frankfurt/
Main 1982, 1200 S., DM 94, –

Die politischen Katastrophen, auf die Thomas Mann in den Tagebüchern der späten dreißiger Jahre mit Zorn und Erbitterung, Depression und Arbeitsunfähigkeit reagiert hatte, steigern sich im Folgeband, der die Jahre 1940 bis 1943 umfaßt, in dramatischer Weise: Einmarsch der Deutschen in Holland, Belgien, Luxemburg und Frankreich, Okkupation Dänemarks und Norwegens, schließlich die drohende Niederlage Englands – „Scham, Gram und Haß dieser Tage“, so eine Aufzeichnung vom 22. Mai 1940, „werden unvergessen bleiben; sie sind kaum zu ertragen“.

Nach dem Zusammenbruch Frankreichs, der „armseligen umkehrenden Repetition“ des Waffenstillstandes von 1918 in Compiègne, wachsen Ängstlichkeit und Pessimismus noch. An den Widerstandswillen der Vereinigten Staaten, deren innerer

Zustand Thomas Mann „höchst unheimlich an das Deutschland von 1932“ erinnert, von deren – von ihm verzweifelt ersehnten – Kriegseintritt er sich den „fast sofortigen Sturz des Nazi-Regimes... vielleicht mit dem Vorspiel einer Revolution in Italien“ erhofft, glaubt der seit 1938 in Princeton Ansässige im Grunde nicht mehr; Japan wird als nächste Zuflucht erwogen. Gleichwohl: Daß „Hitler nicht siegen und nicht als verkürter Friedensfürst die von ihm geordnete Welt regieren wird, bleibt irrationale Überzeugung“ heißt es am 18. April 1941 und, in abgewandelter Formulierung, noch mehrfach in diesen Jahren.

Auftrieb gibt dieser Überzeugung neben Churchill, in dem Thomas Mann den kraftvollen Rhetor, „Kriegertum, kombiniert mit literarischer Kultur“ verehrt, vor allem Roosevelt, dessen Wiederwahl zum Präsidenten am 6. November 1940 als „die erste Freude, der erste Sieg seit mehr als 7 Jahren, die nichts als Enttäuschung und Grauen brachten“, gefeiert und – nicht zu Unrecht – für kriegsentscheidend gehalten wird. Thomas Mann gratuliert telegraphisch, er wird ins „White House“ eingeladen und am 14. Januar 1941 von Roosevelt empfangen: „Ergriffen von seiner Gegenwart. Lebhaftes Gespräch. Hauptthema seiner Inaugurationsrede: Der politische-moralische Gesichtspunkt vor dem ökonomischen“ vermerkt das Tagebuch. Heinrich Mann, der ältere Bruder und „Zivilisationsliterat“ aus den „Betrachtungen eines Unpolitischen“ von 1918, dessen Position der jüngere jetzt übernimmt, hat die Verbindung von Geist und Macht in beiden Staatsmännern in seiner 1944 beendeten Autobiographie

„Ein Zeitalter wird besichtigt“ ebenso gerühmt.

Roosevelt rief nach dem Fall Frankreichs ein Beratergremium ins Leben, auf dessen Empfehlung Gefahrenvisa zur Einreise in die USA ausgestellt werden konnten. Vorschlagsberechtigt war hier vor allem das „Emergency Rescue Committee“, für das Erika und Thomas Mann, Hermann Kesten und Hans Sahl arbeiteten: „Klaus bemerkt“, so lautet eine Notiz vom 13. Juli 1940, „die Emigranten gleichen einer Nation, die mich als ihren Gesandten betrachtet. Es scheint selbstverständlich, daß jeder sich an mich wendet.“ Dank der Tätigkeit dieses Komitees konnten mehr als tausend Emigranten aus dem unbesetzten Süden Frankreichs vor der Auslieferung an die Gestapo gerettet werden. Den aus der Memoirenliteratur des Exils vertrauten abenteuerlichen Fluchtweg – zu Fuß über die Ziegenpfade der Pyrenäen nach Spanien, und von dort über Lissabon nach den Vereinigten Staaten – nahmen beispielsweise Lion Feuchtwanger, Walter Mehring, Franz Werfel, Heinrich und Golo Mann.

Das Ausmaß der deutschen Emigration nach Amerika veranschaulichen diese Tagebücher übrigens allein durch die lakonische Aufzählung der Gäste, die Thomas Mann – vor allem nach seiner Übersiedelung in die „Sonnen-Palmen-Hügel-Landschaft“ Kaliforniens – bei Tisch- und Abendgesellschaften trifft, auf recht einprägsame Weise: Horkheimer und Adorno, Bruno Walter und Lotte Lehmann, Bruno Frank, Alfred Döblin und Leonhard Frank –, die Reihe läßt sich sehr leicht und sehr lange fortsetzen.

Manns Politikverständnis

erscheint in diesem Band, bedingt durch die Entfernung vom europäischen Kriegsschauplatz wie die Unkenntnis der amerikanischen Verhältnisse, in schärferem Licht als bisher. Wenn er etwa mit Ludwig Marcuse und Frau wenige Wochen vor dem Einfall der Deutschen in Rußland über das „offenbar bevorstehende Vollbündnis Hitler-Stalin“ spekuliert, oder wenn am 15. Februar 1943 ein „Buffet-Dinner zu ca. 18 Personen“ bei Heinrich Mann Amerikanisches beredet, nämlich die dort, „wie einigen scheint, unvermeidlich bevorstehende faschistische Revolution –, die dann von einer sozialistischen gefolgt sein mag“, so erscheint dies alles ziemlich abwegig, zumindest von heute aus gesehen. Denn ob solche Diskussionen auf einem – wenigstens damals realen – Unterbau aus Zeitungsberichten oder Kommentaren beruhen, ob sie Reflex einer zeitgenössischen öffentlichen Diskussion sind, vermag der Leser nicht zu beurteilen; die ansonsten so gründlichen Anmerkungen lassen ihn hier völlig im Stich. Deutlich wird indes, doch dies ist keine Überraschung, das weniger analytische als intuitive Verständnis von Politik, dem Thomas Mann zuneigt. Er bevorzugt die große, allesumfassende geistesgeschichtliche Linie; gegenüber Deutschland, auf das er naturgemäß besonders reizbar reagiert, fällt der Gebrauch religiöser oder doch moralischer Kategorien wie Schuld und Sühne, Verschuldung und Strafe auf.

Wichtiger als alle falschen oder richtigen politischen Erkenntnisse und Prognosen, jedenfalls im Nachhinein, ist indes das Werk, das in diesen Jahren entsteht: Der vierte und letzte Band des

„Joseph“, ein „Monument der Beharrlichkeit“, „Das Gesetz“ und „Die vertauschten Köpfe“; vor allem aber der Roman „Dr. Faustus“, über dessen Anfänge das Tagebuch ausführlicher als bislang gewohnt berichtet und damit einen faszinierenden Einblick in Thomas Manns Arbeitsweise gibt.

Ausgesprochen erfrischend schließlich ist der Vergleich zwischen den abgezirkelt-präzisen und vor lauter Lebenswürdigkeit kaum noch lesbaren Briefen an die „Liebe, gute, verehrte Freundin“, an die „Fürstin“ Agnes E. Meyer, Gattin des Herausgebers der „Washington Post“ und großzügige Gönnerin Thomas Manns, mit den entsprechenden Tagebucheinträgen: Hier erscheint sie als die „beschwerliche Geist-Pute in Washington“, die den Autor mit dummen, empörenden und taktlosen Briefen verfolgt und tyrannisiert. Freilich: „Ihre Ehrfurcht spricht für sie.“ *Theo Meyer-Ewert*

Kultur und Politik in der DDR.
Ein historischer Abriss
von Manfred Jäger
Verlag Wissenschaft und Politik
Berend von Nottbeck, Köln
1982, 208 S., DM 16,80

Wenn Karl Marx' Wort aus dem 18. Brumaire, daß die proletarische Revolution sich unablässig selbst kritisieren müsse, auch für die Künstler im Sozialismus gelten sollte, dann hat sich die DDR in ihrer Kulturpolitik immer unmarxistisch verhalten. So kurz und klar könnte das Resümee lauten, das sich nach der Lektüre von Manfred Jägers hi-

storischem Abriss über „Kultur und Politik in der DDR“ ziehen läßt. Mir ist kein anderes Buch zum Thema bekannt, das so präzise informiert, so gut geschrieben ist und zugleich mit so vielen erhellenden Zitaten die Geschichte des kulturpolitischen Elends beschreibt, das sich im anderen deutschen Staat abspielt hat und noch immer abspielt.

Manfred Jäger unterteilt die Geschichte der DDR-Kulturpolitik in sieben Kapitel. Nach dem „antifaschistischen Neubeginn“, der noch vor der eigentlichen DDR-Gründung lag, folgte die Ideologisierung der Kunst bis 1953 als zweite Stufe. Dann kamen „Krisen und Kursschwankungen“ nach dem Tode Stalins, der „Bitterfelder Weg der schreibenden Arbeiter“ als DDR-Spezifikum des „sozialistischen Realismus“, die Repression in Ulbrichts letzten Amtsjahren, danach „Honeckers begrenzte Abkehr von alten Tabus“ und schließlich die seit der Biermann-Ausbürgerung auch unter dem neuen Staatsratsvorsitzenden deutlich gewordene Willkür gegen unliebsame Autoren. In all diesen kurzen Abschnitten der DDR-Kulturpolitik aber galt, selbst wenn es zu kurzen Irritationen kam, der Primat der Partei: In erster Linie habe der Künstler nicht Künstler, sondern Genosse zu sein. Nie gab die SED Genehmigungs- und Kontrollverfahren aus der Hand, sondern sie verfeinerte dieses Instrumentarium ständig – bis unter Honeckers Ägide sogar die Veröffentlichung von Werken im Westen ohne vorherige Genehmigung zum Straftatbestand avancierte. Honeckers Abkehr von alten Tabus war tatsächlich nur „begrenzt“.

Erich Honecker war noch unter Ulbricht ZK-Sekretär für Sicherheitsfragen geworden und so hatte auch er sich frühzeitig mit dem abweichenden Verhalten der Kunstschaffenden auseinandersetzen. Originalton Honecker aus dem Jahre 1965: „Wollen wir die Arbeitsproduktivität und damit den Lebensstandard weiter erhöhen, woran doch alle Bürger der DDR interessiert sind, dann kann man nicht nihilistische, ausweglose und moralzersetzende Philosophien in Literatur, Film, Theater, Fernsehen und Zeitschriften verbreiten. Skeptizismus und steigender Lebensstandard beim umfassenden Aufbau des Sozialismus schließen einander aus.“

Diese „kräftigen Worte“, schreibt Jäger, „stammen eigentlich aus einem ‚rechten‘ Vokabular: nihilistisch, ausweglos, zersetzend. Letztlich handelte es sich um lauter undefinierte Schimpfwörter.“ Aber aus dem Honecker-Zitat des Jahres 1965 lassen sich doch zumindest einige Denk- und Verhaltensstrukturen des Ulbricht-Nachfolgers in den Endsiebziger- und Achtziger Jahren ableiten, Honecker fühlte sich bei seiner Konzentration auf die Steigerung des Lebensstandards offenbar durch Kritik aus Künstlermund – die sich gar nicht gegen ihn und seine dankenswerte Politik richtete – tief getroffen. Diese mangelnde Souveränität, das Wagenburg-Denken der SED hat den Spielraum für künstlerische Freiheiten in der DDR oft noch stärker eingeschränkt, als das in anderen Ostblock-Staaten der Fall war. Jäger zitiert aus einer in der Bundesrepublik bislang wenig beachteten Ausgabe der Zeitschrift „Weimarer Beiträge“ von 1979, in der Absolventen des

Leipziger Literatur-Instituts bekannten, daß sie ihre literarischen Vorbilder nicht in der DDR, sondern in weiterer Ferne suchten und daß sie die Nöte des Individuums mehr bewegten als die wohlthönenden Zukunftsversprechen der Partei. Sogar eine Stimmung der Verlorenheit breitet sich aus, wenn man dem DDR-Autor Uwe Kolbe folgt, der davon spricht, daß „diese Generation völlig verunsichert ist, weder richtiges Heimischsein hier noch das Vorhandensein von Alternativen anderswo empfindet“.

Daß prominente Autoren ihre Werke in der DDR nicht veröffentlichten dürfen, daß aber der Nachwuchs sich dermaßen kritisch und skeptisch äußern kann, ist mit ein Beleg für die von Jäger verfochtene These, daß in der Honecker-Ära „an die Stelle ideologischer Eindeutigkeit eine Art pragmatischer Willkür“ getreten sei. *Ernst Ellitz*

Projekt Afrika.

von Lenelotte von Bothmer
Arena Verlag, Würzburg 1981,
158 S., DM 18,80

Der Versuch, heute in einem Afrika-Buch eine zutreffende Beschreibung und gültige politische Analyse des ganzen komplexen afrikanischen Kontinents zu geben, erschiene vermessen. Doch Lenelotte von Bothmer geht dieses Risiko in ihrem Buch gar nicht ein. Zwar wendet sie sich in acht Kapiteln einem breiten Spektrum von Themen, Dimensionen und Ländern Afrikas zu, von Geschichte und Zeitschichten über Fragen der internationalen Wirtschaftskooperation

und Entwicklungshilfe bis zur Problemstellung genuiner kultureller Identität.

Aber dieses Buch ist eigentlich kein Sachbuch, sondern eine sehr subjektive und engagierte Wiedergabe von Gesehenem, Gehörtem, Erlebtem, Gelesenem und der daraus gewonnenen Einsichten. Dieses fast impressionistische Skizzieren komplexer und manchmal in sich widersprüchlicher Situationen macht den Leser in gutem Sinne neugierig, mehr zu erfahren und nach Deutungen zu suchen. Die Autorin läßt manche von ihr formulierte Fragestellung offen, sie flüchtet nicht zu bequemen und einfachen politischen oder entwicklungspolitischen Rezepturen.

Lenelotte von Bothmer ist von 1969 bis 1980 Abgeordnete des Deutschen Bundestages gewesen. Entwicklungspolitik, Außenpolitik und insbesondere Afrikapolitik waren dort ihre speziellen Arbeitsfelder. Sie ist der Opposition, aber auch der eigenen SPD-Fraktion und der Bundesregierung manchmal recht unbequem geworden, wenn sie in Sachen Befreiung der portugiesischen Kolonien, Zimbabwes, Namibias und Südafrikas immer um einige Jahre zu früh und immer taktisch unverblümt das Richtige sagte. Wer aber vermutet, daß die Autorin ihren Frust jetzt in diesem Buch verspätet aufarbeitet, geht fehl. Eine kämpferische Haltung und Selbstkritik sind geblieben, aber viel Nachdenklichkeit und Verständnis für kontroverse Interessenlagen sind hinzu gekommen. „Für alle Länder der Dritten Welt gilt, daß seit ihrer Unabhängigkeit zwei Dinge für sie vordringlich sind: die eigene Wirtschaft allmählich zu einer tragfähigen Grundlage des Staates auszubauen und

zweitens die Menschen dafür auszubilden, die diese Grundlage erarbeiten können.“ Diese Formulierung der Autorin gibt eine Position wider, wie sie von aufgeklärten Meinungsführern der deutschen Exportindustrie nicht anders eingenommen wird.

Die Autorin koloriert ihr differenziertes Afrikabild weder schwarz-weiß noch schwarz-rot. Sie vermutet nicht hinter jedem afrikanischen Kritiker der Industrieländer einen Kommunisten; sie sieht aber auch nicht in jedem Fehler und Versagen einer afrikanischen Regierung oder Führungsgruppe nur das schwere Erbe des Kolonialismus. Neben dem unbestreitbaren Tatbestand historischer und zeitgenössischer Ausbeutung und Unterdrückung afrikanischer Länder wie Völker durch die nördlichen Industrienationen kommen auch genuine afrikanische Fehlleistungen und Mißstände in diesem Buch vor.

Diese bewußt subjektiv gefärbten Einsichten, Eindrücke, Reiseerinnerungen und Gesprächsnotizen formuliert von Bothmer in klarer, unkomplizierter und jedes Fachvokabular vermeidender oder erklärender Sprache. Sympathie für die Menschen, Völker und Kulturen Afrikas, aber wohl auch für die Schwachen und Ausgebeuteten unter ihnen scheint stets durch – und Verständnis für ihre Fehler und Mängel auch dann, wenn diese kritisiert werden.

„Projekt Afrika“ ist also kein „Sachbuch“ für Politologen, Soziologen oder für Mitglieder unserer Entwicklungs-Mafia. Fast am Schluß schreibt von Bothmer: „Auf einander hören, einander gelten lassen aber, könnte Brücken schlagen“. Dieses Buch könnte und sollte auch Brücken schlagen zu unserer jun-

gen Generation in Sachen Afrika, denn das Buch gibt ein gutes „feeling“. Und das Buch könnte Brücken schlagen zu jenen, die sich bisher selten oder nicht mit der Dritten Welt befaßt haben, aber sensibel sind für neue politische Herausforderungen. Wenn sich aber doch Dritte-Welt-Experten an diesem Buch vergreifen, werden sie mit Gewinn und nachhaltig daran erinnert werden, daß Entwicklungspolitik nicht nur Sache ist, sondern auch das sehr empfindliche Verhältnis zwischen Menschen und Völkern betrifft.

Dieter Bielenstein

Afrika den Afrikanern! Aufzeichnungen eines Nama-Häuptlings aus der Zeit der deutschen Eroberung Südwestafrikas 1884–1894 von Hendrik Witbooi
Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 1982,
212 S., DM 29,80

Sendungsbewußtsein, Selbstgerechtigkeit und Heuchelei sind vorherrschende Merkmale in der Rhetorik von kolonialen Eroberern, und dies um so stärker, je schwächer die rechtlichen Grundlagen für den kolonialen Anspruch waren. Typische Instrumente der klassischen kolonialen Inbesitznahme waren sog. Schutzverträge, die den traditionellen Autoritätsträgern mehr oder weniger aufgezwungen wurden und dazu dienten, die eigentlichen Besitzer des Landes langsam zu erdrosseln. Scheinheilige und verlogene Argumentation, das Ausspielen der einheimischen Volksgruppen gegeneinander und die Salami-

Taktik, aus Verbündeten Schutzabhängige und aus Schutzabhängigen rechtlose Untertanen zu machen, die man beliebig enteignen kann, finden sich überreichlich auch in den schriftlichen Zeugnissen auf der Seite der entstehenden deutschen Kolonialverwaltung in Südwestafrika.

Sendungsbewußtsein, Selbstgerechtigkeit und Heuchelei kennzeichneten aber auch die Haltung einheimischer Eroberer, die durch Übernahme der Waffen und z. T. auch der Ideologie der europäischen kolonialen Mächte versuchten, sich im Windschatten der kolonialen Expansion ihre Reiche zu zimmern, bis sie selber mit der vorrückenden Kolonialmacht zusammenstießen. Die Briefe und Aufzeichnungen des „Hottentotten“- (Nama-) Häuptlings Witbooi sind ein faszinierendes Zeugnis für die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen sich in dieser frühkolonialen Situation eine politische Führerpersönlichkeit entwickeln konnte, jedoch trotz aller Anstrengungen und Fähigkeiten schließlich scheitern mußte.

Ähnlich wie die großen Führerpersönlichkeiten Samory in Westafrika, der Mahdi im Sudan und der Zulu-Häuptling Chaka nutzte dieser „Westentaschennapoleon“ die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umwälzungen der beginnenden Kolonialisierung für seinen Aufstieg, wurde jedoch unvermeidlich in den Konflikt mit der vorrückenden kolonialen Großmacht gezwungen, einen Konflikt, dessen Notwendigkeit er früher erkannte und realisierte als die anderen „Zaunkönige“ der Region. In einer gewissen Phase der Entwicklung versuchte Witbooi die anderen Unterstämme der Nama,

aber auch die mit ihnen mehr feindlich als friedlich zusammenlebenden Hereros zu einer großen Allianz gegen die vordringenden Deutschen zu einen, allerdings ohne Erfolgsaussicht, da er sich durch seine früheren Ansprüche auf Oberherrschaft bei den anderen verdächtig gemacht hatte.

Mit großem diplomatischen Geschick versteht er es, in seinem Briefwechsel mit Nama- und Herero-Häuptleuten eine Balance zwischen seiner Bereitschaft zum Dialog und der Aufrechterhaltung seines Vormachtanspruches herzustellen. Auch gegenüber den Exponenten der Kolonialverwaltung findet er zuweilen zu einem fast freundschaftlichen Verhältnis, wobei er gleichzeitig seine Bereitschaft zu friedlichem Nebeneinander wie auch zur gewaltsamen Abwehr von Übergriffen von Seiten der Siedler und Kolonialbeamten deutlich zu erkennen gibt. Dagegen ist festzustellen, daß auf Seiten der kolonialen Administration mit wenigen Ausnahmen keine Bereitschaft erkennbar war, einen Frieden mit diesem sich anbietenden Partner zu schließen. Verfolgt wurde auch hier die Strategie der Indianer-Kriege, des schrittweisen Zurückdrängens, der anschließenden Unterordnung und schließlich der Vernichtung. Nach seiner militärischen Niederlage hat sich Witbooi wohl noch einige Jahre in der Illusion gewiegt, in einer halbkolonialen Beziehung weiterleben zu können. Erst der Herero-Aufstand, den er zunächst als Bundesgenosse des Deutschen Reiches mitbekämpfte, öffnete ihm wohl endgültig die Augen und brachte ihn zu der Erkenntnis zurück, die er bereits über zehn Jahre früher gewonnen hat-

te, nämlich, daß es mit dieser Kolonialmacht keine Koexistenz geben konnte, es sei denn die Koexistenz der Arbeitssklaven mit ihren weißen Herren, wie sie schließlich realisiert wurde und als System der Apartheid bis heute wirksam geblieben ist.

Witbooi war sicherlich nicht der einzige, auch in dieser Region, der in Widersprüche von abhängiger politischer Entwicklung und antikolonialem Widerstand verwickelt war, doch vermag er es eindrucksvoll, seine Position als Vertreter einer ganzen Generation von schon nicht mehr traditionellen, aber auch noch nicht von europäischer Sozialisation deformierten politischen und militärischen Führern afrikanischer Völker zum Ausdruck zu bringen.

In einem unabhängigen Namibia werden die Nachfahren Witboois bzw. die Nachkommen der von der deutschen Kolonialgruppe fast vernichteten Nama-Stämme wohl keine überragende politische Rolle spielen können. Dafür ist ihre demographische Bedeutung zu gering. Mit Sicherheit jedoch gehört der schriftgewaltige Staatsmann Hendrik Witbooi zu den Helden, aus denen eine dann möglicherweise entstehende namibische Nation ihre Identität begründen kann.

Bernhard Zimmermann

Der Palme-Bericht. Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit. „Common Security“

Vorwort zur deutschen Ausgabe von Egon Bahr, Verlag Severin und Siedler, Berlin 1982, 224 S., DM 16,80

Es fehlt bekanntlich nicht an klugen Analysen und gutgemeinten Vorschlägen zum Thema Abrüstung und Sicherheit. Versucht man, Analysen und Vorschläge auf einen Nenner zu bringen, so fällt ein gravierender Mangel auf: Es fehlt an Problemlösungsvorschlägen, die hinreichend durchdacht und zwischen Ost und West politisch konsensfähig sind bzw. konsensfähig gemacht werden können. Zwischen Ost und West einigungsfähig sind Vorschläge, die nicht den Weg der Vergangenheit suchen, nämlich Sicherheit zu Lasten des anderen anzustreben, sondern nach Lösungswegen suchen, die die Idee der gemeinsamen Sicherheit umsetzen. Diese gemeinsame Sicherheit verlangt das Umdenken, den Gegner als Partner zu akzeptieren. Hier liegt das bislang Einzigartige des Palme-Berichts. Zum ersten Mal sind in den Ost-West-Beziehungen gemeinsame Analysen vorgenommen worden, und zum ersten Mal sind Maßnahmen vorgeschlagen worden, die dem Grundsatz verpflichtet sind: In unserer Zeit gibt es keine Sicherheit für den einen auf Kosten des anderen. Hier setzt der Bericht der sogenannten Palme-Kommission an, wobei als Grundsätze gemeinsamer Sicherheit insbesondere genannt werden:

- ▼ Alle Nationen haben ein legitimes Recht auf Sicherheit;
- ▼ militärische Gewalt ist kein legitimes Mittel zur Lösung zwischenstaatlicher Kontroversen;
- ▼ Zurückhaltung ist als Ausdruck nationaler Politik notwendig;
- ▼ Sicherheit kann nicht durch militärische Überlegenheit erreicht werden;
- ▼ Reduzierungen und qualitative Beschränkungen von Waffensy-

stemen sind für die gemeinsame Sicherheit notwendig.

Die Mitglieder der Palme-Kommission, der u. a. Georgij Arbatov aus der Sowjetunion, Józef Cyrankiewicz aus Polen, C. B. Muthamma aus Indien, David Owen aus Großbritannien, Jopp den Uyl aus den Niederlanden, Cyrus Vance aus den USA und Egon Bahr aus der Bundesrepublik unter Vorsitz des derzeitigen schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme angehörten, wollten zweierlei: Einmal sich darüber verständigen, was die Bedingungen und Gefahren unserer Zeit sind. Dazu bedurfte es einer Analyse der internationalen Politik. Daraus abgeleitet sollte ein Aktionsprogramm aufgestellt werden, das einigungsfähig ist. Die Mitglieder der Palme-Kommission haben keine Schuldzuweisungen vorgenommen, sie haben auch keine Analyse der Ursachen der heutigen Situation vorgenommen. Egon Bahr sagt im Vorwort zur deutschen Ausgabe, daß der vorliegende Bericht auch deshalb Seltenheitswert besitze, weil es nun für die Analyse der Weltsituation, der wichtigsten Aufgaben und ihrer möglichen Lösungen einen vereinbarten Text gibt. Dies ist eine große Hilfe. Der Palme-Bericht schlägt in seinem praktischen Teil vor: An den Grenzen zwischen NATO und Warschauer Vertragsorganisation soll eine 300 km tiefe Zone gebildet werden, in der keine taktischen Atomwaffen stationiert werden dürfen. Der andere Europa betreffende Punkt: eine chemiewaffenfreie Zone zielt auf die Abschaffung von Gefechtsfeldwaffen mit massenvernichtender Wirkung. Weitere Vorschläge sind u. a. ein umfassender Teststopp, Verbot von Anti-Satelli-

tensystemen, Einhaltung des Vertrages über das Verbot der Weiterverbreitung von Atomwaffen. In bezug auf die Genfer INF-Verhandlungen wird ein sowjetisch-amerikanisches Abkommen über ein ungefähres Gleichgewicht atomarer Mittelstreckenwaffen vorgeschlagen auf einem Niveau, das der NATO den Verzicht auf eine neue Ära atomarer Mittelstreckenraketen in Europa ermöglicht.

Einen Vorschlag Egon Bahrs hat die Kommission zwar behandelt, aber nicht verabschiedet: Alle Atomwaffen aus den Staaten in Europa abzuziehen, die nicht über sie verfügen. Wobei als erste Voraussetzung gilt, auf dem Gebiet der konventionellen Streitkräfte ein annäherndes Gleichgewicht zwischen NATO und Warschauer Pakt herzustellen.

Zweitens sollen die beiden Bündnisse mit ihren Verpflichtungen und Garantien unverändert bleiben. Egon Bahr hat diesen seinen Vorschlag nicht zur Abstimmung gestellt, weil abzusehen war, daß die Atommächte einen solchen Vorschlag nicht mittragen würden.

Die Palme-Kommission hat keinen Zweifel daran gelassen, daß man bei der Realisierung der Vorschläge von den heutigen Bedingungen auszugehen habe. Dazu gehört insbesondere die Organisation der Staaten in unterschiedlichen Militärkoalitionen. Dazu gehört auch, daß es unterschiedliche Interessenlagen gibt zwischen Nuklearstaaten und Nicht-Nuklearstaaten. Dazu gehört schließlich, daß ohne die Sowjetunion und die USA Rüstungskontrolle und Abrüstung

nicht realisierbar sind. Wir haben es hier also mit einer Status-quo-Konzeption zu tun, allerdings mit evolutionären Elementen.

Olof Palme hat in seiner Einleitung das Ziel aller Bemühungen so umschrieben: „Wir streben eine internationale Ordnung an, in der Kernwaffen nicht mehr erforderlich sind, wo Frieden und Sicherheit auf einer wesentlich niedrigeren Ebene konventioneller Rüstung gewahrt, und unsere gemeinsamen Ressourcen eingesetzt werden können, um den Menschen größere Freiheit und ein besseres Leben zu garantieren“ (S. 16).

Die Kenntnis des Palme-Berichts ist notwendig zum Verständnis der gegenwärtigen Lage, denn er zeigt eine konkrete Perspektive auf, für die es lohnt, sich einzusetzen.

Wilhelm Bruns